Aus den Tagen Bismarcks

Politische Essays von

Otto Gildemeister

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Otto Gildemeister.

Aus den Tagen Bismarcks

Politische Essays von
Otto Gildemeister

DD
214
G5
1909
SRLF

Herausgegeben von der Literarischen Gesellschaft des Künstlervereins in Bremen
Mit einem Porträt Gildemeisters

1909
Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Einleitung.

Ein feiner Kenner der deutschen Literatur, Georg Brandes, äußert einmal, „man kann wohl sagen, daß schärfer zugespitzte und feiner empfundene Artikel als die Otto Gildemeisters in der deutschen Presse nicht zu finden sind. In Gildemeister steckt ein großes Stück von einem Poeten; ein Feuilleton, ein Vortrag von ihm sind Leckerbissen, auf die man sich vorher freut und die man in der Erinnerung genießt" *).

Diese Vorfreude und diesen Genuß haben zahlreiche Leser der Weserzeitung an Gildemeisters Leitartikeln empfunden, die sie insbesondere in den letzten zehn oder zwölf Jahren seines Lebens regelmäßig am Sonntag und am Donnerstag in der Zeitung zu finden erwarten durften, die aber ältere Leser durch dreißig, vierzig und mehr Jahre mit immer gleicher Freude an der scharfsinnigen Erörterung und an der schönen Sprache begrüßt haben.

Denn Otto Gildemeister ist länger als siebenundfünfzig Jahre mit der Weserzeitung verbunden gewesen. Am 1. April 1845 trat er, zweiundzwanzig Jahre alt, in die Redaktion der ein Jahr zuvor ins Leben gerufenen Zeitung ein; gerade einen Monat vor seinem am 26. August 1902 erfolgten Tode schrieb er den letzten seiner zahllosen Leitartikel für das Blatt. Freilich hat er der Redaktion nur sieben Jahre, davon die letzten anderthalb Jahre in leitender Stellung angehört; aber er hat doch der Weserzeitung, dem Wunsche ihres Besitzers und seiner eigenen Neigung entsprechend, sein Interesse niemals wieder entzogen.

In ihr fand er eine Rednerbühne, von der aus er seinen Gedanken über die Erscheinungen des öffentlichen Lebens einen weit-

*) Deutsche Dichtung, herausgegeben von K. E. Franzos, 4. Bd. 1888. S. 279.

schallenden Ausdruck geben konnte, auch als seine amtlichen Stellungen ihm manche Beschränkung in der öffentlichen Aussprache seiner politischen Ansichten und Wünsche auferlegten. Fünf Jahre lang war er Staatsarchivar und Senatssekretär, dann dreiunddreißig Jahre lang Mitglied des Senats seiner Vaterstadt und daneben dreiundzwanzig Jahre lang Bremischer Bevollmächtigter zum Bundesrate. Aber niemals hat er nach dem Zeugnisse von Männern, die gleich ihm in der Lage waren, die Vorgänge in der Bremischen Regierung und in der Reichsregierung oder doch im Bundesrate aus erster Quelle zu kennen, seine nur auf amtlicher Kunde beruhende Wissenschaft für seine Artikel in der Zeitung benutzt. Davor bewahrte ihn sein politischer Takt und sein Bedürfnis, in der Zeitung als unabhängiger Mann zu reden, was er doch in dem Augenblicke aufgehört hätte zu sein, wo der Journalist die Geheimnisse des Staatsmanns für sich verwertet hätte.

Den Gewinn, den der Journalist dem Staatsmanne verdankte, war ohnehin groß genug. Denn daß Gildemeister, wenn auch in dem engen Geschäftskreise eines kleines Staats, jahrzehntelang an den öffentlichen Angelegenheiten in leitender Stellung beteiligt war, und im Bundesrate die gesamten Interessen des deutschen Reiches zu beobachten Gelegenheit hatte, das mußte selbstverständlich seinen Gesichtskreis bei der Beurteilung aller ihm nahetretenden politischen Fragen weit über das Maß des nicht so begünstigten Journalisten erweitern.

Freilich würde diese Gunst solchen Erfolg nicht, oder doch nicht ganz gehabt haben, wenn nicht eine weltweite Bildung, die er in früh begonnener und bis in das höchste Alter unablässig fortgesetzter Arbeit sich erworben hatte, verbunden mit einer seltenen Schärfe und Klarheit des Geistes Gildemeister befähigt hätte, was immer an menschlichem Tun, Denken und Dichten ihn zur Betrachtung einlud, in seiner Tiefe zu erfassen und in seinem innersten Wesen zu begreifen.

„Die Harmonie der höchsten Bildung," sagt Arthur Fitger in einem Essay über Otto Gildemeister, „klingt aus jedem Worte wider, das Gildemeister spricht und das er schreibt. Die Größe der Anschauung, die er von den Dingen gewinnt, die in seinen Kreis treten,

seien sie nun künstlerischer oder staatsmännischer, idealer oder praktischer Natur, die ist es, die seinen Geist selbst in den Reihen der Besten noch auszeichnet" *).

Diese harmonische und tiefgewurzelte Bildung, ohne andern Zweck erworben, als dem Geiste die reichste und gesundeste Nahrung zuzuführen, war die Quelle der Weisheit in der vornehmsten Bedeutung dieses Wortes, die Gildemeister, hierin, aber auch nur hierin seinem Lebensalter voraneilend, schon früh besaß. Und aus dieser Weisheit erwuchs ihm nicht nur die innere Ruhe seines Wesens, die durch kleine Widerwärtigkeiten des Lebens kaum auf Augenblicke gestört wurde, sondern auch die nachsichtige Beurteilung menschlicher Schwächen. Er konnte tapfer dreinschlagen, wo törichte Anmaßung oder Eitelkeit und gar wo ihm unlautere Absichten und verbrecherische Bosheit begegneten, aber selbst dann bemühte er sich, die Person von der Sache zu scheiden, für jene auf mildernde Umstände zu plädieren.

Ein makelloser Charakter, von vornehmster Gesinnung erfüllt, von einem mit Bewußtsein kultivierten Gerechtigkeitssinne beseelt, dazu als handelnder Staatsmann gewöhnt, die Diagonale der im öffentlichen Leben wirkenden Kräfte zu ziehen, vermochte Gildemeister den verschiedensten geistigen, politischen, konfessionellen Richtungen Gerechtigkeit oder Nachsicht widerfahren zu lassen. Aber zu keiner Zeit hat er die früh gewonnene und durch die mannigfachsten Studien und Beobachtungen gefestigte liberale Gesinnung auf wirtschaftlichem, politischem, kirchlichem Gebiete verleugnet.

Er ist zwar niemals Parteimann im parlamentarischen Sinne gewesen, aber er hat doch im ersten Jahrzehnte nach der Gründung des norddeutschen Bundes sich gern zu der nationalliberalen Partei bekannt, und an die liberale Strömung, die unter der Führung des Reichskanzlers durch die Gesetzgebung und Verwaltung des neuen Reiches ging, die schönsten Hoffnungen für die Zukunft Deutschlands geknüpft. Damals verkehrte er als gern gesehener Gast vielfach im Hause des Fürsten Bismarck, und damals hat Bismarck, sei es mit oder ohne Kenntnis von Gildemeisters Mitwirkung an der Weser-

*) Deutsche Dichtung, Bd. 5. 1889. S. 124.

zeitung, gelegentlich diese Zeitung für eins der vernünftigsten Blätter Deutschlands erklärt.

Die Kriege von 1866 und 1870 hatten Gildemeisters Nationalgefühl tief ergriffen; den darauf folgenden Kampf gegen römische Anmaßung hat er mit der lebhaftesten Sympathie begleitet. In diesen Jahren ergoß sich ein wahrer Strom seiner geistvollen Betrachtungen in die Zeitung, bald durch die Größe seiner Anschauung und das in ihrer Tiefe ruhende Pathos, bald durch die Waffen des Witzes und der Satire den Leser packend und mit sich fortreißend. Und wie durch alle Artikel, zu denen ihm der Krieg von 1870/71 Anlaß gab, ausgesprochen oder unausgesprochen der Gedanke geht, die Unabhängigkeit und die Sicherheit Deutschlands muß die Frucht des blutigen Ringens sein, so hält er den gleichen Gedanken in allen Äußerungen über den Kulturkampf unwandelbar fest.

Daß das Staatsgefühl in ihm, dem praktischen Staatsmanne, aufs feinste entwickelt war, versteht sich von selbst. Man wird dessen in Artikeln, die die verschiedenartigsten Probleme erörtern, wieder und wieder inne werden. Aber, wie hoch er auch die Bedeutung des Staats als des Bürgen und des Bewahrers friedlichen Gedeihens der Nation stellt, gleich sehr ist er immer darauf bedacht, die Freiheit des einzelnen zu vertreten, seiner praktischen oder ideellen Betätigung keine anderen Schranken zu setzen, als die durch das allgemeine, das Staatsinteresse gebotenen, nicht aber solche, die nur zugunsten anderer einzelner dienen.

Selbstverständlich wußte Gildemeister, daß das Staatsinteresse wandelbar ist, und daß die Meinungen darüber, was im gegebenen Falle das Staatsinteresse erheische, sehr verschieden sein können. Aber, er hat es dennoch vielleicht als die bitterste Enttäuschung seines Lebens empfunden, als nicht lange nach dem Ausscheiden des von ihm hochverehrten Ministers Delbrück aus seinem Amte in der inneren Politik des Reiches die schroffe Abwendung von den Bahnen der ersten Anfänge deutscher Politik eintrat.

Gildemeister war zu fest davon überzeugt, daß nur durch eine liberale Politik Freiheit und Notwendigkeit in einer für alle Staatsgenossen erträglichen Weise sich versöhnen lassen, als daß er nicht in der Rückkehr zu den nach seiner Ansicht von der Staatswissenschaft

längst überwundenen Anschauungen und in den fast gleichzeitig auftretenden neuen sozialpolitischen Experimenten eine schwere Gefahr für das öffentliche Wohl hätte sehen müssen. Da überdies um die gleiche Zeit die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Bremens sich schwere Eingriffe gefallen lassen mußten, so bemächtigte sich seiner wohl eine pessimistische Stimmung, die seine hoffnungsfreudige Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten lähmte.

Allein, er hat diese Verstimmung niemals so weit Herrin über sich werden lassen, um deshalb zu verkennen, was namentlich in einigen der zugunsten der Arbeiterbevölkerung getroffenen Maßnahmen Gutes liege. Er hat aber auch jetzt, wenn er seiner Überzeugung treu die innere Politik der Reichsregierung bekämpfte, niemals die Person und die Sache verwechselt. Insbesondere ist die Ehrerbietung, die er dem großen deutschen Staatsmanne zollte, durch die Bekämpfung der direkt oder indirekt von ihm ausgehenden Maßregeln nicht einen Augenblick erschüttert worden. Wie er allen wahrhaft großen Eigenschaften eines Menschen neidlose Anerkennung, ja Bewunderung entgegenbrachte, so hat er auch dem Fürsten Bismarck beständig die höchste Achtung gewidmet.

Arthur Fitger hat in dem vorhin erwähnten Essay Gildemeister eine Antonio-Natur genannt und damit nicht übel die vornehm kühle Zurückhaltung bezeichnet, die Gildemeister im täglichen Leben zu zeigen pflegte. Aber darum ist es natürlich Fitger nicht entgangen, daß unter dieser kühlen, klaren Erscheinung ein lebhaft bewegtes, ein für alles Edle und Schöne offenes Herz lebte. In solchen Augenblicken innerer Bewegung, und vielleicht niemals mehr, als wenn seine deutsch-nationale, seine patriotische Fiber erregt ist, greift Gildemeister, wie gemessen und frei von allem Phrasenhaften auch sein Ausdruck bleibt, auf seinem zu allen Tonarten gestimmten Instrumente doch zu volleren Akkorden, als gewöhnlich, und packt den Leser durch die Macht seines Wortes.

Selten hat ein deutscher Schriftsteller seine Muttersprache in so freier und vornehmer Weise gehandhabt, wie Gildemeister. Die vollendete Klarheit seines Denkens findet stets den genauesten und klarsten Ausdruck, sein fein entwickeltes ästhetisches Empfinden gibt seiner Sprache Einfachheit und Wohllaut, die Höhe seiner Geistes-

bildung verscheucht jede vulgäre Wendung aus dem Bereiche seiner Rede. Für ihn, dem die Sprache der feinste Ausdruck des menschlichen Geistes ist, wird die Muttersprache zum wahren Heiligtum der Nation. Dieses Heiligtums treuer Wächter zu sein, die Sprache von Irrwegen zurückzuführen, vor Unarten zu bewahren, ihre Ausdrucksfähigkeit womöglich zu steigern, ist ihm Bedürfnis und Genuß.

Niemals aber hat er diese Aufgabe in pedantischem Sinne aufgefaßt, denn alle Pedanterie lag ihm völlig fern; nur durch das gute Beispiel wollte er wirken und hat er ohne Zweifel gewirkt.

Er schrieb seine Tausende von Leitartikeln, deren jeden er zu einem kleinen Kunstwerke zu gestalten bemüht war, in dem Bewußtsein, daß sie mit dem Tage verfliegen würden. Aber, wie er von den in ihnen ausgesprochenen Gedanken selbstverständlich die Wirkung erhoffte, die die Presse überall auf das öffentliche Leben auszuüben fähig ist, so vertraute er gewiß mit Recht, daß unter den Tausenden, die seine Artikel lasen, nicht ganz wenige sein möchten, die auch ihre formale Seite beachten und daraus manche schöne und nützliche Anregung gewinnen würden.

Diese formale Schönheit der Artikel ist für die Literarische Gesellschaft des Künstlervereins in Bremen in gleichem Maße, wie ihr geistvoller Inhalt, bestimmend gewesen, eine kleine Auswahl aus ihnen gesammelt aufs neue zu veröffentlichen.

Eine solche Absicht war in kleinerem Kreise schon wiederholt erwogen worden, als ein in der Literarischen Gesellschaft gehaltener Vortrag über Gildemeisters Artikel aus der Zeit des deutsch-französischen Krieges die Gesellschaft zu dem Entschlusse brachte, den Gedanken auszuführen. Die Erben Gildemeisters stimmten gerne zu. Denn sie sind, ebenso wie die Literarische Gesellschaft, der Meinung, daß diese Publikation eine Bereicherung der deutschen Literatur bedeute auch nach den meisterhaften Übersetzungen Byrons, Shakespeares, Dantes und Ariosts, mit denen Gildemeister seine Nation beschenkt hat, und nach den Essays, zu deren Wiederabdruck aus verschiedenen Zeitschriften einige Freunde einst Gildemeisters Zustimmung nur mit Mühe erlangt haben.

Wir haben im Anschluß an das zuletzt genannte Werk die vorliegende Sammlung ausgewählter Leitartikel Gildemeisters als

„Politische Essays" bezeichnet, denn als solche können sie trotz der Kürze jedes einzelnen sehr wohl gelten. In dem Worte Essay liegt es, daß nur eine oder die andere Richtung der Gedanken, die sich an ein vorliegendes Problem knüpfen lassen, verfolgt und auch diese nicht immer erschöpft, sondern nur aufgewiesen werden soll.

Die Auswahl aus der ungeheuren Menge der in einem halben Jahrhundert aus Gildemeisters Schreibstube in die Weserzeitung geflogenen Artikel zu treffen, war freilich nicht leicht. Wir mußten uns bei einem in der deutschen Literatur vermutlich einzig dastehenden Unternehmen auf eine in engen Rahmen gefaßte Probe beschränken. Diesen Rahmen zu erweitern, wird, wenn das Werk Anklang finden sollte, nicht schwer sein, da noch zahlreiche vortreffliche Artikel zurückgeblieben sind.

Wir hoffen, daß es uns einigermaßen gelungen ist, aus der breiten Fülle solche Artikel auszuwählen, die durch ihren Inhalt und durch ihre Form dauerndes Interesse beanspruchen dürfen, die einem möglichst großen Kreise von Lesern politisch zu denken geben, einem kleinern als Muster deutschen Stils Anregungen bieten und der deutschen Presse aufs neue zeigen, wie man auf dem Kampfplatze der öffentlichen Meinungen seine Ansichten mit großer Entschiedenheit und doch mit vollendeter Urbanität vertreten kann.

Wir bitten aber bei dem vorliegenden Werke stets im Auge zu behalten, daß unsere Absicht nicht ist, eine politische Parteischrift zu veröffentlichen, sondern vielmehr die, den vorhandenen literarischen Denkmälern Gildemeisters ein neues hinzuzufügen. Es handelt sich nach unserer Auffassung um ein Werk wesentlich historischen Charakters, bestimmt, die Ereignisse und Anschauungen eines abgeschlossenen Zeitraums im Spiegel eines hervorragenden Zeitgenossen und ausgezeichneten Beobachters zu reflektieren. Bei der Auswahl der Artikel haben wir daher, so weit es bei einer so beschränkten Zahl möglich war, uns bemüht, die charakteristischen Züge der Gildemeisterschen Denk- und Betrachtungsweise zum Ausdruck kommen zu lassen und so einen neuen Beitrag auch zur Beurteilung seines ungewöhnlich reichen Geistes zu geben.

Obwohl in der vorliegenden Sammlung die ersten einundzwanzig und die letzten vier Jahre der publizistischen Tätigkeit Gildemeisters

nicht vertreten sind, umfaßt sie immer noch zweiunddreißig Jahre. Sie beginnt mit der Zeit, in der Bismarck in die erste Reihe der europäischen Staatsmänner trat, sie schließt mit seinem Tode. So durften wir der Sammlung seinen erlauchten Namen voransetzen.

Die Artikel sind völlig unverändert aus der Weserzeitung abgedruckt; von uns hinzugefügt sind nur die Überschriften, die den wesentlichen Inhalt jedes Artikels durch ein Schlagwort kennzeichnen wollen. Dem Titelblatte haben wir, dank der Bereitwilligkeit der Herren Verleger, ein Porträt Gildemeisters hinzufügen können. Es stammt aus dem Anfange der siebziger Jahre, als Gildemeister eben das fünfzigste Lebensjahr erreicht hatte.

Bremen, im August 1908.

Im Auftrage der Literarischen Gesellschaft

Wilhelm von Bippen. Edmund Ruete. Armin Reiche.

Dies ist unser! so laßt uns sagen und so es behaupten.

16. August 1866.

Die Gewitterwolke im Westen scheint sich sanft auflösen zu wollen; aber sie wird trotzdem einen tiefen Eindruck auf die Gemüter zurücklassen. Die französische Forderung oder Anregung oder Anfrage, oder wie man sonst das Ding nennen will, beweist jedenfalls so viel, daß in Frankreich die Idee einer Gebietserweiterung auf Kosten Deutschlands noch immer zu den Lebendigen zu zählen ist, daß wir Deutschen noch immer Ursache haben, an die Verteidigung unserer südwestlichen Grenze ernstlich zu denken. Selbst wenn wir den Vorgang uns in der möglichst milden Form denken, bleibt er immer noch eine Demonstration, welche uns mit dem entschiedensten Unwillen zu erfüllen wohl geeignet ist. Zur Entschuldigung des Tuilerienkabinetts kann man nur so viel anführen, daß Deutschland allerdings seit dem zweiten Pariser Frieden wenig getan hat, um den Nachbarn Respekt einzuflößen, und daß wir somit selbst zum guten Teil verantwortlich dafür sind, wenn die fremden Mächte noch immer meinen, zu Kompensationen und Grenzberichtigungen gebe es kein besseres Material, als die geduldige deutsche Erde.

Wir gehen von der möglichst milden Auslegung aus. Frankreich hat keine Forderungen gestellt, hat keine Drohungen fallen lassen. Der kaiserliche Botschafter in Berlin ist lediglich beauftragt worden, einmal freundschaftlich das Thema zu erörtern, daß es doch eigentlich in der Billigkeit begründet sei, Frankreich für die Verstärkung Preußens durch die Herstellung der Grenzen von 1814 zu entschädigen. Weniger als dies ist sicherlich nicht geschehen. Wohlan, man denke sich den nämlichen Fall auf irgend eine andere Großmacht an-

gewandt, und man wird augenblicklich die Tragweite solcher Erörterungen begreifen. Man denke sich, der französische Botschafter in London brächte eines Tages die Abtretung der Kanalinseln in freundschaftliche Anregung, weil England durch Besiegung der Fenier stärker geworden sei. Oder gar, Preußen hätte im Jahre 1860 irgendeinen französischen Kanton als passendes Äquivalent für Savoyen und Nizza freundschaftlich zu bezeichnen gewagt. Oder Österreich wollte in aller Freundschaft Rußland darauf aufmerksam machen, daß seit der völligen Eroberung des Kaukasus eine Ausdehnung Galiziens nach Norden hin sehr zweckmäßig erscheine. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß in London, in Paris und in St. Petersburg jede derartige Andeutung, sie möchte noch so höflich abgefaßt sein, als eine Insulte angesehen und behandelt werden würde. Ganz gewiß hat nun der Kaiser Napoleon nichts weniger beabsichtigt, als das Berliner Kabinett oder das deutsche Volk zu insultieren, aber gerade darin, daß er trotz dessen keinen Anstand genommen hat, uns eine friedliche Abtretung deutschen Gebietes anzusinnen, liegt für uns eine Demütigung, welche beredter, als Bände es vermöchten, lehrt, wie dringend notwendig es ist, mit Zuständen zu brechen, die ein Volk von 37 Millionen Menschen solchen Zumutungen aussetzen konnten. So sehr haben wir das Ausland gewöhnt, zu glauben, dem zerrissenen, schwerfälligen Deutschland dürfe man ungestraft alles bieten, daß ein großer Teil der fremden Presse ganz verwundert tut, weil wir uns wegen einer solchen Lappalie, wie es der Verlust einiger kleiner Grenzbezirke und dreier Festungen ist, so sehr echauffieren. Eine Forderung, bei welcher die Franzosen aus der Haut fahren, die Engländer den Fuß in die Höhe heben, die Russen vor Ingrimm bersten würden, werden die Deutschen, so meint man, mit kühlem Blute wenigstens doch zu vertraulicher Besprechung zulassen. Man traut uns so wenig Selbstgefühl und so wenig Entschlossenheit zu, daß man sich einbildet, wir würden froh sein, daß der Kaiser Napoleon so gemäßigte Bedingungen stelle, daß er nicht lieber gleich das ganze linke Rheinufer sich ausbitte.

Es kommt vor allem darauf an, die Welt darüber zu belehren, daß sie uns in diesem Punkte vollständig falsch beurteilt. Selbst

der alte Bundestag, davon sind wir überzeugt, würde die Fäuste gezeigt haben, wenn man ihm von der Abtretung Landaus und Saarlouis gesprochen hätte. Und selbst der alte Bundestag, unbeholfen wie er war, würde in solchem Falle, verbündet mit dem patriotischen Zorne der gesamten Nation, Manns genug gewesen sein, um die fragliche Grenzregulierung zu einem sauren Stück Arbeit zu machen. Das Deutschland von 1866 aber vollends ist weder willens noch in der Lage, deutsches Land und deutsche Leute einer fremden Regierung zu überlassen. Ein solcher Beginn der neuen Ära wäre geradezu ein Akt des Selbstmordes. Er wäre außerdem ein Zeichen feigen Kleinmuts, welcher am allerwenigsten nach den kriegerischen Erfahrungen dieses Sommers denkbar erscheint. Wir sind nicht der Meinung, daß jeder preußische Soldat zwei Franzosen in die Tasche steckt; wir verkennen durchaus nicht, daß die französische Armee eine furchtbare Gegnerin, daß ein Krieg mit Frankreich eine große Gefahr ist; aber wir sind der Ansicht, daß die deutschen Truppen, wie sie sich in den letzten Feldzügen bewährt haben, das stärkste Vertrauen auf die Unüberwindlichkeit Deutschlands in jedem Kriege für das Vaterland, für die Abwehr fremder Eroberung rechtfertigen. Und, wohlgemerkt, dieses Vertrauen stützt sich nicht allein auf die preußische Armee. Die Geschichte dieses Sommers hat uns so viel gelehrt, daß auch die Truppen der Kleinstaaten, welche durch Schuld ihrer Regierungen und Anführer zu trostlosen Niederlagen verurteilt waren, an soldatischen Tugenden dem besten Kriegsheere der Welt ebenbürtig sind. Es ist die Frage, ob es viele Armeen in der Welt gibt, welche unter so bitteren Prüfungen die militärische Haltung bis auf den letzten Augenblick behauptet haben würden. Die Katastrophe der kleinen tapferen hannoverschen Armee bleibt für die letztere, was treue Hingebung an eine von vornherein verlorene Sache, unerschütterliche Mannszucht in hoffnungsloser Lage, und glänzende Bravour ohne Aussicht auf Erfolg betrifft, ein ewig ruhmreiches Kapitel in ihrer an Ruhm so reichen Geschichte. Und ebenso darf man kühnlich behaupten, daß Bayern, Württemberger, Badenser, Hessen unter vernünftiger Leitung und zweckmäßiger Organisation die höchsten Aufgaben des Krieges zu lösen imstande sein würden.

Daß eine Nation, welche sich eben erst von ihrem Reichtum an den vorzüglichsten Wehrkräften praktisch überzeugt hat, daran denken sollte, die erste Ehrenaufgabe jedes Volkes, die Wahrung ihrer Grenzen ohne einen verzweifelten Krieg preiszugeben, erscheint geradezu unmöglich. Non possumus. Und wenn Europa das nur recht deutlich begreift, wenn Frankreich sich nur erst überzeugt, daß wir entschlossen sind, uns unserer Haut zu wehren, so wird man uns schon in Ruhe lassen. Denn die Furcht, daß wir in unserm Übermute unsere Nachbarn anfallen würden, ist eitel Affektation. Für uns ist das Stadium der Eroberungen schon seit Jahrhunderten vorüber, und alles, was wir begehren, ist, daß auch das Stadium der Gebietsabtretungen für uns ein Ende habe. Unsere Losung ist wahrhaft, wie Goethe sie formuliert hat:

„Dies ist unser! so laßt uns sagen und so es behaupten."

Der Vorwurf der „Machtschwärmerei".

5. September 1866.

Zwei sonderbare Vorwürfe werden jetzt beinahe täglich denjenigen gemacht, welche mit der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses es für eine patriotische Pflicht halten, die gegenwärtige preußische Regierung „trotz alle dem und alle dem" in ihrer auswärtigen Politik zu unterstützen. „Sie werfen sich vor dem Erfolge in den Staub!" ruft katonische Tugend an der Donau; „sie sind berauscht von Machtschwärmerei!" bemerkt verächtlich die freiheitliebende „Volkszeitung" an der Spree, das vielgelesene Organ der gesinnungstüchtigen Linken. Das Haus Habsburg und Herr Dr. Jacobi begegnen sich in dem gemeinschaftlichen Zorne über die sittliche Kleinheit dieses norddeutschen Geschlechtes, welches sich weigert, durch konstitutionelle Hetzereien seiner Regierung die Verteidigung des Vaterlandes schwierig zu machen. Es ist immer einigermaßen verdächtig, wenn die Extreme einander so die Hand reichen. „Frage was dein Gegner wünscht, und tue das Gegenteil" ist eins der sichersten Axiome in der Politik wie im Kriege; und da nun augenscheinlich die Feinde Preußens außerordentlich gern sähen, wenn

man dem verhaßten Ministerium Bismarck das Leben durch inneren Hader sauer machte; da Österreich, Frankreich und die süddeutsche Fronde den Tag herbeisehnen, wo das deutsche Volk seinem Enthusiasmus für Machtgewinn entsagen und sich mit ungeteiltem Eifer auf das Studium des demokratischen Verfassungsrechts stürzen wird, so hat die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Vermutung einer gewissen Weisheit für sich, wenn sie gerade im gegenwärtigen Augenblicke sich sehr lebhaft für die Konsolidierung der Macht des Staates begeistert und einer Regierung sich anschließt, welche durch den Erfolg bewiesen hat, daß sie für diese Arbeit nicht allein Neigung, sondern auch einiges Talent hat.

Wenn man dies „vor dem Erfolge sich in den Staub werfen" nennen will, so müssen wir uns das gefallen lassen. Es kann doch nicht mehr bedeuten, als daß wir dem Erfolge ein sehr bedeutendes Gewicht bei der Feststellung unseres Urteils und unseres künftigen Verhaltens einräumen. Dies scheint uns nicht allein nicht schimpflich, sondern sehr vernünftig. Der Erfolg entscheidet natürlich nicht alles, aber er entscheidet sehr viel im Leben, und wer das hartnäckig leugnet, tut besser in ein Kloster zu gehn. Die Welt wird immer den Feldherrn, der Schlachten gewinnt, den Arzt, der Krankheiten heilt, den Kaufmann, welcher ein Vermögen erwirbt, für geschickter in seinem Fache halten, als den General, der immer Schläge bekommt, als den Mediziner, dem alle seine Patienten sterben, und den Spekulanten, der stets unglücklich operiert. Sie kann sich darin irren, aber der Irrtum ist verzeihlich. Der Erfolg ist im praktischen Leben, was das Experiment in der Wissenschaft ist, die Probe für die Richtigkeit der Ansichten, welche man anderweitig sich gebildet hat. Der Erfolg ist nicht so sicher wie ein wissenschaftliches Experiment, aber er ist von allen Grundlagen der Beurteilung menschlicher Fähigkeiten der sicherste, ja für die große Menge beinahe die einzige. In Ermangelung besserer Indizien, tun die Völker daher wohl, ihr Vertrauen demjenigen zuzuwenden, welcher durch Leistungen es wahrscheinlich gemacht hat, daß er das Vertrauen verdiene.

Mit diesem Maßstabe gemessen, erscheint uns das neugeborene Vertrauen der Bevölkerung zu Herrn von Bismarck durchaus nicht tadelnswert, geschweige denn verächtlich. Verächtlich wäre es nur

dann, wenn es sich lediglich und ausschließlich auf den Erfolg stützte, ohne alle Rücksicht darauf, wofür dieser Erfolg errungen, welcher Art dieser Erfolg ist, zu welchen Aussichten für die Zukunft er berechtigt. Verächtlich wäre es, wenn die Preußen von vornherein der auswärtigen Politik ihrer Regierung eine Niederlage gewünscht hätten, und nun plötzlich diese selbe Politik, bloß weil sie siegreich ist, verherrlichten. Allein davon ist nicht im entferntesten die Rede. Diese Politik wird verherrlicht, weil sie glänzend verwirklicht hat, was die Nation innig gewünscht und kaum für ausführbar gehalten hatte, den Sturz der österreichischen Fremdherrschaft über Deutschland. Glaubt man, das Volk in Norddeutschland würde den Erfolg auch dann bejubelt haben, wenn Benedek in Berlin einmarschiert wäre? Wir sehen nicht, worauf eine so schlechte Meinung sich stützen könnte. Auf die geschichtliche Erfahrung gewiß nicht. Hat denn etwa dieses Volk auch sonst dann gejubelt und sich „in den Staub geworfen", wenn der Erfolg gegen seine Wünsche und Sympathien entschied? Hat es sich über den Untergang Polens gefreut? über die Triumphe des Fürsten Schwarzenberg? über die Herstellung des Bundestags? über die Begründung des Cäsarismus in Frankreich? über die Schlacht bei Idstedt? über die Verfassungsbrüche in Hannover und andern deutschen Landen? oder auch, um das Nächstliegende zu erwähnen, hat es sich in den Staub geworfen vor den unbestreitbaren Erfolgen, welche fünf Jahre hintereinander die innere Politik des gegenwärtigen preußischen Ministeriums aufzuweisen hatte? Ganz und gar nicht. Es hat diesen Erfolgen vielmehr eine hartnäckige Opposition gemacht. In der Tat, der Vorwurf, welchen man diesem Volke jetzt macht, weil es einmal auch einen Erfolg feiert, weil es den Sieg seiner eigenen Wünsche nicht schmäht und verflucht, ist geradezu blödsinnig. Es ist uns nicht oft vergönnt gewesen, Freudiges zu erleben, mit Stolz und Zuversicht auf die Ereignisse unserer Landesgeschichte zu blicken; nun uns aber einmal ausnahmsweise die Gunst des Himmels einen Triumph verstattet, mutet man uns zu, in Sack und Asche zu trauern; oder wenn wir es nicht tun, wenn wir die Freude über die Rettung des Vaterlandes aus großer, entsetzlicher Gefahr frei und frisch aussprechen, wirft man uns vor, wir trieben Götzendienst

mit der brutalen Gewalt, wir knieten und räucherten vor der rohen Tatsache! Wenn das wahr ist, so haben auch unsre Väter Götzendienst getrieben, als sie nach der Leipziger Schlacht das Tedeum anstimmten. Nach der Logik der modernen Katone hätten sie wehklagen und fluchen müssen, weil Deutschland ja durch brutale Waffengewalt befreit worden, weil der Franzose ja durch rohe Tatsachen über den Rhein zurückgejagt war, nicht zu gedenken, daß die liberale Rechtgläubigkeit der meisten Offiziere, welche an dem Kampfe teilnahmen, zu erheblichen Zweifeln berechtigte.

Es ist sehr wahr, daß der erzielte Gewinn vorläufig in nichts anderem besteht als in Macht, und daß Macht für sich allein nimmermehr ein sittliches Gut ist, dessen Besitz ausreicht, ein Volk mit stolzem Selbstgefühl zu erfüllen. Diesen Gemeinplatz würdigen wir gewiß ebenso entschieden wie die gesinnungstüchtige „Volkszeitung." Der Unterschied zwischen ihrem Standpunkte und dem unseren besteht nur darin, daß sie nicht anerkennen will, wir dagegen davon überzeugt sind, daß ohne Macht eine sittliche Staatsentwicklung, ein würdiges Volksleben ganz unmöglich sei. Wir sind der Meinung, daß ein Volk zunächst stark sein muß, um existieren zu können, wie Männer von Herz und Geist allein existieren mögen, und wir sind daher froh, daß endlich einmal nach so langen jammervollen Jahren der Schwäche ein entsprechender Anfang damit gemacht wird, Deutschland diese unentbehrliche Stärke zu geben. Das nennt die „Volkszeitung" Machtschwärmerei. Es ist gerade so als wenn man einem Holländer Deichschwärmerei vorrücken, als wenn man behaupten wollte, er achte seine Städte und Dörfer, Wiesen und Äcker, Weib und Kind, Schule und Kirche, Wissenschaft und Kunst für gar nichts, sondern sehe seine Deiche für das höchste Gut des Lebens an. So dumm bin ich nicht, wird der Holländer sagen; aber ohne die Deiche versinkt mein Vaterland ins Meer, und darum halte ich sie für die Grundlage unserer ganzen Existenz. Was für Holland die Deiche, das ist für den Staat die Macht. Man braucht nicht gerade für Deiche zu schwärmen; aber selbst das ist immer noch besser, als ihre Nutzlosigkeit zu predigen.

Süddeutschlands nationale Aufgabe.

30. August 1867.

Wenn die Reden Napoleons in Arras und Lille den Frieden bedeuten, so müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß bis auf weiteres die Dinge in Deutschland ihren naturgemäßen, d. h. einen langsamen Gang nehmen werden. Die Geißel des Krieges hätte vermutlich die Sonnenrosse des Schicksals zu raschem Laufe angetrieben; ohne solchen Stimulus pflegen sie sich Zeit zu nehmen; denn sie wissen, daß es dem Schicksal auf ein Paar Jahrzehnte mehr oder weniger nicht ankommt. Wenn es dem französischen Herrscher Ernst ist mit seinen Ermahnungen an die unruhige Nation, sich nicht erschrecken zu lassen durch die Einigung Deutschlands und sich nicht um innerer Verlegenheiten willen in äußere Verwicklungen zu stürzen, so werden wir mit unseren Zukunftswünschen auf Geduld und Ausdauer uns angewiesen sehen, so wird die Einheit Deutschlands, anstatt rasch im heißen Feuer des Krieges zusammengehämmert zu werden, leise und langsam mit anhaltender Arbeit zusammengewebt werden müssen. Wahrscheinlich stehen wir und steht die Welt dabei sich am besten, wenn es auch etwas länger währen mag. An einem starken Zwange zur Eintracht wird es auch so nicht fehlen; die Friedensliebe unserer Nachbarn hängt doch sehr nahe zusammen mit ihrer Überzeugung, daß wir, wenn nicht unter uns entzweit, unüberwindlich sein dürften. Trotz der jetzigen friedlichen Abwiegelung tönen doch noch immer über den Rhein herüber die lockenden Sirenenstimmen, die den Süddeutschen von der „großen Rolle" vorsingen, wenn sie sich hüteten „Vasallenstaaten Preußens" zu werden. Wenn Odysseus sich verleiten ließe, nach diesen betörenden Klängen sein Schiff zu steuern, wie bald würde die Szene sich schrecklich ändern!

Es ist wahr, daß den süddeutschen Staaten eine große Rolle zugefallen ist, wohl geeignet, ihrem Ehrgeize zu genügen. Aber es ist in einem ganz anderen Sinne wahr, als die Franzosen es meinen. Die Franzosen meinen, Bayern und Württemberg hätten es in ihrer Hand vom Tuilerienhofe mit höchster Auszeichnung

behandelt zu werden, wenn sie nur zu Werkzeugen der Widersacher Deutschlands sich hergeben wollten. Und einige Jahre lang wäre das vielleicht richtig. Man würde die hochherzigen Alliierten mit Liebkosungen überschütten, bis man sie unterjocht haben würde. Hernach würde von einer großen Rolle wohl kaum mehr die Rede sein; die hohe Politik würde Frankreich allein besorgen. Die große Rolle, an welche wir denken, bewegt sich auf einem anderen Gebiete. Die süddeutschen Staaten haben es in ihrer Hand, Deutschland einen unschätzbaren Dienst zu leisten, indem sie durch ihre patriotische Haltung die Einmischungs- und Angriffsgelüste der Fremden im Keime ersticken. Niemand wird sich zum Vormunde über uns aufwerfen wollen, wenn unser Volk jenseits des Mains ihm nicht die Hand entgegenstreckt. Schon jetzt kann man sagen, daß die Haltung Süddeutschlands wesentlich beigetragen hat zu dem harmlosen Verlaufe der bisherigen Interventionsversuche Frankreichs. Aber eine etwas stärkere Akzentuierung dieser Haltung könnte nicht schaden.

Aber dann werden Bayern und Württemberg „die Vasallenstaaten Preußens" werden? Auf diesen Einwand möchten wir uns die Gegenfrage erlauben, ob Schottland ein Vasallenstaat Englands ist, oder ob es nicht vielmehr mit England zusammen Großbritannien bildet? Das Wort „Vasallenstaat" paßt nicht für Glieder einer Nation, welche niemand gehorchen als den nationalen Obergewalten. Uns dünkt, Süddeutschland würde in dem geeinigten Deutschland doch eine bedeutsamere Rolle spielen, als Schottland in Großbritannien, obwohl Schottland seine eigenen Rechte, Sitten und Institutionen sehr entschieden zu konservieren gewußt hat, trotz seiner relativen Kleinheit. Es ist nicht untergegangen, als es in dem britischen Reiche aufging. Noch weniger wird das spezifische Süddeutschtum mit seinen viel breiteren Fundamenten untergehen, wenn es in Deutschland aufgeht. Nicht ein Vasall Preußens, sondern ein Teil des einen Vaterlandes soll es werden, und zwar ein Teil von mächtigem Einflusse auf die Entwicklung des Nordens, der keineswegs so voll aller Tugenden ist, um nicht in den guten Eigenschaften des Südens eine willkommene Ergänzung zu finden. Dies wäre die große Rolle, die wir dem Süden zudenken.

Wir sind gefaßt darauf, mit solchen Ideen jenseits des Mains wenig Anklang zu finden. Die Macht solcher vergifteten Redensarten,

wie die Phraſe vom preußiſchen Vaſallendienſt, iſt noch nicht erloſchen, und wenigſtens die Maſſen ſind noch weit entfernt davon, Preußens Sache mit der Sache Deutſchlands zu identifizieren. Nur wenige Einſichtige und Unbefangene predigen in der Wüſte das Evangelium von der Einheit und Größe des Vaterlandes. Aber die Zeit und die Erfahrung wird manchen Ketzer bekehren; wer weiß, ob nicht ſchon die nächſte Seſſion des Reichstags und des Zollvereins einen Umſchwung herbeiführt? Jedenfalls wird der Süden ſehr bald ſich davon überzeugen, daß nicht er allein, ſondern daß Preußen ſelbſt genötigt ſein wird, einen neuen Menſchen anzuziehen. Das alte Preußen wird ſich verjüngen müſſen, es mag wollen oder nicht; der neue Moſt kann nicht in die alten Schläuche gefüllt werden. Die alten Schläuche müſſen noch herhalten als Notbehelf, aber man ſieht es ja, ſie lecken an allen Ecken und Enden. Die großen und guten Eigentümlichkeiten des preußiſchen Staates werden neue Kombinationen eingehen müſſen mit den Kräften und den Trieben, welche in dem erweiterten Reiche ſich regen; die einzelnen deutſchen Stämme werden ganz neue Stellungen untereinander und zum Zentrum einnehmen. Dieſer Prozeß wird um ſo raſcher und großartiger vor ſich gehen, je entſchiedener der Süden eingreift in die Entwicklung der Dinge, je weniger er ſich abwendet von den Aufgaben der Nation, je eher er begreift, daß es kein Vaſallendienſt iſt, wenn Deutſche Deutſchland dienen.

Man ſagt, daß eine gewiſſe Partei in Preußen den Eintritt des Südens in den großen Bund gar nicht wolle, daß ſie durchaus am Maine Halt machen wolle. Und das iſt glaublich genug; denn dieſe Partei ſieht ſehr wohl voraus, daß das ſtarre Preußentum, das ſie erhalten möchte, zerſchmelzen muß in der Temperatur eines ganzen Deutſchlands. Sollten die Schwaben und die Bayern das nicht auch begreifen?

Einweihung Wilhelmshavens.

Bremen, 15. Juni 1869.

Jedermann in unſerer Stadt fühlt es, daß der heutige Tag für uns eine andere und eine höhere Bedeutung hat als die eines Schau-

gepränges und einer Befriedigung provinzialer Neugier. Die außergewöhnlichen Zurüstungen, welche die alte bürgerliche Republik gemacht hat, um einem mächtigen Könige, dem Feldherrn großer Heere, Ehre zu erweisen, sind ein Zeugnis dafür, daß das Bewußtsein eines außerordentlichen Moments die Gemüter erfüllt, welche nicht gewohnt sind, mit den hergebrachten Formen loyaler Huldigung sich viel zu beschäftigen, und deren tägliche Sorgen wenig auf Waffenglanz und kriegerischen Erfolg gerichtet sind. Der Empfang, den wir heute dem König Wilhelm bereiten, steht nicht auf gleicher Linie mit den Zeremonien, welche die Träger der irdischen Kronen bei den Rundreisen durch ihre Lande von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf zu begleiten pflegen.

Was wir feiern, ist ein großes, weltgeschichtliches Ereignis, welches freilich an diesem Tage schon drei Jahre alt ist, welches aber heute zum ersten Male in der Person seines höchsten Repräsentanten in sichtbarer, leiblicher Gestalt uns menschlich und unmittelbar, mit lebendiger Anschaulichkeit, nahe tritt: die Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, verkörpert in dem Monarchen, welchem die ungelöste Aufgabe unserer alten Kaiser unter verheißungsvollen Zeichen zugefallen ist, verdeutlicht in dem besonderen Zwecke, welcher den König in unsere Mitte führt.

Er kommt, um an der Küste der Nordsee den ersten Kriegshafen, welchen Deutschland je besessen, einzuweihen. Eine nur symbolische Handlung vor der Hand, das ist wahr, aber eine symbolische Handlung, an welche alle Welt glaubt. Ihre ernste Bedeutung anzuerkennen, sendet das seegewaltigste Volk der Erde sein stolzestes Orlogschiff herüber, — eine stillschweigende Sühne gewissermaßen für die Verhöhnung, mit welcher es vor zwanzig Jahren die ersten Versuche Deutschlands auf der neuen Bahn zu entmutigen suchte. Man begreift, daß es diesmal Ernst wird, und man verspürt in dem Symbol den schaffenden Geist. Der Kriegshafen allein tut es nicht: er ist nur die erste vollgereifte Frucht einer hoffnungsvollen Aussaat. Der Wiedereintritt der Nation in die Reihe der großen historischen Mächte zeigt seine erste und deutlichste Wirkung in diesem Akte der Besitzergreifung, dessen Gegenstand der volle Anteil an der großen, freien See ist, die nationale Geltung im Weltverkehr, ohne

welche noch nie ein Land politische Größe dauernd behauptet hat. In diesem Sinne betrachten wir es nicht als einen bloßen Zufall, wenn König Wilhelm, begleitet von den berühmtesten Führern seines Rats und seiner Macht, die deutschen Farben über dem neuen Bollwerk unserer Flotte mit besonderer Feierlichkeit aufpflanzt, und wenn wir nicht irren, ist es auch im Sinne des Königs mehr als höfliche Form und liebenswürdiges Wohlwollen, wenn er bei der Vorfeier zu dem Hauptfeste gerade einer der alten Hansestädte eine bedeutende Rolle zugewiesen hat.

Lange ruhmreiche Zeiten hindurch haben die Hansestädte den deutschen Namen zur See geachtet und gefürchtet gemacht. Die Pflicht, welche von Rechts wegen Kaiser und Reich hätten erfüllen sollen, ward, da die berufenen Häupter deutscher Nation sich säumig oder ohnmächtig erwiesen, von den Kaufleuten und Schiffern der verbündeten Städte auf eigene Hand übernommen; die Aufgabe ward in großem Stile durchgeführt, und in der Geschichte unseres Volkes werden die Taten der Hansa stets eins der denkwürdigsten und glorreichsten Blätter bilden. Der Umschwung der Zeiten aber hat jenen alten Glanz unwiederbringlich zerstört, und aus ganz neuen Verhältnissen sind den politisch machtlos gewordenen Seestädten neue Obliegenheiten, dem Vaterlande gegenüber, erwachsen. Das Erbe ihrer Macht hatte keiner angetreten; die deutschen Kriegsschiffe verschwanden vom Meere; die bösen Tage des Verfalls und der Auflösung überlieferten ja selbst unsere Küsten fast ganz und gar den Fremden. Niemand hatte mehr Ursache als die überlebenden letzten Glieder der Hansa, über die Zertrümmerung der Reichsmacht zu trauern, welche die See wehrlos dem Auslande preisgab. Aber in diesen schlimmen Zeitläufen blühte gleichwohl die Kraft und Tüchtigkeit des deutschen Bürgertums mit der ihr von Gott verliehenen unverwüstlichen Zähigkeit fort und fort und rettete dem Vaterlande die Elemente künftiger Größe, welche in Handel und Schiffahrt und in kühnen Unternehmungen auf fernen Gestaden enthalten sind. Ihnen ist es vornehmlich zu danken, daß in dem Augenblicke, da die Zeit erfüllet war, die neuerstandene Nation alles dasjenige in fertiger Fülle vorfindet, dessen sie zu einer großartigen Stellung im Kreise der weltbestimmenden Völker bedarf:

kühne Seeleute, treffliche Schiffe, einen Kranz blühender Handelsniederlassungen, welcher den Saum des gesamten Ozeans in Nord und Süd, in Ost und West umgibt. Kaum einen Hafen gibt es auf Erden, in welchem ein deutsches Kriegsschiff nicht deutsche Landsleute anträfe, und überall sind diese erfolgreiche Rivalen der Angehörigen größerer Seemächte. Ohne einen solchen weltweiten Hintergrund würde die Eröffnung unseres Kriegshafens der wahren Weihe entbehren.

Jetzt, so hoffen wir, wird die verloren gegangene Entwicklung der alten Hansa und die verwahrloste des alten Reichs in einer neuen Form und in einer bisher niemals gekannten Einheit, in einem wohlgeordneten Zusammenwirken der obersten Nationalgewalt und des freischaffenden deutschen Bürgertums uns ersetzt werden, und in diesem neuen Bunde wird unser Volk einer Zukunft entgegengehen, welche den Glanz der Vorzeit überstrahlen wird. Dem deutschen Könige, welcher es uns erst möglich gemacht hat, zu so stolzen Hoffnungen uns emporzuschwingen, gilt der festliche Willkomm der alten Hansestadt.

Das sozialistische Programm.

11. August 1869.

„Du sprichst ein großes Wort gelassen aus", kann man den guten Gevattersleuten zurufen, welche zu Eisenach in aller Ernsthaftigkeit ehrlicher deutscher Pedanten ein Programm für die Umgestaltung der Welt aufgestellt und verkündigt haben, dessen Verwirklichung, wenn sie je möglich sein sollte, die größesten Ereignisse der Weltgeschichte, französische Revolution, Reformation, Völkerwanderung, Rom und Sparta, zum Range kleiner Episoden herabdrücken würde. Indessen möglich oder nicht, Unsinn oder nicht, es bleibt jedenfalls bemerkenswert, daß es in Deutschland, mitten im neunzehnten Jahrhundert eine Gruppe von Personen gibt, welche offen erklärt, sie habe es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Quadratur des Zirkels zu erfinden, und sie werde nur solche Leute in den Reichstag wählen, welche mit ihnen den viereckigen Kreis für das Zeichen halten, darin alle Völker selig werden sollen. Wir

haben schon neulich bemerkt, daß man sich über den Anklang, welchen ein solches Programm unter einem Teile der Arbeiter findet, nicht allzu sehr verwundern darf; die Leiter der Bewegung sorgen dafür, durch Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit der Fassung gerade bei den Hauptpunkten das Nachdenken abzustumpfen und den gesunden Menschenverstand einzuschläfern, wovon denn die Folge ist, daß der große Haufe sich einbildet, es sei im Grunde von höchst einfachen und leicht erreichbaren Dingen die Rede, die morgen in Ordnung sein könnten, wenn die eng- und hartherzige Bourgeoisie sich nur nicht schändlicherweise dagegen sträube. In diesem charakteristischen Merkmale stimmen alle Sekten der neuen Lehre, so ingrimmig sie einander anfeinden und verketzern mögen, vollständig überein; das Programm, welches Bebel-Liebknecht in Eisenach aufstellen, ist in dem eigentlichen Kernpunkte identisch mit dem Programme der Herren Schweitzer und Mende; die unterscheidenden Lehren betreffen entweder Nebensachen oder sie gehören der eigentlichen Politik an und sind von dem sozialistischen Dogma unabhängig. Solcher rein politischen Punkte enthält, beiläufig bemerkt, das Eisenacher Programm eine so große Anzahl, daß es fast den Anschein gewinnt, als sei es dabei auf eine kleine Täuschung abgesehen, als suche man mit dieser dicken Lage demokratischen Specks, mit welchem man den sozialistischen Speck umwickelt, die radikalen Mäuse zu locken, welche zwar im Staate alles nivellieren möchten, keineswegs aber an der Zwangsanstalt eines großen Phalansteriums Gefallen finden.

Wir müssen gestehen, daß dieser Umstand die vielen Verdächtigungen, welche gegen die Ehrlichkeit der sozialistischen Führer ausgesprochen werden, einigermaßen zu rechtfertigen scheint. Denn gerade hierdurch unterscheiden sie sich von allen großen Agitatoren, welche in der Weltgeschichte eine Rolle gespielt haben. Die letzteren haben sich stets, sei es aus Überlegung, sei es aus Instinkt, auf ihren eigentlichen Zweck, auf eine einzige Hauptsache konzentriert und sich um Meinungsdifferenzen außerhalb dieses einen Kreises so wenig wie möglich gekümmert. Das Geheimnis ihrer Erfolge beruht großenteils auf dieser Selbstbeschränkung. Sie warben Anhänger in allen Parteien und hörten dadurch auf selbst Partei zu sein. Die modernen Sozialisten scheinen ihrer Sache nicht Kraft genug zuzutrauen, um

ganz allein für sich das Publikum anzulocken; sie geben daher noch eine ganze Reihe von Divertissements in den Kauf, wie jene Wirte, welche, um ihrem sauren Wein Absatz zu verschaffen, eine fette Gans oder ein Schwein auskegeln lassen. Sie verbrämen die sozialistische Charte mit allerlei politischem Firlefanz, als Abschaffung der stehenden Heere, unentgeltlichem Volksunterricht, direkter Gesetzgebung durch das Volk, usw., welcher mit der eigentlichen Hauptsache entweder überhaupt nichts zu tun hat, oder nach dem Siege derselben gar nicht mehr in Frage kommen kann. Denn darüber kann sich doch niemand täuschen, daß es nach Einführung des sozialistischen Systems ein Privateigentum nicht lange mehr geben kann; man braucht also alsdann sich auch nicht mehr gegen das Schulgeld oder gegen Steuern zu ereifern, nach dem alten Grundsatze, wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren.

Freilich leugnen die Jünger Lassalles, daß sie das Privateigentum abschaffen wollen, aber es läuft für die Praxis auf dasselbe hinaus, ob man jemand sein Kapital ohne Zinsvergütung und Kündigungsrecht wegnimmt oder ob man es ihm einfach wegnimmt. Der ausgesprochene Zweck der Lassalleaner ist es aber, das Kapital den Nichtbesitzenden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, und es kommt sehr wenig darauf an, in welcher Form dies geschieht. Sie halten es für geraten, die wahre Absicht hinter unverfänglich klingenden Formeln zu verhüllen, sie sprechen nicht von Konfiskation, sondern von progressiver Einkommensteuer und Staatskredit für die Arbeitergenossenschaften; sie sagen nicht, Abschaffung des Kapitalzinses, sondern sie wollen nur „an Stelle des jetzigen Lohnsystems dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag sichern", was auf den ersten Blick ziemlich unschuldig und sogar billig sich ausnimmt, was aber im Sinne der Schule nichts anderes bedeutet als Beraubung des einen zugunsten der andern. Denn wenn unter dieser Formel, die ja den eigentlichen Kern der ganzen Lassalleschen Lehre bildet, nichts anderes verstanden werden sollte, als daß der Arbeiter das ihm gerechterweise gebührende Äquivalent für seine persönliche Anstrengung zu empfangen habe, so könnten wir ruhig das Buch zuklappen; denn darüber herrscht ziemlich allseitiges Einverständnis. Die Lassalleaner verstehen aber die Formel ganz anders. Sie sagen den Bauarbeitern,

die einen Palast gebaut haben: der Palast gehört euch von Gottes und Rechts wegen; *weil* ihr ihn gebaut habt. Im Grunde läuft diese Theorie auf den Satz hinaus, daß nur die *letzte* Arbeit zu bezahlen ist; alle *vorangegangene* Arbeit dagegen, ohne welche das Kapital für den Palastbau, die Steine, die Balken, die Eisenstangen, die Lebensmittel für die Arbeiter, usw. gar nicht vorhanden sein würden, unvergütet bleiben soll. Denn es liegt auf der Hand, daß, wenn man diese Vergütung zuvor abzieht, in der Regel von dem Werte des Palastes nicht viel mehr übrig bleiben wird, als was die Bauarbeiter auch nach dem jetzigen Lohnsystem empfangen. Ja, es ist sogar sehr zweifelhaft, ob überhaupt etwas überbleiben würde. Bekanntlich gibt es sehr viele Arbeitsprodukte, die weniger wert sind, als das darauf verwendete Kapital. Will man also den Arbeitern einen wirklichen Gewinn verschaffen, so muß man in solchen Fällen ihnen das Brutto-Produkt, ohne Befriedigung der früheren Kreditoren, zuwenden, mit anderen Worten, zu ihren Gunsten die letzteren berauben.

Es versteht sich von selbst, daß diese Operation nicht lange fortgesetzt werden kann. Die durch den Raub beglückten Arbeiter werden nicht solche Narren sein, von ihren erhöhten Einnahmen einen Teil zurückzulegen, um denselben zugunsten dritter als „schnödes Kapital" konfisziert zu sehen, sondern sie werden das Ganze verzehren. Das Ende vom Liede wird allgemeines grenzenloses Elend sein; darüber hilft uns leider keine Weisheit und keine Beredsamkeit der Welt hinweg. Ja, wenn dieser störende Umstand nicht wäre, so möchte man allenfalls über die moralischen Bedenken hinwegsehen, welche uns entgegentreten, wenn wir einem Menschen wider seinen Willen — denn nur darum handelt es sich — sein Eigentum nehmen sollen. Läge die Sache so, daß die allgemeine Wohlfahrt durch das Aufhören des Privateigentums gefördert würde, so würde ihm seine sogenannte „Heiligkeit" schwerlich viel helfen. Was ihm, trotz aller bisherigen Angriffe, seine Fortdauer gesichert hat und trotz aller künftigen Angriffe wahrscheinlich auf Jahrhunderte noch sichern wird, das ist seine hohe Zweckmäßigkeit im Interesse der Mehrzahl. Ursprünglich aus dem menschlichen Egoismus entstanden, wie manche andere Einrichtungen auch, hat es

schließlich sich als die — ohne Zweifel mangelhafte — aber immer noch wirksamste Form erwiesen, in welcher die Güter dieser Welt ihren Zweck zu erfüllen vermögen. Im Beginne der Geschichte durch das Faustrecht abwechselnd begründet und zerstört, ist es längst zum Grundpfeiler aller Rechtsordnung und Kultur geworden, und es wird erst dann entbehrlich werden, wenn die menschliche Natur eine vollständige Umwandlung erfahren haben wird. Nichts geringeres als dies erklären die Eisenacher Kongreßler anstreben zu wollen. Ein erhabener Gedanke, ganz gewiß, daß er lächerlich geworden, liegt weniger an ihm als an den Personen.

Napoleon I.

13. August 1869.

Ein Jahrhundert ist verflossen, seit auf einer kleinen obskuren Felseninsel, im Schoße einer obskuren Familie des kleinen Adels Napoleon Bonaparte das Licht der Welt erblickte, deren Schrecken und Geißel, deren Stolz und Wunder er werden sollte, wie kaum jemals ein Sterblicher vor ihm, wie hoffentlich nie wieder ein Mensch nach ihm. Eigentümlich, daß gerade mit der Säkularfeier dieser phänomenalen Geburt in Frankreich der Wendepunkt desjenigen Systems, welches noch nach dem Familiennamen der Bonaparte genannt wird, eingetreten zu sein und die aufsteigende Linie sich zu Tale neigen zu wollen scheint. Schon wird es zweifelhaft, ob es möglich sein wird, den Tag zu einer nationalen Jubelfeier zu verwerten; der jetzige Kaiser selbst scheint nicht recht daran zu glauben, wenn man aus den auffallend mattherzigen Anläufen der offiziellen Regie Schlüsse auf seine Stimmung ziehen darf. Ist dies richtig, so kann man den Franzosen nur aufrichtig Glück wünschen zu der Abwendung von einem Heroenkultus, welcher zu den demütigendsten Erscheinungen in ihrer Geschichte gehört und welcher bis in unsere Tage hinein als das Grundübel betrachtet werden darf, dessen feines Gift alle ihre Freiheiten zerstört hat. Wir dürfen dies herbe Urteil freilich nicht ohne Bekenntnis der eigenen Schande aussprechen, welche sklavische Vergötterung des großen Despoten über unser eigenes

Volk gebracht hat. Nur darin sind wir glücklicher gewesen, daß für uns der unheilvolle Zauber des Erfolges eher gebrochen wurde. In Frankreich hatte er eine Macht gewonnen, welche fast unzerstörbar erschien. Noch in diesem Augenblicke ruht ja, genau genommen, die ganze politische Verfassung des Landes und die herrschende Dynastie lediglich auf dem Echo des einen Namens, der vor hundert Jahren zuerst in der kleinen Taufkapelle zu Ajaccio widerhallte. Und wenn man fragt, was denn in Wahrheit der Name Napoleon bedeutet, welche große Prinzipien des Rechts, der Sittlichkeit, der menschlichen Wohlfahrt er vertritt, so muß man beschämt antworten: nichts von alle dem! Was ihm die Menschen unterwarf, was ihn noch im Grabe zu einem Welterschütterer machte, das war nichts als die Größe des Genies und die kolossale Natur seines Ehrgeizes, der über alle irdischen Schranken mit dämonischer Verwegenheit hinweggriff. Das Anschauen eines so riesigen Egoismus, mit welchem sich eine so unheimliche geistige Kraft verbündete, riß die Welt zu staunender Bewunderung, ja zu abgöttischem Enthusiasmus hin, gleichsam als ob sie entzückt wäre, die schlechte Natur des Menschen einmal in so grandiosen Verhältnissen zu erblicken. Der Napoleonkultus war die Vergötterung der siegreichen, glänzenden, geistreichen Gewalt, und es ist natürlich, daß er schließlich zu neuer Unterwerfung unter einen glücklichen und geschickten Tyrannen geführt hat. Es ist glücklicherweise nicht minder natürlich, daß, so wie der Kultus schwindet, auch der Götze zusammensinken muß. Napoleon III. hat in einem Sinne, der ihm selbst vielleicht damals fernlag, vollkommen recht, wenn er in seiner Proklamation vor einigen Monaten sagte: „Alles was ich bin, bin ich durch Ihn.“ Er ist Kaiser geworden, weil den Franzosen von 1848 immer noch der erste Napoleon das Ideal eines Herrschers war.

Zur Ehre der Franzosen und der menschlichen Natur überhaupt muß man übrigens soviel anerkennen, daß die sittliche und ideale Hoheit, welche dem geschichtlichen Napoleon fehlte, ihm von der geschäftigen Phantasie angedichtet wurde. Wie ein Mädchen ihren Geliebten, so stattete die Liebe des Volkes den gewaltigen Feldherrn mit edelmütigen und liebenswürdigen Eigenschaften aus, die seiner eiskalten Seele fremd waren, und lieh ihm uneigennützige, welt-

beglückende Tendenzen, welche er mit cynischem Hohn verspottete. Freilich, indem man dies zugibt, muß man über die gedankenlose Leichtgläubigkeit der Massen staunen, welche diesen Mythus annahm, den die Tatsachen so furchtbar Lügen straften. Diejenigen, welche sich nicht völlig der Wahrheit verschließen konnten, retteten ihre Begeisterung in eine Theorie, welche noch heute weitverbreitete Anhänger zählt, in die Theorie von dem jugendlichen Halbgott Bonaparte, dem Erzengel der Freiheit, der leider in späteren Jahren durch den Umgang mit Königen verdorben wurde, der aber in Elba sich aufrichtig bekehrte und der Europa noch beglückt haben würde, wenn nicht Waterloo ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Diese ansprechende Theorie steht mit den bestbeglaubigten Tatsachen in Widerspruch. Napoleon, als er zum erstenmal in der Geschichte auftritt, hat alle Jugendschwärmerei bereits hinter sich. Er ist kaum vierundzwanzig Jahre alt, aber schon ist er derselbe kalte und aller „Ideologie" feindselige Rechner, der er als Kaiser war. „Man wird rasch alt auf dem Schlachtfelde", hat er einmal von sich selbst gesagt. Natürlich redet der junge General in der Sprache der Tugend und des Bürgertums, die damals obligat ist, aber er handelt wie ein Schüler Machiavells, der alle menschlichen Triebe, die guten wie die schlechten, und alle Interessen, die öffentlichen, wie die besonderen, als Werkzeuge der eigenen Erhöhung betrachtet. Schon der jugendliche Held von Lodi und Arcole sieht es gern, wenn seine Generale und Zivilkommissare stehlen; sie werden dadurch ihm gegenüber wehrlos. Das hindert ihn aber nicht, hin und wieder einige unglückliche Soldaten erschießen zu lassen, die ungeschickterweise in einem Augenblick plünderten, wo die Politik des Oberbefehlshabers „günstiger Impressionen" bei der Bevölkerung bedurfte. Vor jeder aktenmäßigen Darstellung der italienischen Feldzüge, welche in militärischer Beziehung so glänzend sind, zerfließt der Mythus von einer tugendhaften, republikanischen Periode im Leben Bonapartes in nichts.

In Sankt Helena hat Napoleon selbst sich bemüht, „die Komödie des bekehrten Despoten" zu spielen, wie sein neuester Geschichtschreiber Lanfrey sagt. Aber seine wirkliche politische Überzeugung, wie er sie sich im Hauptquartier seiner Armeen gebildet hat, ver-

riet sich selbst dort in den vertraulichen Gesprächen, die er mit seinen Getreusten führte. Er verstand die politische Macht sein ganzes Leben lang, so wie er sie an der Spitze der Heere, siegreicher, erobernder Heere gelernt und geübt hatte; das Kommandowort, die Disziplin, die militärische Organisation, das waren für ihn die einzigen verständlichen Elemente des Staatslebens, und noch im Exil sagte er zu Las Cases: „Um zu regieren muß man, genau genommen, Militär sein. Man regiert nur in Stiefeln und Sporen."

In Stiefeln und Sporen, ohne die sentimentalen Bänderschleifen, welche die zärtlichen Verehrer ihm angeheftet haben, möge die Gestalt des genialsten und ehrgeizigsten Soldaten durch die Jahrhunderte wandeln, wie die Geschichte sie zeichnet und wie wir selbst vom künstlerischen Gesichtspunkte aus sie der theatralisch aufgeputzten Figur der französischen Romantiker vorziehen sollten. Denn sonderbar genug, der dämonische Reiz, den Napoleons Laufbahn ausübt, verliert nichts, wenn man sie ohne alle Verehrung, ja selbst, wenn man sie mit Schaudern betrachtet. Der menschliche Wille und die menschliche Intelligenz gewinnen in diesen Dimensionen, auch ohne alle Beimischung wirklicher Seelengröße, einen bezaubernden Einfluß auf unsere Phantasie, der zu wirklichem Genusse wird. Je nachsichtsloser die kritische Forschung von der Erscheinung die falschen Hüllen hinwegstreift, die der Kaiser selbst und seine Vergötterer meisterlich zu drapieren verstanden, desto fesselnder wird das Bild, als ob auch hier das Kunstgesetz gelten müßte, daß das Nackte das Beste ist. Aber auch die politische Pädagogik kommt nicht zu kurz dabei, wenn die Wahrheit zum Worte gelangt. Indem sie die tiefe Erniedrigung schildert, mit welcher Frankreich die Trophäen der Kaiserzeit zu erkaufen hatte, dient sie dem Glücke der Menschheit besser, als jene blendende Lüge, welche an den Namen Napoleon den Beginn der modernen Geschichte knüpfen möchte. Die Größe Napoleons besteht doch wesentlich darin, daß er eine wirklich so große Nation, wie die französische, zum willenlosen Werkzeuge seiner Selbstsucht machen konnte, — er, der Italiener.

Das einige Deutschland gegen Frankreich.

25. Juli 1870.

Wir sind dem Kaiser der Franzosen wirklich Dank schuldig für eine der größesten Wohltaten, die ein Mensch uns hätte erweisen können. Ihm gebührt das Verdienst, daß die widerwärtige, unnatürliche, verderbliche Unterscheidung zwischen Norddeutschen und Süddeutschen aufgehört hat und, wie zu hoffen steht, nie wieder eingeführt werden wird, wenigstens nicht in dem gehässigen politischen Sinne, an den die letzten vier Jahre uns gewöhnt hatten oder zu gewöhnen drohten. Dies ist ein Kampfpreis, der uns bereits vor dem Beginne des Kampfes zugefallen ist, ein Kampfpreis, dessen hohen Wert jeder Deutsche unmittelbar am eignen Herzen empfindet. Die Trennung zwischen uns und unsern Landsleuten jenseits des Mains war wie ein vergifteter Stachel zurückgeblieben im Fleische der Nation, eine Trennung, die um so schmerzlicher und bitterer empfunden wurde, weil sie noch weit tiefer durch die Herzen als durch die politischen Gebiete zu gehen schien. Täglich mußten wir drüben und hüben erfahren und empfinden, daß Glieder eines Volks, welche sich gegenseitig lieben und achten sollten, in der wichtigsten und größten inneren Frage einander feindselig, mißtrauisch und anscheinend unversöhnlich gegenüberstanden. Männer, denen wir in allen andern Stücken unsere ehrende Anerkennung nicht versagen konnten, erschienen uns um dieser einen Spaltung willen wenig besser als Feinde, und wir hatten das Bewußtsein, daß wir von ihnen ebenso angesehen wurden. Es war ein peinlicher, unseliger Zustand, gegen den wir nur den Trost besaßen, daß die Zeit in nicht zu berechnender Zukunft Besserung und Hilfe bringen werde. Dem äußeren Blicke erschien die Scheidewand, welche der Krieg aufgerichtet und der Friede befestigt hatte, unverrückbar. Kaum konnten wir ahnen, daß so rasch, wie es nun geschehen, die Grundlage der schrecklichen Mauer unterhöhlt werden und sie selbst zusammenstürzen werde, fast wunderbar, wie einst die Mauer von Jericho vor dem ersten Trompetenstoße des Feindes. Kaum konnten wir hoffen, daß uns Jetztlebenden noch einmal der hohe Genuß

werde zuteil werden, den Regierungen und den Kammermehrheiten in München und Stuttgart aus vollem Herzen ein Bravo! zurufen zu dürfen.

Die deutsche Frage ist damit nicht gelöst, das versteht sich von selbst. Aber ihre freundschaftliche, brüderliche Lösung ist möglich, ist wahrscheinlich geworden, während sie gestern noch einer Anweisung auf ungewisse ferne Zukunft glich. Das spröde Erz ist plötzlich in dem Feuer der gemeinsamen Gefahr geschmolzen; es fließt, und es wird schon die Form finden, in welche es sich ergießen soll. Das scheidende Ingrediens, welches die Verschmelzung der Bestandteile hinderte, ist von dem französischen Tausendkünstler ausgeschieden, und wir können uns ruhig dem Vertrauen hingeben, daß der große Bindungsprozeß nun unwiderstehlich sich vollziehen wird, den die Natur selbst seit zwei Jahrtausenden vorbereitet hat. Können wir heute die Wege noch nicht bezeichnen, so können wir doch schon sagen, daß der Weg des Zwanges und der Gewalt von Stund an verschlossen ist. Freiwillig werden Süden und Norden sich einigen.

Es ist buchstäblich richtig, wenn in diesen Tagen süddeutsche Stimmen betont haben, daß Bayern und Württemberg auch für die eigne Selbständigkeit in den Kampf gegen Frankreich ziehen. Was sind Bayern und Württemberg, wenn Frankreich siegt? Vasallen Napoleons. Was sind sie, wenn Deutschland siegt? Unabhängige Deutsche Staaten, welche aus eigner freier Entschließung zu bestimmen haben, ob sie in die große Gemeinschaft aller deutschen Stämme eintreten wollen. Die überlegene Macht des Nordbundes kann sie nicht mehr schrecken, nachdem sie mit ihm gemeinschaftlich ihre Schuld gegen das Vaterland abgetragen haben werden. Wir, d. h. wir Norddeutschen werden niemals „die Welt durch die Größe unseres Undanks in Erstaunen setzen." Wir haben Verträge mit den süddeutschen Staaten geschlossen, in denen wir ihnen ihre Selbständigkeit verbürgt haben, und diese Verträge werden unverbrüchlich von uns gehalten werden, wie Süddeutschland seinerseits sie hält. Nur mit freier Einwilligung des Südens wird das Band geknüpft werden, welches die Verträge überflüssig machen wird. Wir können es ohne Bedenken aussprechen, daß in ganz Norddeutschland über diesen Punkt nur eine Meinung herrscht. Auch der eifrigste,

einseitigste Unitarier unter uns würde mit Entrüstung den Gedanken zurückweisen, daß es möglich wäre, den Sieg unserer heiligen und gerechten Sache durch nachträglichen Vertragsbruch, durch schändlichen Verrat an unsern eignen Brüdern zu beflecken. Gottlob bedarf es nicht schmutziger Mittel, um das Ziel zu erreichen, das die Weltgeschichte unserm Volk gesteckt hat. Uns ist das große Glück zuteil geworden, daß ein gewaltiger aber unsträflicher Krieg die Bahn reinfegt von allen den kleinen Hindernissen, die im Frieden so riesengroß aussehen. Vertrauen wir ruhig dem guten Geiste, der in diesen großen Schicksalsstunden uns zusammengeführt hat; was er vermag, das hat er schon jetzt in leuchtenden Zeichen kundgegeben. Er wird auch ferner uns die Wege zeigen.

Noch niemals, wir wiederholen es, noch niemals hat Deutschland so groß dagestanden, wie in diesem Augenblicke. Das unvergeßliche und herrliche Jahr 1813 selbst kann sich nicht mit 1870 messen, weil es die Frucht jahrelangen tiefsten Elends war, während heute das erste Notsignal ganz Deutschland wie einen einzigen Mann gewaffnet findet. Wo unsere Väter nach unsäglichen Drangsalen anlangten, da beginnen wir in voller ungeschwächter Kraft. Und wer hat diesen unermeßlichen Fortschritt gewirkt? Wer hat diese große Nation emporgerichtet aus dem Staube, ja aus dem Kote, in welchem sie vor sechzig Jahren sich blutend wand? Wer hat sie weiter geführt und weiter, dahin wo sie jetzt steht, ebenbürtig den Mächtigsten, geschart um eine einzige Fahne, beseelt von einem Gefühle, lodernd von einer Glut? Wer anders als der deutsche Geist, der sich selbst wiedergefunden hat nach langer Verirrung. Er, der so große Dinge getan hat, wird auch das übrige vollbringen was not tut, ohne die Hilfe verlogener Ränke und meineidiger Untreue! Der Strom ist frei geworden, man lasse ihn brausen, wohin er will; er findet seinen Weg von selbst, „vom Fels zum Meere!"

Nur keinen voreiligen Frieden.

23. August 1870.

Von den Moselbefestigungen wendet sich schon der erwartungsvolle Blick nach dem letzten Bollwerk Frankreichs, von Metz nach

Paris. Und drei Wochen sind es erst, seit bei Weißenburg der Kampf ernstlich begann. Wie lange wird es noch währen, bis die zweite Hälfte des Feldzugs, die vom vorigen Sonnabend, dem Tage nach der Schlacht bei Rezonville, an gerechnet werden kann, ihr Ende erreicht? Dies ist die Frage, welche jetzt natürlich auf allen Lippen schwebt, alle Gemüter bewegt. Es läßt sich nicht leugnen, eine gewisse Ungeduld, eine nagende Sehnsucht, daß bald das entsetzliche Blutvergießen vorbei sein möchte, ist schon jetzt mächtig in den Herzen; man würde gern auf die glänzendsten Waffenehren, wären sie uns noch so sicher verbürgt, Verzicht leisten, wenn ohne sie das Ziel des Krieges, Deutschlands Sicherheit vor räuberischem Anfalle, erreicht werden könnte. So stolz wir sind auf die großen Taten unserer Truppen, auf die meisterliche Sicherheit der Führer, auf die wundervolle Tapferkeit der Geführten, so sind wir doch frei geblieben von dem Taumel der wilden Ruhmsucht, die unter Leichen und Trümmern nur die Befriedigung einer gemeinen Eitelkeit sucht. Mitten im Siege, überwältigt von einer beispiellosen Reihenfolge glänzender Triumphe, vergessen wir doch keinen Augenblick, daß Friede besser ist als Krieg, sind wir keinen Augenblick blind gegen die Leiden, die schrecklichen Leiden, mit denen Sieg und Triumph bezahlt werden müssen. Es wird Viktoria geschossen; jeder Schuß dröhnt begeisternd und erhebend durch die Herzen, aber er durchbohrt sie auch mit tiefem Schmerz um die unglücklichen Opfer des Krieges, die schon nach Zehntausenden gezählt werden. Wahrlich, wir erfahren es jetzt, daß wir ein friedliebendes Volk sind.

Aber diese Stimmung hat nichts zu schaffen mit feiger Opferscheu und träger Bequemlichkeitssucht. Wir sehen nicht allein die Schrecken des Krieges, sondern auch die Notwendigkeit seiner unermüdlichen Fortsetzung. Gerade deswegen weil wir ihn nicht um seiner selbst willen lieben, weil wir ihn nur als ein Mittel zum Zwecke, nur als einen Weg zum Frieden betrachten, können wir nicht sagen: es ist jetzt genug; wir haben der Ehren ein gerüttelt Maß; wir brauchen keine Lorbeeren mehr; laßt uns das Schwert einstecken. Nein, wir kämpfen nicht um die Ehre, sondern um unsere Zukunft; wir suchen nicht Lorbeeren, sondern Palmen. Wir haben ein ganz bestimmtes praktisches Ziel vor Augen, das erreicht sein

muß, ehe wir von Blutarbeit ausruhen können. Wir wollen Ruhe haben an unseren Grenzen, nicht heute, nicht morgen, sondern dauernd. Wir wollen nicht ferner in der steten Gefahr leben, Acker und Werkstatt, Speicher und Hafen verlassen zu müssen, um uns draußen mit Turkos und Zuaven herumzuschießen. Alle hundert Jahre einmal läßt man sich das gefallen; aber als Regel ist ein solcher Zustand nicht erträglich. Sollen wir zu den Sitten der Naturvölker zurückkehren, bei denen die Weiber das Feld bestellen, während die Männer den Kriegspfad wandeln? Und würde nicht unser Schicksal das Schicksal ganz Europas werden, wenn wir jetzt nicht der großen Friedensstörerin, der französischen Nation, ein für alle Mal das Handwerk legen, sie unfähig machen, die Welt in ewiger Angst und Unruhe zu erhalten? Das ist die Aufgabe der deutschen Heere; ob sie ausgeführt werden wird, steht in Gottes Hand, aber über ihren Umfang herrscht in der Nation kein Zweifel mehr.

Darum ist Metz nur eine Etappe des Marsches; das Ziel heißt Paris. Das Herz und Hirn der feindlichen Nation befindet sich dort, und so lange Paris nicht in unserem Besitze ist, so lange kann von Frieden nicht die Rede sein. Wollte man vor diesem Ziele Halt machen, so würden wir mit all den Strömen teuren Heldenbluts, welche die fünf Schlachtfelder dieses Krieges gefärbt haben, nur einen kurzen Waffenstillstand erkauft haben, und nach wenigen Jahren sähen wir uns genötigt, das schreckliche Werk von neuem zu beginnen. Es wäre die größte Grausamkeit, wollten wir jetzt milde und nachgiebig sein.

Wir können Gott nicht genug dafür danken und preisen, daß in diesem Punkte die Männer, welche uns führen, genau ebenso denken und fühlen, wie das ganze deutsche Volk. Die Männer, welche an kriegerischem Ruhm heute ihresgleichen auf Erden nicht haben, der König, der Kronprinz, Moltke, Roon, die sieggekrönten Helden, hassen den Krieg, wie nur ein englischer Quäker ihn hassen kann. Sie sind mit innerlichem Abscheu an das Werk gegangen, zu welchem feindlicher Übermut sie zwang. Nun sie aber einmal bei der Arbeit sind, steht auch ihr Entschluß fest, sie mit vollem Nachdrucke zu Ende zu führen. Und man kann überzeugt sein, daß Graf Bismarck diese Gefühle und diesen Entschluß vollständig

teilt. Wenn er bis jetzt vorzugsweise Eigenschaften bewährt hat, welche man bisher selten in Deutschland fand, Klarheit des Willens und Gewandtheit im Handeln, so wird er nun auch zeigen, daß ihm die echtdeutsche Tugend nicht fehlt, die Gründlichkeit. Flick- und Pfuscherarbeit brauchen wir von dieser ebenso starken als feinen Hand nicht zu besorgen.

Es ist natürlich, daß die Menschen unter dem Eindrucke der letzten großen Ereignisse das Bedürfnis empfinden, sich ein Bild von dem weiteren Gange der Dinge zu entwerfen. Unwillkürlich, wie von einem Zauber gelockt, fliegen die Gedanken von den Geschäften des Tags immer wieder zu dem undurchsichtigen Vorhange hin, welcher die folgenden Akte des ungeheuren Dramas verhüllt. Wie wird es kommen? was wird noch alles geschehen? wie wird es enden? wann wird es aus sein? Aber vergebens sucht man die Antwort auf alle diese Fragen zu verfrühen. Erst die Ereignisse selbst werden sie geben. Alles was auch die berufenen Lenker unserer Geschicke zu tun vermögen, beschränkt sich darauf, daß sie im Geiste sich die Grundzüge des Plans vorzeichnen können, den sie zu verwirklichen haben, wenn es in ihrer Macht liegen wird. Selbst Graf Bismarck ist nicht imstande, ein ins einzelne gehendes Programm aufzustellen, bevor nicht die vollendeten Tatsachen vor ihm liegen, aus denen sich Deutschlands, Europas Zukunft aufbauen soll. Wir mögen uns wohl dabei beruhigen, daß im großen und ganzen die Aussichten für uns schon jetzt durchaus günstig liegen, unendlich günstiger, als wir noch vor vierzehn Tagen annehmen durften, und daß die richtige Benutzung der errungenen und noch zu erringenden Vorteile in allerbewährtester Hand liegt. Der Friedensschluß wird sich ergeben aus der Gesamtheit der Umstände, welche die Fortsetzung des Kriegs erst herbeiführen soll, und wir dürfen uns wohl dabei beruhigen, daß auch dieser Teil der Arbeit in allerbewährtesten Händen liegt. Wir können uns die Gehirnmarter ersparen, welche von einem Grübeln über unbekannte Größen unzertrennlich ist. „Was gemacht werden kann, das wird gemacht", darauf können wir uns, solchen Soldaten, solchen Feldherrn, solchen Staatsmännern gegenüber, verlassen, und mehr können wir billigerweise nicht verlangen.

Der Auguſtmonat.

1. September 1870.

Das war ein Auguſtmonat! So lange die Erde ſich um die Sonne bewegt, iſt etwas Ähnliches nicht von Menſchen erlebt worden. Gerade vier Wochen ſind es von der Erſtürmung Weißenburgs bis zu der letzten Niederlage Mac Mahons; in dieſem kurzen Zeitraum ſind ſieben Schlachten oder größere Treffen geſchlagen, iſt die franzöſiſche Armee zerſprengt und hinter Mauern eingeſperrt, ſind die zwei gewaltigſten Waffenplätze Frankreichs von belagernden Armeen umſchloſſen worden. Gleichzeitig hat ſich in zwei feindlichen Provinzen bereits eine förmliche deutſche Verwaltung eingerichtet; im Elſaß und in Lothringen wird im Namen der ſiegenden Macht regiert, Recht geſprochen, Steuer und Taxe erhoben. Die Straßen nach Paris liegen offen vor den deutſchen Heeren; kein feldmäßiges Truppenkorps von irgend erheblichem Belange vermag ihren Vormarſch aufzuhalten; notdürftig ragt nur hier und dort aus der germaniſchen Überflutung ein befeſtigtes Kaſtell hervor und läßt noch die beſiegte Trikolore flattern, ohne ihr doch dauernden Schutz gewähren zu können.

Es iſt ein ſchwindelerregendes Gefühl, wenn man ſich den Umfang dieſer ungeheuren Erfolge vergegenwärtigt und dann in Gedanken ſich um zwei Monate, zwei kurze Monate zurückverſetzt. Wer dachte am 1. Juli an einen Krieg gegen Frankreich? Die ganze politiſche und militäriſche Welt beſchäftigte ſich mit der einen alles andere zurückdrängenden Frage: wo bringen wir die Hundstage zu, in welchem Gebirge, an welchem Strande, auf welchem Gute? Der Bundeskanzler erholte ſich von der Reichstagskampagne in Varzin; General Moltke erfreute ſich an dem Stande ſeiner Korn- und Kartoffelfelder; die Herren vom Kriegsminiſterium ſpülten im Nordſeebade den Staub der Akten und der Reſidenz ab; das dolce far niente war die holde Loſung des Tages. Sechs Wochen ohne Politik, ohne Geſchäfte, ohne Sorgen lagen blühend und reizend wie eine Oaſe vor den Blicken der Diplomaten, der Beamten und der Offiziere. „Niemals war der Friede geſicherter als heute", hatte eben erſt der Miniſter Napoleons geſagt, und niemals hatte

die Welt einem napoleonischen Minister so aufs Wort geglaubt. Das alles, wie gesagt, ist noch keine zwei Monate her, und heute stehen die deutschen Heere wenige Tagemärsche vor Paris, und heute rüstet Paris mit fieberhafter Hast sich zum Empfange einer zweiten Völkerwanderung, und heute bildet die Frage, ob Frankreich zerstückelt werden soll oder nicht, das Thema aller Gespräche in Europa. Dinge, welche vor zwei Monaten, wenn man sie erzählt hätte, wie Ausgeburten der wahnwitzigsten Phantasie geklungen haben würden, sind heute nackte Wirklichkeit, und sie sind mit so rapider Gewalt hereingebrochen, daß man noch jetzt manchmal versucht ist, an ein Blendwerk trügerischer Träume zu glauben. Die Weltgeschichte hat solche Übergänge bisher nicht gekannt, sie pflegte den Ereignissen lange Schatten vorangehen zu lassen, welche die Gemüter mit Ahnungen des Kommenden erfüllten; sie pflegte die See brausen und grollen zu lassen, ehe noch der Sturm sich erhob. Nur in den alten Geschichten lasen wir wohl erstaunliche Mären von dem jähen Hereinbruche einer großen Katastrophe, die über Nacht ein Reich vernichtete oder ein gottgefälliges Volk vom Untergange rettete; Pharaos Rosse und Wagen versanken im Schilfmeer; Sanheribs Heerschaaren starben unter dem Hauche des Todesengels, und Belsazar wurde vom schwelgerischen Mahle ins Verderben gestürzt. Aber die Profangeschichte kennt solche plötzliche Tragödien nicht. Unseren Tagen war es vorbehalten, mit schauerlicher Schnelligkeit tiefsten Frieden mit unerhörtestem Blutvergießen, frevelhaftesten Cäsarenhochmut mit bitterster Demütigung wechseln zu sehen. Nicht mit starrerem Schrecken können Herkulaneum und Pompeji aus dem Schlafe erwacht sein, als der Berg zu donnern begann und die Aschenwolke auf ihre Dächer niederprasselte, — nicht mit starrerem Schrecken als Frankreich diese eisernen Augustschauer auf seine Fluren herabregnen sah. Mit so entsetzlicher Geschwindigkeit hat die Nemesis nie gearbeitet. Kaum war der verruchte Frevel verübt, so ertönten auch schon die Posaunen des großen Gerichts, und der gekrönte Böse wicht war von der Vergeltung ereilt, ehe er seine Missetat vollenden konnte.

Überwältigend aber, wie die Chronik dieses Augustmonats ist, so steht ihr doch das, was in den beiden letzten Juliwochen geleistet

worden, ebenbürtig zur Seite. Die Vorbereitung zum Kampfe war in ihrer Art ein ebenso großartiges Schauspiel wie der Kampf selbst. Das Erwachen des deutschen Riesen erlebt zu haben, wie er seine gewaltige Rüstung anlegte, darum werden uns noch späte Geschlechter beneiden. Ein neuer Tag in der Weltgeschichte brach an, und wir erlebten diesen Tag in dem vollen Bewußtsein seiner unaussprechlichen Größe. Wir wußten, was es zu bedeuten hatte, als die Wächter von den Zinnen bliesen. Wir sahen den Genius unseres Volkes in Fleisch und Blut durch die deutschen Lande ziehen, und wir vernahmen deutlich, was er sagte: daß die große Stunde gekommen sei. Und alsbald, von dem ersten Weckrufe an, begann das stille, gigantische Vorspiel des Krieges. Die Mobilmachung und die Bewegung der ungeheuren Heeresmassen nach der bedrohten Grenze, ein Werk, wie es die Welt nie gesehen. Mit ungeheurer, atemloser Hast und doch mit sorgfältigster Genauigkeit, mit kaltblütigster Ordnung wurde die ungeheure Rüstung vollbracht, und in vierzehn Tagen war alles fertig. Dies Wunder konnte nur gelingen, wenn der musterhaften Organisation die strengste Pflichterfüllung, die hingebendste Aufopferung jedes einzelnen vom höchsten bis zum letzten entsprach.

Dieser Dinge uns jetzt zu erinnern, da eben ein neuer vorwärts helfender Sieg unsere Spannung gelöst hat, ist eine Quelle freudigen Stolzes, dem wir ohne Scheu uns hingeben dürfen. Denn wir können die uns zugeteilten Aufgaben in ihrer Größe nicht erfüllen, wenn wir uns der Größe der Kräfte nicht bewußt werden, welche Gott in unser Volk gelegt hat. „Deutschland wußte nicht, wie stark es sei", und darum hat es in früheren Zeiten seine Schuldigkeit nicht getan. Jetzt kennt es seine Kraft, und es soll ihrer stets eingedenk bleiben, um an der Größe seiner Taten das Maß seiner Pflichten gegen die Menschheit zu finden.

Das französische Volk ist der Schuldige.

14. September 1870.

In seinem Berichte an den König erzählt Graf Bismarck, Kaiser Napoleon habe im Laufe der Unterhaltung sein Bedauern über den

begonnenen Krieg ausgesprochen — (wie auch Traupmann dem Vernehmen nach seine Mordtaten bedauerte, als er verhaftet wurde) — und hinzugefügt, daß er persönlich den Krieg nicht gewollt, sondern nur dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgegeben habe. Natürlich ist dies nicht die reine Wahrheit, aber es ist ein Stück davon, und es ist jedenfalls nicht so falsch wie die von Paris her erschallende Behauptung, daß nur der Kaiser für den Feldzug verantwortlich sei, daß die Nation den Frieden gewollt habe. Louis Napoleon hat für seine Person den Krieg schwerlich gewünscht; er ist kein Soldat, weder von Handwerk noch von Temperament; er ist vorsichtig und argwöhnisch und wenig geneigt, ein gewagtes Spiel zu spielen, bei welchem seine Generale mehr Aussicht hatten, sich auszuzeichnen, als er selbst. Wenn er trotzdem den Degen zog, so geschah es lediglich, weil er glaubte, seine Untertanen wünschten es so lebhaft, daß es für ihn gefährlicher sei, ihr Begehren nicht zu erfüllen, als mit Deutschland anzubinden. Er hat der öffentlichen Meinung seines Landes oder dem, was er dafür hielt, nachgegeben, und man könnte höchstens sagen, er habe die öffentliche Meinung mißverstanden. Das wird sich aber schwerlich beweisen lassen.

Louis Napoleon hat drei größere kriegerische Unternehmungen ins Werk gesetzt, welche ausschließlich seiner persönlichen Initiative entstammen: den Krimkrieg, den lombardischen Feldzug, die Expedition nach Mexiko. Diese drei Unternehmungen hatten kein besonderes französisches Interesse im Auge; die Zerstörung Sebastopols war ein Erfolg für England; die Befreiung Italiens war den französischen Politikern nur halb genehm; der Sieg der lateinischen Rasse in Mexiko war vollends den Parisern vollständig gleichgültig. Napoleon III. verfolgte bei diesen Expeditionen lediglich den Zweck, sich und seiner Dynastie eine glänzende historische Stellung zu verschaffen und dadurch seinen Untertanen, welche ihn nicht recht für voll gelten lassen wollten, zu imponieren. Er rechnete darauf, daß, so gleichgültig auch der Orient, Italien und Mexiko ihnen sein möge, doch der Ruhm der französischen Fahnen, der Glanz der französischen Politik, der bei dieser Gelegenheit sich als Kampfpreis ergeben müsse, hinterdrein die nationale Eitelkeit kitzeln und

ihm die Bewunderung der großen Mehrheit, die Anhänglichkeit der Armee eintragen werde. Der einzige Rechnungsfehler, den er beging, bestand darin, daß er den kläglichen Ausgang des mexikanischen Abenteuers nicht voraussah; wäre dasselbe gelungen, so würde er daheim lebhaft beklatscht worden sein. In allen drei Fällen aber war von einem Drucke der öffentlichen Meinung, die den Kaiser genötigt hätte, Krieg zu führen, nicht im mindesten die Rede.

Ganz anders lag die Sache Deutschland gegenüber. Hier handelte es sich in der Tat um einen nationalen Glaubensartikel, auf welchen alle Parteien schworen, um eine politische Tradition, welche seit zweihundert Jahren sämtliche französische Regierungen, so verschieden sie sonst sein mochten, heilig gehalten hatten. Frankreich müsse die leitende Macht Europas sein und zu dem Ende seine Grenze bis an den Rhein ausdehnen; Deutschland müsse, damit Frankreich diese Rolle spielen könne, zerrissen, schwach, wehrlos bleiben und dürfe daher in seiner inneren Verfassung keine Änderungen vornehmen, ohne die Zustimmung der französischen Regierung. In diesen Sätzen liegt die französische Auffassung des Verhältnisses zu Deutschland, und ihnen begegnet man, mehr oder minder verschämt, überall wieder, wo französische Staatsmänner gehandelt, französische Historiker geschrieben, französische Volksvertreter geredet, französische Dichter gesungen haben. Richelieu und Danton, Talleyrand und Louis Blanc, Polignac und Lamartine, Thiers und Béranger, in diesem Punkte harmonieren sie alle. Neuerdings versucht man die Republikaner von dieser Solidarität abzulösen, aber die Geschichte redet zu deutlich. Die Republikaner von 1792 wie die von 1848 und 1870 sind um kein Haar besser als Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten. Selbst die harmlosen und honetten Männer, welche unter Cavaignacs Ägide Frankreich ein paar Monate lang nach dem republikanischen Komment regierten, hielten es für einen Unfug, daß ein deutsches Parlament sich herausnehme, eine Verfassung auszuarbeiten, ohne vorher in Paris angefragt zu haben. Sie erklärten dem Gesandten der Frankfurter Zentralgewalt, daß Frankreich als Mitunterzeichner der Wiener Verträge eine ohne seine Genehmigung vorgenommene Umgestaltung der deutschen Bun-

desverfassung nicht anzuerkennen vermöge. Und was die heute regierenden Republikaner betrifft, so bitten wir, die Wahlprogramme und Manifeste nachzulesen, welche die Partei innerhalb der letzten fünf Vierteljahre losgelassen hat. Man wird in allen das verhängnisvolle Wort Sadowa finden, unmittelbar neben Mexiko, als einen der schwarzen Punkte, welche das Kaiserreich verschuldet habe.

Sadowa war ein entsetzlicher Schlag für die Nationaleitelkeit. Die politische Literatur Frankreichs während der letzten vier Jahre besteht größtenteils aus Variationen über das melancholische Thema, daß Deutschland an jenem Tage seine Einheit und Macht begründet habe und daß darin eine Erniedrigung Frankreichs liege. Selbst die Anhänger des Hofes bejammerten das unglückliche Ereignis, die Oppositionsparteien aber flossen über von Anklagen gegen die Regierung, die solches zugelassen habe. Wenn in ganz Frankreich irgendein Mann von Bedeutung der Sache eine andere Seite abzugewinnen, anderen Nationen das Recht selbständiger Konstituierung vorzubehalten suchte, so war es der Kaiser. Aber seine Theorie von den großen nationalen „Agglomerationen", mit welcher er seine erschrockenen Untertanen über die vollendete Tatsache zu trösten hoffte, fand wenig Anklang; man blieb dabei, daß die untätige Haltung des Kaisers während des böhmischen Feldzugs ein schweres Unglück über Frankreich herbeigeführt habe; man erging sich in leidenschaftlichen Anschuldigungen, welche nur dann einen Sinn haben konnten, wenn man der Meinung war, daß der Kaiser, um Deutschlands Wiedergeburt zu hindern, von Rechtswegen hätte Krieg führen müssen. Denn was anders warf man ihm vor, als daß er nicht sofort nach den ersten Erfolgen Preußens mit bewaffneter Hand eingeschritten sei? Freilich, Geschehenes ließ sich nun nicht wieder ungeschehen machen, aber für die Zukunft verlangte man einstimmig das entschiedenste Auftreten gegen weitere Konsolidierungen Deutschlands, wobei man sich doch sagen mußte, daß dergleichen ohne Krieg nicht abgehen könne. Kurzum, der Kaiser konnte aus allen diesen Kundgebungen nur den einen Schluß ziehen, daß die Nation es ihm zum Verbrechen anrechne, nicht schon 1866 über Deutschland hergefallen zu sein, und daß sie folglich es ihm zum Verdienste anrechnen werde, wenn er das damals Versäumte nachhole.

Und dieser Schluß war durchaus richtig. Hinterdrein ihn bestreiten zu wollen, weil der Erfolg gelehrt hat, daß die ergriffene Gelegenheit nicht günstig war, das ist lediglich ein Zeichen unwürdiger Schwäche, welche um der Not des Augenblicks willen zu jeder noch so handgreiflichen Unwahrheit die Zuflucht nimmt. Die Schuld des Kaisers wird darum nicht geringer. Ob er seine Nation richtig oder unrichtig beurteilt hat, immer bleibt es wahr, daß er um eines selbstsüchtigen Zweckes willen, um die seiner Dynastie gesetzte Galgenfrist auf einige Jahre zu verlängern, die Torheit und Eitelkeit des Volkes, die ihm selbst fremd war, benutzte und mit kalter Berechnung ein Blutvergießen anstiftete, daß seinen Namen für alle Zukunft zu den Namen der schändlichsten Verbrecher gesellt. Aber in diesem Verdammungsurteil liegt die Mitschuld des französischen Volks mitbegriffen. Der Kaiser hätte nimmermehr auf den Gedanken kommen können, durch eine große Menschenschlächterei seine Popularität zu sichern, wenn nicht die Menschenschlächterei in Frankreich populär gewesen wäre. Aus den Klammern dieser Logik ist kein Entrinnen.

Denn niemand wird behaupten wollen, daß Louis Napoleon wie sein furchtbarer Oheim den Krieg um des Krieges willen geliebt habe. Der brockfällige alte Intrigant, der sich kaum noch im Sattel aufrecht halten kann, würde Gott gedankt haben, wenn er den französischen Blutdurst in Japan und China hätte befriedigen können, ohne selbst vom Krankenstuhle aufzustehen. Dem gestürzten ersten Napoleon sang einst Byron:

The triumph and the vanity,
The rapture of the strife,
The earthquake-shout of victory,
To thee the breath of life.

Über alle solche heroische Torheiten ist der Neffe erhaben. „Triumph und Eitelkeit" sind ihm nicht der Odem des Lebens, sondern Marionettendrähte, mit denen man das politische Puppentheater dirigiert; er weiß nichts von dem „Entzücken des Kampfes", sondern zieht die List vor, wo es angeht, und den Erdbeben-Jubel des Sieges genießt er wie der Theaterdirektor den donnernden Applaus des Parterres, der ihm den Erfolg eines neuen Zugstücks verbürgt. Die Franzosen tun dem Manne, der sie zwanzig Jahre lang beherrscht hat, viel

zu viel Ehre an, wenn sie sich einbilden, er habe diese Tragödie von 1870 gemacht. Er hat sie nur arrangiert, um seine Kasse zu füllen; den tragischen Stoff, die Leidenschaften, das Blut und die Glut des Konflikts hat die französische Nation geliefert und sie ereilt deshalb auch das tragische Verhängnis, während der kluge Spekulant bloß Bankerott macht und an den Pranger kommt.

Der September.

1. Oktober 1870.

Nach den blutigen Augustwochen schien es kaum möglich, das Interesse des großen weltgeschichtlichen Dramas auf gleicher Höhe zu halten, viel weniger, es noch zu steigern. Welche Schlacht konnte nach dem Riesenkampfe vor Metz noch überwältigend wirken? Was konnte ein späterer Monat Ebenbürtiges leisten, nachdem der August in rascher Folge unerhörter Schläge Mac Mahons Armee zersprengt, Bazaines Armee zu strenger Festungshaft verdammt, den Weg nach Paris unserem linken Flügel offengelegt hatte? Und doch hat der nun abgelaufene September sich nicht allein neben seinem Vorgänger behauptet, er hat ihn an glänzenden Momenten selbst noch überboten. Minder blutig, aber noch lorbeerreicher geht dieser unvergeßliche Monat in die Hallen der Geschichte ein, geschmückt mit den inhaltschweren Namen Sedan und Straßburg, zu seinen Füßen die zerschlagenen Throne des Kaisertums und des Papsttums, und damit auch nicht die Hinweisung auf den großartigen Fortgang der Handlung fehle, übergibt der scheidende dem neuen Monat das belagerte Paris!

Man muß den Kalender vor Augen haben, um sich zu überzeugen, daß von der Erstürmung Weißenburgs an bis zur Kapitulation Straßburgs genau acht Wochen verflossen sind. Und auch mit dem Kalender vor Augen kann man nur mit Mühe die Tatsache verwirklichen, daß um abermals acht Wochen früher die Welt sich mit Bagatellen beschäftigte, als Abschaffung der Todesstrafe, Plebiszite, päpstliche Unfehlbarkeit, Reform des Zollvereinstarifs, Eintritt Badens in den Nordbund, Gotthardbahn, und dabei in

hitzigen Eifer geriet. Es erscheint unfaßlich, daß es das nämliche Jahr ist, in welchem wir damals lebten und in welchem wir jetzt leben. Nichts ist beispielloser als die zauberhafte Schnelligkeit, mit welcher der ungeheure Umschwung sich vollzieht.

Und doch macht er nicht den Eindruck eines unnatürlichen, durch geniale Hexenmeisterei hervorgerufenen Kunststücks. Nun die gigantischen Resultate vor uns liegen, erscheinen sie doch nur als die notwendige Frucht einer langjährigen stillen Entwicklung, deren Wurzeln tief in die Vergangenheit zurückreichen. An der Spitze des glorreichen Siegeszuges schreiten allerdings Führer von seltener und großartiger Begabung, aber man tritt ihrem Verdienste nicht zu nahe, wenn man sagt, daß die eigentlich treibenden und entscheidenden Kräfte, welche unsere Heere auf die Höhen um Paris, unser Volk auf die Höhen der Geschichte geführt haben, aus den uralten tiefen Quellen der deutschen Natur fließen, eben jenen Quellen, welche die Reformation, den preußischen Staat und die Werke Goethes und Schillers geboren haben. Der mächtige Strom dieser edlen Kräfte hat, wir wir jetzt von unserem erhabenen Standpunkte aus mit überraschender Deutlichkeit sehen können, durch die Jahrhunderte der Zersplitterung, der Abdämmung und oft der Verschüttung, mit immer erneutem Ansatze das Bette gesucht, in welchem er heute zum ersten Male seit unvordenklichen Zeiten sich ergießt, das Bette einer nationalen Einheit, welches alle seine Riesenstärke zu freier ungefesselter Wirkung kommen läßt und doch zugleich der elementaren Unwiderstehlichkeit den Zügel leitender Vernunft, weiser Ordnung anlegt. Dies gewaltige Resultat, welches die Nationen mit staunender Bewunderung erfüllt, ist nicht das flüchtige Werk eines Tages, sondern die langsam gereifte Frucht einer harten, strengen, anhaltenden Erziehung, welcher die Geschichte unser Volk wie kein anderes mit erbarmungsloser Liebe unterworfen hat. Die üppigen Auswüchse der germanischen Kraft, welche nach ihrer Eigenart erst zu trotziger Vereinzelung des einzelnen und dann zu erbärmlicher Schwäche des Ganzen führten, mußten in der Schule der Not und Schmach abgehauen und ausgebrannt werden, ehe wir wieder an die Möglichkeit denken konnten, die jetzt unsere tapferen Heere uns erkämpft haben, an die Möglichkeit im großen Ganzen die Mannig-

faltigkeit freier Einzelkräfte zu schirmen. Dies war das Ziel, auf welches, bald mit halbem Bewußtsein, bald mit dunklem Triebe, seit Jahrhunderten die Großen unseres Volks, Staatsmänner und Denker, Kriegshelden und Dichter, hingearbeitet und hingewiesen haben, wie auf eine ferne, ferne Zukunft, die dermaleinst späten glücklichen Geschlechtern aufgehen werde, und nun liegt das Ziel sichtbar im Sonnenglanze vor uns; der Traum der Sehnsucht ist Wirklichkeit, die Zukunft ist Gegenwart geworden, und uns, den Lebenden, fällt die glorreiche Aufgabe zu, das Gemeinwesen freier deutscher Bürger auf dem Boden eines einigen, starken, ruhmgekrönten Vaterlandes aufzubauen.

Der hinter uns liegende Monat hat unter so reichen Siegesgaben eine gebracht, welche uns vor allem berufen scheint, die große und heilige Bedeutung des Kampfes den Gemütern nahezulegen. Selbst der Glanz des Tages von Sedan wird nach unserem Gefühle überstrahlt von dem stilleren Schimmer der Stunde, in welcher die Tore unserer alten verlorenen Reichsstadt am linken Ufer des Rheins sich den deutschen Soldaten öffneten. Wie der schmähliche Verlust dieser Stadt zwar nicht der Anfang der Erniedrigung, aber der erste weitschallende Backenstreich war, welchen welscher Übermut dem wehrlos gewordenen Reiche versetzte, der Beginn jener entsetzlichen Reihenfolge von Beschimpfungen und Mißhandlungen, denen von da an die deutsche Nation sich preisgab, weil sie ihre Einheit und ihren Zusammenhang verloren hatte, so ist der Wiedergewinn Straßburgs uns ein sichtliches Pfand und Zeichen, daß der Kreislauf von Schande zu Ehre, von Schwäche zu Kraft vollendet ist, daß Deutschland wieder Deutschland sein wird in einem stolzeren Sinne als jemals seit dem Untergange der mittelalterlichen Blütezeit. Was noch im August, aller deutschen Siege unerachtet, den übrigen Nationen als ein abenteuerliches Unternehmen erschien, daß wir uns getrauen wollten, den Franzosen ein Stück Landes zu entziehen, welches einst unser Eigentum gewesen war, das hat allmählich im Laufe des Septembers auch in den Augen der Neutralen sich als natürliche Folge der Ereignisse dargestellt. Die Nachricht vollends, daß Straßburg unser ist, wird alle Welt von dem Gedanken entwöhnen, daß man uns zumuten könne,

es jemals wieder französisch werden zu lassen. Es fehlte gerade noch diese vollendete Tatsache, um dem alten Aberglauben, als ob französische Grenzpfähle von ganz aparter Heiligkeit seien, vollends das Genick zu brechen. In Sedan brach das französische Cäsarentum zusammen, wie einst bei Waterloo; in Straßburg hat Frankreich selbst, den nationalen Raub- und Eroberungsdämon, die Vergeltung getroffen. An dieser Stadt haben alle französischen Regierungen gesündigt: die Könige, die Republik, das Kaisertum; diese Nemesis gilt daher der Nation selbst, und als solche wird die Nation das Ereignis auch empfinden.

Das allermerkwürdigste Resultat des Septembers 1870 ist übrigens ein negatives, nämlich die Tatsache, daß selbst dieser Monat die Franzosen noch nicht zur Vernunft und Erkenntnis der Wahrheit gebracht hat.

Depeschen Jules Favres und Bismarcks.

4. Oktober 1870.

Diplomatische Aktenstücke von spannendstem Interesse zu lesen, dieser sonst seltene Genuß ist dem Publikum des Jahres 1870 in reichem Maße zuteil geworden. Aber alles, was die letzten Monate an solcher Ausbeute geliefert haben, wird in den Schatten gestellt von dem Depeschenduett, welches Herr Favre und Graf Bismarck uns soeben vorgetragen haben. Die beiden Vertreter der großen kämpfenden Nationen produzieren sich plötzlich im unmittelbaren Gedankenduell auf der historischen Bühne; es ist, als ob Deutschland und Frankreich selbst, eine Pause des Gefechts benutzend, vor ganz Europa ein Wort miteinander redeten. Es ist wohl keine deutschtümliche Befangenheit, wenn wir konstatieren, daß auch in diesem Aufeinanderplatzen der Sieg unser geblieben ist. Indem wir nach dem larmoyanten, konfusen und kreischenden Berichte Jules Favres des Grafen Bismarck sichere, klare, gehaltene Sprache vernehmen, haben wir ein Gefühl, als würde uns nach einem Glase lauwarmer, starkgewürzter Limonade ein kühler Trunk unverfälschten Rheinweins kredenzt. Um gerecht zu sein, wollen wir zugeben, daß die

Umstände es dem deutschen Minister leichter machten, sich aufrichtig und einfach zu zeigen.

Daß der Inhalt der Bismarckschen Depesche von höchstem politischen Interesse ist, bedarf keiner Bemerkung. Den Franzosen wird die sibyllinische Stelle nicht entgehen, wo der Bundeskanzler die Bildung eines neuen Moseldepartements als „mit unseren Absichten zusammenhangend" bezeichnet und dann fortfährt: „Keineswegs aber habe ich darauf verzichtet, je nach den Opfern, welche die Fortsetzung des Krieges in der Folge uns auferlegen wird, anderweitige Bedingungen für den Abschluß des Friedens zu stellen." Denjenigen unter ihnen, welche sich einbilden, daß Frankreich ein besonderes Privilegium habe, Krieg zu führen, ohne dafür zu büßen, daß es daher, abgesehen von den Drangsalen des Augenblicks, völlig gleichgültig sei, ob man etwas früher oder später sich unterwerfe, wird mit jenen Worten ein vielleicht überraschendes Licht angezündet.

Besonders lehrreich ist es, aus dem Erlasse des Bundeskanzlers diejenigen Punkte zu entnehmen, welche Herr Favre in seinem Berichte verschwiegen, mutmaßlich also zugleich sehr unschmackhaft und unwiderleglich gefunden hat. Dahin gehört die klassische Belehrung, „daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei als die Ehre aller anderen Länder", und daß, wenn Frankreich den Raub der Republik und des Kaiserreichs hat herausgeben müssen, ohne sich zu entehren, es mit gleichem Erfolge auch die gewalttätigen Eroberungen Ludwigs XIV. wieder abtreten könne. Herr Favre hat seinem eigenen Zeugnisse zufolge gegen die deutschen Gebietsforderungen nichts einzuwenden gewußt, als eben jenes Argument von der spezifisch gallischen Ehre. Denn wenn er auch hinzufügte, Europa könnte diese Forderungen übertrieben finden und sich ins Mittel legen, so hat er doch schwerlich selbst daran geglaubt. Es ist wahr, er hat auch von dem „neuen Rechte und dem Fortschritte der Sitten, welchen solche Forderungen ganz antipathisch seien," gesprochen; aber diese Berufung muß doch den Franzosen selbst spaßhaft vorkommen, die, wie Graf Bismarck sehr zu rechter Zeit erinnert, mitten im Frieden keinen Anstand nahmen Landabtretungen von Italien zu erpressen, von Deutschland zu

begehren, und die eben jetzt unterwegs waren das Rheinland zu erobern.

Die Verhandlung über den Waffenstillstand nimmt sich in dem deutschen Erlasse ungefähr so aus wie wir sie uns gedacht hatten, d. h. ganz anders als Herr Favre sie darstellt. Die Sache war wirklich außerordentlich einfach, und wenn Herr Favre sie verwickelt fand, so gebrauchte Graf Bismarck doch so einleuchtende und selbstverständliche Gründe, daß man doppelt erstaunt sein muß, das Thema in dem französischen Berichte so vollständig verschüttet zu sehen. Der Sieger ist vollkommen bereit, dem Besiegten eine Waffenruhe zu bewilligen; er bedingt sich für dieses Opfer lediglich diejenigen Gegenkonzessionen aus, welche für ihn den Nachteil der Pause ausgleichen, und er bemißt diese Konzessionen mit solcher Mäßigung, daß sie ihm binnen acht Tagen von selbst in die Hand gefallen sind. Aus dieser so überaus günstigen Transaktion macht Herr Favre einen förmlichen Schauderroman, als ob Graf Bismarck die unerhörtesten Dinge gefordert hätte. Von den Gesichtspunkten militärischer Notwendigkeit, mit denen allein die geforderten Konzessionen motiviert wurden, in Verbindung mit welchen die Konzessionen den Franzosen weit leichter erschienen sein würden, sagt der Minister vom 4. September keine Silbe. Es soll so aussehen, als ob die Deutschen ihre Forderungen aus purem Übermute stellten. Die eigentlichen Artikel, von denen man deutscherseits die Waffenruhe abhängig machte, also: 1. Aufrechthaltung des status quo in und vor Paris, 2. Fortdauer der Feindseligkeiten vor Metz, 3. Übergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, von Toul und Bitsch mit freiem Abzuge derselben, diese Artikel, also *die Hauptsache der ganzen Verhandlung* sind unglaublicherweise in dem Berichte *gar nicht angeführt*; wir erfahren sie erst jetzt aus dem Erlasse des Bundeskanzlers. Statt dessen macht der Bericht den größten Lärm über eine Bedingung, die gar nicht gestellt worden ist, die Räumung des Mont Valérien. Wie es sich damit verhält, ist jetzt klar genug. Im Verlaufe des Gesprächs hat der Bundeskanzler, was wiederum ganz selbstverständlich war, erklärt, man könne die Blockade von Paris nicht unterbrechen, wenn nicht eins von den dominierenden Forts übergeben werde. Hernach, da der französische

Unterhändler letzteres für unmöglich erklärte, hat man diesen Punkt gänzlich fallen lassen, er hat nie einen der vorgeschlagenen Artikel gebildet. Schadet aber nichts; Herr Favre schreit aus vollem Halse: „Sie verlangen den Mont Valérien!“ und nach hundert Jahren wird in den französischen Geschichtsbüchern stehen: „Sie verlangten den Mont Valérien!“

Herr Favre hat uns seinen Seelenzustand während der Unterredung geschildert. Er war nahe am Umfallen; er konnte die Tränen, die ihn erstickten, nicht verschlucken. Er war offenbar nicht zurechnungsfähig. Er persönlich verdient unser Mitleid; noch bemitleidenswerter aber erscheint das Land, dessen Schicksale in der Stunde seiner bittersten Not so schwachen und unfähigen Händen anvertraut sind. Der Mann, der das Ministerium des Äußern im heftigsten Sturme leiten soll, zeigt sich zu nervös, um auch nur die leitenden Grundzüge einer nichts weniger als verwickelten Angelegenheit richtig aufzufassen und getreu wiederzugeben. Und das, was er davon richtig verstanden hat, beurteilt er so falsch, daß ihm die natürlichsten Dinge wie unerhörte Greuel erscheinen, daß er seine ganze Rhetorik aufbietet, um die Annahme eines von ihm selbst heißersehnten Vertrages abzuraten. Es wäre eine grausame Strafe für ihn, wenn er, wie die neuesten Gerüchte sagen, schon jetzt die Unmöglichkeit empfände, den Krieg ohne die Zustimmung einer Nationalvertretung fortzusetzen, und nun sich gezwungen sähe, deren Zusammentritt unter weit ungünstigeren Verhältnissen zu betreiben, ohne Straßburg und Toul und ohne Waffenstillstand. Was ist mit dem Zögern gewonnen worden? Bitsch und weiter nichts. Verloren ist aber eine unwiderbringliche Frist, nicht allein für die Rüstungen, sondern auch für den Friedensschluß, der möglicherweise zustande kommen konnte, ehe Paris fiel. Diejenigen Mitglieder der provisorischen Regierung, welche dem Lande den Mund schließen wollen, welche fürchten, daß die Nationalversammlung den Frieden votieren möchte, handelten ganz folgerichtig, als sie die Waffenstillstandsbedingungen für unannehmbar erklärten. Aber Herr Favre, der dem Lande die Entscheidung überlassen will, wütete gegen seine eignen Interessen, als er sich niedersetzte, um seinen Mitbürgern zu demonstrieren, daß es unmöglich sei, sich mit dem Feinde zu verständigen. Er konnte es nicht hindern,

daß seine Kollegen für Ablehnung der Bedingungen stimmten; niemand aber konnte ihn hindern, der Nation ein richtiges Bild von den Gesinnungen und Motiven des Feindes zu geben. Wer weiß ob eine solche wahrheitgetreue Darstellung, ob die klare Wiedergabe der vom Grafen Bismarck gebrauchten Argumente auf die öffentliche Meinung nicht mächtigen Einfluß geübt, dem Lande einen großen Dienst geleistet haben würde? Aber freilich, die Popularität des großen Redners konnte dabei in die Brüche geraten, und der Gedanke war zu schrecklich.

Unser Recht auf Elsaß-Lothringen.

12. Oktober 1870.

Für das deutsche Publikum bedarf es des Beweises nicht, daß wir in unserem Rechte sind, den Franzosen das Elsaß und Deutsch-Lothringen wieder abzunehmen. Dem natürlichen Gefühle ist es ohne weiteres einleuchtend, daß es dem Beraubten zusteht, sein Eigentum vom Räuber wiederzuholen. Indes Deutschland liegt in Europa und hat mit der öffentlichen Meinung Europas abzurechnen, wenn nicht gerade in der nächsten, so doch in der ferneren Zukunft. Da nun die öffentliche Meinung Europas teilweise unser Recht in diesem Falle leidenschaftlich bestreitet, teilweise es nur widerwillig und unter Klauseln anerkennt, so ist es immerhin von Wichtigkeit, daß wir nicht allein mit dem Gefühle, sondern auch mit dem Verstande uns gegen die Versuche waffnen, an denen es nicht fehlen wird, Deutschland mit dem Vorwurfe der brutalen Eroberungssucht zu belasten.

Auch wohlgesinnte Ausländer, welche zugeben, daß die Wiedervereinigung der deutschen Departements mit dem Stammlande dem bisherigen Kriegsrechte entspreche und daß es das erste Beispiel einer neuen hochherzigen Politik sein würde, wenn Deutschland beim Friedensschlusse auf jeglichen Gebietserwerb verzichten wollte, glauben gleichwohl, daß eine solche Enthaltsamkeit uns wohl zugemutet werden könne. Wir würden damit, sagen sie, der alten barbarischen Rechtsanschauung den Rücken wenden und eine neue Ära begründen, deren

Segnungen unendlich wertvoller seien als der Gewinn an Land und Leuten. Es sei ganz richtig, daß Frankreich einst mit List und Gewalt jene alten Reichslande geraubt habe; allein einmal sei das lange her, und zweitens habe Deutschland selbst ähnliche Räubereien auf dem Gewissen, die durch Herausgabe der Beute zu sühnen ihm nicht einfalle. Polen und Dänemark könnten die nämlichen Argumente gegen uns geltend machen, mit denen wir die Eroberungen Ludwigs XIV. von Frankreich zurückbegehrten; wir würden aber schwerlich geneigt sein, solchen Revindikationen Gehör zu schenken.

Wir müssen hiergegen gleich bemerken, daß wir eine Parallele zwischen Schleswig und dem Elsaß nicht anzuerkennen vermögen. Wir haben den Dänen die schleswigsche Mark nicht geraubt, sondern wir haben nur gehindert, daß Dänemark sich widerrechtlich in den Besitz derselben setze. Die Ausländer nehmen immer an, Schleswig sei eine dänische Provinz gewesen, was ganz ungeschichtlich ist. So wenig Hannover eine britische, so wenig war Schleswig eine Provinz Dänemarks, während Elsaß und Lothringen ganz unbestritten zum deutschen Reiche gehört haben. Zugegeben also selbst, daß Deutschland Schleswig nur als Kriegsbeute erworben hätte, so würde doch jedenfalls Dänemark uns gegenüber nicht der rechte Kläger sein. Der Herzog von Augustenburg, der Großherzog von Oldenburg, die schleswigschen Stände mögen ein Klagrecht haben, aber keine dieser Parteien würde dagegen, daß das Herzogtum den Dänen entrissen ward, Einspruch erheben.

Die Teilung Polens und Deutschlands Mitschuld an diesem großen Verbrechen bietet ein Argument, dessen rhetorischen Wert wir nicht verkennen. Wir wollen auch einräumen, daß es uns schwer fallen würde, Polens Ansprüche auf Herausgabe seiner alten Provinzen zu widerlegen, wenn Polen und Deutschland einander gegenüberständen wie Deutschland und Frankreich einander gegenüberstehen. Wenn wir das Königreich Polen überfallen hätten, um ihm noch ein Stück abzureißen, wenn wir bei diesem Überfalle besiegt worden wären, wenn der König von Polen Danzig, Thorn und Posen eroberte und Berlin belagerte, so würden wir es zwar sehr schmerzlich, aber höchst natürlich finden, wenn er die Abtretung Posens, Westpreußens und Danzigs zur Friedensbedingung

machte. Wir müßten uns in Deutschland sehr irren, wenn Deutschland nicht in einer solchen Katastrophe eine Sühne des alten Frevels erblicken würde. Aber dem polnischen Beispiele fehlen zwei Bedingungen, um es auf Frankreich und Deutschland anwenden zu können. Einmal existiert kein polnischer Staat mehr, dem wir etwas herausgeben könnten. Man wird doch nicht etwa verlangen, daß wir unsere polnischen Provinzen den Russen überantworten sollen. Sodann aber ist zu beachten, daß wir den Franzosen die Wohltat der Verjährung für ihren Raub in vollem Maße, ja im Übermaße haben zuteil werden lassen und daß erst ihr erneuter Raubanfall uns veranlaßt oder vielmehr genötigt hat, auf unsere alten Ansprüche, welche andernfalls geruht haben würden, zurückzukommen. Wir behaupten unsere polnische Beute mindestens mit dem nämlichen Rechte wie Frankreich bis zum Jahre 1870 die Beute Ludwigs XIV. behauptete; seitdem ist durch den französischen Angriff die Gleichartigkeit der beiden Fälle zerstört worden.

Wir sagen geflissentlich „mindestens mit dem nämlichen Rechte". Denn so unumwunden man die Teilung Polens verdammen mag, so wird man doch niemals behaupten können, daß Deutschlands Beteiligung an jenem Raube in sittlicher Beziehung so tadelnswert gewesen sei wie die Reunionen Ludwigs XIV. Friedrich der Große hatte kaum eine andere Wahl, als entweder die Teilung des in Anarchie und Korruption sich auflösenden Nachbarreichs anzuregen oder das ungeteilte Polen Rußland zu überlassen. Ludwig XIV. folgte der nackten Raubsucht, Friedrich einer peinlichen Notwendigkeit. Die tugendhafte Entrüstung, mit welcher französische und englische Stimmen sich gewöhnlich über den polnischen Länderraub vernehmen lassen, ist ja an sich ganz löblich; nur wäre zu wünschen, daß einige Geschichtskenntnis ihr zur Seite stände, was nicht immer der Fall ist. Man würde dann nicht allein die Schuld auf deutscher Seite billiger beurteilen, sondern auch sich erinnern, daß es in der Welt keine einzige Großmacht gibt, deren heutige Stellung und geographische Abrundung auf streng sittlichen Grundlagen ruht. Verbrechen und Niederträchtigkeiten bilden ein starkes Ingrediens der Geschichte nicht allein Frankreichs, Österreichs und Rußlands, sondern auch des moralischen Englands. Die Engländer sind darin glücklich,

daß die für ihre politische Größe notwendige schmutzige und blutige Arbeit von ihren Vorfahren zu einer Zeit fertig besorgt wurde, wo man noch gröbere Nerven hatte als heutzutage und wo es eine allgemeine europäische Meinung noch nicht gab. Für sie ist es eine wohlfeile Tugend, aller Begier nach Eroberung zu entsagen, da diejenige Eroberung, die ihnen unentbehrlich war, Irland, von den Plantagenets, den Tudors, von Cromwell und dem großen Oranier gründlich genug vollzogen worden ist. Was Preußen an Polen gefrevelt hat, ist in der Tat schneeweiße Unschuld, verglichen mit den scharlachroten Sünden, die England in Irland verübte. Das Gebot der Selbsterhaltung war aber sicherlich in dem einen Falle nicht dringlicher, als in dem andern. Nun wird kein Vernünftiger von Großbritannien fordern, daß es, um dieser alten Schuld willen, Irland den Feniern überlassen und die weltgeschichtlichen Resultate der englischen Entwicklung durch Wiederaufrichtung wüster celtischer Freiheit auf der Nachbarinsel in Gefahr bringen solle; jeder Mensch von historischem Blicke sieht ein, daß im Interesse unseres Geschlechts das einmal Geschehene nicht rückgängig gemacht werden darf. In gleichem Sinne hat Deutschland seine Herrschaft über ehemals slawische Erde zu behaupten; die einzige Sühne, welche es für vergangenes Unrecht noch schuldet, besteht darin, daß es die eroberten Gebiete zu Sitzen einer höheren Kultur, als die eingeborene es war, zu machen verstehe. Wir denken, die Geschichte hat uns für den Erwerb der polnischen Lande Indemnität erteilt; wir fühlen uns frei von lähmendem Schuldbewußtsein, seitdem wir wissen, daß wir imstande sind, ein besseres Staatswesen an die Stelle der sarmatischen Adelsrepublik zu pflanzen, und wir lehnen daher die Kompensationsrechnung ab, welche Elsaß gegen Posen und Deutsch-Lothringen gegen Westpreußen in Ansatz bringen will. Die Schuld, welche wir gegenwärtig in Frankreich eintreiben, kann so wenig durch unsere Verpflichtungen gegen Polen ausgeglichen werden, wie eine Schuldforderung Rothschilds an den Vizekönig von Ägypten durch den Hinweis auf die Silbergeräte, welche die Kinder Israels vom Nil nach Kanaan mitschleppten, erledigt werden kann.

Es ist wahr, über Frankreichs Schuld war bereits Gras gewachsen; zwei Jahrhunderte hatten die Sache fast in Vergessenheit

begraben. Es ist auch wahr, daß selbst in internationalen Dingen ein Recht der Verjährung gilt. Aber der Lauf der Verjährung, der unsererseits bereits kaum mehr angefochten ward, ist von Frankreich selbst gestört worden; Frankreich selbst hat die Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt; es kann sich nicht beschweren, daß nun das Erkenntnis ihm ungünstig fällt. Damit erledigt sich der Vorwurf barbarischer Eroberungspolitik von selbst. Wird der Einwand der Verjährung hinfällig, so nehmen wir nur zurück, was unser Eigentum ist, und das zu tun, ist weder Eroberung noch barbarisch.

Erinnerung an Leipzig.

18. Oktober 1870.

„Wenn heut' ein Geist herniederstiege" und den Weg ermäße, welchen Deutschland zurückgelegt hat, seitdem der 18. Oktober ein welthistorischer Tag geworden ist, wenn Stein oder Scharnhorst oder Gneisenau mit Augen die Erfüllung ihrer kühnsten Hoffnungen schauen dürften, deren Zeugen zu sein wir so glücklich sind, sie würden dies Geschlecht selig preisen und kaum verstehen, daß mitten in solchem Überschwange vaterländischer Triumphe auch von der Not und der Trauer gesprochen werde, die der Preis des Kampfes sind. Mit welchem Jubel würden sie denken, haben wir dereinst in unserer Zeit die Kunde von dem blutigen 18. Oktober des Jahres 1813 vernommen, und was war jener Sieg im Vergleiche mit dem deutschen Vergeltungskriege von 1870! Welche Leiden haben wir damals in den Wonnen der Erlösung verschmerzt, und was bedeuten eure Leiden gegen das Elend, das wir geschmeckt haben! Wie stolz waren wir auf das befreite Vaterland, und welche Ketten hatten wir noch weiter zu schleppen, nachdem bereits die große Freiheitsschlacht geschlagen war!

Um den rechten Dank zu danken für die Segnung, die auf uns ergossen worden ist, muß man sich vergegenwärtigen, wie unermeßlich die Kluft zwischen dem Damals und dem Jetzt zu unseren Gunsten sich gestaltet. Der 18. Oktober 1813 war bis dahin der größte Ehrentag deutscher Nation, und in einem Sinne ist er es noch.

Der Aufschwung des preußischen Volks, der das Gottesgericht bei Leipzig herbeiführte, strahlt noch heute wie vor siebenundfünfzig Jahren in unvergeßlichem Ruhmesglanze; das Beste, was heute geschehen ist, wird geehrt, wenn man es den Taten des Jahres 1813 an die Seite stellt, und unsere gefeiertsten Führer können stolz sein, wenn wir sie hinfort neben den Helden jenes Heldenjahres nennen. Das Volk und seine Feldherren waren damals der größten Erfolge würdig, aber die Erfolge selbst, die damals alle Herzen mit einem nie gekannten Rausche der Freude erfüllten, waren noch verkrüppelt von den uralten Schwächen und Gebrechen der deutschen Politik. Ja die Größe des Kampfes ist der schreckliche Maßstab für die Tiefe der Erniedrigung, in welche unser Land damals versunken war. Ein Kampf der Verzweiflung, ein Kampf mit den letzten Bluts- und Schweißtropfen, mit der zusammengescharrten Armut von vier ausgesogenen Provinzen, den elenden Resten der Monarchie Friedrichs, ein solcher Kampf mußte gekämpft werden, um mit Gottes Hilfe die Grenzen der Fremdherrschaft von der Elbe an den Rhein zurückzudrängen! Die Elbe war Napoleons Grenze, als der König sein Volk zu den Waffen rief; Dresden, Wittenberg, Magdeburg, Hamburg waren die festen Plätze, in denen die welschen Adler ihr Nest bereitet hatten! Man erwäge, welchen Abgrund von Schande das bedeutete.

Ein Ehrentag war der 18. Oktober, aber neben der Ehre offenbarte er auch unsägliche Schmach des deutschen Namens. Preußen mußte im Bunde mit Russen und Österreichern fechten, weil deutsche Fürsten als Vasallen den Fahnen des Erzfeindes folgten. Unsere tapfersten Generale mußten knirschend dem falschen Bernadotte gehorchen, weil deutsche Truppen selbst noch bei Leipzig für Frankreich stritten. Die Folgen dieses schimpflichen Verrats hat hernach die deutsche Nation schmerzlich zu ertragen gehabt. Der verderblichen Einmischung des Auslandes in unsere Angelegenheiten war bereits die Tür geöffnet, als die Freudenfeuer den großen Sieg der Verbündeten verherrlichten. Nicht die Patrioten Deutschlands, sondern Kaiser Alexander und Fürst Metternich sprachen beim Friedensschlusse das entscheidende Wort, und das „befreite" Vaterland wurde verurteilt, noch ein halbes Jahrhundert sich die Vormundschaft Ruß-

lands und die Hegemonie des undeutsch gewordenen Österreich gefallen zu lassen. Kühle Beobachter haben das Ungenügende des Erfolgs schon während des ersten Siegesrausches klar empfunden. „Was ist denn errungen worden?" fragte Mephisto Goethe. „Befreiung nicht vom Joche der Fremden, sondern von einem fremden Joche. Es ist wahr, Franzosen und Italiener sehe ich nicht mehr, dafür aber sehe ich Kosacken, Baschkieren, Kroaten, Magyaren. Wir haben uns seit einer langen Zeit gewöhnt, unsern Blick nur nach Westen zu richten und alle Gefahr von dorther zu erwarten; aber die Erde dehnt sich auch noch weithin nach Morgen aus." Merkwürdig genug hat Goethe in diesen Worten den Einfluß des habsburg-lothringischen Kaiserhauses bereits als ebenso fremdländisch bezeichnet wie denjenigen der Kaiserhöfe von St. Petersburg und Paris. In der Tat war die Neugestaltung Deutschlands, wie sie aus dem Befreiungskriege hervorging, nicht viel mehr als ein Kompromiß zwischen Rußland, Österreich und Frankreich; es hat den preußischen Staatsmännern unsägliche Mühe gekostet, wenigstens einige von den deutschen Interessen gegen die der Fremden notdürftig zur Geltung zu bringen. Ehrlicher deutscher Boden ward mißbraucht, um ausländische Dynastien zu entschädigen; die innere Verfassung ward so zugeschnitten, daß die rheinbündische Souveränetät möglichst viel, die nationale Kraft möglichst wenig Spielraum erhielt; die Grenze gegen Frankreich ward nicht wie unser Recht und unsere Sicherheit es erheischte, sondern mit Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der Franzosen abgesteckt. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß ohne den Einfluß Österreichs schon damals die Souveränetät der Rheinbundfürsten zum Vorteil der souveränen Nation eingezogen und ohne den Einfluß Rußlands schon damals Elsaß und Lothringen wieder deutsch geworden wären. Zwei große Kriege sind in unseren Tagen noch notwendig geworden, um das Programm ganz auszuführen, welches im Frühjahr 1813 von Kalisch aus die große Erhebung einleitete und welches im Herbste desselben Jahres bereits vom Fürsten Metternich leise zu den Akten gelegt worden war.

„Feige Staatsmänner, elende Fürsten", schrieb nach der Leipziger Schlacht der Freiherr von Stein, hätten Deutschland in die schändlichen Fesseln geschlagen, die zu zerbrechen „zwei blutige, taten-

volle, lorbeer- und tränenreiche Feldzüge" kaum ausreichten; feige Staatsmänner, elende Fürsten, das heißt der Einfluß der kleinen Dynastien, welche seit Jahrhunderten unaufhörlich ihrem jämmerlichen Ehrgeiz, ihrem Streben nach dem Scheine einer formellen Souveränetät alles geopfert hatten, Vaterland, Ehre, Gut und Blut ihrer Untertanen. Wir nennen das heute „Partikularismus"; wenn wir aber erwägen, welche grauenhafte Verwüstung dieser Partikularismus über Deutschland gebracht hat, welche Ströme teuren Blutes geflossen sind, um die von ihm erzeugten Übel wenigstens teilweise zu heilen, welche Gefahren er, wenn man ihn nicht ausrottete, von neuem auf uns herabbeschwören würde, so finden wir die derbe deutsche Bezeichnung des großen Freiherrn weit sachgemäßer und möchten wünschen, daß sie Regenten und Ministern in unsern Mittel- und Kleinstaaten fortwährend in die Ohren klänge. „Feige Staatsmänner, elende Fürsten!" Einige von ihnen haben noch zu wählen zwischen der Rückkehr zu der Politik, welche die Siege von 1813 notwendig machte, und dem Beharren in der Politik, welche die Siege von 1870 möglich machte, zwischen Rheinbundsgedanken und deutschen Gedanken; die Wahl kann aber kaum zweifelhaft sein, nachdem bereits auf dem Schlachtfelde das Unterpfand für die nationale Entscheidung auch von den Widerstrebendsten gegeben worden ist. Die Stimme Deutschlands redet heute gewaltiger als einst die Stimme unseres zürnenden Reichsritters; ihrem Rufe folgend sind alle Stämme des Volks, die bei Leipzig noch einer auf den andern feuerten, am ersten Tage der Gefahr gegen den gemeinsamen auswärtigen Feind ausgezogen; ihrem Rufe folgend werden sie auch im Frieden beisammen stehen und als inneren Feind den betrachten, der ihnen die wertvollste Frucht des heißen Kampfes, die Einheit Deutschlands, verkümmern möchte, wie sie den Siegern von Leipzig einst verkümmert worden ist. Kein Metternich, kein Alexander und kein Talleyrand wird die Liquidation von 1870 superrevidieren; diesmal wird das Geschäft ganz und ausschließlich von den Amtsnachfolgern des Freiherrn von Stein besorgt, und die werden sich nichts abdingen lassen von der gerechten Forderung, die im Jahre 1813 unerledigt blieb.

Der Reichstag und die Einigung Deutschlands.

7. Dezember 1870.

In zweitägiger Debatte haben sämtliche Parteien des Reichstags ihre Stellung zu der großen Frage des Tages, — des Jahrhunderts könnte man ebenso gut sagen, — genommen, und wir können mit Befriedigung sagen, daß die Vertretung des Volks in ihrer überwiegenden Mehrheit sich von dem nämlichen Gedanken inspiriert zeigt, welcher das Volk selbst, wenn wir anders die Zeichen der Zeit richtig lesen, in diesem großen schicksalsvollen Augenblicke erfüllt. Von allen denjenigen Gruppen, welche in letzter Instanz die Wohlfahrt Deutschlands als entscheidendes Moment anerkennen, ist nur eine einzige, numerisch nicht sehr bedeutende, für Ablehnung der Verfassungsverträge mit den süddeutschen Staaten, die sogenannte Fortschrittspartei, welche indessen, wie uns scheint, mehr aus doktrinärer Rechthaberei, als aus aufrichtiger und herzlicher Überzeugung zu der aparten Stellung gelangt ist, die sie einnimmt. Die sämtlichen übrigen Fraktionen, so weit sie sich von vaterländischem Interesse leiten lassen, sind bei aller Verschiedenheit der Gefühle und der Argumente in dem Punkte einig, daß der erweiterte Bund ein großer Fortschritt im Vergleiche mit dem Bestehenden sei und daß er, wenn ein Mehreres nicht erreicht werden könne, angenommen werden müsse. Es ist im Wesentlichen die nämliche Ansicht, welche wir in der vorigen Woche als die unsrige ausgesprochen haben und in welcher wir täglich durch alles, was wir aus Süddeutschland von patriotischen Stimmen vernehmen, nur noch mehr bestärkt werden. Wären wir aber irgend zweifelhaft über Annehmen oder Ablehnen, so würden wir durch die Gegner, welche die Verfassungsvorlage findet, über den richtigen Weg belehrt werden.

Wer hat im Reichstage gegen die Einigung mit den Südstaaten gesprochen? Der Fortschrittspartei haben wir bereits Erwähnung getan, aber wir können uns, wie gesagt, nicht dazu verstehen, ihre Opposition als eine ganz ernsthafte anzuerkennen. Wenn die Führer dieser Partei selbst die Verhandlungen zu führen hätten, wenn sie persönlich zu entscheiden hätten, so würden sie sicherlich sich ganz

anders zu der Sache stellen als jetzt, wo sie wissen, daß sie in der Minderheit bleiben werden, daß Deutschland vorwärts kommen wird trotz ihres Widerspruchs. Es mag sein, daß sie selbst sich dieser ihrer Unredlichkeit nicht bewußt sind, aber wir vermögen uns nicht zu überreden, daß es ihnen in dem Grade an politischer Befähigung fehlen sollte, wie sie selbst uns glauben machen möchten. Abgesehen aber von ihnen, die ohne Zweifel die Einheit Deutschlands wollen, wer sind die Gegner der Vorlage? Lauter erklärte Feinde der deutschen Einheit. Die Sozialdemokraten, welche in einem einheitlich organisierten, von einer starken Zentralgewalt regierten Deutschland wenig Aussicht auf Verwirklichung ihrer wüsten Programme finden und in der gegenwärtigen Anarchie Frankreichs die Morgenröte ihrer Zukunft erblicken; die Welfen und Welfengenossen, denen die bundestägige Vergangenheit mit ihrem Elende und ihrer Erbärmlichkeit heiliger ist als die Sicherheit und Ehre Deutschlands; endlich und vor allen Dingen die finstere Partei, die allen anderen in vaterlandsloser Gesinnung ein Muster ist, die Ultramontanen. Diese unheilige Dreifaltigkeit repräsentiert die wirkliche und ernstliche Opposition gegen die Überbrückung des Mains. Die Polen und die nordschleswigschen Dänen nennen wir nicht, weil sie selbst sich als Ausländer kennzeichnen; immerhin aber ist es belehrend, daß auch diese nichtdeutschen Elemente sich den Sozialdemokraten, den Welfen, den Ultramontanen anschließen, während die übrigen Partikularisten, die spezifischen Sachsen und Schleswig-Holsteiner, sich diesmal von der verdächtigen Bundesgenossenschaft getrennt und mit den national gesinnten Parteien gestimmt haben.

Bebel, Ewald, Windthorst, diese drei Namen bezeichnen die Richtungen, aus welchen der neue Bund seine Feinde zu erwarten hat. Die beiden erstgenannten brauchen wir weiter keines Wortes zu würdigen. Bebel vertritt eine Partei, deren Tendenzen wir als gleichbedeutend mit Barbarei und Anarchie ansehen. Ewald ist ein kindisch gewordener alter Mann, den man nicht mehr als zurechnungsfähig gelten lassen kann. Beide zusammen repräsentieren Chimären, der eine Chimären der Zukunft, der andere Chimären der Vergangenheit. Wirkliche Macht steht nicht hinter ihnen. Ganz anders verhält es sich mit Herrn Windthorst. Er ist bekanntermaßen

nicht allein einer der feinsten Köpfe und der besten Redner des norddeutschen Reichstags, sondern auch der eigentliche Führer und Ratgeber sämtlicher preußenfeindlichen Parteien in Deutschland, man kann sagen der weltliche Jesuitengeneral. Sein Haß gegen Preußen ist nicht der Haß des Revolutionärs oder des Partikularisten, sondern der Haß des Protestantengegners. Das geeinigte Deutschland unter der Führung der protestantischen Hohenzollern, das geeinigte Deutschland mit seiner weltlichen Bildung, das geeinigte Deutschland, welches nie wieder für römische Zwecke Kriegsdienst tun soll, das ist es, was er fürchtet, was er verabscheut. Instinktmäßig hat seit 1866 die ganze ultramontane und fanatisch klerikale Partei aller Lande sich unter der Fahne dieser Furcht vereinigt. Die deutschen Siege des Jahres 1870, obwohl von katholischen so gut wie von protestantischen Kriegern erfochten, haben ihre frommen Beklemmungen noch beklommener gemacht. Der Aufgang einer neuen germanischen Weltmacht verursacht ihr die trübsten Stimmungen; sie besorgt davon die Vereitelung ihrer eigenen Weltbeherrschungspläne, die eben erst im Konzil zu Rom den Anfang praktischer Ausführung erlebt hatten. Man weiß, daß dieser Partei alles Deutsche als solches das tiefste Mißtrauen einflößt, daß sie im Grunde den rechtgläubigen deutschen Katholiken, wenn er nicht gerade zum Jesuitenorden in engerer Beziehung steht, als eine Art von Ketzer ansieht und für gefährlicher hält als einen freigeistigen Franzosen oder Italiener. Daß diese unbequemen Deutschen sich eine politische Form und Verfassung geben, mittelst deren sie in der Welt eine große, stellenweise eine entscheidende Rolle spielen werden, ist den Römlingen ein Schrecken und ein Gräuel. Zwietracht, Konfusion, Ohnmacht in Deutschland ist ihr Wunsch und ihre Hoffnung, und mit Entsetzen sehen sie, wie durch den Zusammenschluß aller deutschen Stämme, wie durch die Schöpfung einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung ein mächtiges Bollwerk gegen ihre Ränke und Listen zu entstehen droht.

Natürlich ist von alledem in der Rede des Herrn Windthorst kein Wörtchen zu lesen. Herr Windthorst ist viel zu klug, um Argumente zu gebrauchen, welche das Gegenteil seines Strebens bewirken würden. Er spricht im Namen der Freiheit, des Rechts, der Einheit, um Bundesgenossen zur Linken zu werben; er spricht im Namen des

monarchischen Prinzips, der Staatssouveränität, der konservativen Interessen, um Freunde rechts zu gewinnen. Alles was Demokraten, Liberale, Reaktionäre, jeder für sich, an der Vorlage auszusetzen finden könnten, vereinigt er zu einem sorgfältig assortierten Blumenstrauße, den er wie Ophelia mit sinniger Beziehung unter die Umstehenden verteilt. Eine perfidere Rede als die seinige vom vorigen Montag ist wohl nie in einer deutschen gesetzgebenden Versammlung gehalten worden. Es kommt gar nicht darauf an, daß er im einzelnen mit seinen Ausstellungen ganz recht haben mag. Nichts in der Tat ist leichter, als die Mängel der Vorlage hervorzuheben. Das Perfide liegt darin, daß der Redner alle feindseligen Standpunkte nach der Reihe einnahm und von jedem derselben aus seine Pfeile abschoß. Er begnügte sich nicht damit, die Reichstagsparteien, jede durch ein für sie bestimmtes Argument, gegen die Einigung aufzuhetzen, sondern er richtete sein Augenmerk vornehmlich auch auf die Bundesgenossen, welche er außerhalb des Reichstags, in den Kammern Bayerns und Württembergs, ja sogar in Wien, für seine Sache zu finden hofft. Während er uns Norddeutschen mit norddeutschen Bedenken zuleibe rückt, malt er den Süddeutschen in den grellsten Farben die Gefahren aus, welche süddeutsche Interessen durch den neuen Bund zu bestehen haben sollen. Der Prager Friede wird geschickt herangezogen, um Österreichs Widerspruch zu provozieren. Selbst das preußische Herrenhaus wird ermahnt, sich zu waffnen gegen diesen Bund zwischen dem Norden und dem Süden.

Wahrscheinlich hatte der Redner es mehr auf die Außenstehenden abgesehen als auf den Reichstag. Jedenfalls konnte er sich bald vergewissern, daß an dem letzteren seine sophistische Kunst verschwendet sei. Jede der patriotischen Parteien eignete sich einige seiner Argumente an, keine seine Konklusionen. Sein „Weil" verwandelte sich in ein „Obgleich" bei den andern. Obgleich die Vorlage an schweren Mängeln leidet, muß sie angenommen werden. Dahin lautet der Ausspruch der Mehrheit, und selbst die Nationalliberalen werden, wenn, wie vorauszusehen, Amendierungsversuche sich unpraktikabel erweisen, schließlich ihre Bedenken auf dem Altare des Vaterlandes opfern. Ob Herr Windthorst in den süddeutschen Kammern eine größere Wirkung erzielen werde, müssen die nächsten Tage lehren;

wir wollen nicht prophezeien, aber wir haben das Gefühl, als ob die Größe des historischen Moments in Bayern sich nicht minder unwiderstehlich erweisen werde, als bei uns in Norddeutschland.

Der deutsche Kaisertitel.

8. Dezember 1870.

Shakespeares Julie fragt, ob die Rose nicht ganz so lieblich duften würde, wenn man sie auch mit einem andern Namen nennte. So meinen kluge Leute, das Oberhaupt des künftigen deutschen Bundes werde immer das deutsche Oberhaupt bleiben, möge man es nun Oberhaupt oder Präsidium oder Bundesfeldherr oder Kaiser nennen. Um der Schwachen willen sind sie bereit, den Kaisertitel zuzulassen, aber in der Sache selbst, meinen sie, ändere der Titel nichts.

Im schroffen Gegensatze zu diesen meinen andere nicht minder kluge Leute, daß das Wort „Kaiser" eine ihm eigentümliche zauberkräftige Wirkung ausüben und unser Volksleben in bestimmte Bahnen festbannen werde, welche sonst verschlossen geblieben wären. Sie warnen vor der unheilbedeutenden Macht dieses Wortes, die einen, weil sie es mit dem französischen „Empereur", die andern, weil sie es mit dem mittelalterlichen „Cäsar" identifizieren.

Was diese letztere Gruppe betrifft, so widerlegen die beiden Ansichten sich gegenseitig. Das französische Imperatorentum und das habsburgische Cäsarentum sind zwei Gegensätze, wie man sie sich schärfer kaum denken kann, obwohl die deutsche Sprache für beide nur ein Wort hat. Ein Reichsapfel und eine Kanonenkugel können einander kaum unähnlicher sein als die kaiserliche Majestät, welche im Jahre 1806 an ihrer inneren Hohlheit zugrunde ging, und die napoleonische Soldatenherrschaft, welche sich vor sechsundsechzig Jahren von Talma in Purpur drapieren ließ. Es ist unmöglich, daß unser neues deutsches Kaisertum beiden zugleich ähnlich sein sollte, wie unmöglich, daß man zugleich schwarz und weiß sein kann.

Wenn wir zwischen zwei Irrtümern wählen sollten, so würden wir es noch eher mit denen halten, welche in einem Namen nichts

finden, als mit denen, welche ihn für eine Sache halten. Aber es ist erlaubt, sich gegen beide Irrtümer zu erklären und zu behaupten, daß der Name als Name, wenn auch nicht als Sache, seine Wichtigkeit hat. Die Rose wird allerdings unter jedem Namen süß duften, aber man könnte ihr nicht ihren alten Namen entziehen, ohne eine arge Verwirrung in der Phantasie aller derer anzustiften, welche ihren süßen Geruch nicht unmittelbar riechen, sondern sich seiner nur durch Vermittlung der Sprache erinnern sollen. Die Ideenverbindungen eines Lebens, die Poesie von Jahrhunderten, die Übereinstimmung aller Sprachgenossen in der Auslegung der beiden Silben, alles das verleiht diesen Silben eine geheimnisvolle, aber darum nicht minder wirkliche Kraft, die durch keine neue Erfindung sich ersetzen ließe.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Kaisertitel und seiner Geltung in der deutschen Sprache. Nur natürlich, daß mit ihm sich ein ganz anderer Begriff als der süßer Anmut verbindet. Sein Begriffsinhalt ist, kurz gesagt, der der höchsten irdischen Hoheit. Wir sagen absichtlich „in der deutschen Sprache". Denn das französische „Empereur", welches wir auch mit „Kaiser" übersetzen, hat einen davon höchst verschiedenen Klang. Der Franzose hört aus dem Schalle „Empereur" zunächst den Gegensatz zu der alten legitimen Monarchie, den revolutionären Ursprung, verbunden mit antirepublikanischer Machtansammlung, heraus. „L'Empereur" ist für ihn im Grunde nicht viel mehr als ein Personenname, Napoleon. Der Deutsche denkt bei dem Worte Kaiser vor allem an den Gegensatz zwischen Reich und Provinz, Nation und Landsmannschaft, Haupt und Gliedern. Für den Franzosen tritt die Seite der Macht, für den Deutschen die Seite der Einheit in den Vordergrund. Die Einheit hatte der Franzose ja auch unter dem Königtum, auch unter der Republik; der Deutsche besaß nie einen anderen Repräsentanten der Einheit als den Kaiser. Könige hat er auch gehabt, aber sie bedeuteten ihm nur den Zerfall, nicht den Zusammenhang des Ganzen.

Nun kann man sagen, daß diese Deutung im entschiedensten Widerspruche stehe mit der Geschichte des deutschen Kaisertums, welche ja im Grunde nichts anderes sei als eine fast ununterbrochene Reihenfolge von Niederlagen der Einheit und von Übergriffen der land-

schaftlichen Selbständigkeitstendenzen. Dies ist durchaus wahr, aber es ändert nichts an der Tatsache, daß doch immer in der Anschauung des Volks der Kaiser das sichtbare Oberhaupt der gesamten Nation war und blieb und als solches verehrt ward. In ihm erschien verkörpert die Majestät Deutschlands, die wohl in den Staub sinken, aber niemals aufhören konnte, ein Gegenstand der Sehnsucht und der trauernden Ehrfurcht zu sein. Die politische Geschichte mochte den Titel leer und inhaltlos machen, die Sprache bewahrte ihm seinen vollen ursprünglichen Gehalt, und selbst in den Tagen der äußersten Erniedrigung des Reichs, ja nachdem die kaiserliche Würde selbst verschwunden war, behauptete der Titel im Volksmunde wie in der Literatur seine alte historische Weihe. Auch das Interim von vierundsechzig Jahren, welches zwischen der Abdankung des Kaisers Franz und dem Jahre 1870 liegt, hat hieran nichts geändert. In den flauen und grauen Zeiten der Restauration ging die Ahnung von einer besseren Zukunft wie eine Messiasweissagung durch unser Volk, und immer knüpfte sie an die geheiligte Formel „Kaiser und Reich" an. Die Bewegung von 1848 ging sofort auf eine Herstellung dieser beiden Namen aus, allerdings ohne entfernt eine Wiederkehr der alten Misere zu bezwecken, welche zuletzt sich mit ihnen ausstaffiert hatte. Man dachte an das einheitliche Haupt und nicht an die Vielzahl von Zöpfen, welche sich an dasselbe angesetzt hatten. Mit der nämlichen unpedantischen Freiheit bemächtigte man sich des Namens „Reichstag", um die Gesamtvertretung Deutschlands zu bezeichnen, unbekümmert darum, daß der weiland Regensburger Reichstag das kläglichste Zerrbild einer solchen Vertretung geworden war. Im Jahre 1866 trat der Name Reichstag sofort wieder von selbst auf aller Lippen, als es darauf ankam, dem norddeutschen Parlament einen Titel zu geben, und niemand hat sonderlich Anstoß daran genommen, obwohl die historische Gelehrsamkeit dagegen ebenso viel hätte einwenden können, wie gegen die Erneuerung der Kaiserwürde. Man fühlte das Bedürfnis, die Gesamtvertretung von den Sonderlandtagen durch ein Wort vornehmeren und allgemein verständlichen Klanges zu unterscheiden, und man fand kein anderes, als jenes altüberlieferte, dessen ursprüngliche stolze Bedeutung aller Schmach der Zeiten Trotz geboten hatte.

So sehr nun unser jetziger Reichstag der permanenten Perückenversammlung zu Regensburg unähnlich sieht, so unähnlich, glauben wir, wird das neue deutsche Kaisertum dem untergegangenen werden. In der Tat hat es mit dem letzteren nichts gemein als die ursprüngliche Idee einer monarchischen Spitze der gesamten deutschen Nation, erhaben über alle Landeshoheiten und Stammesselbständigkeiten. Dieser Idee trägt die Nation eine Pietät und eine Hingebung entgegen, welche durch kein anderes Wort so kurz, schlagend und allgemein verständlich sich auszusprechen vermöchte. Den Wert eines solchen Losungswortes, welches in einer Sekunde sagt, was sonst Stunden erfordern würde, und was doch in stundenlanger Erörterung nie so deutlich veranschaulicht werden könnte, diesen Wert wird ein praktischer Politiker nicht gering anschlagen. Es versteht sich von selbst, daß der Name allein es nicht tut; wenn aber die Sache dem Namen entspricht, wenn das neue Kaisertum wirklich die Einheit und Majestät deutscher Nation vertritt und verkörpert, dann wird die Bundesgewalt rascher und tiefer im Bewußtsein der Menge Wurzel schlagen, als wenn sie des krönenden Diadems entbehrte.

Bismarck, das deutsche Reich und Österreich.

28. Dezember 1870.

Graf Bismarck hat dem Vertrauen entsprochen, welches der Abgeordnete von Meppen in seine Vertragstreue setzte. Man erinnert sich, daß Herr Windthorst im Reichstage sich sehr besorgt zeigte, was denn wohl Österreich, welches doch durch den Prager Frieden ein Recht zum Einspruch erworben habe, zu der Vereinigung Norddeutschlands und Süddeutschlands sagen werde, und als das Haus ihm mit Gelächter und „Oho!" antwortete, berief er sich auf die Vertragstreue des Herrn Bundeskanzlers, welche demselben nicht gestatten werde, auf die Zustimmung des Wiener Kabinetts zu dem neuen Bundeswerke zu verzichten. Wahrscheinlich wird Herr Windthorst überrascht sein, daß der Herr Bundeskanzler wirklich sich um diese Zustimmung bemüht hat, wenn auch in etwas anderer Weise, als die Ultramontanen und Partikularisten für erforderlich halten mögen.

Ohne nämlich ein Recht Österreichs, dem deutschen Verfassungswerke seine Genehmigung zu erteilen oder vorzuenthalten, ausdrücklich anzuerkennen, hat Graf Bismarck gleichwohl die vollzogene Wiedervereinigung Deutschlands dem Nachbarstaate in einer Form notifiziert, welche einerseits den Wunsch zu erkennen gibt, daß dieser Nachbarstaat die vollendete Tatsache in freundschaftlichem Sinne auffassen und als Grundlage seiner künftigen Beziehungen zu Deutschland anerkennen möge und welche andererseits ihm die Verpflichtung auferlegt, mit etwaigen Einwendungen, falls er solche aus dem Prager Frieden herleiten zu können vermeint, jetzt hervorzutreten, bei Strafe ewigen Stillschweigens. Wenn ein Privatmann auf seinem Grundstücke gewisse Veränderungen vornehmen will, von denen es mindestens zweifelhaft ist, ob der Nachbar sie zu leiden nötig hat, so wird er, ohne seinem Rechte irgend etwas zu vergeben, sehr wohl mit dem Nachbarn wegen der Angelegenheit in ein vertrauliches Benehmen treten, ihm seine Absicht kundgeben und ihm darlegen können, daß die beabsichtigten Veränderungen dem Nachbarn nicht schädlich, sondern im Gegenteil nützlich seien. Genau so hat der Bundeskanzler gehandelt. Die internationale Rechtsfrage läßt er vorerst auf sich beruhen; sie kömmt erst in Betracht, wenn man in Wien darauf sich berufen sollte; sie erledigt sich ganz von selbst, wenn man in Wien die Anzeige freundschaftlich entgegennimmt. Statt dessen erörtert er die politischen Konsequenzen des getanen Schrittes und weist dem kaiserlich-königlichen Kabinette in der verbindlichsten und entgegenkommendsten Sprache nach, daß Österreich nicht die geringste Veranlassung habe, Einreden dagegen, selbst wenn es dazu befugt sein sollte, zu erheben.

Mit gutem Grunde hat das Publikum die Depesche des Grafen Bismarck vom 14. Dezember als ein politisches Ereignis aufgenommen. Zum ersten Male seit 1866 wird durch sie von deutscher Seite dem Kaiserhofe in bestimmter Weise und mit Anknüpfung an einen konkreten Fall von höchster Bedeutung das Anerbieten eines nachbarlichen und freundschaftlichen Verhältnisses, welches mehr als eine förmliche Allianz besagt, entgegengetragen. Wir glauben, daß weit weniger die „Vertragstreue" als die politische Weisheit diesen Schritt eingegeben hat, aber das ändert nichts an seinem Werte. Im Gegen-

teil; es muß den Wiener Staatsmännern viel mehr daran liegen, auf dem Boden gemeinschaftlichen Interesses als auf der Basis eines Vertragsbuchstaben in gute Beziehungen zum deutschen Reiche zu gelangen, zumal wenn der Buchstabe so undeutlich geschrieben ist wie der des Prager Friedens.

Daß irgendeine fremde Macht befugt sei, in innere deutsche Angelegenheiten dreinzureden, hat bekanntlich Graf Bismarck, gerade im Hinblick auf die Zukunft Süddeutschlands, in der Septemberdepesche vom Jahre 1867 vor aller Welt entschieden verneint. Er legt also den Prager Frieden nicht ganz so aus wie Herr Windthorst. Was er 1867 nicht zugeben wollte, das wird er 1870 vollends nicht einräumen. Er wird nimmermehr die Grundsteinlegung des deutschen Reichs mit Erneuerung der Transaktionen begehen wollen, die den deutschen Bund von 1815 zu einem Werke ausländischer Diplomatie gestempelt haben. Wir wollen deshalb nicht bestreiten, daß es möglich sein würde, aus dem Texte des Prager Friedens die Notwendigkeit einer Zustimmung zu der deutschen Reichsverfassung herzuleiten; aber wir behaupten, daß eben so leicht sich das Gegenteil beweisen lassen würde. Der Prager Friede stipuliert die Gründung eines Südbundes mit internationaler Existenz, und ohne Zweifel wird diese Gründung unmöglich durch die Reichsverfassung. Aber der Prager Friede räumt auch den Südstaaten das Recht ein, ihr nationales Verhältnis zum Norddeutschen Bunde zu regeln, wie sie es für gut halten, also mittelbar ihre selbständige internationale Existenz aufzugeben. Denn selbständige internationale Existenz und nationale Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Bunde sind zwei unvereinbare Dinge. Der Prager Friede leidet mithin entweder an einem Widerspruche, dessen Fazit äqual Null ist, oder er sanktioniert zwei Möglichkeiten, von denen die eine ebenso rechtsbeständig sein soll wie die andere. Für uns ist es gleichgültig, ob man diese oder jene Deutung vorzieht: in dem einen Falle wie dem andern bleibt von einem formellen Einmischungsrechte Österreichs nichts bestehen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es uns auch materiell gleichgültig sei, ob Österreich sich feindselig oder wohlwollend zu der neuen Ordnung der Dinge stelle. Wenn seine Feindseligkeit auch nicht imstande sein würde, die Resultate dieses Jahres zu

zerstören, so könnte sie uns doch Schwierigkeiten zuwege bringen, die uns durchaus nicht erwünscht sein würden, während umgekehrt ein gutes Verhältnis zu Österreich uns mit ruhigster Zuversicht allen Gefahren der Zukunft gegenüber erfüllen müßte. Diesem Verhältnisse zuliebe wird Deutschland selbst einen hohen Preis zu zahlen sich nicht scheuen dürfen, wenn es sich auch von selbst versteht, daß der Preis nicht ein größeres Übel sein darf, als die bisherige Spannung und das bisherige Mißtrauen zwischen den beiden Ländern also z. B. nicht ein Verzicht auf unsere Einigung, nicht eine Zulassung österreichischer Einmischung in deutsche Angelegenheiten. Wie wir die volle Unabhängigkeit und Autonomie der österreichischen Monarchie anerkennen, so haben wir ein Gleiches von der anderen Seite zu verlangen, und es fragt sich mithin nur, ob man in Wien die Freundschaft Deutschlands auf dieser Grundlage für wertvoll genug hält, um in die dargebotene Hand einzuschlagen. Man steht einer folgenschweren Entscheidung gegenüber, aber eine Entscheidung ist jetzt kaum mehr zu umgehen. Die Politik der Revanche für Sadowa und die Politik der Wohlfahrt Österreichs müssen ihre Kräfte miteinander messen, und eine oder die andere muß verleugnet werden. Graf Beust könnte freilich versuchen, zwischen der unangenehmen Alternative hindurchzusteuern und eine ausweichende Antwort zu geben. Aber wie die Dinge jetzt stehen, wäre auch eine ausweichende Antwort einer Ablehnung gleich zu achten. Wir dürfen also mit einiger Spannung der Erwiderung des Reichskanzlers entgegensehen; sie wird auf die europäische Politik der nächsten Jahre jedenfalls mehr Einfluß ausüben als alle früheren Depeschen dieser gewandten Feder.

Die Kapitulation von Paris.

29. Januar 1871.

„Im Hauptquartier rechnet man auf die Kapitulation von Paris für die Woche vom 22. bis zum 28. Januar." So wurde vor etwa vierzehn Tagen von Berlin aus gemeldet. Und am letzten Tage der Woche ist die Prophezeiung eingetroffen. Nach 131 Tagen der Belagerung, nach 23 Tagen des Artillerieangriffs hat Paris

sich überwunden erklärt, sein Heer von fünfhunderttausend Bewaffneten, seinen Harnisch von zwanzig Festungen der Macht des Siegers übergeben. Genau drei Monate nach dem Falle von Metz fliegt die Botschaft von der Bezwingung der gewaltigen Hauptstadt durch die erschütterte Welt. Denn wessen Menschen Herz, er sei Feind oder Freund, bliebe unerschüttert bei der Kunde von dieser großen Katastrophe. Wer dächte nicht in diesem Augenblicke zurück an die Tage, die kaum entschwundenen Tage, wo diese Königin der Städte, geschmückt mit allen irdischen Herrlichkeiten, umgürtet von allen Zaubern einer reizenden Natur, stolz und lächelnd und verführerisch an ihrem gepriesenen Seineflusse thronte, ein Ziel der Sehnsucht zahlloser Pilger aus allen Landen der zivilisierten Welt, ein Mittelpunkt großartigen Lebens wie rauschender Zerstreuung, der Augapfel und das Kleinod einer mächtigen Nation und die Herrscherin über alle Städte des städtereichen Frankreichs? Und wer, wenn er dieser glänzenden Vergangenheit gedenkt und nun die wunderreiche Metropole in den Staub gedemütigt erblickt, fühlte sich nicht erinnert an jene erhabenen Städtetragödien des Altertums, von denen die Propheten weissagten und gigantische Trümmerstätten den späteren Geschlechtern zeugten, an Babylon und Ninive, welche mitten in ihrer Pracht und Üppigkeit von furchtbaren Strafgerichten ereilt wurden und ihre Tempel und Paläste von feindlichen Scharen verwüstet sahen? Zwar sind die Sitten milder geworden und die Kriege glimpflicher, seit Belsazar das „Mene Tekel Upharsin" an der Wand seines Saales las; die Heere des deutschen Kaisers sind keine Meder und Perser; Paris wird nicht den Eulen und den wilden Hunden zur Wohnung dienen; seine Söhne werden nicht mit der Schärfe des Schwertes niedergehauen und seine Töchter nicht in die Sklaverei geführt werden; der Sieger, der Paris beherrscht, wird nicht plündern und nicht brennen; nach einer Weile wird er von dannen ziehen, und die Bauleute werden den Schutt des Krieges wegräumen, und Paris wird wieder sein wie zuvor, das Rom der Mode und das Mekka der Schaulustigen, eine große, prächtige Hauptstadt wie keine zweite auf Erden. Aber dennoch ist der Augenblick furchtbar und feierlich, wo Paris sich unter das Gesetz des Krieges beugt. Sind die Schicksale sanfter als in alter

Zeit, so sind auch die Empfindungen feiner, und es fragt sich, ob nicht die Sklavenhorden, welche die alten Riesenstädte Asiens bevölkerten, leichter sich in die Unterjochung gefunden haben, als die modernen Pariser sich in die Kapitulation mit allen ihren zivilisierten Formen finden werden. Das Unheil, welches sie getroffen hat, ist mehr als eine gewöhnliche Kalamität; das Walten einer Nemesis tritt sichtlich zutage und verleiht diesen Tagen eine ernste und strenge Weihe. In Paris, in der Hitze seiner fieberhaften Leidenschaften ward das nationale Laster des Übermutes, ward der wahnsinnige Durst nach Glanz und Ruhm, die Vergötterung der Macht, die Eifersucht gegen andere aufstrebende Völker großgezogen, bis die dämonische Wut alle Schranken durchbrach und wie ein verheerender Lavastrom sich gegen unsere friedlichen Grenzen ergoß. In Paris strömten nicht bloß alle Talente, sondern auch alle Begierden des Landes zusammen und nur allzu sehr beflissen sich die Talente, die Begierden aufzustacheln, abzurichten, zu formulieren gleichsam und auf die Beute hinzulenken. Die Historiker und die Poeten, die Politiker und die Künstler, die Redner in der Kammer und die Journalisten in den Zeitungsbureaus, die Salons und die Klubs, die Theater und die Schulen, alles wirkte, bewußt, halbbewußt und unbewußt, auf den Eroberungskrieg hin, welcher der ungesättigten Eitelkeit die Wollust der Selbstanbetung, den Rausch des Triumphes über alle anderen Nationen verschaffen sollte. In Paris wurde der französische Größenfanatismus zu jenem unwiderstehlichen Grade der Stärke kondensiert und raffiniert, welcher schließlich nicht allein das heißblütige Volk, sondern selbst den bedächtigen und zaudernden Kaiser ins Verbrechen und ins Verderben trieb. Eine gerechte Fügung erscheint es daher, daß auf das Haupt der großen Frevlerin die Schalen des Zorns sich ergießen, unter deren feurigem Regen so manche minder schuldige Stadt zusammengebrochen ist.

Deutschland, wenn es Rache suchte, könnte heute befriedigt sein. Aber Deutschland verlangt nicht Rache, sondern Frieden. Namenloses Wehe hat ihm die Stadt bereitet, welche jetzt zu den Füßen unseres Kaisers liegt; aber Deutschland fordert von ihr nichts als die Pfänder künftiger Sicherheit. Mächtiger jedoch, lebendiger selbst

als die Friedenssehnsucht muß heute in allen deutschen Herzen das Gefühl des bewundernden Dankes gegen diejenigen sein, die so Großes vollbracht haben. Man darf es aussprechen, daß in der Geschichte alter und neuer Kriege nichts vorkommt, was der Belagerung und Bezwingung von Paris an die Seite gestellt werden könnte. Dasjenige Beispiel, welches dieser gigantischen Leistung am nächsten steht, muß in den Annalen des gegenwärtigen Krieges selbst gesucht werden; es ist die Einschließung der Bazaineschen Armee unter den Kanonen von Metz. Aber auch diese letztere glorreiche Waffentat wird in den Schatten gestellt durch die glückliche Lösung der Aufgabe, welche dem Belagerer von Paris gestellt war. Nie zuvor hatte ein Feldherr Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden, wie sie hier überwunden werden mußten, ehe nur die ersten Batterien gegen die Festung in Tätigkeit gelangen konnten. Mit 200 000 Mann war ein von Forts und Geschützen starrendes, mit allen Hilfsmitteln der Zivilisation ausgestattetes, Quadratmeilen umfassendes Areal, in welchem eine halbe Million Bewaffneter, eine viertel Million mobiler Truppen sich aufhielt, nicht etwa bloß zu bewachen, sondern so eng und streng zu blockieren, daß die Eingeschlossenen aller Verbindung mit der Außenwelt bis auf die Ballonpost und die Brieftauben entbehrten. Während der Feind jederzeit überlegene Kräfte gegen beliebige Punkte unserer Linie schleudern konnte, mußte der Belagerer mit höchster Anspannung seiner Mittel, mit weisester Berechnung seine Dispositionen so treffen, daß er überall und immer der unbekannten Gefahr die ausreichende Abwehr entgegensetzen konnte. Und diese verzweifelte Aufgabe ist ihm neunzehn Wochen hindurch gelungen, ohne daß auch nur ein einziges Mal die Ausführung versagt hätte. Kein einziger ernstlicher Mißerfolg störte die Zernierung; alle Versuche der Belagerten, sich aus der eisernen Klammer zu befreien, wurden mit vollendeter Sicherheit zurückgeschlagen; alle Drangsale endlich, welche der Winter mit ungewöhnlicher Heftigkeit herbeiführte, wurden mit unerschütterlicher Standhaftigkeit ertragen, und besiegt, bis endlich das Ziel erreicht, das unerhörte Werk gelungen war. Alle Teile des Heeres, von dem kaiserlichen Feldherrn bis zum gemeinen Soldaten, dürfen mit Stolz auf diese schrecklichen und herrlichen Wochen zurückblicken, in denen

die besten aller Soldatentugenden und die höchste Weisheit der oberen Leitung zusammenwirkten, um der deutschen Kriegsgeschichte das glänzendste Blatt einzufügen. Alle Teile des Heeres, sagen wir; denn nicht allein die dritte Armee und die Maasarmee, sondern sämtliche auf französischem Boden kämpfende Truppen mußten in Tüchtigkeit, in Anstrengungen und Entbehrungen mit den Belagerern wetteifern, wenn den letzteren ihre schwere Arbeit gelingen sollte. Die Sieger von Orleans und Le Mans, die Helden von St. Quentin, die Grenzwächter von Belfort, sie alle kämpften und litten mittelbar für die Bezwingung der großen Haupt- und Zentralveste des Feindes, hinter deren Wällen und Gräben die letzte Widerstandskraft Frankreichs uns Trotz bot und mit Erneuerung ihrer blutigen Anschläge drohte. Ganz Deutschland ist an diesem Triumphe beteiligt, wie noch an keinem je zuvor; ganz Deutschland möge denn auch bald die heilsame Frucht dieses größten und schwersten Sieges ernten!

Fünf Milliarden.

7. Februar 1871.

Acht Tage lang hat die Londoner Presse einen ungeheuren Aufwand mit sittlicher Entrüstung getrieben, den sie sich hätte sparen können, wenn sie minder begierig wäre, den Deutschen etwas am Zeuge zu flicken. Der „Times"-Korrespondent in Berlin hatte sich Gott weiß von wem aufbinden lassen, Deutschland werde von Frankreich eine Gebietsabtretung bis zur Maas, eine Kolonie in Ostindien, zwanzig Panzerschiffe und 10000 Millionen Franks Kriegsentschädigung fordern. Darob allgemeines Wehegeheul an den Gestaden der Themse, begleitet von Aufforderungen an das edle Frankreich, lieber seinen letzten Blutstropfen zu verspritzen, als solchen maßlosen Bedingungen sich zu unterwerfen. Herr Gambetta wird sich die Hände gerieben haben, als er erfuhr, daß die „Times" so erfolgreich bemüht sei, Wasser auf seine Mühle zu leiten. Seinen eignen Lügen wollten die Franzosen nicht mehr recht trauen; wie willkommen mußte ihm zu der beginnenden Wahlkampagne die Unterstützung des hochansehnlichen Cityblattes sein, welches in der elften

Stunde ihm und seiner Wahnsinnspolitik recht zu geben schien! Jetzt ist von Versailles aus die Meldung des „Times"-Korrespondenten dementiert worden, aber das Unheil ist einmal geschehen und läßt sich nicht wieder gut machen. In allen Wahlversammlungen Frankreichs werden die falschen Friedensbedingungen zur Aufstachelung der halberschöpften Kriegslust ausgebeutet werden, und das Dementi wird hinterher hinken, nachdem die Wahlen unter dem Einflusse dieser Unwahrheit vollzogen sind.

Ist es Perfidie oder ist es Leichtsinn, was die „Times" zu diesem schändlichen Streiche veranlaßt hat? Die Nachricht trug den Stempel der Unwahrscheinlichkeit, der tendenziösen Übertreibung so deutlich an der Stirn, daß eine halbwegs gewissenhafte Redaktion sich verpflichtet erachten mußte, die offizielle Bestätigung abzuwarten, ehe sie den Inhalt der Korrespondenz in ihren Leitartikeln als eine Tatsache behandelte. Erst dadurch, daß die „Times" diese Berliner Ente mit ihren moralischen und politischen Brocken herausfütterte, sich anstellte, als ob sie an den Schwindel glaube, erst dadurch gewann die Sache in den Augen eines unverständigen Publikums eine Bedeutung, die möglicherweise verhängnisvoll werden kann. Hätte die „Times" nur mit ein paar Worten angedeutet, daß sie bis auf weiteres der Nachricht keinen Glauben schenken könne und sich daher aller Reflexionen darüber enthalten müsse, so würden wenige Leute hinter dem Humbug mehr gesucht haben, als entweder Sensationsmacherei oder ein Börsenmanöver. Nun aber die Leute sahen, wie die „Times" jeden Morgen zwei bis drei Leitartikel über die Grausamkeit und Unverschämtheit der deutschen Forderungen brachte, mußten sie am Ende wohl glauben, daß es mit diesen Forderungen seine Richtigkeit habe und daß Frankreich in seinem guten Rechte sei, wenn es Krieg bis zum Messer dem Frieden vorziehe. Die christlichen und philanthropischen Engländer seufzen seit dem Monat September mit frommem Augenaufschlag nach dem Ende des Blutbades; sie jammern über die verhärteten Herzen der beiden Kriegführenden, welche den Worten der Versöhnung keinen Einlaß vergönnen; sie trauern über die Untätigkeit der Neutralen, die dem Morden Einhalt tun sollten, und siehe da, in dem Augenblicke, wo das Blutbad eine Pause macht, wo die Krieg-

führenden sich anschicken, Frieden zu schließen, werfen diese gottseligen Quäker einen Zwietrachtsapfel zwischen die beiden Gegner, giftiger als alle die bitteren Früchte des Krieges zusammengenommen, und verderben, so viel an ihnen liegt, das mühsam gewonnene Terrain, auf welchem das schwere Werk der Verständigung versucht werden sollte. In der Tat, die Verschuldung der Waffenfabrikanten von Birmingham wiegt leicht gegen den Frevel der Journalisten von Printing-house-square, die sich rühmen können, falls Herr Gambetta nochmals über die Friedenspartei siegen sollte, ihm die wirksamste Hilfe geleistet zu haben.

Ein Trost bleibt vielleicht noch. Es ist möglich, daß die heimtückischen Übertreibungen der „Times", wenn sie noch rechtzeitig als solche erkannt werden, den wirklichen Forderungen Deutschlands zur vorteilhaften Folie dienen können. Es unterliegt ja kaum einem Zweifel, daß, wenn wir wirklich die Maaslinie, Pondichery, die Panzerflotte und zehn Milliarden forderten, die Franzosen nicht imstande sein würden, uns zu gelinderen Bedingungen zu zwingen. Sie könnten höchstens sich weigern, Frieden zu schließen, aber sie würden dann sich auf gänzlichen Ruin ihres Landes gefaßt machen müssen. Vielleicht ist es nützlich, daß ihre englischen Freunde ihnen die Aussicht auf eine so schreckliche Alternative eröffnet haben; sie mögen um so eher die Mäßigung der authentischen Bedingungen anerkennen.

Diese authentischen Bedingungen sind zwar nirgend offiziell formuliert worden, aber es liegen Erklärungen aus kaiserlichem Munde vor, welche über den wesentlichen Inhalt derselben keinen Zweifel gestatten. Elsaß und Deutsch-Lothringen und die Zahlung der Kriegskosten, das ist es, was wir fordern werden, nicht mehr und nicht weniger. Weder eine indische Kolonie, noch die französischen Panzerschiffe figurieren in unserem Programm; wenn es noch einige Nebenpunkte enthält, so beziehen sie sich auf die selbstverständliche Herausgabe der aufgebrachten Handelsschiffe, auf eine Entschädigung der aus Frankreich brutal verjagten Deutschen und auf die Abschaffung der Kaperei in künftigen Seekriegen. Von diesen verschiedenen Punkten ist nur einer problematischer Natur, die Feststellung der Kriegskosten, alles andere erledigt sich nach gegebenen

faktischen Normen. Über die Höhe der Kriegskosten läßt sich streiten, je nachdem man den Begriff enger oder weiter faßt. Aber man mag ihn so weit fassen wie man will, nimmermehr wird man zu der schwindelerregenden Summe von 10000 Millionen Franks gelangen, man müßte denn nach altgermanischer Weise die Getöteten zu Gelde anschlagen. Zehn Milliarden ist leicht gesagt, die Summe ist aber so kolossal, daß man nur auf einem Umwege dahin gelangt, sich ein Bild von ihrer Größe zu machen. Um sie anzuleihen, würden die Franzosen, nach dem jetzigen Stande ihrer dreiprozentigen Rente, eine jährliche Zinsenlast von 600 Millionen übernehmen müssen, das heißt, sie müßten zu ihrer bereits vorhandenen ungeheuren Staatsschuld sich noch die ganze englische Nationalschuld aufbürden, welche ungefähr 600 Millionen Franks jährlich repräsentieren mag.

Wenn Deutschland die Kosten des ihm aufgedrungenen Krieges berechnet, wird es folgende Posten unzweifelhaft in Ansatz bringen dürfen, ohne sich dem Vorwurfe auszusetzen, die Heiligkeit seiner Sache durch Bereicherungssucht zu entweihen: Den Nominalbetrag der kontrahierten Kriegsanleihen und die vorschußweise von den einzelnen Staaten bestrittenen Mobilmachungskosten. Für Norddeutschland werden dies etwa 300 Millionen, für ganz Deutschland 400 Millionen Taler sein. Den jährlichen Bedarf des Invalidenfonds, welcher von Jahr zu Jahr abnimmt und endlich ganz erlischt, sage ein Kapital von 100 Millionen. Den entgangenen Arbeitsverdienst der aus ihrem bürgerlichen Berufe zur Fahne berufenen Landwehren, Reserven, Urlauber und Ersatzmannschaften, zu einem Taler per Tag und Mann für eine Million Menschen und 200 Tage, 200 Millionen. Die Naturalleistungen der Kreise, Gemeinden und Privaten 100 Millionen. Den Abgang an Kriegsmaterial aller Art 100 Millionen. Den Abgang an Eisenbahnmaterial, Pferden und sonstigem Transportmaterial 100 Millionen. Dies macht 1000 Millionen Taler. Rechnet man nun noch 100 Millionen für alle im Vorstehenden nicht inbegriffenen Schäden, Opfer und Auslagen, so erhält man ein Total von 1100 Millionen Talern oder pl. m. vier Milliarden Franks. Natürlich macht dieser rohe Überschlag auf irgendwelche Genauigkeit keinen Anspruch, aber wir sollten

doch meinen, daß er ausreicht, um zu zeigen, wie sehr man mit zehn Milliarden Franks über das Ziel hinausschießen würde. Auf eine Milliarde mehr oder weniger kann es bei solchen Rechnungen nicht ankommen, aber mit einer Milliarde mehr kann man schon eine Menge Posten decken, die bei unserem Überschlage etwa übersehen sein möchten. Wir setzen hierbei voraus, daß die Entschädigungen für aufgebrachte Schiffe und für die aus Frankreich verjagten Deutschen noch besonders werden ermittelt werden. Wenn dann unsere Unterhändler für das Reich eine Kriegsentschädigung von vier bis fünf Milliarden Franks erwirken, so glauben wir Grund zu haben, zufrieden zu sein, wenn wir auch keineswegs leugnen wollen, daß es unmöglich ist, die durch den Krieg geschlagenen Wunden sämtlich mit Gold zu heilen, und daß daher der Sieger im Grunde nicht gehalten ist, sich auf bloßen Ersatz für materielle Schäden im engeren Sinne zu beschränken. Aber „est modus in rebus, sunt certi denique fines".

Von der Brutalität der deutschen Soldaten.

25. Februar 1871.

Der Neid der Welt, der den militärischen Leistungen Deutschlands mit dem besten Willen nichts anhaben kann, ist um so eifriger bemüht, der Humanität und Moralität unserer Truppen etwas am Zeuge zu flicken. Die Kriegskontributionen, die Requisitionen, die Einäscherung von Dörfern, die Erschießung von Freischützen und Bauern bilden ein ergiebiges Material, aus welchem Waffen gegen die Heeresleitung geschmiedet werden, während man den Soldaten selbst eine lange Reihe von Schaudergeschichten nacherzählt, die ihrer persönlichen Grausamkeit, Zerstörungswut und Plünderungssucht zur Last fallen sollen. Wir glauben, daß wir an diesen Anklagen ziemlich leicht zu tragen haben, daß wir ebenso erhobenen Hauptes aus Frankreich ausmarschieren können, wie wir eingerückt sind. Anklagen dieser Art sind gewöhnlich die Rache der Besiegten und schon deshalb verdächtiger Natur, aber auch die wirklich erwiesenen Tatsachen sind nicht geeignet, unseren gerechten Stolz auf unser Heer zu erschüttern.

Bei weitem die meisten Geschichten, welche von der Wildheit und Brutalität der Soldaten erzählt worden sind, haben sich bei näherer Untersuchung entweder als pure Erfindungen oder als arge Entstellungen und Übertreibungen herausgestellt. Für die Fälle dieser Gattung ist die Erzählung von dem Franktireur, welcher in Pouilly lebendig verbrannt worden sein sollte, typisch. Wir erinnern uns noch sehr wohl, wie der Korrespondent der „Daily News" im Garibaldischen Hauptquartier zuerst die Greueltat als unzweifelhaftes Faktum mit überwallender Entrüstung berichtete. Er hatte sie, zwar nicht mit eignen Augen gesehen, aber mit eignen Ohren von Augenzeugen vernommen, von zwei Französinnen, die bleich vor Entsetzen ihm die Geschichte vorgetragen hatten. Den Leichnam mit den Brandspuren hatte er selbst gesehen. Wer die beiden Französinnen waren, wie viel Glauben sie verdienten, ob sie gutes Französisch sprachen oder burgundisches Patois, ob der Korrespondent das Patois verstand, diese und ähnliche Vorfragen blieben unberührt, aber das Urteil wurde kühnlich gefällt, als ob eine sorgfältige Untersuchung vorangegangen wäre. Nun ist zu bemerken, daß diese Geschichte noch verhältnismäßig gut beglaubigt war; die meisten anderen sind weit mangelhafter begründet. Und was ist schließlich von dem lebendig verbrannten Franktireur übriggeblieben? Das Opfer einer französischen Kugel, das tot in einem brennenden Schlosse verkohlte. Hunderte von Anschuldigungen werden sich auf ähnliche Weise erledigen.

Es ist möglich, daß deutsche Soldaten auch wirkliche Verbrechen und kaltblütige Brutalitäten verübt haben. Es ist sogar wahrscheinlich, es wäre wunderbar, wenn es nicht geschehen wäre. Aber was beweist es? Es beweist nur, was sich ohnehin ganz von selbst versteht, daß es unter einer Million Menschen allezeit Schurken und Spitzbuben gibt. Die Ehre der Armee und der Nation hat mit der Schande ihrer verworfenen Elemente nichts zu tun, so wenig wie die Ehre Englands etwas mit dem schlechten Ruf der Londoner Gauner zu tun hat. Wenn man uns nachweisen könnte, daß wir unsere Spitzbuben gewähren lassen, ermutigen, loben und belohnen, so läge die Sache anders; allein davon ist keine Rede, es wird nur behauptet, daß hier und dort diese und jene Schändlichkeit von

Individuen in unserer Uniform verübt worden sei. Wie gesagt, es wäre ein Wunder, wenn nicht die unvermeidlich vorhandenen schlechten Elemente die ihnen durch den Kriegszustand eingeräumte außerordentliche Macht, so oft sie es ohne Furcht vor Strafe tun konnten, mißbraucht hätten. Das Merkwürdige ist nicht, daß es geschehen, sondern daß es nicht zehnmal häufiger geschehen ist. Übrigens ist auch zu bedenken, daß sehr vieles, was den Opfern des Krieges als ruchlose Gewalttat erscheint, in Wirklichkeit nur die natürliche Folge der kriegerischen Verhältnisse ist, wie z. B. die rücksichtslose Zerstörung von Eigentum und die gewaltsame Aneignung von Lebensmitteln, Betten, Decken, Schuhwerk u. dgl. in Lagen, in denen die Truppen nur die Wahl zwischen solcher Selbsthilfe und dem Untergange haben. Jede Armee der Welt wird unter ähnlichen Umständen genau so handeln, wie unsere Truppen gehandelt haben, nämlich das, was sie nicht entbehren kann, nehmen, wo sie es kriegen kann. Über solche Kriegsleiden zu jammern, steht am wenigsten denen zu, welche freiwillig und mutwillig den Krieg angefangen haben. Pikant ist nebenbei der Umstand, daß die französischen Truppen es im eigenen Lande in dieser Beziehung weit ärger getrieben haben sollen, als die Deutschen im Feindeslande.

Vielleicht wird man sagen können, daß bei dieser kriegsgebräuchlichen Selbsthilfe unsere Soldaten nicht immer die Grenze der strengen Notwendigkeit eingehalten haben. Manche Verwüstung und manche Verzehrung hätte vielleicht bei etwas mehr Überlegung vermieden werden können; Selbstverleugnung und Zartgefühl sind wohl manchmal nicht zu ihrem Rechte gelangt. Wir wollen das sehr gern glauben und wir sind sogar geneigt, in dieser Richtung recht weitgehende Zugeständnisse zu machen. Wenn man uns sagt, unsere Truppen hätten an vielen Stellen entsetzlich gewirtschaftet, sich roh und wild benommen, manches mutwillig zerstört, so widersprechen wir nicht, aber wir fühlen uns auch nicht beschämt und gedemütigt. Wenn man die Menschen nötigt, fünf oder sechs Monate lang Blutarbeit zu tun, Gewaltmärsche auszuführen, im Schnee und Schlamm zu schlafen, stündlich um Leben oder Tod zu spielen, dann werden die Menschen, auch die gutmütigen, am Ende ein wenig wild und unbändig, und es ist durchaus kein Zeichen von besonderer Verworfen-

heit, wenn sie in solcher Überreizung und Erbitterung sich allerlei Exzesse erlauben, die im zahmen bürgerlichen Leben allerdings nicht für fein und anständig gelten. Die Natur der Dinge ist einmal so, daß sich Kriegführen und zarte Manieren nicht gut miteinander vereinigen lassen, wenigstens nicht in den Massen. Wer ein Volk zum Kampfe fordert, und wäre es das frommste, sittlichste, gutherzigste Volk, der entfesselt eine wilde Bestie, und er mag von Glück sagen, wenn die wilde Bestie nicht allein und ausschließlich zur Geltung kömmt. Den Franzosen ist es mit ihrer Herausforderung an sich schlimm genug ergangen, aber lange nicht so schlimm, wie sie verdient hätten und wie es uns ergangen sein würde, wenn ihre Banden sich über unsere Fluren ergossen hätten. Wir dürfen dreist behaupten, daß noch niemals ein großes Invasionsheer unter ähnlichen Provokationen ein feindliches Land so glimpflich behandelt hat, wie das unsrige Frankreich, und wenn selbst diese Glimpflichkeit schrecklich war, was wir nicht leugnen, so liegt die Schuld nicht an uns, sondern an denen, die den Krieg heraufbeschworen, weil sie glaubten, wir und nicht sie würden den Jammerkelch zu leeren haben.

Was die Härten der offiziellen Kriegsleitung betrifft, so stehen wir nicht an sie für völlig gerechtfertigt nicht allein, sondern auch für wohltätig und human zu erklären. Der Sieger ist nach allgemeinem Kriegsrechte befugt, dem unterworfenen Lande die Ernährung der einrückenden Truppen aufzuerlegen. Gilt dies sogar in einem ungerechten Angriffskriege, um wie viel mehr in einem gerechten Verteidigungskampfe! Ob zu diesem Zwecke das Requisitionssystem zu befolgen, ob Kontributionen auszuschreiben oder ob andere Maßregeln zu ergreifen seien, darüber läßt sich streiten; aber das Prinzip wird nicht dadurch berührt. Unter Umständen mag der Sieger es sachdienlich finden, alle seine Bedürfnisse bar zu bezahlen und beim Friedensschlusse seine Auslagen dem feindlichen Staate in Rechnung zu bringen. Aber die Umstände können sehr wohl von einem solchen Verfahren abraten. Man weiß nicht im voraus, ob man beim Friedensschlusse noch imstande sein wird, die Zahlung großer Summen zu erzwingen; sicherer ist es jedenfalls, bereits einkassierte Posten in Rechnung bringen zu können. Das

System der baren Zahlungen hat ohnehin bei raschen Märschen seine praktischen Schwierigkeiten; in Frankreich hatte es auch theoretische Schwierigkeiten, da die Regierung jeden Franzosen, der dem Feinde Lebensmittel verkaufte, mit Todesstrafe bedrohte. Nach französischem Gesetze wäre mithin das Requisitionssystem das allein mögliche gewesen, wenn man nicht etwa das Plündern auf eigene Hand zugeben wollte. Wohltätig und human nennen wir die Belastung des feindlichen Landes deshalb, weil nichts so sehr wie eine strenge Geltendmachung der Siegerrechte geeignet ist, den Franzosen friedfertigere Gesinnungen beizubringen. Wenn sie fänden, daß alle Leiden des Krieges mit einer Staatsanleihe abzukaufen seien, so würden wir nach wenigen Jahren uns auf einen neuen Angriff gefaßt zu machen haben.

Die nämliche Rechtfertigung gilt für die furchtbaren standrechtlichen Exekutionen gegen nichtmilitärische Kombattanten und gegen Dörfer, welche sich an den Feindseligkeiten beteiligt haben. Sie sind das einzige Mittel, um einen Vertilgungskrieg abzuwenden, der unfehlbar sich entwickeln würde, wenn die Soldaten sich dem Meuchelmorde und der Verräterei preisgegeben sähen. Die Menschlichkeit gebietet, den Versuch zu meuchlerischen Privatunternehmungen im ersten Keime mit erbarmungsloser Strenge zu unterdrücken. Die Pflicht der feindlichen Regierung ist es, ihre Untertanen von solchen ebenso verhängnisvollen wie nutzlosen Schritten abzuhalten, weil sie weiß, daß der Sieger im Interesse der Selbsterhaltung Repressalien ergreifen wird, die den Unschuldigen mit dem Schuldigen vernichten. Die Sache wird ganz falsch so dargestellt, als ob die deutschen Heerführer an den Franzosen die Verteidigung des Vaterlandes bestrafen. Kein einziger Franzose ist standrechtlich erschossen worden, weil er sein Vaterland verteidigen wollte; die Exekutionen haben immer nur solche getroffen, welche das den Zivilpersonen eingeräumte Privilegium zu heimtückischen Feindseligkeiten mißbraucht hatten. Die Engländer verweisen uns gern auf den Herzog von Wellington als Muster und Spiegel eines christlichen Feldherrn. Aber sie kennen die Geschichte ihres „eisernen Herzogs" schlecht, wenn sie sich einbilden, er hätte seine Soldaten gegen Axt und Flinte rachsüchtiger Bauern nicht in Schutz genommen, oder er wäre vor standrechtlichen

Exempeln in solchen Fällen zurückgeschreckt. Sie mögen nur die Proklamation nachlesen, die er im Jahre 1814 bei seinem Einrücken über die spanisch-französische Grenze an die damaligen Franktireurs und Dorfschützen erließ, die hinter Hecken und Gräben auf vorüberziehende Rotröcke zu feuern anfingen. „Ich werde solche Personen aufhängen und die Dörfer, wo solches geschieht, niederbrennen lassen." In Napiers „Geschichte des Halbinselkrieges" ist das Nähere zu lesen. Es scheint, daß die Proklamation wirkte und daß Wellington das Glück hatte, es bei der Drohung bewenden lassen zu können. Vielleicht waren die Franzosen damals vernünftiger als heutzutage, wo die Drohungen nicht genügten, sondern Exempel statuiert werden mußten, um dem Unwesen Einhalt zu tun. Freilich hatten die Franzosen im Jahre 1814 keine Regierung, welche gewissenlos oder unwissend genug war, um die armen dummen Bauern in ihr Verderben zu hetzen. Das vergossene Blut und die Asche der verbrannten Dörfer kömmt auf die Rechnung der unfähigen Fanatiker, denen Frankreich fünf Monate lang die Leitung seiner Geschäfte überließ.

Der Friede gesichert.

27. Februar 1871.

Friede! mit wie verschiedenen Empfindungen wird die ersehnte und endlich eingetroffene Botschaft heute von Millionen und aber Millionen Herzen begrüßt, mit welcher Skala der Gefühle vom knirschenden Ingrimm bis zum stolzesten Jubel, von tiefster Wehmut bis zu höchster Wonne, von unschuldiger Freude über gerettetes häusliches Glück bis zum Triumphe weltumfassender kaiserlicher Gedanken. Friede! welche unaussprechliche Fülle von Segen, von Hoffnung, von Befriedigung liegt in diesem schönen Laute, welcher Sonnenglanz künftiger Größe und Herrlichkeit erfüllt bei diesem himmlischen Klange die deutschen Lande! So schön, so inhaltvoll, so heilverheißend klang das große Wort noch niemals, weder in unserem, noch in einem anderen Lande der Welt. Wie der Krieg mit keinem anderen Kriege der Geschichte verglichen werden kann, so kommt auch der Friede geschritten, unvergleichlich, beispiellos, erhaben über alles hergebrachte Maß, das Morgenrot einer neuen

Periode der Weltgeschichte, einer neueren besseren Ordnung der Dinge, einer ungeahnten Wendung der deutschen Geschicke, zum Heil Europas, wie wir vertrauen dürfen, „und den Menschen ein Wohlgefallen!" Ein Kampf ist gekämpft worden, ein unerhörter, furchtbarer Riesenkampf, zwischen zwei welthistorischen Gegensätzen, Licht und Finsternis, Wahrheit und Lüge, Freiheit und Cäsarentum, Wittenberg und Rom, deutscher Art und welscher Art, ein Kampf, bei welchem die Zukunft unseres Geschlechts auf dem Spiele stand wie einst auf dem Felde von Marathon, wie in den Schlachten, welche vormals das germanische Schwert gegen Hunnen, Araber, Mongolen und Türken geschlagen hat, und der ungeheure Kampf ist siegreich zu Ende geführt von dem deutschen Volke, dem Bannerträger jener geistigen Freiheit, ohne welche alle andere Freiheit nur ein übertünchtes Grab ist. Alle Mächte der Finsternis waren mit ihren Wünschen und Sympathien bei den Fahnen des Feindes, die schleichende Intrige der Jesuiten, der bornierte Haß verrotteter Despotengeschlechter, die Barbaren des Ostens und das Krämertum des Westens, die Wüstheit kommunistischer Sekten und die Frivolität des kosmopolitischen Epikureertums; sie alle beteten für den Erfolg der gallischen Adler, und nur wenige auserlesene Geister, nur die Besten und Weisesten in fremden Landen sahen und sprachen es aus, daß wir für die Wohlfahrt der ganzen Welt das Unsrige verteidigten gegen den Feind des Menschengeschlechts, den verkappten, gleißenden Despotismus, welcher bald unter kaiserlichen Insignien, bald mit geweihten kirchlichen Symbolen, bald in der phrygischen Mütze den Fortschritt der Welt in seine starren Formeln zu bannen strebt. In allen Schlupfwinkeln und Brutnestern der Tyrannei, im Vatikan, in den alten Hofburgen, in den Konventikeln der Sozialisten, in den Schlössern der Bojaren und der Bourbonenfreunde herrscht heute Wehklagen und Verzweiflung; dort wenigstens begreift man, was der Friede zu bedeuten hat, welcher gestern zu Versailles den Untergang lateinischer Hegemonie besiegelte und Deutschland an die Spitze der europäischen Menschheit stellte.

Dieser welthistorische Kampfpreis ist die kostbarste und vornehmste unter den Gaben, die uns der Friede bringt, obwohl davon in dem abgeschlossenen Vertrage kein Wort geschrieben steht. Das

Höchste wird nicht in Worte und Paragraphen gefaßt. Und selbst unter den freudigen Gefühlen, mit denen die Nation den Frieden begrüßt, ist wohl kaum dieses historische Gefühl das mächtigste und lebhafteste. Zuerst fordern die rein menschlichen Empfindungen ihr heiliges Recht, der Gedanke an die Wiederkehr der Söhne, Brüder und Gatten, welche gerettet blieben vor dem Würgerschwerte, an den Wiederaufbau des häuslichen Lebens, in welches vor sieben Monaten der Krieg frevelnd und zerstörend eingriff, an das ehrbare, arbeitsame Leben, welches dem Waffengetümmel Platz hatte machen müssen und welches nun mit frischer Rüstigkeit neu beginnen soll. Und daran schließt sich das aufatmende tröstliche Gefühl, daß es endlich vorbei ist mit dem Elende und den Greueln, den Massenmorden, den zusammengeschossenen Städten, den zerstampften Feldern, den eingeäscherten Dörfern. Das Vaterland ist gerettet, unsere Grenzen sind gesichert, ohne daß wir länger nötig haben, unsere Nachbarn niederzumetzeln und ihre Wohnungen zu verbrennen. Es war eine harte, uns aufgedrungene Notwendigkeit, und aller Glanz unserer Siege ist nicht imstande gewesen, den Wunsch zu übertäuben, daß dieser Kelch bald an uns vorübergehen möge. Aus zahllosen deutschen Herzen steigt heute der Dank empor, daß wir nicht ferner gezwungen sind, Trophäen auf Trophäen zu häufen. Das Wort des Grafen Bismarck, daß auch der siegreichste Krieg ein schreckliches Unglück sei, wird heute gewiß nur von wenigen bestritten werden. Unerschütterlich haben Volk und Heer die feurige Probe ausgehalten, aber Volk und Heer rufen: „Gott Lob, daß es vorbei ist!"

Das sind die Stimmungen der Stunde. Der Einfluß der Zeit wird sie bald abschwächen und beiseite drängen, wie er die Trauer um die Toten erst mildern und dann mit den Toten begraben wird. Die bleibende, unvergängliche Herrlichkeit des errungenen Erfolges, die Wiedergeburt Deutschlands, die Bewährung der Tüchtigkeit und Kraft unseres Volkes zu den erhabensten Aufgaben, diese goldene Frucht des Kampfes hinterläßt die festliche Stunde den künftigen Jahrzehnten und Jahrhunderten als ein Vermächtnis, dessen ganzen Reichtum die Jetztlebenden kaum zu übersehen vermögen. An der Schwelle einer neuen Ära der Geschichte stehen wir heute, zwiefach bereichert: um glorreiche Erinnerungen, wenn wir zurückschauen,

um stolze Hoffnungen, wenn wir vorwärts blicken. Je lebendiger wir uns mit diesen Erinnerungen durchdringen, je inniger wir uns erheben an ihren gewaltigen Lehren, je mehr wir erkennen, daß sie Einigkeit, Zucht, Selbstverleugnung predigen, desto sicherer werden sich die Hoffnungen erfüllen, die der Friede uns bringt.

Die Friedensbedingungen.

3. März 1871.

Vor siebenundfünfzig Jahren ritt ein junger deutscher Prinz an der Spitze preußischer und russischer Garden durch das Tor, welches die Vorstadt Saint Martin mit der Altstadt Paris verbindet, in die besiegte feindliche Hauptstadt Frankreichs ein. Derselbe Prinz hat am 1. März 1871 auf dem geheiligten Pariser Boden die Heerschau über dreißigtausend deutsche Soldaten abgehalten, welche mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch den Triumphbogen Napoleons über die elysäeischen Felder nach dem Tuilerienpalaste marschierten. Aus dem jungen Prinzen aber war der Kaiser der Deutschen geworden. Der Einzug von 1871 trug ein ganz anderes Gepräge als der vom 31. März 1814. Damals wurden die Sieger von der Pariser Bevölkerung mit Jubel und Begeisterung empfangen, mit Tücherwehen und Blumenregen, unter dem Rufe „Vivent nos libérateurs“. Damals ritt neben dem preußischen Monarchen der russische Zar, und der Zar war die Hauptperson. Die Pariser huldigten dem Autokraten wie einem Halbgott; sie drängten sich um sein Pferd, um ihm Hände und Knie zu küssen; die Hochrufe auf Alexander übertönten alles andere; die Damen überschütteten ihn mit Sträußen; man sagt, der an Weihrauch gewöhnte Selbstherrscher sei ganz überrascht und überwältigt gewesen von diesem Empfange. Die Pariser wußten wohl, was sie taten, und wer weiß, ob Ähnliches sich nicht am vorigen Mittwoch wiederholt hätte, wenn Alexander II. mit unserem Kaiser in Paris eingezogen wäre! Der alte Blücher blieb dem Festzuge fern; er saß mit kranken Augen auf dem Montmartre, aber auch sein Geist fehlte bei dem Parademarsche, der den ersten Pariser Frieden einleitete. Damals zuerst verdarben die Diplomaten,

was die Soldaten gut gemacht hatten, setzen wir hinzu, die fremden Diplomaten, nicht die deutschen. Frankreich, nachdem es zwanzig Jahre lang die Völker Europas mißhandelt, dezimiert, ausgesogen hatte, ward von dem großmütigen Alexander, von dem hochherzigen Castlereagh und dem milden Metternich mit zartester Rücksicht behandelt und auf Kosten Deutschlands mit einem stattlichen Teile seines Raubes feierlichst begabt, als ob es sich um die Menschheit hoch verdient gemacht hätte. Kaum ein Jahr verstrich bekanntlich, als diese Politik der Großmut sich blutig rächte. Die eitle Nation, von den Siegern selbst zu neuer Überhebung verführt, stürzte sich, als kaum die Invasion den Rücken gewandt hatte, abermals über ihre Grenzen, um auch den Rest der Beute, den man ihr genommen hatte, zurückzuerobern. Waterloo ward notwendig, weil Leipzig nicht zu seinem Rechte gelangt war. Zum zweiten Male hielten deutsche Soldaten ihren Einzug in Paris, ohne russische Begleitung und mit dem alten Blücher diesmal, aber doch nicht ohne fremde Bundesgenossenschaft. Im Juli 1815 war Wellington der Held des Tages, wie Alexander es im März 1814 gewesen war. Und wiederum präsidierte bei den Friedensverhandlungen nicht die Gerechtigkeit gegen Deutschland, sondern die zärtliche Sorge um Frankreichs Zukunft. Allerdings griff man jetzt etwas härter zu; der Räuber mußte mehr von seinem Raube fahren lassen; er mußte die gestohlenen Kunstschätze ausliefern und Kriegsentschädigungen zahlen, aber er behielt nach wie vor die schönen Grenzlande, die er uns durch List und Verrat entrissen hatte.

Am vorigen Mittwoch sind unsere Truppen ganz allein für sich in Paris eingerückt, und die Friedenspräliminarien sind ganz allein von deutschen Staatsmännern aufgesetzt worden. Dies ist der ungeheure Unterschied zwischen damals und jetzt. Und aus diesem Grunde sind denn allerdings auch die Friedensbedingungen ganz anders ausgefallen, als die Franzosen es gewohnt sind. Unerhörterweise ist in erster Reihe das Wohl und das Recht Deutschlands und erst in zweiter Reihe die Empfindlichkeit Frankreichs in Frage gekommen. Die übrigen Mächte Europas sind nicht einmal mit ihrem Rate gehört worden; Graf Bismarck hat sich immer nur auf die öffentliche Meinung seines eignen Volkes berufen, und als

man ihm bedeutete, daß die öffentliche Meinung in England entschieden gegen die Antastung französischen Gebiets protestiere, geantwortet, das sei ihm vollständig gleichgültig. Die öffentliche Meinung in England und anderen Orten hat seinerzeit auch gegen den Krieg protestiert, und Frankreich hat sich nicht daran gekehrt; die natürliche Folge ist, daß Deutschland jetzt sich nicht an die Proteste kehrt, die sich gegen den Friedensschluß richten. Das einmütige Verlangen der deutschen Nation: „Keine Einmischung der Neutralen!" ist strictissime erfüllt worden, und die Neutralen werden sich darein finden müssen, so schwer es ihnen auch fallen mag, sich an die Existenz eines deutschen Eigenwillens zu gewöhnen. Seitdem Kaiser Alexander mit gutem Beispiele vorangegangen ist, werden die andern schon nachkommen. Man wird in London und in Wien begreifen, daß es nicht wohlgetan sein wird, in Deutschland den Eindruck sich festsetzen zu lassen, daß von allen europäischen Regierungen nur die russische sich honett gegen uns benommen hat, als wir den großen Entscheidungskampf zu kämpfen hatten.

Die Friedensbedingungen sind hart, entsetzlich hart, rufen die gefühlvollen Seelen. Natürlich sind sie hart, und sie sollen hart sein. Ob sie gerecht sind, darauf kommt es an. Soll man noch weitläufig beweisen, daß Frankreich von Rechtswegen verpflichtet ist, uns den Schaden zu ersetzen, den es durch seinen Angriff angerichtet hat? Man sollte denken, die allerersten Anfangsgründe der Moral genügten, um jede Kontroverse darüber zu beseitigen. Wir werden nicht reicher, als wir vor dem Kriege waren, wenn Frankreich uns seine fünf Milliarden gezahlt haben wird, im Gegenteil. Finanziell ständen wir uns ohne Zweifel besser, wenn die letzten sieben Monate anstatt dem Kampfe dem friedlichen Erwerbe wären gewidmet worden und Frankreich seine Milliarden behielte. Die Zahlung der Kriegskosten ist für Frankreich nicht härter als die Zahlung der Kurkosten für einen Raufer, der seinen Mitmenschen die Knochen zu zerschlagen liebt. Man wird bemerkt haben, daß die Engländer die Frage vorzugsweise nach ihren Beziehungen zum Geldmarkte beurteilen. Die Beschaffung so kolossaler Summen kann natürlich nicht ohne Einfluß auf die Börsen bleiben, und die unvermeidlichen Übelstände, die sich daraus entwickeln mögen, sind gewiß recht bedauerlich.

Aber es ist doch hoch komisch, daß man für diese Folgen des Krieges uns verantwortlich machen will. Wenn es wahr wäre, daß wir „den Sieg benutzten, um uns zu bereichern", wie die Franzosen es unter Napoleon pflegten, so könnte man vielleicht von übertriebenen Forderungen reden; so wie es ist, haben wir uns in bescheidenen Grenzen gehalten, welche der Richter bei bürgerlichen Schadensklagen sicherlich nicht exorbitant nennen würde.

Über die Gebietserwerbung ist nachgerade so viel geredet worden, daß man kein Wort weiter darüber verlieren sollte. Daß wir berechtigt waren, unser altes Eigentum zurückzunehmen, nachdem die Franzosen selbst es von neuem aufs Spiel gesetzt und das Spiel verloren hatten, gestehen im Grunde sogar die mißgünstigsten Neutralen zu. Nur behaupten sie, es wäre großmütiger und politischer gewesen, wenn wir in diesem Falle auf unseren Spielgewinn verzichtet hätten. Großmütiger vielleicht; politischer gewiß nicht. Man droht uns freilich mit der unauslöschlichen Rachsucht, die wir durch die Annexion in den Herzen unserer Nachbarn entzündeten und die uns künftig mit einer steten Gefahr bedrohen werde. Allein diese unauslöschliche Rachsucht würde auch ohne die Annexion existiert und uns bedroht haben, und da ist es jedenfalls besser, daß zwischen ihnen und uns die Vogesen und die Wälle von Metz liegen. Ja, sie existierte bereits, ehe dieser letzte Krieg ausgebrochen war, obgleich sie gegenstandslos genug war. Neun Zehntel aller Franzosen forderten Revanche, ehe wir ihnen ein Haar gekrümmt hatten. Jetzt mag ihre Rache etwas heißer geworden sein, als sie vorher war, aber viel kann daran nicht liegen. Ob sie hundert oder ob sie zweihundert Grad Hitze erreicht, macht praktisch keinen Unterschied. Unter allen Umständen darf man dem Ausbruche des Brandes mit mehr Ruhe entgegensehen, wenn man sich im Besitze starker Mauern weiß, als wenn man dem Feuer schutzlos ausgesetzt ist.

Wir müssen sagen, daß wir uns heute nicht mehr erheblich vor dem „genialen Unterleutnant" ängstigen, welchen die „Times" uns prophezeit. Seitdem wir im Innern die Einheit und an unseren westlichen Marken die Pforten zu unserem Hause wieder besitzen, brauchen wir uns vor französischen Invasionen nicht mehr zu fürchten, vorausgesetzt, daß wir uns nicht selbst wehrlos machen. Selbst

Bonaparte würde uns nicht viel zuleide getan haben, wenn er im Jahre 1806 es mit dem deutschen Reiche, wie es heute ist, zu schaffen gehabt hätte. Wir verkennen durchaus nicht, daß Frankreich, nachdem es die Niederlagen dieses Krieges überwunden haben wird, ein sehr mächtiger Staat werden kann, aber wir glauben nicht, daß wir seine Macht jemals wieder zu fürchten haben, so lange wir selbst nicht an unseren Fundamenten rütteln. Die Chancen der Zukunft für die nächsten hundert Jahre liegen ganz einfach so, daß nur eine Koalition Frankreichs, Rußlands und Österreichs uns gefährlich werden könnte, daß aber eine solche Koalition jedenfalls zu den äußerst unwahrscheinlichen Eventualitäten gehört. Eine Allianz Frankreichs mit Rußland wird Österreich auf unsere Seite bringen, eine Allianz Frankreichs mit Österreich wird die Russen zu unsern Bundesgenossen machen. Daß alle drei Mächte sich gegen uns verbünden sollten, wäre nur denkbar, wenn wir alle drei durch eine aggressive Politik beunruhigten, nach dem Beispiele des Napoleonischen Frankreich. Diese Gefahr scheint uns sehr fern zu liegen. Und wenn dennoch einmal die drei Nachbarländer sich wider uns verschwören sollten, so würde der Verzicht auf Straßburg und Metz den bösen Tag sicherlich nicht abwenden. Gerade dann aber, gerade solchen äußersten Gefahren gegenüber ist der Besitz jener Bollwerke von unschätzbarem Werte. Man erzählt, Herr Thiers habe eine Milliarde für Metz geboten und Graf Bismarck habe Metz vorgezogen. Wenn sich dies so verhält, so beweist es, welchen eminenten Wert der deutsche Generalstab auf jene Festung legt und wie sehr die Neutralen ins Blaue hineinreden, die von Metz wie von einem leicht aufzugebenden Posten sprechen. Die beiden Kriegführenden waren jedenfalls am besten befähigt, den Wert der Streitobjekte zu taxieren, und es ist ein Glück, daß sie keinen Dritten zu konsultieren brauchten.

Die Hohenzollern.

18. März 1871.

„Das muß man den Hohenzollern lassen: sie lassens sich sauer werden um ihre dynastischen Interessen." Dieser Satz stand vor einigen Jahren in dem berühmten oder berufenen Stuttgarter „Be-

obachter", welcher zu jener Zeit sich eifrig mit der Frage beschäftigte, ob man nicht die Monarchie in Deutschland ablösen könnte, wie Zehnten, Spanndienste und Jagdgerechtigkeiten. Der schwäbische Demokrat entwarf ein wenig schmeichelhaftes Bild von den Verdiensten der Monarchie um Deutschland, aber wider Willen mußte er einräumen, daß auf die in Preußen regierende Dynastie das Bild keine Anwendung finde. Sie lasse sich's sauer werden. Das heißt mit andern Worten, sie arbeite schwer. Er hätte noch hinzusetzen können, daß es genau genommen gar keine Monarchie in Deutschland gebe. Monarchie heißt Einherrschaft, und wir besaßen in Deutschland ein paar Dutzend regierender Fürsten. Das war Oligarchie, nicht Monarchie. In Preußen allein von allen deutschen Staaten existierte dasjenige, was man in Wahrheit monarchische Institutionen nennen konnte; in Preußen allein gab es ein wirkliches, nicht bloß tituläres Königtum, welches es verstanden hatte, sich mit dem Lande so vollständig zu identifizieren, daß man das eine ohne das andere sich nicht denken konnte. Der deutsche Bundestag hatte schon vor 1848 in Preußen nur eine ganz schattenhafte Bedeutung.

Daß die Hohenzollern nur „für ihre dynastischen Interessen" gearbeitet haben, kann man gern zugeben. Es liegt durchaus kein Tadel in den Worten. Nur darauf kömmt es an, daß die dynastischen und die Landesinteressen einander deckten und daß die Dynastie dies begriff. Hierin liegt ein politischer Vorteil von ungeheurer Tragweite. Man erzählt, daß Graf Bismarck einem Franzosen gegenüber den Marschall Bazaine in Schutz nahm und darauf hinwies, daß derselbe dem Kaiser Napoleon Treue geschworen habe. Der Franzose wandte ein, der Marschall sei vor allen Dingen dem Vaterlande Treue schuldig. Graf Bismarck erwiderte: „Bei uns ist König und Vaterland eins und dasselbe." Ob es in einem Reiche so bestellt sein und bleiben soll, hängt offenbar zunächst von den Königen ab, und allerdings ist es im höheren Sinne ihr dynastisches Interesse, daß es so sei und bleibe. Im höheren Sinne ist es das Interesse jeder Familie, daß das Familienhaupt seine Pflicht tue. Wir haben in der europäischen Geschichte zahlreiche, aber unter ihnen zwei eklatante Fälle, welche lehren, wohin es führt, wenn eine Dynastie ihre Inter-

essen von denen ihres Volkes trennt: das Schicksal der Bourbonen und das Schicksal der deutschen Kaiserkrone in den Häusern Habsburg und Lothringen. Die Geschichte der Hohenzollern bildet dazu den Gegensatz und die Gegenprobe.

Man hat bis zum Überdrusse darüber geeifert, gespöttelt, gewitzelt, daß die preußischen Fürsten in neuerer Zeit einen nachdrücklicheren Akzent auf die Formel „von Gottes Gnaden" gelegt und daß König Wilhelm seine Krone „vom Tische des Herrn genommen hat". Man hat daraus folgern wollen, daß in Berlin die Theorie vom göttlichen Rechte der Könige im Sinne Ludwigs XIV., im Sinne der Stuarts zur Herrschaft gelangt sei. Die Praxis hat jedenfalls dieser Theorie nicht entsprochen, und die altpreußische Tradition, welche in Friedrichs des Großen bekanntem Worte von dem „ersten Beamten des Staats" ihren prägnantesten Ausdruck gefunden hat, ist tatsächlich heute noch ebenso lebendig wie vor hundert Jahren. Die hergebrachte Formel hat dadurch einen sehr guten Sinn gefunden, der mit der mystischen Selbstvergötterung der Bourbonen und Stuarts nichts zu schaffen hat. Sie spricht die Heiligkeit und Weihe einer irdischen Institution aus, welche der Wohlfahrt eines großen Volkes zu dienen, mit dem Volke zu stehen und zu fallen bestimmt ist.

In der nämlichen Weise wie die Interessen der Dynastie und die des Landes als identisch nicht allein erkannt, sondern auch behandelt worden sind, in der nämlichen Weise sind die Interessen Preußens und Deutschlands zu einer neuen einheitlichen Größe geworden, und es ist müßig zu fragen, wer von den beiden Teilen mehr Vorteil von dem Verhältnisse habe. Geleistete Dienste haben das Haus Hohenzollern an die Spitze Preußens, geleistete Dienste haben Preußen an die Spitze Deutschlands gebracht. Es vollzieht sich der Abschluß einer durch viele Generationen hindurch fortgesetzten schweren Arbeit, indem Wilhelm I., der vor acht Monaten als König seine Hauptstadt verließ, als deutscher Kaiser nach Berlin heimkehrt. Die Monarchie, wie sie bisher innerhalb der preußischen Grenzen ganz eigenartig sich entwickelt hatte, tritt von jetzt an — zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes — an die Stelle jener organisierten Anarchie, welche zuerst unter der ehr-

würdigen Firma des römischen Reichs, hernach unter der verachteten des Bundestags die Nation um Macht, Ansehn und Sicherheit gebracht hat. Ohne Zweifel wird die deutsche Monarchie mit ihrer erweiterten Sphäre manches von den preußischen Eigentümlichkeiten einbüßen, die Beziehungen zwischen der monarchischen Spitze und der Nation werden minder eng und man darf vielleicht sagen, minder gemütlich sein, als sie sich in den Stammlanden der Dynastie gestaltet haben, aber wir dürfen hoffen, daß die deutsche Monarchie ihre große historische Aufgabe mit dem nämlichen Ernste, der nämlichen Strenge, der nämlichen Gewissenhaftigkeit und deshalb auch mit dem nämlichen Erfolge wie bisher die preußische Monarchie im Auge behalten, und wir glauben, daß die Nation ihre Kaiser um so williger ehren wird, je entschiedener die Kaiser in die Fußtapfen der Könige treten.

Es ist vielleicht nicht ganz bedeutungslos, daß König Wilhelm sich „von Gottes Gnaden deutscher Kaiser" nennt. Es scheint darin eine Bestätigung der Interpretation zu liegen, welche wir der Formel schon in ihrer Verbindung mit der königlichen Würde zu geben geneigt waren. Der Ursprung der Kaiserwürde liegt so sichtlich in irdischen Ereignissen, daß von einem Versuche, ihr eine überweltliche Abstammung anzudichten, keine Rede sein konnte. Die Formel „von Gottes Gnaden" kann daher diesmal ganz gewiß nicht zu mystischen Auslegungen verwertet werden. Sie kann nur bedeuten, daß der Kaiser seinen neuen Pflichten die nämliche Heiligkeit beilegt, wie seinem ererbten königlichen Amte. Und damit, dünkt uns, kann die Nation sich nur einverstanden erklären. Formeln tun es übrigens nicht; sie können höchstens als Zeichen und Symbole des Geistes gelten, welcher über den Dingen schwebt. Das Vertrauen zu unserer Zukunft ist unabhängig von ihnen und unabhängig von den Personen; sie beruht auf den gewaltigen Proben, welche Königtum und Volk siegreich bestanden haben, und auf der Erkenntnis, daß beide, Königtum und Volk, aus dem Kriege heimkehren wie sie hineingegangen sind, ernst, arbeitsam, frei von Taumel. Kaiser Wilhelms Heimkehr war ein Triumphzug, aber nie ist ein Triumphator nach solchen Taten mit so bescheidenem Herzen eingezogen, ohne andern Stolz als den auf sein Volk.

Die erste Kaiser-Geburtstagsfeier in Bremen.

22. März 1871.

Hohe, höchste und allerhöchste Geburtstage zu feiern ist sonst hier des Landes nicht der Brauch. Wir wissen nicht, wie unsere Urgroßväter es mit den Namens- und Wiegenfesten der kaiserlichen Majestäten in Allongeperücken und in Zopffrisur gehalten haben, deren schlechte Konterfeie auf unserem Rathause hängen. So viel aber ist gewiß, daß seit Menschengedenken kein Bremer Bürger derartigen loyalen Kultus getrieben hat. Wenn wir aufrichtig sein wollen, so müssen wir gestehen, daß das dazu erforderliche monarchische Verehrungsorgan durch Nichtgebrauch uns gänzlich abhanden gekommen war. Wir kamen mit den Großen dieser Erde selten oder nie in Berührung, und unsere Herzen verlernten die zarte Regung untertänigster Devotion, welche billigerweise beim Nahen der Majestät, ja beim bloßen Gedanken an sie den staubgebornen Menschen durchzucken sollte. Während der Hundstage pflegte in früheren Jahren, ehe die hannoversche Westbahn uns dieses Glück entzog, alljährlich einmal der benachbarte Welfenhof in unsern Mauern zu übernachten; etwas häufiger, aber doch zu selten für nachhaltigen Eindruck, fuhr eine vierspännige Kalesche des Großherzogs von Oldenburg durch die Straßen, die vom Tore bis zum Bahnhof sich erstrecken. Das war alles, was wir von monarchischem Glanze zu sehen bekamen. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen das Gefühl für das Erhabene sich abstumpfen mußte, daß der Gothaische Almanach nur höchst vereinzelte Leser und Leserinnen fand.

Außerordentliche, sehr außerordentliche Dinge mußten geschehen, um den ungeheuren Umschwung herbeizuführen, der urplötzlich diese unhöfische Stadt nicht allein mit einem allerhöchsten Geburtstagsfeste begabt, sondern auch das Fest mit einem Schlage volkstümlich gemacht, wir können bereits sagen eingebürgert hat. Wer vor sechs oder sieben Jahren prophezeit hätte, daß am 22. März 1871 in Bremen der Geburtstag Seiner Preußischen Majestät sowohl vom Staate offiziell als auch vom Publikum freiwillig mit solennem

Enthusiasmus begangen werden und alle Aussicht haben werde, zu einem Volksfeste sich zu entwickeln, der würde sicherlich wenig Glauben gefunden und eher sich der Gefahr ausgesetzt haben, für verrückt zu gelten. In diesen sechs oder sieben Jahren sind freilich noch mehrere andere unvorhergesehene Ereignisse eingetreten, deren Prophezeiung nur Kopfschütteln und Achselzucken erregt haben würde, und mehr oder weniger hangen sie mit unserer heutigen Feier zusammen. Wir haben seitdem unter anderm ungeahnterweise ein einiges Deutschland und einen deutschen Kaiser erhalten, und dies einige Deutschland und dieser deutsche Kaiser haben ihr erstes Auftreten auf Erden mit einem so glorioſen Triumphmarsche eingeweiht, daß mehreren umliegenden Nationen davon Hören und Sehen vergangen ist. Hier in Bremen und überhaupt in den Reichsstädten ist man eigentlich immer noch mehr patriotisch als republikanisch gewesen, und schon in den alten Zeiten, als noch die Allongeperücken und die Zöpfe regierten, hat man in den Städten stets kaiserlicher Majestät eine liebevolle Ehrfurcht gewidmet, die mehr auf dem guten Willen der Bürger, als auf den Verdiensten der Herrscher beruhte. Man huldigte der Institution und dachte möglichst wenig an die Personen. Allein auf die Dauer war eine solche Loyalität, die immer nur gab und nie empfing, unhaltbar, und schließlich ging ja auch die Institution selbst, an die man sich mit so rührender Selbsttäuschung angeklammert hatte, den Weg alles Fleisches. Aber es blieb eine Öde zurück in den treuen deutschen Herzen, eine Leere an der Stelle, an welcher einst das geheiligte Symbol des großen Vaterlandes gestanden hatte, und sechzig Jahre lang hat die patriotische Sehnsucht gehungert und gedürstet nach der Wiederbringung der verlorenen Reichskleinodien. Kein Wunder, daß sie nun, als ob es gar nicht anders sein könne, ohne Anleitung und Belehrung, mit der Fülle und Frische natürlichen Gefühls den Tag zu einem Feier- und Ehrentage macht, der den Wiederbringer geboren hat. Das ist nicht die gedankenlose Gewohnheit anerzogener Servilität, sondern der unabhängige, freie Ausdruck hoher nationaler Befriedigung, die sich zugleich und mit gleicher Freude des vollbrachten Werkes und des Vollbringers, der Sache und der Person, des erstandenen Vaterlandes und des ehrwürdigen Hauptes freut, dessen

graue Haare dem kaiserlichen Diadem ebenso viel Schmuck verleihen, wie sie von ihm empfangen.

Die politische Erhebung verfließt mit der Verehrung, welche einem einzelnen Manne gezollt wird. Es bedarf keiner großen Weisheit, um daran zu mäkeln. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Verschmelzung des Staatlichen und des Persönlichen, des Rationellen und des Zufälligen sich niemals streng logisch wird rechtfertigen lassen. Es wird wohl immer ein „Rest" überbleiben, dem keine politische Rechenkunst beikommen kann. Aber wenn es Zufall ist, was in der Persönlichkeit des Herrschers sich darbietet, — worüber sich denn doch streiten läßt, — so sehen wir nicht ein, weshalb wir nicht auch den Zufall dankbar akzeptieren sollen, der es uns gestattet, ohne Zwang und Selbstüberwindung die Huldigung für die Kaiserwürde und die Huldigung für den Träger der Kaiserwürde miteinander zu vereinigen. Gewiß ist es für das Volk ein unberechenbarer Gewinn, wenn eine glückliche Fügung ihm die nationalen und staatlichen Mächte in ehren- und liebenswerten Männern verkörpert. Abstrakte Denker mögen solcher Nachhilfen entbehren, der natürliche Mensch bedarf ihrer. Wir betrachten es als eine überaus glückliche Fügung, daß Deutschland in seiner größten Schicksalsstunde gerade diesen König, gerade Wilhelm I. auf dem preußischen Throne vorgefunden hat. Er ist in ganz eminentem Sinne der rechte Mann im rechten Augenblicke an der rechten Stelle. Es wäre schlechter Geschmack, den Lebenden einer Sektion zu unterwerfen, um den Nachweis dieses Satzes zu führen; auch halten wir den Nachweis, wo die Tatsachen so deutlich reden, wo eine solche Einstimmigkeit der Vox populi herrscht, für überflüssig. Es ist etwas wahrhaft Künstlerisches in dem Spiele der geschichtlichen Verwicklungen, welches schließlich dahin geführt hat, diese zugleich mächtige und bescheidene Gestalt auf den Gipfel der Macht zu erheben, als den sichtlichen Vertreter und Herzog dieser unserer deutschen Nation. Selbst der äußerliche Umstand, daß der Kaiser ein Greis ist, weit hinabgewandelt „ins Tal der Jahre", hätte von einem Dichter nicht schöner, von einem Staatsmanne nicht feiner erfunden werden können. Wer weiß, wie manche fürstliche Sprödigkeit, wie mancher Stammestrotz leichter versöhnt worden ist durch den patriar-

chalischen Zauber, den — wir wissen nicht warum — hohes Lebensalter ausübt.

Noch aus einem andern Grunde erscheint hier die Hand der Geschichte von künstlerischem Instinkte geleitet. Das lange Leben unseres Kaisers fällt zusammen mit einem Abschnitte im Leben der Nation, von welchem man sagen kann, er fing über die Maßen schrecklich an und er schließt über die Maßen herrlich ab. Wilhelm I. hat als junger Knabe Deutschlands und Preußens tiefste Erniedrigung gesehen; in seinem zehnten Lebensjahre ist er Zeuge der bittersten Tränen gewesen, die wohl je eine deutsche Fürstin geweint hat. Wohl mag er noch eine Erinnerung an den Tag bewahren, an welchem die Königin Luise den fremden Imperator vergebens um Magdeburg angefleht hatte und mit Hohn abgewiesen ward. Unvergessen wird ihm der Tag sein, an welchem seine schöne Mutter gebrochenen Herzens starb, voll Grams um das unglückliche Vaterland, dem kein Hoffnungsstrahl mehr zu leuchten schien. In der Tat, finstere Wolken umgaben die Anfänge dieses Lebens, dessen Abend von einer so beispiellosen Fülle ungesuchter Glorien verklärt werden sollte. Kein von Rachsucht erfülltes Herz hat diesen ungeheuren Wandel der Geschicke herbeigeführt; das Strafgericht, dessen Werkzeug der Sohn Luisens ward, vollzog sich ohne seinen Wunsch, durch den nämlichen Übermut des nämlichen Feindes, der die Mutter beschimpfte; der unsterbliche Ruhm, der hinfort das Gedächtnis des Greises verherrlichen wird, so lange es eine deutsche Geschichte gibt, ist die goldne Frucht jener Unglückstage, in denen der Knabe heranwuchs und in deren harter Schule er mit seinem Volke lernte, seine Schuldigkeit zu tun.

Die Ultramontanen und die Grundrechte.

4. April 1871.

Die Hoffnung, welche wir vor einigen Tagen aussprachen, daß die ultramontane Partei im Reichstage durch ihren plumpen Antrag auf Annahme gewisser „Grundrechte" sich eine zweite Niederlage bereiten werde, ist in höherem Maße, als wir erwarten

durften, erfüllt worden. Das Kokettieren mit der Freiheit ist diesen geschworenen Feinden aller Freiheit übel bekommen. Sie haben sich einem Gerichte gestellt, von dessen Unbestechlichkeit und Strenge sie keine Ahnung hatten, und sie verlassen den Sitzungssaal gedemütigt, entlarvt, verurteilt, wie es ihnen seit langen Jahren nicht begegnet ist. Sie sind gewogen worden in der Wage und zu leicht befunden worden; mehr als das: vor ganz Deutschland ist ihnen von dem Reichstage der Stempel ihrer reichsfeindlichen und undeutschen Gesinnung auf die Stirn gedrückt worden.

Die Debatten des Reichstages, welche das Ende der vorigen und den Anfang dieser Woche in Anspruch nahmen, darf man ohne Übertreibung als einen Geisteskampf von großer geschichtlicher Bedeutung bezeichnen. Sie überragten die Adreßdebatte um eines Kopfes Länge; die Gegensätze trafen nicht allein heftiger, sondern auch direkter aufeinander. Auf der einen Seite stand Rom mit seinen Ansprüchen auf Weltherrschaft, auf der anderen Seite stand der Geist des deutschen Volkes mit seinem Proteste gegen hierarchische Tyrannei, mit seinem unveräußerlichen Anrechte auf ungehemmte, uneingeschränkte Entfaltung der ihm angeborenen wahrheitliebenden, wahrheitsuchenden Kräfte. So, Stirn gegen Stirn, Auge in Auge haben die beiden großen Gegner nie gegeneinander gestanden. Sie sind einander begegnet in Religionsgesprächen, auf dem Schlachtfelde, in literarischer Polemik, in den Ständeversammlungen der Kleinstaaten; jetzt haben sie sich miteinander gemessen vor dem Forum der gesamten deutschen Nation, und Rom ist geschlagen worden, wie seit langen Jahren nicht mehr. Die klugen und vorsichtigen Männer, welche in unserer Mitte die Interessen der Kurie vertreten, haben offenbar die Macht unterschätzt, mit welcher sie abzurechnen haben, seitdem *ein* Parlament die ganze Fülle deutscher Kultur, den Süden und den Norden, alle Katholiken und alle Protestanten des Vaterlandes in einem unzerbrechlichen Bündel brüderlicher, wenn auch mannigfaltigster, verschiedenartigster Kräfte vereinigt. Sie hatten gewähnt, im deutschen Reichstage vermittelst liberaler Schlagworte und demagogischer Losungen einen leichten Triumph davontragen zu können, wie in den Kammern der süddeutschen Staaten oder in den Volks-

versammlungen ihrer Wahlbezirke, in denen der politische Radikalismus wie die alten Kavalleriepferde über Gras und Korn rennt, sobald er die altbekannten Trompetensignale „Preßfreiheit", „Vereinsfreiheit" usw. vernimmt. Aber sie täuschten sich in dieser Voraussetzung auf das gründlichste. Die politische Weisheit, man kann sagen der historische Instinkt aller deutschen Parteien, von dem Herrn Blanckenburg bis zum Dr. Löwe, schrak zurück vor den Lockungen einer Partei, welche ihren wirklichen Fürsten und Oberherrn, auch in bürgerlichen und weltlichen Dingen, jenseits der Alpen hat.

Wir begrüßen in dem Ausgange dieses Kampfes zunächst einen Sieg des politischen Verstandes über die politische Phrase. Die Ultramontanen hatten ihre Waffen den Programmen der alten liberalen und demokratischen Parteien abgeborgt; sie rückten ins Treffen mit hochtönenden Redensarten von der Freiheit der Meinungen, der Gedanken, des Gewissens, denen noch vor zwanzig Jahren das ganze Volk zujauchzte. Mit diesen schönen Klängen gedachten sie uns zu bestricken und sich die Pforten zur Herrschaft zu eröffnen. Ohne Frage legt noch heute das Volk den höchsten Wert auf die Freiheiten, von denen in dem Antrage der Klerikalen die Rede ist. Aber mit Freuden sehen wir, daß es den bloßen Worten, wenn ihnen der ehrliche Inhalt gebricht, wenig Bedeutung mehr beimißt. Das ist ein großer Fortschritt. Daran hat ja Europa seit einem Jahrhunderte gekrankt, daß man die Worte für die Sache nahm, daß man sich einbildete, frei zu sein, wenn man das Wort Freiheit auf eine Fahne schrieb. Daran krankt ja Frankreich, in tödlichen Konvulsionen sich erschöpfend, daß es die Phrase als eine wirkliche Tat verehrte. Es ist die erste heilsame Frucht der Lehren, welche uns der letzte Krieg erteilt hat, daß wir anfangen, die Schlagwörter zu verachten und uns nach dem Inhalte der staatlichen Formen umzusehen.

Vor dem Kriege gab es noch manchen Liberalen im Reichstage, welcher glaubte, es sei viel gewonnen, wenn man in die neue Verfassung Deutschlands eine stattliche Reihe sogenannter Grundrechte aufnähme. Keine bessere Widerlegung dieses Glaubens könnte es geben, als die Erfahrung, daß die freiheitsfeindlichste aller

Parteien selbst die Aufnahme solcher Grundrechte begehrte, theoretischer Sätze, aus denen die Mächtigen alles, die Machtlosen nichts machen können. Freilich bedurfte es für die Verständigen solcher Belehrung kaum. Wenn die Geschichte der Jahre 1848—1850 irgend etwas deutlich bewiesen hat, so ist es die Wertlosigkeit solcher Grundrechte in den Verfassungsurkunden, denen die unentbehrliche Ergänzung organischer Gesetze fehlt. Diejenigen Grundrechte, welche die klerikale Partei der Reichsverfassung einverleiben wollte, sind zum Teil seit zwanzig Jahren in den meisten deutschen Verfassungen feierlichst anerkannt, aber alle Welt weiß, daß wir nicht im mindesten dadurch gefördert worden sind. Was wir heute von Freiheiten besitzen, ist auf dem Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung errungen worden; namentlich aber verdanken wir es dem Fortschritte der Sitten und der Bildung. Gerade aber das eine Grundrecht, welches für sich allein, ohne gesetzgeberische Ergänzung, wirksam werden könnte, nämlich das Recht der Kirche, ihre Angelegenheiten ohne staatliche Einmischung zu ordnen, gerade dies Grundrecht, um dessentwillen allein die Ultramontanen die übrigen mit in den Kauf nehmen, ist seit 1848 noch nie und nirgends — von einigen kleinstaatlichen Oasen abgesehen — der Sache der Freiheit zugute gekommen. Die katholische Kirche und in der katholischen Kirche die ultramontane Richtung hat es auszubeuten verstanden; die evangelische Kirche ist von seinen Wohltaten ausgeschlossen geblieben. Der Liberalismus findet wahrlich in seinen geschichtlichen Erfahrungen keinen Anlaß, sich für grundrechtliche Verfassungsornamente zu erhitzen.

Nun sagt aber eine gute alte Regel, man solle immer das Gegenteil dessen tun, was der Feind wünscht. Selbst wenn wir keinen besonderen Grund hätten, den uns anempfohlenen Weg der politischen Phrasenmacherei zu scheuen, müßten wir doch vor ihm stutzen, da wir sehen, daß unser entschiedenster Gegner ihn uns mit solchem Eifer anpreist. Was wollen denn eigentlich die Ultramontanen mit den Freiheiten, die sie plötzlich lieben und schätzen gelernt haben? Daß ihnen die Freiheit der Presse, der Vereine, der Konfessionen am Herzen liege, glaubt doch kein Kind. Sie wissen so gut wie wir, daß diese Freiheiten sich auch nicht um eine

Sekunde rascher oder langsamer entwickeln werden, mögen sie grundrechtlich verbürgt sein oder nicht. Ihnen ist es einzig und allein darum zu tun, mit Hilfe eines Verfassungsparagraphen in den süddeutschen Staaten die letzten Schranken umzuwerfen, welche dort die Landesgesetze zurzeit noch ihrer unbedingten Herrschaft entgegensetzen. Die Professoren und Pfarrer, welche das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht anerkennen, würden als erste Opfer der „Freiheit" fallen, welche die Klerikalen fordern. Die Kontrolle der Gemeinden über das Kirchengut, wie sie in Bayern besteht, würde verschwinden. Im Schulwesen und im Ehewesen würde der Priester mit einem Schlage Autokrat werden. Jedem Versuche der Regierungen, ihren Einfluß auf die bürgerlichen Gebiete des Lebens zu wahren, würden die Bischöfe den Satz entgegenhalten: „Die Reichsgesetze gehen den Landesgesetzen vor." Wenn schon in Preußen die einseitige Emanzipation der Kirche zu den bedenklichsten Übelständen führt, weil es an den unerläßlichen Gegengewichten fehlt, an der Emanzipation der Schule und des Eherechts, so würden in den minder widerstandsfähigen süddeutschen Staaten die Folgen sich noch ungleich unheilvoller geltend machen.

Wir wünschen uns Glück, daß der Angriff abgeschlagen und daß er mit solcher Einmütigkeit, Sicherheit und Energie abgeschlagen worden ist. Wir können nicht einstimmen in das Bedauern, daß der deutsche Reichstag mit konfessionellem Hader eröffne. Es handelt sich in der Tat nicht um konfessionellen Hader. Der Reichstag mischt sich nicht in den Streit der Dogmen und wird sich in ihn nicht mischen. Die Katholiken Deutschlands können morgen wie gestern ihren Kirchenglauben bekennen, ihre Religion ausüben, ihre Lehre verkünden. Niemand hindert sie, niemand denkt daran, sie zu hindern. Aber der Staatsordnung müssen sie sich unterwerfen wie wir alle. Der Reichstag hat nicht gegen kirchliche Dogmen, sondern gegen politische Herrschaftsgelüste protestiert, welche sich hinter Dogmen verbergen, gegen den Plan, im deutschen Staate einen römischen Staat aufzurichten, dessen Häupter alle Katholiken Deutschlands mit despotischem Zepter zu regieren gedachten.

Der Frankfurter Friede.

13. Mai 1871.

Man merke: „Frankfurter Friede, abgeschlossen am 10. Mai 1871." Es ist ein welthistorisches Datum. Einer der größten Kriege, von denen die Annalen der Menschheit zu erzählen wissen, hat durch diesen Friedensschluß seine Erledigung gefunden. Wir können einen Strich ziehen, Sand aufstreuen und das Blatt umwenden: es beginnt ein neues Kapitel in der Chronik Europas.

Der Friede ist des Krieges würdig: das ist viel gesagt und doch nicht zu viel. Hier sprechen wir weniger von dem Inhalt als von der unvorhergesehenen Art und Weise des Abschlusses. Was den Inhalt betrifft, so unterscheidet er sich ja nicht wesentlich von dem der Versailler Präliminarien; die Bedingungen sind die nämlichen geblieben; nur über die Ausführung sind einige neue Abreden getroffen worden, alle günstig für Deutschland, wie wir sogleich konstatieren wollen. Aber die rasche Herbeiführung des definitiven Abschlusses ist ein geniales Stück Arbeit. Die Verworrenheit und Gefährlichkeit der französischen Zustände selbst ist mit überlegenem Geschick benutzt worden, um die Verhandlungen zu gedeihlichem Ende zu bringen. Selbst unter normalen und ruhigen Verhältnissen würden die Unterhändler in Brüssel wahrscheinlich noch Monate gebraucht haben, um ins Reine zu kommen; die inneren Zerrüttungen Frankreichs drohten das Friedenswerk gänzlich ins Stocken zu bringen. Die Franzosen benutzten den Bürgerkrieg, um Deutschland hinzuhalten, ihm die Früchte des Sieges als gefährdet vorzustellen und einen Akkord zu fünfzig Prozent als annehmbar erscheinen zu lassen. Weit länger als wir im März erwartet hatten, mußten wir in voller Kriegsrüstung verharren, die französischen Gefangenen füttern, die enormen Ausgaben einer mobilisierten Armee tragen. Immer dunkler gestaltete sich mittlerweile die Lage Frankreichs, immer zweifelhafter wurde des Feindes Wille und Kraft, den eingegangenen Verpflichtungen zu genügen, immer ferner rückte die Aussicht auf die ersehnten Milliarden. Die Versailler Regierung rechnete auf die resignierte Stimmung,

welche sich Deutschlands bemächtigen werde, und sie erwartete, daß wir, um nicht alles aufs Spiel zu setzen, vieles nachgeben würden. Die Verhandlungen in Brüssel gerieten ins Stocken; es wurden dort Vorschläge gemacht, welche das deutliche Bestreben verrieten, die Versailler Bedingungen zu eskamotieren. Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht; noch genauer als die Versailler unsere Verlegenheiten, hatte Fürst Bismarck die Verlegenheiten Versailles taxiert, und die Hinhaltungen des Feindes boten ihm das Mittel, den Spieß umzukehren und die Befriedigung unserer gerechten Ansprüche zu beschleunigen. Am 6. Mai eröffnete er in Frankfurt einen Dialog mit dem auswärtigen Minister der Republik, und am 10. desselbigen Monats der Wonne war die Sache in Ordnung. Die Republik hatte sich nicht allein von ihren sämtlichen avancierten Positionen auf die Linie zurückgezogen, welche sie im März eingenommen hatte, sondern sie bequemte sich auch zu neuen bündigen Zusicherungen in betreff unmangelhafter Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Diese Wendung verdanken wir, wie wir aus der gestrigen Reichstagsrede des Fürsten Bismarck erfahren, der richtigen Beurteilung, mit welcher der Reichskanzler die Lage Frankreichs überblickte, und der klaren Entschlossenheit, mit welcher er die Konsequenzen der Situation für sich und für seinen Interlokutor zog. Herr Jules Favre hat etwas gelernt, seitdem er in Ferrières vom Stuhle fiel. Die Stimme kaltblütiger Wahrheit macht ihn nicht mehr ohnmächtig, sondern vernünftig. Er hat sich gewöhnt, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, wenn nur ein so nüchterner Kopf wie der des deutschen Staatsmanns ihm und seiner Fassungskraft nachhilft. Die Zeit, wo er ausrief: „Es gibt keinen Pöbel in Paris!“ liegt weit hinter ihm. Der Reichskanzler hat ihm, wie wir schließen dürfen, reinen Wein eingeschenkt, der nichts zu wünschen übrig ließ. Er hat ihm deutlich gemacht, daß nicht Deutschland, sondern Frankreich in erster Linie den schleunigen Friedensabschluß ohne Quer- und Winkelzüge zu wünschen habe, und mit seiner bekannten Offenherzigkeit wird er ihm das Programm der deutschen Aktion entwickelt haben, welche bei fernerem Zeitvertrödeln der andern Seite unfehlbar eintreten werde. Die deutschen Heere waren an-

gewiesen, in diesem Falle „entweder im Akkord mit der Kommune oder mit Gewalt" sich in den Besitz von Paris zu setzen, die Versailler Armee zum Rückzuge hinter die Loire anzuhalten und alsdann, die Hauptstadt des feindlichen Landes als Pfand festhaltend, das Ende der Verhandlungen abzuwarten. Wo wäre Herr Jules Favre, wo wäre Herr Thiers, wo wäre die Nationalversammlung geblieben, wenn dies Programm sich verwirklicht hätte! Auf der anderen Seite scheint Fürst Bismarck dem französischen Minister mit Erfolg den Nutzen veranschaulicht zu haben, welchen die Versailler Regierung und die Sache der Ordnung aus einem guten Einvernehmen mit den Deutschen ziehen würden. Gewählt, um den Frieden zu schließen, wird diese Regierung durch den Friedensschluß vor ihren Landsleuten sich legitimieren, dem Aufruhr mit erhöhter Kraft gegenübertreten, den Kredit des Landes neu beleben. Ihr eignes dringendstes Interesse mußte dem Reichskanzler die wirksamsten Argumente liefern.

Was wir dieser meisterlichen Behandlung einer schwierigen Situation verdanken, ist doch ein Großes. Vor acht Tagen war die Stimmung in Deutschland, wenn wir ehrlich sein wollen, sehr deprimiert. Viele erwarteten schon, daß die Versailler Präliminarien, von der Gebietsabtretung abgesehen, sich als ein wertloses Stück Papier erweisen würden. Wer den Eingang der vollen Kriegsentschädigung nicht bezweifelte, galt bereits als sehr sanguin; man machte sich schon auf Tabaksmonopol und andere schwere Lasten zur Deckung der Kriegskosten gefaßt. Jedenfalls erschien die Lösung der kritischen Verwicklung in unberechenbare Ferne gerückt. Jetzt fühlen wir uns wieder auf festem Boden. Die Unsicherheit der menschlichen Dinge bleibt natürlich für uns so unsicher wie für andere Sterbliche, aber soweit vernünftiges Ermessen reicht, haben wir keine Ursache mehr, die Vereitelung der im Versailler Frieden stipulierten Bedingungen zu besorgen. Wir können ohne Leichtsinn uns mit der Verwendung der riesigen Summen beschäftigen, welche Frankreich uns, zum Teil schon in nächster Zukunft, zu zahlen übernommen hat. Vierhundert Millionen Taler haben wir im laufenden Jahre zu erwarten, und erst nach dem Eingange dieser Summe werden unsere Truppen die Forts im Norden von Paris

räumen. Diese letztere Bedingung betrachten wir fast als eine der Versailler Regierung gemachte Konzession, wenn sie gleich die Maske einer von uns geforderten Bürgschaft trägt. Diese Anwesenheit disziplinierter deutscher Streitkräfte in unmittelbarer Nähe der feindlichen Hauptstadt ist vielleicht für die Genesung des unglücklichen Landes unentbehrlich geworden. Von den restierenden 900 Millionen erhalten wir 130 Millionen Taler im Frühjahr 1872, das übrige im Laufe der Jahre 1872 und 1873 unter den in Versailles verabredeten Garantien. Alle Zahlungen erfolgen in klingender Münze oder in vollgültigen Papieren, von einem Nachlasse ist keine Rede. Die Eisenbahnen in Elsaß und Lothringen, welche wir an Zahlungsstatt annehmen, sind möglicherweise nicht ganz die dafür bedungene Summe wert, aber niemand wird daran Anstoß nehmen, weil wir jedenfalls, wenn wir die französische Gesellschaft expropriiert hätten, noch mehr dafür hätten zahlen müssen.

Die Grenzfrage ist noch nicht endgültig gelöst, aber die noch offengehaltene Alternative ist von keiner erheblichen Bedeutung. Wir haben den Franzosen im Interesse der Nationalität den Austausch einiger deutschredender gegen einige französisch parlierende Dörfer angeboten, und es soll uns freuen, wenn die Versailler vernünftig genug sind, darauf einzugehen. Glauben sie aber, daran durch irgendein himmlisches oder irdisches Prinzip verhindert zu sein, so werden wir uns auch zu trösten wissen. Die kommerziellen Beziehungen sind genau so geregelt worden, wie wir es erwarteten. Wir erhalten die Rechte der meistbegünstigten Nation, nicht mehr und nicht weniger. Was der Reichskanzler über die Unmöglichkeit, durch einen Friedensvertrag Frankreich zu weiteren Tarifkonzessionen zu zwingen, äußerte, ist uns ganz aus der Seele gesprochen. Die Klausel der meistbegünstigten Nation ist keine Demütigung, weil sie auf Gegenseitigkeit beruht; bestimmte Tarifsätze von dem Besiegten fordern, heißt, sich auf die Dauer in die Ausübung seiner Steuerhoheit einmischen. So lange die Nachwehen des Krieges dauern, würde Frankreich sich fügen; kaum erstarkt, würde es den aufgezwungenen Tarif umstoßen, wie Rußland die Neutralität des Pontus umgestoßen hat, und wir ständen dann vor der unange-

nehmen Wahl, entweder den Affront einzustecken oder um einer Tariffrage willen Krieg zu führen.

Der Frankfurter Friede ist ein neues glänzendes Juwel in der Fürstenkrone, mit welcher der Kaiser die Verdienste seines Kanzlers geehrt hat. Uns dünkt, der Augenblick wäre gekommen, wo auch die Nation sich gedrungen sehen müßte, ihrem großen Staatsmanne ein Zeichen dankbarer Anerkennung zu widmen. Der Reichstag würde, davon sind wir überzeugt, die freudige Zustimmung des Volkes finden, wenn er die Initiative zu diesem Schritte ergriffe. Eine fürstliche Dotation ist nie würdiger verdient worden als von dem Manne, dem Deutschland, mehr als einem andern Menschen, die Größe der Gegenwart, die Hoffnungen der Zukunft verdankt.

Die Staatssouveränität und die Bischöfe.

11. August 1871.

Die deutschen Prälaten finden es unerhört, daß Herr v. Mühler sich herausnehme, entscheiden zu wollen, wer zur katholischen Kirche gehöre und wer nicht. Es wäre in der Tat unerhört, wenn es wahr wäre. Aber es ist bekanntlich nicht wahr. Der preußische Kultusminister hat in seinem Bescheide an den Bischof von Ermeland ganz klar und deutlich gesagt, daß er sich nur die Befugnis beimesse, zu entscheiden, was der Staat, nicht was die Kirche für katholisch im Sinne der bestehenden Verträge zu halten habe. Dies ist offenbar himmelweit verschieden von der angeblichen Usurpation, welche die Bischöfe ihm andichten. Was für Bedingungen die kirchliche Gewalt ihrerseits aufstellen mag für die Mitgliedschaft und für den Genuß ihrer geistlichen Wohltaten, wen sie exkommunizieren will, welche Glaubenssätze sie für orthodox hält, über alles dies gestattet der Minister sich kein Urteil; wenn morgen verkündet würde, daß man nicht allein an die Unfehlbarkeit, sondern auch an die leibliche Unsterblichkeit des heiligen Vaters glauben müsse, bei Strafe der ewigen Verdammnis, so würde Herr v. Mühler keinen Finger dawider rühren. Was ihn in Bewegung gesetzt hat, ist etwas ganz anderes als das Unfehlbarkeitsdogma an sich; es

ist lediglich und ausschließlich die Frage, ob die Staatsregierung diejenigen Vertragspflichten, welche sie gegen die römisch-katholische Kirche ohne unfehlbaren Papst übernommen hat, gehalten sei, auch einer römisch-katholischen Kirche mit unfehlbarem Papste gegenüber zu respektieren. Es ist die Frage, ob von den beiden Kontrahenten, Krone und Papst, nicht der eine dadurch, daß er Unfehlbarkeit beansprucht, ein wesentlich anderes Rechtssubjekt geworden ist, und ob nicht dadurch eo ipso der Kontrakt selbst seine Verbindlichkeit verloren, die Krone ihre volle Freiheit wiedergewonnen hat. Ohne Zweifel ist der Kultusminister berechtigt, diese Frage aufzuwerfen und je nach den Umständen zu bejahen oder zu verneinen. Wer mit einer moralischen Person, wie die römische Kirche, ein Rechtsverhältnis eingeht, wird durch letzteres nur so lange gebunden, als die betreffende moralische Person in ihrem Wesen unverändert bleibt. Wer ein Kloster zu unterhalten sich verpflichtet hat, ist seines Dienstes quitt, wenn das Kloster sich in einen politischen Klub verwandelt; wer der katholischen Kirche weltliche Leistungen zusagt, macht sich nicht anheischig, einer Anstalt für Unterjochung der Staaten, weil dieselbe die Firma der Kirche an sich reißt, diese Leistungen fortzusetzen. Handelte es sich um Privatrechte, so würde ja die Frage von dem ordentlichen weltlichen Richter, also gleichfalls von der Staatsgewalt, entschieden werden müssen, und der weltliche Richter würde zu prüfen und zu erklären haben, was in seinen zivilrechtlichen Konsequenzen für katholisch zu erachten sei oder nicht. Zum Beispiel, wenn jemand einem Kinde die väterliche Erbschaft streitig machen wollte, weil der Vater von einem die Unfehlbarkeit leugnenden Priester getraut worden, die Trauung also nichtig gewesen sei, so würde der weltliche Richter zu entscheiden haben, ob der betreffende Priester noch als Mitglied und als Geistlicher der Kirche zu betrachten sei. Niemand würde daraus folgern, daß in Preußen die bürgerlichen Gerichte sich geistliche Jurisdiktion anmaßten. Nicht anders aber als ein solcher Richter steht der Kultusminister zu den bischöflichen Ansprüchen auf staatsrechtliche Konsequenzen des neuen Dogmas, nur mit dem irrelevanten Unterschiede, daß er es nicht mit zivilrechtlichen, sondern mit staatsrechtlichen Verhältnissen zu tun hat. Er

behauptet nicht, daß der Bischof den ungläubigen Professor zur Kommunion zulassen, ihn absolvieren, ihn mit den Sterbesakramenten versehen müsse; sondern er behauptet nur, daß der Staat den Professor in einer Staatsanstalt unterrichten lassen dürfe und ihm sein Gehalt zu zahlen habe.

So weit dreht der Streit sich lediglich um eine Form- und Kompetenzfrage. Ob der Minister richtig oder unrichtig in der Sache selbst entschieden habe, darüber läßt sich natürlich streiten, wie über jedes richterliche Erkenntnis, ohne daß man nötig hat, dem Minister oder dem Richter Usurpation vorzuwerfen. Auch der kompetenteste Gerichtshof kann ein schiefes Urteil fällen, und für schief halten wir allerdings den Bescheid des Herrn von Mühler, nur freilich in ganz entgegengesetzter Richtung als die Bischöfe es tun. Herr von Mühler sagt, wie man sich erinnern wird, er nehme den angegriffenen Lehrer, so weit dessen weltliche Stellung in Betracht komme, in Schutz, weil derselbe noch genau den nämlichen kirchlichen Standpunkt einnehme, auf welchem die römische Kirche selbst bis zum Juli 1870 gestanden habe. Er fühle sich aber nicht berufen, durch weltliche Mittel dem im Juli 1870 verkündeten Unfehlbarkeitsdogma Vorschub zu leisten, da er dasselbe für staatsgefährlich halte, wie ja auch die deutschen Bischöfe selbst bis zum Juli 1870 es für staatsgefährlich gehalten hätten. Von diesen beiden Sätzen erscheint uns der erstere völlig korrekt. Der letztere dagegen bleibt auf der Hälfte des richtigen Weges stecken. Wenn die neue Lehre staatsgefährlich ist, so kann die Regierung unmöglich sich damit begnügen, dies zu bezeugen; sie muß handeln. Die Regierung steht der römischen Kirche nicht gegenüber wie eine wissenschaftliche Autorität, sondern als Wahrerin der Staatssicherheit und als Kontrahentin über gegenseitige Rechte und Pflichten. In dieser Eigenschaft darf sie nicht still sitzen, wenn der andere Kontrahent plötzlich dem bestehenden Vertragsverhältnisse den Boden, nämlich die selbstverständliche Anerkennung der Staatssouveränetät in allen weltlichen Dingen, unter den Füßen wegzieht. Sie darf nicht sich begnügen, dem anderen Kontrahenten ein Wort des Mißfallens zu sagen, während sie ihrerseits fortfährt, allen Verpflichtungen des Vertrags, als wäre nichts geschehen, nachzukommen. Sie muß viel-

mehr den Vertrag für erloschen erklären und die Staatseinrichtungen ganz und gar unabhängig von der Kirche machen, welche eine staatsgefährliche Lehre zu verkünden anfängt. Man denke sich den Fall von dem theologischen auf irgendein anderes Gebiet verpflanzt, und man wird keinen Augenblick zweifeln, daß die Regierung so handeln müßte und würde. Man nehme an, der Staat habe durch Vertrag mit den deutschen Vorschußgenossenschaften den letzteren gewisse Geschäftsvorteile zugesichert. Plötzlich änderten die Genossenschaften, wir wollen selbst annehmen auf statutenmäßigem Wege, ihre Satzungen und verwandelten sich in eine sozialistische Propaganda. Niemand würde es in den Sinn kommen, die Regierung nun noch an ihren Vertrag gebunden zu halten; die Genossenschaften selbst würden sich vermutlich schämen, unter so bewandten Umständen noch von dem Staate, dessen Fundamente sie in Frage zu stellen suchten, Förderung und Gunst zu begehren. Genau so, scheint uns, steht gegenwärtig die katholische Kirche in ihren offiziellen Organen dem preußischen Staate gegenüber. Sie erklärt sich selbst für eine Anstalt zur Verbreitung von Glaubenslehren, welche den Staat seiner weltlichen Hoheit berauben will, und sie verlangt, der Staat selbst solle sie in dieser Tätigkeit unterstützen. Sie beruft sich auf Verträge, welche geschlossen wurden, als sie jene Glaubenslehren noch nicht bekannte. Und der preußische Kultusminister scheint ihr darin nicht prinzipiell entgegentreten zu wollen, sondern höchstens zu bestreiten, daß in einem einzelnen Falle die Verträge der geistlichen Forderung zur Seite stehen.

Diese Position wird sich sehr bald als unhaltbar erweisen. Die Regierung wird von den Bischöfen selbst genötigt werden, reinen Tisch zu machen, alle kleinen Auskunftsmittel zu verwerfen und den großen Schnitt zu vollziehen, welche die Kirche ihrem eigenen Schicksal und ihren eigenen Hilfsmitteln überlassen wird. Sie mag dann sehen, ob ihre geistigen und ihre materiellen Hilfsmittel ausreichen, um die Krisis zu überwinden, in welche eine welsche Kamarilla sie gestürzt hat. Der Staat als solcher aber bleibe fern von dem Hader der Theologen; er hat sich noch immer am besten dabei gestanden, wenn er sich streng in die Grenzen seiner irdischen Geschäfte einschloß.

Das preußische Schulaufsichtsgesetz.

13. Februar 1872.

Die große Debatte im preußischen Abgeordnetenhause hat für einmal wenigstens die Ansicht widerlegt, daß neben dem Reichstage auch der vornehmste unter den deutschen Landtagen nicht imstande sein werde, die öffentliche Aufmerksamkeit mächtig anzuregen und zu fesseln. Nicht viele Reichstagssitzungen wird man aufzählen können, welche dem Kampfe um das preußische Schulaufsichtsgesetz ebenbürtig an die Seite treten dürften. Alles vereinigte sich, um diesem Kampfe ein außergewöhnliches Interesse zu verleihen: das Verhältnis der verhandelten Sache zu jener brennenden und gewaltigen Frage, welche seit zwei Jahren, nach Dr. Falks Ausdruck „den Erdball erschüttert", — der eben vollzogene Wechsel in der Leitung des Kultusministeriums, — die Verbündung der preußenfeindlichsten Fraktionen mit den altpreußischen Konservativen, — das Zusammenstehen der Regierung mit allen liberalen Parteien des Hauses, — endlich und insbesondere die persönliche Intervention des Fürsten Bismarck, welcher durch die Häufigkeit, die Lebendigkeit und den Inhalt seiner Reden und Äußerungen der Debatte das Gepräge einer wahren Geisterschlacht aufdrückte, die sich bekämpfenden Gegensätze aus der parlamentarischen in die historische Sphäre emporhob.

Das Gesetz, um welches gestritten ward, hätte für sich allein schwerlich viel Aufsehen gemacht. Viele Leute werden gewiß bis dahin in dem glücklichen Wahne gelebt haben, daß längst in Preußen bestehe, was jetzt erst dem Landtage abgerungen werden soll. Erst die Vorlage der Regierung hat sie darüber belehrt, daß in der Monarchie der Hohenzollern nicht der Staat, sondern die Kirche praktisch und faktisch die Oberaufsicht über das Schulwesen ausübt, daß die Geistlichen die Inspektion über die Lehranstalten als ein geistliches Recht in Anspruch nehmen, nicht etwa als ein ihnen vom Staate anvertrautes Amt wahrnehmen. Mit den elementarsten Ideen des souveränen modernen Staats steht eine solche kirchliche Nebensouveränetät in so schreiendem Widerspruche, daß man kaum

begreifen würde, wie die Eifersucht der preußischen Könige auf die ungeschmälerte Wahrung der Hoheitsrechte so lange dem Klerus das Feld hat einräumen können, wenn man nicht wüßte, daß in unserem Jahrhundert anfänglich der Einfluß der Regierung allzu überwiegend, die Geistlichkeit zu gemäßigt und aufgeklärt war, um ein Bedürfnis scharfer, prinzipieller Grenzberichtigung wachzurufen, und daß, gerade als die hierarchischen Tendenzen anfingen, bedenklich zu werden, die politischen Konjunkturen sich höchst ungünstig für die nun dringend notwendige Zurückweisung klerikaler Übergriffe gestalteten. Zuerst unter dem Schatten königlicher Gunst, hernach unter dem fördernden Einflusse der Reaktion gegen die revolutionären Bewegungen wuchs der hierarchische Einfluß zu der Höhe heran, welche jetzt saure Kämpfe notwendig macht, um nur das im Grunde selbstverständliche Verhältnis, die Machtvollkommenheit des Staats auf dem Gebiete des weltlichen Unterrichts herzustellen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Klerus in dem Genusse seiner Privilegien noch Jahre lang nicht gestört worden wäre, wenn er selbst nicht die Regierung über die Gefahren seiner Freundschaft aufgeklärt hätte. Seitdem von allen Dächern die Unfehlbarkeit Roms gepredigt wird, seitdem überall die ultramontane Geistlichkeit laut und offen mit den Widersachern Preußens gemeinsame Sache macht, mußte die Staatsregierung, sie mochte wollen oder nicht, die Schule, die heranwachsende Generation dem Regimente der Inspektoren zu entziehen suchen, welche ihren Einfluß dazu anwandten, dem Papste blindgehorchende Untertanen, den Feinden des Reichs fanatische Anhänger zu erziehen. Das Gebot der Selbsterhaltung trieb die Regierung zu dem Bruche mit der unheilvollen Politik, welche seit Eichhorns Ministerium Preußens Unterrichtswesen geflissentlich der Herrschaft der Priester preisgab. Was den Fürsten Bismarck persönlich betrifft, so scheint er in dieser Frage einen ganz ähnlichen Weg zu gehen, wie er ihn in der deutschen Frage gegangen ist. Wie er ein Anhänger der österreichischen Allianz war, bis er erkannte, daß die österreichische Allianz Preußens Ohnmacht bedeute, so hat er das Bündnis mit dem ultramontanen Klerus, dessen großen Einfluß er ja nicht verkennen konnte, für nützlich gehalten, bis er sah, daß dies Bündnis die Existenz des Reiches

selbst zu untergraben drohe. Und nun, so scheint es, hat er den Römlingen gegenüber ebenso entschieden und entschlossen und mit dem nämlichen Bewußtsein einer geschichtlichen Notwendigkeit eine Frontveränderung vollzogen, wie damals den Wiener Staatsmännern gegenüber. „Deutschland vor seinen Feinden zu schützen", das hat er den Herren vom Zentrum ins Gesicht gesagt, lehre ihn sein Christentum, ein Wort, welches, wenn nicht alle Zeichen trügen, lange nachhallen wird.

Etwas anders liegt die Sache den „protestantischen Ultramontanen" gegenüber. Fürst Bismarck wird sie wohl kaum für so staatsgefährlich halten wie die römischen und ihrem dogmatischen Standpunkt steht er selbst nicht fern. Aber indem er mit den Römern brach, konnte er nicht umhin, die Berliner Hoftheologen unsanft zu berühren. Schon aus paritätischen Rücksichten mußte das Schulaufsichtsgesetz die Pastoren ebenso behandeln wie die Priester: sollten die letzteren sich der Staatshoheit beugen, so mußten es auch die ersteren. Nach Konfessionen zu unterscheiden, war, wenn man nicht den Gegnern die wirksamsten Agitationsmittel in die Hände liefern wollte, schlechterdings untunlich. Die evangelischen Geistlichen mußten daher, insoweit es sich um Schulaufsicht handelt, Mandatare und Diener der weltlichen Obrigkeit werden. Wären die protestantischen Ultramontanen klug, so würden sie sich ohne Sträuben in diese Rolle finden, die ihnen sicherlich nichts Unwürdiges zumutet. Aber die dreißigjährige Herrschaft hat in diesen Kreisen einen geistlichen Hochmut entwickelt, welcher schon nicht mehr die Unterordnung unter Laienregiment, wäre sie auch nur theoretisch erkennbar, dulden will. Die Partei, welche sich gewöhnt hat, Schule und Kirche der altpreußischen Provinzen als ihre Domäne zu betrachten, ihren Willen jederzeit zur Geltung zu bringen, Widerstand kaum mehr zu finden, empört sich gegen die Staatsregierung, sobald diese sich erinnert, daß schließlich doch die Krone die Quelle aller obrigkeitlichen Gewalt sei. Und in ihrem lange genährten Machtdünkel vermißt die Partei sich, ihre vermeintlichen Interessen über die Staatsraison zu stellen und sich „allen Feinden Preußens" als Bundesgenossin anzubieten. Damit hat sie den theoretischen Bruch in einen höchst praktischen verwandelt; sie hat den Reichskanzler zum offnen Kampfe

herausgefordert, und der Kampf wird nicht abgelehnt werden. Psychologisch läßt sich dieser arge taktische Fehler wohl erklären. Die Männer der kirchlichen und politischen äußersten Rechten sind schon längst dem Gange, welchen die preußische Staatsleitung eingeschlagen hat, mit tiefem Mißtrauen und Widerwillen gefolgt; das Murren über den Ministerpräsidenten, welcher „unter die Liberalen gegangen sei", ist bisher nur mühsam zurückgehalten worden; jetzt bricht es unwiderstehlich in heftige Verwünschungen aus, weil man glaubte, eine Gelegenheit gefunden zu haben, Widerstand zu leisten, ohne die auswärtige Politik und damit die Absichten des Königs zu kreuzen. Aber eben dieser Glaube war ein verhängnisvoller Fehler. Das Schulaufsichtsgesetz gehört in die deutsche und in die auswärtige Politik des Reichskanzlers; es ist zunächst und vor allem gegen die Feinde des Reichs gerichtet. Wer daran noch gezweifelt hat, den mußten die letzten Reden des Fürsten bald belehren. Nicht für eine Verwaltungsreform, sondern für das von Polen, Welfen, Partikularisten und Römlingen angegriffene Werk der Jahre 1866 und 1870 stürzte er sich abermals und abermals in den Streit der Parteien mit einem Feuer, einem Eifer, einer Fülle der Gedanken, welche selbst an ihm überraschten.

Wird denn nun diese, von einer großen nationalen Aufgabe erfüllte Energie vor dem Veto des Herrenhauses ihr gewaltiges Schwert in die Scheide stecken? Wer kann das glauben? Wer kann annehmen, daß der Staatsmann, welcher den Militärkonflikt durchgefochten, Österreichs Hegemonie gebrochen, das neue Reich gegründet hat, vor der Majorität der preußischen Pairskammer Halt machen werde? Es mag sein, daß das Herrenhaus einen Abstimmungssieg davonträgt, aber man darf sich darauf verlassen, daß die Sache damit nicht entschieden sein wird. Man kämpft nicht, wie Fürst Bismarck in voriger Woche gekämpft hat, wenn man nicht entschlossen ist, zu siegen. Muß es ein Sieg über das Herrenhaus sein, wie es bereits ein Sieg über die kirchlichen Ultras gewesen ist, so sehen wir keinen Grund, das zu bedauern.

Religion und Sittengesetz.

19. Oktober 1872.

Früher las man oft in Schriften rechtgläubiger protestantischer Theologen Äußerungen tiefer Verachtung gegen die Moralprediger. Wer den Hauptnachdruck auf die Sittenlehre des Christentums legte, galt für einen flachen Aufklärer. „Wässerig" war das stehende Prädikat für die Verehrer der Moralität, und eifrig wurden wir ermahnt, von diesem niedrigen Standpunkte uns höheren Auffassungen der Religion zuzuwenden. Neuerdings ist die Sittenlehre wieder zu einigem Kredit gelangt. Die Einsicht ist ziemlich allgemein geworden, daß Religionen und Kirchen wenigstens bei den edleren und intelligenteren Völkern ihrer ethischen Grundlagen noch weit minder entbehren können als ihrer dogmatischen Systeme. Die letzteren werden von den ersteren getragen, nicht umgekehrt. Keine Glaubenslehre würde vierundzwanzig Stunden lang im westlichen Europa bestehen, wenn sie hinter dem durchschnittlichen moralischen Standpunkte der Bevölkerung zurückbliebe, wenn sie zum Beispiel Sklaverei, Vielweiberei, Eidbruch, Blutrache offen und ausdrücklich sanktionierte. Der Koran ist eine Unmöglichkeit im Occident nicht wegen seiner Wundergeschichten und metaphysischen Absurditäten, — denn in dieser Beziehung ist der Occident ebenso empfänglich und unkritisch wie das Morgenland, — sondern wegen seiner nach westeuropäischem Gefühle unsittlichen Lebensmaximen. Die römischen Kirchenpolitiker haben die hohe Bedeutung der Moral für ihre Herrschaft niemals verkannt; sie haben wohl bisweilen darin arg gefehlt, daß sie dem Sittlichkeitsgefühle der Völker mehr zumuteten, als dasselbe vertragen konnte; sobald sie aber den Irrtum erkannten, sind sie stets rasch bei der Hand gewesen, den Schaden gut zu machen und das beleidigte Volksbewußtsein zu versöhnen, sei es durch strengere Handhabung der Zucht, wenn die Geistlichen auf seiten der Weltlichkeit zu weit gegangen waren, sei es durch Milderung der Praxis, wenn die Übertreibung auf seiten der Kirchlichkeit gelegen hatte. Zu Luthers Zeiten hatte Rom den Fehler begangen, daß es die strengere und keuschere Natur der germanischen

Völker mit demselben Maße gemessen hatte wie die laxere und üppigere seiner romanischen Untertanen; es hatte Mißbräuche der Unsittlichkeit einreißen lassen, welche die ernste Frömmigkeit des Nordens empörten und den Zweifel wachriefen, dessen Folge dann das große Schisma war. Nach der Reformation trat innerhalb der katholischen Kirche eine mächtige Reaktion gegen die heidnische Sittenlosigkeit des Renaissancezeitalters ein; die Hierarchie empfand die Notwendigkeit, sich in Einklang zu setzen mit den moralischen Bedürfnissen der europäischen Menschheit, wenn sie ihre Macht über die Seelen nicht verlieren wollte, und die Frucht dieser Überzeugung war ein höchst sinnreicher und höchst merkwürdiger Versuch, die erschütterte Herrschaft der Kirche neu zu befestigen durch das minutiöseste Eingehen in eben jene moralischen Aspirationen des Menschen, die man bisher, im hochmütigen Vertrauen auf die Gewalt des bloßen Dogmas, frevelhaft mit Füßen getreten hatte. Dieser Versuch ist der Inhalt der Geschichte des Jesuitenordens. Und dieser Versuch hat den Jesuitenorden gegenwärtig an sein Ziel, an die Spitze der lateinischen Kirche geführt. Die Bischofsversammlung in Fulda hat seinem Triumphe über die Selbständigkeiten der Provinzen das letzte Siegel aufgedrückt; die Alleinherrschaft Roms über die katholische Welt ist fertig; in den Tagen Leos X., ehe Luther aufstand, war die Machtfülle des Papstes, theoretisch betrachtet, nicht so groß wie in diesem Augenblicke.

Aber hat nicht gerade in diesem Augenblicke des Triumphes die römische Hierarchie den nämlichen Fehler begangen, welcher im Beginne des 16. Jahrhunderts ihr so verhängnisvoll wurde? Indem sie ihrem Dogma den Sieg erobert, ignoriert sie nicht unbesonnen die Grenzen, welche das sittliche Gefühl der Völker wider ihre Zumutungen aufrichtet? Ist nicht der Erfolg, den sie durch die Unterwerfung des deutschen Episkopats gewonnen hat, zugleich eine furchtbare Niederlage? Die Unsittlichkeit, welche bei diesem Anlasse abschreckend und ekelerregend an den Tag tritt, ist zwar ganz anderer Art als das Sündenleben der römischen Prälaten, welches einst Luthers Seele mit Entsetzen erfüllte; niemand sagt den deutschen Bischöfen unserer Zeit und ihren Zuchtmeistern im Vatikan einen wilden, ruchlosen Lebenswandel nach, niemand spricht

einem großen Teile der katholischen Geistlichkeit Ehrbarkeit und Frömmigkeit ab. Die Unsittlichkeit bewegt sich heute in minder rohen, aber in nicht minder häßlichen Formen. Von dem Gebiete der groben Fleischeslust ist sie auf das Gebiet der geistigen Selbstschändung übergetreten. In Rom ist man immer ebenso geschickt wie beflissen gewesen, den Skandal zu vermeiden oder ihn wenigstens zu verhüllen. Das Charakteristische, das Verhängnisvolle der neuesten Vorgänge ist dies, daß man gar nicht mehr fühlt, welch ungeheurer Skandal nackt und schamlos gegenwärtig die Kirche erfüllt. Mit der größten Seelenruhe, mit selbstgefälligem Lächeln, als ob man der Welt ein höchst erbauliches Schauspiel darböte, arrangiert man eine Demonstration, bei welcher die Aristokratie der Kirche genötigt wird, sich der Geringschätzung aller ehrlichen Männer preiszugeben. Man zwingt sie, vor den Augen der ganzen Gemeinde feierlich zu bekunden, daß ihr Wort nicht mehr wert sei, als das des gelehrigen Vogels, welcher „schwarz" sagt, wenn sein Futterbringer ihm „schwarz" vorspricht, und „weiß" kreischt, wenn „weiß" ihm vorgesagt wird. Die meisten dieser in Fulda versammelt gewesenen Kirchenfürsten haben vor kaum zwei Jahren so förmlich und so feierlich, wie auf Erden möglich ist, ein Zeugnis abgelegt, wohlgemerkt nicht über ihre persönlichen Meinungen, (die sich ja wandeln können), sondern über objektive, ihrer Wahrnehmung zugängliche Tatsachen, über die Frage, ob das Unfehlbarkeitsdogma bisher in der Kirche oder in ihren Sprengeln akzeptiert gewesen und gelehrt worden sei; sie haben dies hoch und heilig in Abrede gestellt; und sie bezeugen heute ebenso hoch und heilig das gerade Gegenteil! Das ist arg genug, aber fast noch ärger ist die Art und Weise, wie diese Versündigung an der Wahrheit, ja an der gemeinen Schicklichkeit entschuldigt wird. „Unterordnung der eigenen Subjektivität unter die Autorität der Kirche" nennt es der unglückliche Bischof Dr. Hefele. „Falsches Zeugnis" nennt es die Bibel und nennt es jeder rechtliche Mann, der nicht von priesterlichem Blendwerk ganz und gar sich hat bestricken lassen. Falsches Zeugnis; denn, wie gesagt, die Tatsachen, welche Bischof Hefele 1870 beschwor und verkündete, die Tatsachen können durch keine Autorität der Kirche seitdem sich geändert haben. Die Autorität der Kirche

mag angerufen werden, wenn es sich darum handelt, einen Sinn und eine Deutung in die Tatsachen zu legen, aber keine Unfehlbarkeit kann es ungeschehen machen, daß nach dem Zeugnis des Bischofs früher die Katholiken der Rottenburger Diözese nie etwas von dem neuen Dogma gewußt haben; keine Unfehlbarkeit kann es ungeschehen machen, daß auf dem Konzil der Konsens zahlreicher Bischöfe dem neuen Dogma gefehlt hat und daß es damals für Rechtens galt, Dogmen könnten nur durch Übereinstimmung der ganzen Kirche zustande kommen. Dies alles hat der bemitleidenswerte Mann bezeugt, und dies alles widerruft er, nicht, weil er einsieht, sich geirrt zu haben, sondern aus Gehorsam. Er sagt es selbst: er glaubt nicht, daß er jetzt die Wahrheit rede; er weiß das Gegenteil; er „ordnet seine Subjektivität unter"; er lügt in majorem dei gloriam und um seine Bischofsmütze nicht zu verlieren. Mit einer wirklich erstaunlichen Naivetät fügt er hinzu, daß der saure Schritt ihm erleichtert worden sei durch die Wahrnehmung, daß seine früheren Eideshelfer und Mitzeugen mehr und mehr ketzerischen Tendenzen verfielen. Die Wahrheit hört auf Wahrheit zu sein, weil Ketzer sie auch als Wahrheit anerkannt haben!

Diesem Ausrufungszeichen wissen wir in der Tat nichts mehr hinzuzusetzen. Wenn hier nicht Unsittlichkeit der schlimmsten Art zutage tritt, dann sollte man nur die zehn Gebote je eher je lieber ins Feuer werfen. Wir wollen nur noch einmal die Frage aufwerfen, ob man nicht in Rom, als man diesen Akt der Unfehlbarkeitskomödie in Szene setzte, ein wenig vergessen hat, daß die Deutschen, und zwar die katholischen Deutschen so gut wie die protestantischen, der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit einen höheren Wert beilegen, als manche andere Nationen, daß sie eine Herrschaft von Priestern, welche die Lüge als religiöse Pflicht auffassen, auf die Dauer nicht ertragen werden, und daß es daher unpolitisch war, die Sache Roms, so wie geschehen, durch den Fuldaer Skandal zu kompromittieren.

Der Tod Napoleons III.

10. Januar 1873.

Wäre Napoleon III. am 9. Januar 1870 gestorben, anstatt gestern, so würde die Todesnachricht allerdings einen ganz anderen Eindruck gemacht haben, als das Telegramm vom Donnerstag. Wie wären die Börsen in Schrecken geraten, wie in Aufregung die Kabinette und Höfe! Und vollends Frankreich und Paris, welch ein Durcheinander von Ängsten und Hoffnungen, von ehrgeizigen Anschlägen, von stürmischen Parteiungen, von Eifersucht und Intrige hätte es unfehlbar gegeben! Das Ableben des Kaisers wäre ein historisches Ereignis gewesen, von unabsehbarer Bedeutung für das Wohl oder Wehe seines Reiches, von mächtiger Rückwirkung auf die Politik Europas. Heute ist es nur noch eine interessante Tagesneuigkeit, ein mattes Nachwort zu einem Roman, dessen eigentlichen Schluß wir bereits vor zwei Jahren gelesen hatten. Ob der Kaiser atmet oder nicht, für die Geschicke der Welt ist es gleichgültig. Einige Tage lang werden die Menschen sich des schon halb vergessenen Namens wieder erinnern, sich die wunderbaren Wechselfälle seines Lebens ins Gedächtnis rufen, ihn noch einmal bedauern, verwünschen, verspotten oder verteidigen, und dann ihn wieder auf sich beruhen lassen.

Wir meinen die Menschen, die auf dem Markte des Lebens verkehren, das Volk, die große Menge. Die Geschichte wird den Namen nicht auf sich beruhen lassen. Sie wird Napoleon III. nicht vergessen. Im Gegenteil, sie wird jetzt erst recht beginnen, mit dem Manne sich zu beschäftigen, welcher fast ein Vierteljahrhundert hindurch die Zeitgenossen zu beschäftigen verstand wie kein Zweiter neben ihm. Ein rätselhafteres, widerspruchvolleres Problem als die Entzifferung dieses Charakters hat die historische Wissenschaft vielleicht niemals vorgefunden. Vielleicht wird die Lösung dem gelehrten Forscher nie, vielleicht einmal dem Ahnungsvermögen eines Dichters gelingen. Unmöglich wäre aber auch nicht, daß die eindringende Kritik hinter allen Mysterien und Schleiern nichts fände, als triviale Schlauheit und Selbstsucht, die nur durch ein

unerhörtes Zusammentreffen günstiger Umstände den Schein des Bedeutenden gewann. So viel wenigstens ist gewiß, daß von dem Tage an, wo die Umstände begannen ungünstig zu werden, der moderne Cäsar nicht einen einzigen — wir wollen nicht sagen großen — sondern auch nur leidlich anständigen Augenblick mehr gefunden hat. Von dem berühmten Telegramme an „Tout peut se rétablir" bis zu der Unterredung mit dem deutschen Sieger in Sedan, wo er die Schuld des Krieges von sich ab auf seine Untertanen wälzte, war er armselig, klein, ohne Würde. Er hatte verlernt, schwungvoll zu lügen, und er sagte die Wahrheit nur noch da, wo zu schweigen schicklich gewesen wäre. Das Unglück, das sonst auch gemeine Naturen adelt, machte aus ihm nichts als den bankrotten Spieler. So lange hinter ihm die ganze furchtbare Macht einer großen Nation stand, vermochte auch der witzigste Spott ihm nichts anzuhaben; seine Feinde fürchteten ihn, selbst indem sie ihn geringschätzten. Nicht Béranger, nicht Rochefort, nicht „Punch" und „Kladderadatsch" vermochten seiner welken Hand den Donnerkeil zu entwinden, der jeden Augenblick einen Weltteil in Flammen setzen konnte; aber als der Donnerkeil ihm von deutschen Schwertern aus der Faust geschlagen war, verschwand alsbald, und bis auf die letzte Spur, alles an ihm, was jemals seinen ergebensten Anhängern imponiert hatte. Der Imperator hörte auf zu existieren; der Abenteurer von ehedem kam wieder zum Vorschein, nur zwanzig Jahre älter, ohne Zukunft, kassiert.

Freilich ist niemals die ungeheuerliche, ans Wunder streifende Tatsache auszulöschen, daß dieser Abenteurer von 1852 bis 1870 Kaiser der Franzosen gewesen ist, der einflußreichste und mächtigste Monarch der Welt, der Besieger des Zaren Nikolaus, der Überwinder Österreichs, der Befreier Italiens, der Bändiger der einheimischen Parteien. Ist solchen Tatsachen gegenüber die Hypothese, daß der Usurpator im Grunde eine kleine Natur gewesen sei, auch nur eine Minute lang haltbar? Gewiß nicht, wenn Größe in der Massenhaftigkeit der Mittel und der Wirkungen besteht. Wer einmal des Throns von Frankreich sich bemächtigt hat, der hat es nicht schwer, die Welt von sich reden zu machen, zumal dann nicht, wenn er eine Zeit vorfindet, die sich dem ersten besten Glücksritter,

sofern er nur dreist zugreift, an den Kopf werfen will. Auch ist zu bedenken, daß eine kleine Natur keineswegs alle Eigenschaften ausschließt, welche dienlich sind, die Herrschaft zu gewinnen und, eine Zeitlang wenigstens, zu behaupten, List, Verstellung, Zähigkeit, Gewissenlosigkeit, Klugheit, selbst Mut bis zu einem gewissen Grade. Nur muß nicht ein Stärkerer und Größerer kommen, der den kleinen Jünger Machiavells auf die Probe stellt. Waren Karl V., Ludwig XIV. große Naturen? Sicherlich nicht, aber beide waren nahe daran, den Kontinent zu unterjochen. Karl V. war vielleicht dem verstorbenen Exkaiser in manchen Punkten ähnlich, nur daß das Kloster von St. Just einen würdigeren Schluß abgibt als die Villa von Chiselhurst.

Aber Karl V. war der Erbe von Königen und benutzte nur eine Macht, welche andere vor ihm erworben und ihm fertig hinterlassen hatten. Louis Napoleon kam mit Schulden nach Frankreich, ohne Anhang, ohne Autorität, eine lächerliche Figur eher als alles andere. Wie kann man den Habsburger und den Bonapartischen Landstreicher in Parallele stellen? Es ist wahr, Louis Bonaparte hatte kein Patrimonium, damit anzufangen, wie der Kaiser Karl; aber er hatte seinen Namen, und der Name vertrat ihm alles Erbgut älterer Dynastien. Ein Jahr vor seinem Sturze, zum hundertjährigen Geburtstage Napoleons I., erließ der Kaiser der Franzosen eine Proklamation, in welcher er sagte: „Ihm verdanke ich alles, was ich bin." War dies berechnete Bescheidenheit oder aufrichtige Huldigung, jedenfalls war es buchstäbliche Wahrheit. Das ganze prunkende Gebäude dieses Imperatorentums, die ganze Machtfülle, welche sich getrauen durfte, Sebastopol zu zerstören, Italien den Österreichern zu entreißen, in Mexiko ein Reich zu gründen, in Deutschland ein Reich zu hindern, diese ganze fabelhaft klingende Geschichte des jüngeren Bonapartismus hatte kein anderes Fundament, als den Schall eines Namens. Ohne den Ruhm des ersten Napoleon wäre Louis Bonaparte nie mehr geworden, als ein obskurer Privatmann. Seine erstaunlichen Erfolge beweisen nicht so sehr die persönliche Überlegenheit des Neffen, als vielmehr den unermeßlichen Eindruck, welchen der Oheim auf die Franzosen gemacht hatte, einen Eindruck, der noch fünfundzwanzig Jahre nach

der Sterbeszene auf St. Helena so überwältigend sich erwies, daß alle Oppositionen nichts wider ihn vermochten. Da steckt das eigentlich Wunderbare der Geschichte, und auch ihre Lehre für uns. Die französische Nation war so unglaublich empfänglich für den Nimbus kriegerischer Triumphe, daß selbst der blasse Abglanz des alten Ruhms sie willig machte, dem Kommando des Neffen zu folgen, wie sie einst dem Kommando des Oheims gefolgt war. Wobei wir indes keineswegs verschweigen wollen, daß die Furcht der Besitzenden vor den Roten dem Kultus der Gloire sehr zu Hilfe kam. Diese beiden, der Ruhmesdurst und die Sehnsucht nach einer starken Polizei, hielten dem Napoleoniden die Leiter; er brauchte nur schwindelfrei zu sein, um hinauf zu steigen und auf der obersten Sprosse stehen zu bleiben. Die Anerkennung muß ihm auf alle Fälle bleiben, daß er das verwegene Selbstgefühl besaß, das halsbrechende Kunststück zu wagen, welches uns allen damals Verrücktheit schien. Wir kannten eben die Franzosen nicht. Hinterdrein war es leicht zu sagen, daß die Franzosen gerade einen solchen Herrscher wollten. Für den glücklichen Usurpator wäre das Gelingen ein Beweis tiefer Menschenkunde gewesen, wenn nicht abergläubischer Fatalismus, wie kaum zu bezweifeln, die Stelle der Reflexion vertreten hätte. Der Prinz Louis Bonaparte war fest überzeugt von seiner kaiserlichen Mission; die Ereignisse warfen ihm die Krone vor die Füße, aber er würde sie nicht aufzunehmen gewagt haben, wenn jener Aberglaube ihn nicht blind gemacht hätte für die Abgründe, über die er hinschreiten mußte.

Eine Mission! Gewiß hat dieser merkwürdige Mensch eine Mission gehabt, wenn auch eine ganz andere, als er sich träumte. Nicht, wie weiland Kaiser Augustus in Rom, das Cäsarentum über der Demokratie als dauernde Form europäischen Staatslebens zu begründen, nicht das Werk des Wiener Kongresses zu vernichten und Waterloo wett zu machen, nicht dies war die Aufgabe, welche ihm zugedacht war. Im Gegenteil, das Cäsarentum in der Meinung der Menschen zu ruinieren, den Kultus des großen Napoleonischen Schattens in den Herzen auszurotten und das Wiener Kongreßwerk, die gerechte Niederlage von Waterloo zu Ende zu führen, dies ist die unbewußte, ungewollte segensreiche Arbeit seines Lebens

gewesen. Namentlich in der letzteren Beziehung war seine Wirksamkeit für den Weltteil von unermeßlicher Bedeutung. Napoleon III. rühmte sich, die Verträge von 1815 zerrissen zu haben, mit Recht. Aber er zerriß sie, damit vollendet werde, was die Diplomatie — nicht Frankreich gegenüber — sondern Europa gegenüber — verabsäumt oder verpfuscht hatte. Er zerriß jene Verträge, damit Italien aufhören könne, ein geographischer Begriff zu sein, damit Preußen an die Spitze eines geeinten Deutschlands treten möge, damit Frankreich in seine natürlichen Grenzen, Vogesen und Mosel, wieder eingeschlossen werde und aufhöre, eine tägliche Drohung für friedliche Völker zu sein. Nachdem dies Werk vollbracht war, wurde das Werkzeug zerbrochen und beiseite geworfen.

Adolf Thiers.

28. Mai 1873.

Man darf wohl annehmen, daß Herr Thiers seine politische Rolle ausgespielt hat. Vielleicht wird er noch ein und das andere Mal auf der Rednerbühne einen oratorischen Triumph feiern, aber auf die Geschäfte wird er schwerlich je wieder Einfluß gewinnen. Nicht allein seine sechsundsiebzig Jahre sind daran Schuld. Im politischen Sinne weit mehr als im physischen hat er sich überlebt. Für die ihm zu Gebote stehenden Kräfte, glänzend und bedeutend wie sie waren, sind die Aufgaben der Gegenwart zu schwer geworden. Der Washington Frankreichs zu werden, dazu reichte sein Wuchs nicht aus: in gewöhnlichen Zeiten ein geschickter Oppositionsführer, ein glänzender Parteiredner, dazu ein bezaubernder Schriftsteller, ein geistvoller Plauderer und ein feiner Kunstkenner, ist er doch im Grunde — trotz der unläugbar hervorragenden Rolle, welche er seit vierzig Jahren gespielt hat — niemals ein Staatsmann gewesen. Es ist charakteristisch für Frankreich, daß er trotzdem den Gipfel der politischen Größe ersteigen durfte, charakteristisch deshalb, weil es offenbar vorzugsweise die Gabe des Wortes war, welcher er den Erfolg verdankte. Mit Gambetta ist es ganz ähnlich; was bleibt von ihm übrig, wenn man seine Beredsamkeit abzieht? Thiers

ist gewiß ein Mann von höherer geistiger Bedeutung als Gambetta, aber auch er steht und fällt mit seinem rhetorischen und literarischen Talente. Seine Politik ist von jeher die eines Journalisten und Redners gewesen, dem die Geschäfte den Stoff liefern, sich auszuzeichnen, der aber nicht imstande ist, die Geschäfte zu beherrschen. Praktischer als Lamartine, gebildeter und erfahrener als Gambetta, gehört er doch mit ihnen jenem spezifisch französischen Geschlechte politischer Matadore an, dessen Ahnherren die Girondisten waren.

In vierzigjährigem Besitze eines höchst bedeutenden Einflusses, hinterläßt er doch seinem Lande kaum mehr als das Andenken an einige glänzende parlamentarische Momente und ein berühmtes Geschichtswerk, welches man zu leicht beurteilt, wenn man es als „historischen Roman" charakterisiert. Die „Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs" ist eine Verherrlichung schlechter politischer Ideale, ausgeführt mit allen Künsten bestrickender Darstellung, eine Prosadichtung zu Ehren der verderblichsten Leidenschaften des französischen Volkes, höchst unheilvoll in ihren Wirkungen auf die Glaubensmeinungen und Aspirationen der lesenden Klassen, höchst charakteristisch für den Mann, der sie geschrieben hat. Ein strahlendes Phantom von Kriegsruhm und despotischer Energie war dem Verfasser dieser Historie das höchste Ziel patriotischer Begeisterung und patriotischer Wünsche; der geniale Soldat, welcher Frankreich mit Vasallenstaaten umgab und in Frankreich selbst Finanzen, Polizei, Rechtspflege, Wissenschaft, Industrie und Landbau mit kolossalem Richtscheit in große gerade Linien brachte, war sein politischer Held. Nur eins gebrach diesem, um ihn in den Augen seines Vergötterers ganz vollkommen zu machen, der Sinn für parlamentarische Formen. Neben dem kaiserlichen Throne war kein Raum für eine Tribüne, Napoleon hätte einen guten Unteroffizier höher geschätzt als den beredtesten Parteiführer, selbst wenn der Parteiführer — wie Herr Thiers unfehlbar getan haben würde — die kaiserlichen Annexionen und die Kontinentalsperre und die Konskriptionen mit demostheniſchem Feuer verteidigt hätte. Auf diese eine Bemängelung beschränkt sich der „Liberalismus" des Mannes. Liberalismus ist ihm einfach die Kunst, vermittelst eines parlamentarischen Apparats und einer freisinnigen Terminologie das System fortzusetzen, welches Napoleon

durch lakonische Machtsprüche und durch den stummen Säbel aufrecht hielt. Unter der Julimonarchie glaubte er dies Programm praktisch verwirklichen zu können, und er würde wahrscheinlich schon damals herbeigeführt haben, was im Jahre 1870 die Napoleonische Legende über Frankreich verhängt hat, nämlich Invasion und Demütigung, wenn der König ihn hätte gewähren lassen. Die Befestigung von Paris ist die große Tat seines Lebens; sie ist nichts anderes als die Verwirklichung eines echt Napoleonischen, dem Kaiser nur zu spät gekommenen Gedankens, hervorgegangen aus dem Studium des Feldzuges von 1814, des Gedankens, daß Frankreich dem verbündeten Europa gewachsen sein würde, wenn nur seine Hauptstadt gegen feindliche Okkupation gesichert sei. Belgien und das linke Rheinufer, nicht die bürgerliche Freiheit, seinem Lande zu verschaffen, war das Ziel seines Ehrgeizes; wenn er in der Kammer liberale Reden hielt, so geschah es, weil er nur mit Hilfe der Liberalen den vorsichtigen König zwingen konnte, ihn zum Minister zu machen. Und während er den Thron durch seine Opposition sich dienstbar machen wollte, geschah es, daß der Thron zusammenbrach. Vergebens bemühte er sich da, den Sturm zu beschwören; der Liberalismus des Herrn Thiers war nicht einmal lebenskräftig genug, um einen kurzen Tag mit den schönen Phrasen Lamartines zu konkurrieren. Er verschwand von der politischen Bühne, nichts zurücklassend, kein einziges Werk innerer Reform, kein Programm heilsamer Ratschläge für die Wiedergeburt des Landes, nichts als die detachierten Forts und den Götzentempel mit der Statue Napoleons.

Der steinerne Gast folgte der leichtsinnigen Einladung, das Gespenst Napoleons erschien plötzlich mit unheimlichem Leben unter den entsetzten Liberalen und Rhetoren und setzte sich auf den leeren Stuhl der Herrschaft. So ungleich der Neffe dem Oheim war, in einem Punkte ahmte er ihn sorgfältig nach: die parlamentarischen Institutionen wurden gründlich unschädlich gemacht. Als ob man Herrn Thiers' wirkliche Gefährlichkeit damit für beseitigt erklären wollte, gab man ihm seine persönliche Freiheit wieder, sobald die Tribüne umgestürzt war. Und in der Tat hat Herr Thiers in den ersten fünfzehn Jahren des Kaisertums sich diesem wenig gefährlich

gezeigt. Von dem Widerstande eines großen Bürgers gegenüber dem Unterdrücker aller Landesfreiheiten entwickelte Herr Thiers nur wenig; er fühlte anständig genug, um mit dem Hofe des Usurpators keine Beziehungen anzuknüpfen, aber auf diese passive Enthaltsamkeit beschränkte sich sein Heroismus. Anfänglich mochte sogar der Glanz des neuen Kaisertums ihn blenden, die energische Handhabung der materiellen Ordnung ihn befriedigen und ihn über die eigene persönliche Bedeutungslosigkeit trösten. Denn Herr Thiers ist bis in die Fingerspitzen Franzose und er haßt die Unordnung mit dem ganzen Abscheu des Bureaukraten und des feingebildeten Mannes. Als aber das Kaisertum anfing bergab zu gehen, da erwachte in dem alten Parlamentsmanne die Oppositionslust mit neuer Macht. Die berühmten „Fehler" wurden zu furchtbaren Angriffswaffen gegen den Monarchen benutzt. Der Kaiser hatte dem Parlamentarismus Zugeständnisse gemacht; es war wieder möglich geworden, politische Reden zu halten, und alsbald erschien der Name Thiers wieder im Vordertreffen des öffentlichen Lebens. Aber gegen wen und was sandte er seine geflügelten Pfeile? Richtete er sie auf die Despotenwirtschaft im Innern, auf die cäsarischen Regierungskünste, auf die Korruption und die Ertötung aller Volkskräfte? Er hatte kaum ein Wort für solche untergeordnete Dinge. Statt dessen donnerte er gegen die vernünftige freihändlerische Reform des Kaisers, von welcher er den Ruin Frankreichs erwartete, und gegen die Befreiung Italiens, gerade gegen diejenigen Unternehmungen der Regierung, deren Ruhm sie überdauert hat und noch lange überdauern wird. Die heftigste Philippika aber richtete Herr Thiers gegen die Passivität, mit welcher Frankreich dem Entstehen der deutschen Einheit, diesem entsetzlichsten aller Übel, im Jahre 1866 zugesehen hatte. Die Expedition nach Mexiko wurde von ihm wohl vornehmlich deshalb getadelt, weil sie schlecht ablief und weil sie Frankreichs Aktion gelähmt hatte, während die Preußen in Böhmen einrückten. Aber Sadowa war um seiner selbst willen unverzeihlich, seit Waterloo das furchtbarste Unglück, welches Frankreich getroffen hatte. „Von heute an dürfen keine Fehler mehr begangen werden!" hatte der Redner den Ministern des Kaisers zugerufen, und dies Wort hallte bald in ganz Frankreich wieder.

Mit diesem Worte war der Eindruck, als habe Napoleon III. die Nation an den Rand des Verderbens, ja der Entehrung geführt, für das Verständnis der Massen wie für die Einbildungskraft der Gebildeten formuliert, und das Kaiserreich hat sich von dem Eindrucke nicht wieder erholt. Erschüttert von der Anklage, suchte es eine Zeitlang durch friedliche Gebietserwerbungen sich in der öffentlichen Meinung neu zu befestigen, und als diese Bemühungen an der Ablehnung des Berliner Kabinetts scheiterten, ließ es sich zu dem verhängnisvollen Kriege hinreißen, den Herr Thiers nur deshalb verurteilte, weil er nicht sorgfältig genug vorbereitet war.

Nichts ist gewisser, als daß gerade Herr Thiers einen guten Teil der Schuld an der Katastrophe von 1870 trägt. Er selbst und seine Freunde sprechen immer nur davon, daß er im Juli 1870 gegen den Krieg geredet und gestimmt habe, was allerdings richtig ist, aber niemand hat so erfolgreich wie er die Situation herbeiführen geholfen, die dem Kaiser nur die Wahl zwischen Krieg und Abdankung übrig ließ; niemand hat so wirksam wie er durch sein Geschichtswerk die nationale Selbstverblendung großgezogen, welche doch in letzter Instanz den leichtsinnigen Angriff und die furchtbare Niederlage verschuldete. Es war daher mehr ein gerechtes als ein tragisches Schicksal, welches ihn nötigte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und alle Leiden des besiegten Landes unmittelbar und persönlich durchzukosten. Die bitteren Früchte, welche er zu schmecken bekam, waren großenteils auf seinem Boden gewachsen. Er selbst scheint davon übrigens nichts zu ahnen; wenn man ihn reden hört, ist er immer nur der uneigennützige Bürger gewesen, welcher sich aufopferte, um gut zu machen, was andere seinen Warnungen zum Trotz gesündigt hatten. So viel muß man allerdings einräumen, daß er es an Mühe und Eifer nicht hat fehlen lassen, um dem Lande aus seiner verzweifelten Lage aufzuhelfen, und daß er als Präsident der Republik in kurzer Zeit sehr bedeutende Leistungen aufzuweisen hatte. Es gereicht ihm zu unbestreitbarem Ruhme, daß er, ein hoher Siebziger, in der dunkelsten und hoffnungslosesten Stunde Frankreichs der Aufgabe ohne Zagen sich unterzog, den Frieden mit Deutschland abzuschließen und eine ganz in Trümmer zerfallene Staatsordnung wieder aufzubauen.

Auch war hierfür, d. h. für eine Aufgabe der äußerlichen Organisation, der mechanischen Ordnung, sein Talent besonders geeignet. Den Verwaltungsapparat herzustellen, die Finanzen neu zu regeln, die Armee wieder in feste Rahmen zu bringen, das waren Arbeiten, welche seinem Naturell zusagten, und die er mit großem Geschick, wenn auch nicht immer mit tiefem Verständnisse gelöst hat. Selbst eine gewisse Großartigkeit läßt sich dieser Periode seiner politischen Tätigkeit nicht absprechen. Alle Maßregeln, die er unternahm, um Frankreich wieder aufzurichten, die Anleihen, die Finanz- und Steuerprojekte, das Retablissement der Armee usw. waren für eine Nation ersten Ranges zugeschnitten, freilich wohl nicht ohne die geheime Berechnung, daß er am leichtesten ans Ziel komme, wenn er seinen Landsleuten imponiere und ihrer Eitelkeit schmeichle. Wie dem auch sei, es ist ihm gelungen, binnen zwei Jahren nach der tiefsten Niederlage das Land wieder zu einem ordentlichen und anständigen Modus vivendi zurückzuführen, die ärgsten Wunden des Krieges zu heilen, den furchtbarsten aller Aufstände zu unterdrücken und den Abzug der deutschen Besatzungstruppen zu sichern.

Aber, so paradox es klingen mag, so wahr ist es, daß gerade die verzweifelte Schwierigkeit der Aufgabe ihm die Lösung erleichterte. Die Lage des Landes war im Jahre 1871 eine so verzweifelte, die Rat- und Hilflosigkeit so allgemein, daß jeder, der Rat und Hilfe zu bringen versprach, auf die Folgsamkeit und Unterstützung aller zählen durfte, auch wenn er ganz ungewöhnliche Opfer und die außerordentlichsten Maßregeln forderte. Die wahren Schwierigkeiten begannen erst, als die ersten Schwierigkeiten überwunden waren, als die Parteien anfingen aus der Betäubung zu erwachen, als man sich mit dem Definitivum zu beschäftigen begann. Ein großer Politiker hätte sofort in den ersten Tagen die Fundamente für die dauernde Herrschaft seines Systems zu legen versucht, wie Bismarck es 1866 und 1870 machte; Herr Thiers, immer besorgt um seine persönliche Stellung, balancierte sich so lange zwischen den verschiedenen Parteien, bis am Ende diese statt seiner die Situation bestimmten. Als er es unternahm, die konservative Republik zu gründen, war es zu spät: weder die Rechte noch die Linke waren jetzt noch fügsam genug, um sich ihm unterzuordnen. Als

Paris von den Brandstiftungen der Kommunards rauchte, da war seine Stunde, da hätte er mit der Nationalversammlung machen können, was er wollte. Freilich nur, wenn er seine ganze Existenz einsetzen wollte. Denn das dürfen wir nicht vergessen, daß seine Lage eine ganz außerordentliche war, daß nur ein ganz außerordentlicher Mensch ihr hätte gerecht werden können, und daß man niemand tadeln darf, weil er kein Riese ist. Nachdem einmal der günstige Zeitpunkt vorübergegangen war, konnte Herr Thiers in der Tat nicht viel anders handeln, als er gehandelt hat. Mit einer in zwei gleiche Hälften geteilten souveränen Versammlung war das Schaukelsystem gegeben, nachdem das System des Durchgreifens unwiederbringlich verloren war.

Daß Frankreich seinem gestürzten Präsidenten für immer Dank schuldet, bleibt bei alledem unbestreitbar. Er hat unter allen Umständen das Verdienst, daß er an seinem Lande nicht verzweifelte, als Verzweiflung das natürlichste Gefühl gewesen wäre.

Der Brief des Papstes an den Kaiser.

16. Oktober 1873.

Es ist nicht ganz leicht, sich klar zu machen, welchen Zweck die Ratgeber des Papstes im Auge hatten, als sie ihn veranlaßten, den seltsamen Brief an den deutschen Kaiser zu unterschreiben. Daß sie geglaubt haben könnten, durch diese Epistel den Kaiser einzuschüchtern, zu rühren oder zu überzeugen, ist nicht anzunehmen. Dazu sind sie jedenfalls zu klug und zu welterfahren. Sie wußten sehr wohl, daß ein Monarch nicht ohne weiteres seine bedeutendsten Minister entläßt und seine ganze Politik abändert, weil ein fremder Hof, dem diese Minister und diese Politik unbequem sind, behauptet, daß er, der Monarch, durch Beibehaltung derselben seinen eigenen Thron untergrabe. Durch solche Mittel auf die Lenkung eines Staates einzuwirken, mit welchem man in offenem Fehdezustande lebt, ist wohl noch nie einem Staatsmanne in den Sinn gekommen. Man denke sich, Louis Napoleon hätte im Juli 1870 an König Wilhelm geschrieben, er möge die Grafen Bismarck und Moltke

entlaſſen und abſtehen von den rigoroſen Maßregeln zur Konzentrierung der deutſchen Wehrkräfte. Der Fall wäre ziemlich analog geweſen; man würde aber, wäre er eingetreten, allgemein angenommen haben, daß Napoleon den Verſtand verloren habe. Solche Aufforderungen pflegen von einem gekrönten Haupte an das andere nur dann gerichtet zu werden, wenn der Kampf vorbei, wenn der Sieg entſchieden iſt, wenn der Überwundene machtlos am Boden liegt. Nun iſt es allerdings richtig, daß der Papſt kein gekröntes Haupt im gewöhnlichen Sinne, ſondern ein geiſtlicher Souverän iſt, und daß die Geiſtlichen ſich manche Dinge erlauben, (wie die Damen), wofür man von einem Manne Genugtuung fordern würde. Aber auch ein geiſtlicher Hof muß einen beſtimmten Zweck im Auge haben, wenn er einen ſo auffälligen Schritt tut.

Vielleicht war der Brief nur beſtimmt, auf das ultramontan geſinnte Publikum zu wirken. Allein dieſer Annahme ſteht einesteils die höchſt nüchterne, ſchwungloſe Sprache des Schriftſtücks, andererſeits die Geſchichte ſeiner Veröffentlichung entgegen. Auch beſitzt der Papſt, wenn er an die Leidenſchaften appellieren will, andere und handlichere Mittel genug, als daß er zu einer Form greifen ſollte, welche ihn hinderte, recht ins Geſchirr zu gehen, wie man im gemeinen Leben ſagt. Der Brief iſt am 7. Auguſt geſchrieben, am 3. September beantwortet, am 14. Oktober veröffentlicht worden, und zwar veröffentlicht nicht von einem römiſchen Blatte, ſondern in Berlin, vom „Deutſchen Reichsanzeiger", alſo auf Anordnung der preußiſchen Regierung. Nach Anſicht der letzteren iſt alſo jedenfalls der Inhalt des Schreibens dem Adreſſaten günſtiger als dem Abſender; auf das Publikum zu wirken, kann vernünftigerweiſe der Papſt nicht beabſichtigt haben.

Vernünftigerweiſe, — ja, da liegts. Man findet keine Erklärung, wenn man davon ausgeht, daß Rom unter allen Umſtänden mit der höchſten Klugheit operiere. Dies iſt eine alte Tradition, und die Tradition war keine bloße Fabel. Aber die Klugheit, welche nicht auf dem Boden der ewigen Vernunft ſteht, kommt früher oder ſpäter immer an einen Punkt, wo ſie ſich ſelbſt verleugnen muß. Im Dienſte weltlicher Herrſchſucht iſt die Klugheit der Hierarchie den Dämonen dienſtbar, welche Gewalt haben

über den Hochmütigen und Selbstsüchtigen. Die sündliche Begierde Schranken des Möglichen. Wir haben ein großartiges Beispiel davon nach schrankenloser Macht betört das von so wahnsinnigem Streben berauschte Herz und verblendet selbst den schärfsten Blick über die vor sechzig Jahren an einem genialen weltlichen Tyrannen erlebt; heute sind wir Zeugen, wie der geistliche Despotismus die schwindelnden Wege zum Abgrunde wandelt, in blindem Stolze. Gerade deshalb pries man die römische Kirchenregierung früher als klug, weil sie bei maßlosem Ehrgeiz doch immer mit den irdischen Schranken, mit den zeitlichen Verhältnissen abzurechnen wußte. Seit dem Jahre des Konzils scheint ihr diese Rechenkunst, das Fundament ihrer Macht, mehr und mehr abhanden zu kommen. Rücksichtslos schreitet sie über alle realen Verhältnisse hinweg, ignoriert sie alle Resultate der Geschichte, alle Errungenschaften des menschlichen Geistes, und geberdet sich, als sei sie im buchstäblichen Wortverstande Gottes alleinige Stellvertreterin, die unbeschränkte Herrscherin der Welt.

Und doch, unwillkürlich fällt der irdische Gott, trotz seines geistlichen Hochmuts, aus der erhabenen Rolle in die kleinen Gewohnheiten menschlicher Pfiffigkeit zurück. Das alte verbrauchte Kunstmittel, den Monarchen von seinen Ministern zu trennen, eine parlamentarische Fiktion, eine Aushilfe vorsichtiger Journalisten, muß dem Statthalter Jehovahs seine fadenscheinigen Wendungen liefern. Phrasen dieses Gepräges mögen im Handel und Wandel irdischer Politik passieren, aber im Munde des Unfehlbaren, dessen Panier die Wahrheit ist, nimmt sich diese Sprache mehr als seltsam aus. Seltsam auch, wenn man an die Sätze des Syllabus denkt, der Schluß des Schreibens, in welchem derselbe Papst, der die Toleranz gegen Andersgläubige für verdammlich erklärt, dem ketzerischen Fürsten den Ausdruck seiner Verehrung und Ergebenheit darbringt. Natürlich wird man sagen, das seien nur höfliche Redensarten, die nichts weiter bedeuten. Für einen Menschen mit menschlichen Ansprüchen genügt die Einrede, aber für einen Gott? Ein höflicher Gott! Ein Gott, der nichtssagende Komplimente macht! So lange die Päpste klug genug waren, ihre Ansprüche den irdischen Formen anzupassen, konnte man sich den verhüllten Widerspruch zwischen ihren Prätensionen und diesen Formen gefallen lassen;

jetzt wo der Ehrgeiz Roms die letzten Hüllen abgestreift hat und nackt einhergeht, wirkt der Kontrast — wir haben kein anderes Wort dafür — er wirkt komisch. Dies würde ohne Frage der vorwiegende Eindruck des Briefes sein, wenn nicht ein anderes hinzukäme, ein anderes, was nichts weniger als komisch wirkt. Wir meinen die eherne Dreistigkeit, mit welcher der Papst die, wie er selbst sehr wohl weiß, unwahre Behauptung ausspricht, daß die preußische Regierung rigorose Maßregeln „gegen die Religion Jesu Christi" getroffen habe. Wenn man erwägt, daß, von der Religion Jesu Christi nicht zu reden, die Religion der römischen Kirche fortwährend, täglich im ganzen Umfange der preußischen Monarchie gelehrt und geübt wird, öffentlich, unter dem Schutze des Staats, zum Teil mittelst staatlicher Geldzuschüsse, daß nicht ein einziges Dogma, nicht eine einzige Kultusform, nicht eine einzige Verfassungsvorschrift der römischen Kirche in Preußen verpönt, unterdrückt oder gehindert wird, daß überhaupt kein Gesetz in Preußen hinsichtlich der römischen Kirchenverhältnisse besteht, welches nicht auch in katholischen Staaten ebenso oder ähnlich oder selbst schärfer bestände, wenn man dies erwägt und dann die kaltblütige Behauptung dessen liest, der die Wahrheit sein Panier nennt, so muß man erschrecken vor dem Schauspiel, welches eine solche Verkehrung der einfachsten Sittlichkeitsbegriffe auf dem hohenpriesterlichen Throne einer ursprünglich christlichen Kirche darbietet, und man kann nur sagen: das Antwortschreiben des Kaisers, so vortrefflich es ist, tut dem anderen zu viel Ehre an.

Das Militärgesetz.

18. April 1874.

Die Leichtigkeit, mit welcher der drohende Konflikt wegen des Heerwesens beschworen worden ist, läßt den Zweifel aufkommen, ob es nötig gewesen wäre, sich dieserhalb so viel Sorge zu machen. Wozu, könnte man fragen, alle die Aufregung, die Volksversammlungen, die Adressen und Resolutionen, wozu eine Bewegung, welche Herr von Bennigsen mit der des Jahres 1848 verglich, wenn es

schließlich so wenig Mühe kostete, die notwendige Verständigung herbeizuführen. Heute vor acht Tagen glaubte man noch am Vorabende eines heftigen, ungewissen Kampfes zu stehen; heute schon liegt die zweite Lesung des Militärgesetzes hinter uns, und die Sache ist geordnet, ohne alle Erschütterungen, mit großen ausreichenden Majoritäten, zur völligen Zufriedenheit der Mehrzahl der Bevölkerung und in einer Weise, welche auch der Reichsregierung durchaus annehmbar erschienen ist. Dem Auslande gegenüber hat die innere Einigung des Reichs sich als fest und haltbar erprobt, im Lande selbst hat man die Sicherheit gewonnen, daß für die nächsten sieben Jahre das Heerwesen sich auf geordneten Grundlagen entwickeln werde, ohne alle Augenblicke heftigen Debatten ausgesetzt zu sein.

Es war doch vielleicht recht nützlich, daß die Bevölkerung ihr Wort zur Sache sprach. Ob dieselbe so glatt verlaufen sein würde, wenn die Nation stumm dem Verlaufe der Dinge zugesehen hätte, ist wohl zu bezweifeln. Die nationalliberale Partei, welche am Ende den Ausschlag geben mußte, stand, wie man aus dem Gange der Verhandlungen deutlich erkennt, keineswegs von Anfang an auf der Höhe ihrer Aufgabe; eine große Menge ihrer Mitglieder bedurfte augenscheinlich erst der Ermutigung, bevor sie sich entschließen konnte, über gewisse althergebrachte Dogmen des liberalen Katechismus sich hinwegzusetzen und die realen Verhältnisse in ihrer ganzen Bedeutung anzuerkennen. Noch in diesem Augenblicke, nachdem der Kampf entschieden ist, hört man Stimmen, welche verraten, daß manche Vertreter nur widerstrebend getan haben, was die Vertretenen laut von ihnen forderten. Man hört Stimmen, welche von dem Gefühle ausgehen, als habe der Reichstag, indem er sich mit der Regierung vertrug, Gott weiß, welches Opfer gebracht, Gott weiß, welche schmerzliche Entsagung geübt. Wenn solche Gefühle selbst in den relativ vernünftigen Kreisen des Parlaments noch so mächtig sind, ist der Zweifel gewiß berechtigt, ob die Fraktion, sich selbst überlassen, ohne den entschiedenen Zuspruch der Nation, zu der Einmütigkeit gelangt wäre, mit welcher sie schließlich für eine heilsame und verständige Lösung eintrat.

Noch aus einem anderen Grunde halten wir die Volksbewegung, welche der zweiten Lesung des Heeresgesetzes voraufging, für höchst bedeutsam. Sie hat, wenn wir nicht sehr irren, die politische Erziehung der Nation im allgemeinen, ganz abgesehen von dem nächsten praktischen Zwecke, wesentlich gefördert. Sie hat mächtig beigetragen, eine der verderblichsten Traditionen des Liberalismus zu erschüttern, die Tradition, daß es freisinnig sei, gegen die Regierung zu stimmen, daß zur Regierungspartei zu gehören an und für sich dem freien Manne nicht anstehe, daß man Minister, auch wenn sie noch so ausgezeichnet dem Staate dienen, stets mit dem äußersten Argwohn als natürliche Feinde betrachten müsse. Im Reichstage selbst klingt diese Tradition fortwährend nach. Herr Windthorst glaubt den Nationalliberalen nichts Verletzenderes sagen zu können, als wenn er sie die ministerielle Partei nennt; Herr Richter glaubt einen vernichtenden Sarkasmus auf seine Gegner zu schleudern, wenn er ihnen andeutet, sie ließen sich von den Ansichten des Reichskanzlers leiten. Und das Schlimmste ist, daß die Nationalliberalen selbst, wenigstens manche von ihnen, solche Äußerungen wirklich als eine Verletzung, als Sarkasmus empfinden und dagegen protestieren. Als ob es nicht ganz natürlich, durchaus verständig und sehr löblich wäre, den Minister zu unterstützen, mit dessen Politik man einverstanden ist. Solche Beobachtungen, die man auch in der verflossenen Woche machen konnte, beweisen uns, daß wir in der Politik die Kinderschuhe noch immer nicht vertreten haben. Welchem Engländer würde es einfallen, sich des Prädikats „ministeriell" zu schämen, wenn die regierenden Minister sein eigenes Programm, seine lebhaftesten Wünsche glänzend und erfolgreich vertreten?

Diesmal ist das Volk seinen Vertretern mit gutem Beispiel vorangegangen. An einer ebenso großen als gemeinfaßlichen Frage lernte es plötzlich die wahre Natur konstitutionellen Regiments verstehen, welche darin besteht, diejenigen Minister an der Spitze der Geschäfte zu erhalten, welche uns für die wirksame Führung der Geschäfte die brauchbarsten und tüchtigsten erscheinen. Das Volk, angesichts einer die Fundamente des Reichs bedrohenden Krisis, kam, „wie durch einen göttlichen Instinkt", auf den richtigen Weg der Lösung, streifte ohne alles Bedenken alle Vorurteile der Partei-

tradition ab und erklärte ohne eine Spur falscher Scham, daß es in der obschwebenden Streitfrage ministeriell und gouvernemental gesinnt sei. So natürlich dies, wie gesagt, an sich ist, so bezeichnet es doch einen großen Fortschritt im Leben der Nation. Denn, so viel wir uns erinnern, ist es das erste Mal, daß eine solche Kundgebung, im Widerspruche mit den hergebrachten liberalisierenden Schlagworten, ein solches Zeugnis weiser Realpolitik aus den Tiefen der Nation sich entfaltet hat. Die Versuche, dieser Bewegung, welche spontan war wie je eine, den Makel des Gemachten anzuheften, halten wir für einfach lächerlich. Auch wurden sie im Reichstage nur schüchtern unternommen. Wir erwähnen ihrer nur, um daran eine andere Bemerkung zu knüpfen.

Nicht zum erstenmal, aber besonders deutlich trat in dieser Debatte eine Eigentümlichkeit zutage, welche in Korporationen wie der Reichstag sich sehr häufig entwickelt, und die wir am besten mit dem Worte „parlamentarischer Hochmut" bezeichnen können, ein gewisses Überlegenheits- ja Unfehlbarkeitsgefühl, mit welchem man auf die außenstehende Menge herabblickt, eine gereizte Stimmung gegen das Publikum, welches sich anmaßt, die Zirkel der Fraktionsführer zu turbieren, eine übertriebene Hochachtung vor dem „hohen Hause", dessen Würde und dessen Rechte als die Hauptsache im ganzen nationalen Dasein, gewissermaßen als dessen eigentlicher Zweck betrachtet werden. Die Rede des Herrn Richter von der Fortschrittspartei war ganz durchweht von diesem spezifischen Parlamentsdünkel. Die Hunderttausende gebildeter und achtbarer Deutscher, welche sich herausgenommen haben, dem Kaiser, dem Kriegsministerium, dem Grafen Moltke ein besseres Urteil in militärischen Dingen zuzutrauen als Herrn Richter, wurden von ihm so verächtlich behandelt als ob sie Pöbelrotten und er ein Graf mit vierundsechzig Ahnen wäre. Selbst Herr Lasker konnte den Ausdruck des Unmuts nicht unterdrücken, daß gewöhnliche Bürger sich in Dinge mischten, von denen sie nicht so viel verständen wie die berufenen Vertreter der Nation. Er gab uns zu verstehen, daß wir mit unserem Zutappen viel Unheil hätten anrichten können. Eine Zeitlang, sagte er, sei er recht besorgt gewesen, die Regierung möge durch die ihr günstigen Volksdemonstrationen zu Unnach-

giebigkeiten verleitet werden. Glücklicherweise ist das Unheil noch gnädig vorübergegangen: die Regierung ist vernünftiger gewesen, als Herr Lasker ihr zugetraut hatte, gerade so vernünftig wie das Volk vorausgesetzt hatte.

Wir sind die berufenen Vertreter der Nation! dies stolze Bewußtsein droht ein wenig das wirkliche und richtige Verhältnis zu trüben. In der Atmosphäre der Parlamente erzeugt sich allmählich ein Dunst, welcher dem Blicke die Wahrheit verhüllt, daß der Zweck die Nation, ihr Recht, ihre Wohlfahrt, ihre Freiheit ist, und daß der Reichstag und alle seine Rechte lediglich Mittel sind. Diesem Dunste gegenüber ist von Zeit zu Zeit eine Lüftung, wie sie der Sturm einer patriotischen Volksbewegung hervorbringt, sehr wohltätig. In dem dann wieder hergestellten klaren Lichte wird die hohe Bedeutung des Reichstags immer noch sich sehr imposant ausnehmen, aber sie wird ihre mystischen Proportionen verlieren. Man wird wieder erkennen, daß auch der Satz, der Reichstag vertrete die Nation, immer nur eine höchst bedingte Wahrheit ausspricht, was er mit allen menschlichen Sätzen gemein hat. Bei näherem Zusehen wird man sogar gewahr werden, daß der Satz, so wie er in der Verfassung steht, nichts weiter ist als eine Fiktion, und daß es immer erst abgewartet werden muß, ob der Reichstag die Nation im einzelnen Falle wirklich vertritt. Es wird angenommen, und es muß ja — bei Vermeidung des Chaos — angenommen werden, daß die Stimme des Reichstags die Stimme Deutschlands sei, aber damit, daß man es annimmt, ist es noch lange nicht wahr. Sehr leicht vergißt man, daß ja nicht Deutschland, nicht die Nation in ihrer Gesamtheit den Reichstag ernennt, sondern daß derselbe aus Abgeordneten einzelner Kreise besteht, auf deren Wahl die Nation selbst keinen Einfluß übt. Nur weil die Verfassung es so bestimmt, nicht in Wahrheit ist der Abgeordnete der Vertreter des Ganzen. Wir wissen natürlich wohl, daß es sich nicht gut anders einrichten läßt, aber es ist nicht überflüssig daran zu erinnern, daß wir, das heißt die Nation, nicht unmittelbar, sondern nur höchst mittelbar zu Worte kommen, wenn der Reichstag, und vollends, wenn eine Fraktion oder ein Mitglied spricht. Man wirft der Bewegung dieser Tage vor, sie sei ein Mißtrauens-

votum gegen die künftigen Reichstage. Und wenn sie es wäre? Warum nicht? Sind nicht alle Gesetze, alle feste Institutionen ein Mißtrauensvotum gegen irgend jemand? Gerade deshalb macht man Gesetze, damit nicht die Entscheidung im einzelnen Falle lediglich vom Gutdünken abhange. Man macht solche Gesetze gegen Könige, Gerichte, Steuerzahler, Wehrpflichtige, gegen alle und jede Existenzen der Menschenwelt, warum sollte man sie nicht auch gegen Parlamente machen dürfen, wenn die Wohlfahrt des Ganzen auf dem Spiele steht. Jede Verfassung ist ja nichts anderes als ein Mißtrauensvotum. Und sieht man denn nicht, daß in dem Mißtrauensvotum zugleich ein Vertrauensvotum liegt? Das Heeresgesetz ist ja nicht dauernd stabiliert, aber, wenn es geschehen wäre, wenn Deutschland sein Schicksal, seine Existenz abhängig gemacht hätte von Beschlüssen, die künftig ohne Mitwirkung des Reichstages nie hätten abgeändert werden können, wäre das nicht ein Beweis von hohem Vertrauen gewesen? Wir meinen doch.

Die römische Kirche und der Staat.

8. April 1875.

Der Prälat, welcher in einem unbewachten Augenblicke sagte, nur die Revolution könne der römischen Kirche noch helfen, sagte damit mehr als ihm selbst bewußt gewesen sein mag. Er erkannte an nicht allein, daß seine Kirche ihre Hoffnungen auf ein bestimmtes politisches Ereignis baue, welches den Menschen im allgemeinen als ein großes Unglück erscheint, sondern implicite auch, daß die Hoffnungen seiner Kirche selbst politischer Natur, nicht geistlicher, sind, daß dieselben sich in der Tat, wie ihre Gegner allzeit behaupten, nicht auf das Heil in jener Welt, sondern auf die Herrschaft in dieser richten. Denn welchen denkbaren Nutzen könnte sie im Hinblick auf das jenseitige Heil von einer irdischen Revolution erwarten? Werden mehr Seelen gerettet werden, wenn Europa sich als sozialdemokratische Föderativrepublik einrichtet? wird die heilsame Lehre offnere Ohren und Herzen finden, wenn eine progressive Einkommensteuer die Besitzenden zugunsten der Demagogen ausbeutet? sind

die Zustände New Yorks, um ein Beispiel zu nennen, der Vorbereitung auf die Ewigkeit günstiger als die Zustände von Berlin, Florenz oder Brüssel? Wenn dem so ist, so müssen wir gestehen, daß es uns schwer fällt, den ursächlichen Zusammenhang zwischen roter Republik und Himmelreich zu entdecken. Denn auch, was man vielleicht anführen könnte, daß in Zeiten irdischer Not die Herzen leichter sich der Kirche zuwenden, auch dies rechtfertigt sicherlich nicht ein geflissentliches Herbeiwünschen der Not, weder im allgemeinen, noch auch — und dies noch weniger — einer bestimmten Not, vorzugsweise gerade der Revolution. Die Anwendung derartiger scharfer Erziehungsmittel überläßt der Fromme füglich der Vorsehung, auch wenn er persönlich von der läuternden Kraft der Leiden noch so lebhaft durchdrungen ist, zumal nicht abzusehen ist, welche Art des Leidens pädagogisch die wirksamste ist. Kommt es nur auf Trübsal und Schmerzen an, so können ja Hunger, Seuchen, Krieg, Erdbeben und Überschwemmungen die nämlichen Dienste tun wie Revolutionen; man hat nicht nötig, dem Allmächtigen ein festes Programm zu diktieren. Auch sollte man denken, daß selbst in den gedeihlichsten Zeiten Elend genug in der Welt sei, um selbst weitgehende priesterliche Ansprüche zu befriedigen.

Wenn es dagegen auf Erwerbung politischer Macht abgesehen ist, dann muß man allerdings einräumen, daß die Revolution dazu unter Umständen das sachdienliche Mittel sein kann, und der Schluß ist berechtigt, daß die römische Kirche, indem sie dies Mittel bevorzugt, auch jenen Zweck im Auge habe. Denn auch das kann nicht eingewandt werden, daß die Kirche die Revolution hoffe, weil sie von ihr eine Befreiung der Gewissen erwarten dürfe. Dies möchte zutreffen in Ländern, in denen ihr Kultus verboten und Verfolgungen ausgesetzt ist, obwohl es auch da immer bedenklich bliebe, das Böse zu wünschen, um das Gute gefördert zu sehen. Aber im westlichen Europa ist selbst dieser Vorwand hinfällig. Überall ist der römisch-katholische Kultus völlig frei; niemand wird gehindert, ihn auszuüben und ihm beizuwohnen. Es ist sogar sehr die Frage, ob die rote Republik nicht despotisch gegen die Priester auftreten, die Revolution also die Gewissensfreiheit, anstatt zu fördern, vernichten würde. Wie man auch die Sache wenden mag, es bleibt

keine andere Erklärung als die, daß die Kirche von der Revolution, indirekt vielleicht, eine Vermehrung politischer Macht für sich erwartet. Und in dieser Berechnung hat sie nicht so ganz unrecht. Die Erfahrungen von 1815 und von 1848 sprechen dafür, und was wir gegenwärtig in Frankreich erleben, scheint zum dritten Male die Beobachtung zu bestätigen, daß in trüben Wassern Sankt Peter am besten zu fischen weiß. Revolutionen sind in doppelter Beziehung der Hierarchie nützlich: sie erschrecken die Regierungen und machen sie geneigt zu Bündnissen mit der Priesterschaft; sie geben den ungebildeten Massen das politische Übergewicht, und die ungebildeten Massen gerade sind es, mit deren Hilfe am ehesten die Priester der Staatsgewalt sich bemächtigen.

Verfolgt man die moderne Kirchengeschichte, so findet man, daß diese beiden Momente die wichtigste Rolle in derselben spielen. Es ist gar nicht wahr, daß Roms Macht vorwiegend geistlichen Einflüssen ihr Wachstum während der letzten sechzig Jahre verdanke. Die kluge Benutzung politischer Ereignisse tritt so sehr in den Vordergrund, daß man sagen kann, sie allein hat den Ultramontanismus wieder zu Kräften gebracht. Die klerikalen Redner und Schriftsteller lieben es, die göttliche Unvergänglichkeit der Kirche zu illustrieren, indem sie hervorheben, daß diese Kirche, aller weltlichen Waffen bar, über die französische Revolution und über die Gewalt Napoleons triumphiert habe. Die heilige Arche wird uns gern vorgeführt, wie sie hoch und hehr auf den wilden Wassern einherschwimmt. Wenn man näher zusieht, sind doch bei dem Erfolge weltliche Waffen gar sehr beteiligt gewesen. Die Revolution ward von einem sehr profanen Imperator gebändigt, und der Imperator ward von den ketzerischen Engländern und Preußen und den heterodoxen Russen zu Boden geworfen. Erst als die wilden Wasser sich verlaufen hatten, wurde die heilige Arche wieder flott. Und wodurch? Durch die Gunst der reaktionären Kabinette, welche — ohne Unterschied des Bekenntnisses — den heiligen Vater als ein unentbehrliches Element der politischen Ordnung betrachteten und ihm in aller Weise behilflich waren, sein stark beschädigtes Schifflein wieder herzustellen und mit den neuesten und besten Apparaten auszurüsten.

Noch mehr aber als den Männern des Wiener Kongresses verdankt der Papst der nächsten Generation, den Liberalen von 1848 und den Retrograden von 1849. Die ersteren warfen alle Schranken nieder, welche Metternichs Zeitgenossen noch gegen die Anmaßungen der Hierarchie für nützlich gehalten hatten, im Namen der Freiheit natürlich, und die letzteren fanden keinen Preis zu hoch, um die Mitwirkung der Geistlichkeit bei Herstellung der alten Ordnung zu erkaufen. Das allgemeine Stimmrecht sodann, welches der Liberalismus in die Welt eingeführt hatte und welches die Reaktion nicht so übel fand, eröffnete den Priestern eine neue Quelle politischen Einflusses, wie sie ihnen bisher nie, weder in den absoluten noch in den konstitutionellen Staaten, zu Gebote gestanden hatte. Schon im Jahre 1849 sagte ein guter Beobachter, die Revolution habe nur zwei Ständen genützt, den Bauern und den Geistlichen. Der Unterschied war nur der, daß die Bauern Privatvorteile gewannen, die Priester Vorteile für einen fremdländischen Hof. Es ist weltkundig und namentlich in letzter Zeit allen ins Gedächtnis zurückgerufen, wie seit dem sogenannten Völkerfrühling Rom es verstanden hat, auf der einen Seite die demokratischen Theorien, auf der anderen Seite die konservativen Beklemmungen zur Ausbreitung seines Einflusses, zur Vermehrung seiner Milizen und Depots in fast allen europäischen Ländern auszunutzen. In Frankreich wiederholt sich seit 1871 die nämliche Erscheinung. Die Angst der besitzenden Klassen vor der Kommune führt selbst die Voltairianer in das geistliche Heerlager; der Rachedurst, Deutschland gegenüber, verbündet die Uniform der Soutane, und jedesmal ist es die Kirche, welche sich ihre Bundesgenossenschaft bezahlen läßt. Die Laien bestellen das Feld, die Kirche zehntet. Dies sind nicht Äußerungen einer innerlichen und religiösen Lebenskraft des Papsttums, sondern es sind ganz weltliche Geschäfte, welche nur im Kostüm sich von den gewöhnlichen Manövern politischer Parteien unterscheiden und lediglich dadurch einen geistlichen Anstrich erhalten. Man agitiert mit Prozessionen und arrangierten Wundern, man leitet Wahlen vermittelst des Beichtstuhls, man herrscht durch parlamentarische und bureaukratische Organe, und alles dies nicht um die Menschen zu belehren und zu bekehren,

sondern um dem Papste die Arsenale und die Schatzkammer Frankreichs dienstbar zu machen. Denn von jeher hat Rom sich begnügt, die Welt indirekt zu beherrschen. Es verlangt nicht, daß Frankreich im Namen des Papstes verwaltet werde; ihm genügt es, daß die Franzosen marschieren, sobald der Papst es befiehlt. Zu dem Ende ist es notwendig, daß die Kreaturen des Papstes das Volk unterrichten, die Familien lenken, die Justiz und die Polizei handhaben, die gesetzgebende Versammlung dominieren, die großen Armeekommandos innehaben, die Ministerposten bekleiden und den Präsidenten selbst überwachen. Wer diesem Bestreben entgegentritt, wird als Feind der Religion verdammt, obwohl, wie man sieht, die Religion mit der Sache wenig zu schaffen hat.

Selbst mit dem deutschen Reiche hat man ursprünglich sich eben so freundlich zu stellen gesucht, wie jetzt mit den französischen Machthabern. Deutschland hatte sich sehr stark gezeigt, und für das Starke hat Rom einen feinen Instinkt. Einen robusten Knecht schätzt es höher als einen schwächlichen. Es kam nur darauf an, ob das Reich die Knechtsrolle auf sich nehmen würde. Wenn jene Sendung des Erzbischofs Ledochowski in das Hauptquartier zu Versailles besseren Erfolg gehabt, wenn König Wilhelm sich bereit erwiesen hätte, von Italien die Räumung Roms zu erzwingen, so würde das kirchliche Bekenntnis keine Hinderung der Freundschaft gewesen sein; der heilige Vater hätte die ketzerischen Fahnen mit der liebenswürdigsten Zuvorkommenheit gesegnet. Der Kreuzzug wurde erst gepredigt, als man im Vatikan sich überzeugt hatte, daß das neue Reich ihm keine Heerfolge leisten werde. Das neue Reich wollte der katholischen Religion allen erforderlichen Spielraum und Schutz gewähren, aber daran war der römischen Kurie wenig gelegen, daran zweifelte sie ohnehin nicht; sie verlangte nichts für die Religion, alles für ihre weltliche Macht. Und als sie mit diesem Verlangen abfuhr, also lediglich um irdischer Interessen willen, unternahm sie es, dem Reiche innere Zerrüttung und äußere Gefahren zu bereiten. Denn das ist ja allerdings klar, so lange das Berliner Kabinett eine maßgebende Rolle in Europa spielt, so lange ist an der Zerrüttung Italiens und folgeweise an Herstellung des Kirchenstaates nicht zu denken. Deshalb Germania delenda est,

nur über Deutschlands Leiche geht der Weg. Nicht minder klar aber ist es, wie uns dünkt, daß die Religion mit diesen Dingen gerade so viel zu schaffen hat, wie mit der ersten besten politischen Frage, dem Besitze von Kuba, der nordschleswigschen Grenzregulierung oder der holländischen Expedition gegen die Atschinesen. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß in den letzteren Fällen Laien spielen und nicht römische Geistliche.

Bismarck und die katholische Kirche.

15. April 1875.

Was Fürst Bismarck im Herrenhause noch ausdrücklich bevorworten zu müssen glaubte, daß er kein Gegner der katholischen Kirche sei, noch jemals gewesen sei, daß sein Kampf lediglich dem römischen Papste, dem Ketzer verfluchenden, weltliche Herrschaft anstrebenden, das evangelische Preußen mit irdischem Hasse verfolgenden, gelte, das haben unbefangene Zeitgenossen nie bezweifelt, und der Papst selbst hat dafür gesorgt, dem Reichskanzler den Beweis leicht zu machen. Der Kern des Konfliktes, sein politischer Charakter, seine gegen Deutschlands Wohlfahrt gerichtete Tendenz ist mit jedem neuen Stadium, in welches er eintrat, deutlicher geworden; mehr und mehr haben die anfänglichen Versuche, der Sache einen theoretisch-dogmatischen Anstrich zu bewahren, den direkten Eingriffen in das eigentliche Staatsleben Platz gemacht, und je weniger es den Ultramontanen möglich gewesen ist, irgendwo eine Verhinderung oder Beengung der Lehre und des Kultus nachzuweisen, um so hitziger haben sie sich auf die internationale und die staatsrechtliche Partie des Streites geworfen, deren bloße Existenz sie in den ersten Jahren des Kampfes mit dreister Stirn ableugneten. Was der Friede verloren hat, das ist wenigstens der Aufrichtigkeit zugute gekommen, wenn man auch nicht sagen kann, daß die Aufrichtigkeit auf seiten der Ultramontanen eine freiwillige war. Sie sind dazu gedrängt worden, Schritt für Schritt, nach unzähligen Winkelzügen, bis sie schließlich vor der unentrinnbaren Notwendigkeit angelangt sind, entweder die Enzyklika des Papstes oder ihre

Untertanenpflicht und ihr Deutschtum zu verleugnen. Von Fehler zu Fehler fortschreitend haben sie jetzt die Fahne ganz aufrollen müssen, welche sie so lange sorgfältig den Blicken der Glaubensgenossen zu verbergen bemüht waren, die Fahne des reinen, ungemilderten Papismus, welche überall da flattert, wo Feinde Deutschlands Rache und Unheil brüten, dieselbe Fahne, welche seit achthundert Jahren von allen tüchtigen Königen, Staatsmännern, Geistlichen und Völkern — mit wechselndem Erfolge, aber mit stets gleichem Abscheu — als das Symbol des gefährlichsten menschlichen Ehrgeizes und Despotismus bekämpft worden ist, vor allem in strengkatholischen Zeiten und in strengkatholischen Landen.

Schon vor Jahren richtete der Reichskanzler an die Zentrumspartei, welche damals noch hartnäckig ihre nationale Gesinnung beteuerte, die Frage, weshalb sie denn bei solcher Gesinnung einen Mann zum Führer gemacht hätten, dessen bloßer Name ein Programm der unversöhnlichsten Opposition gegen alle Errungenschaften von 1866 sei? Er machte sie darauf aufmerksam, wie unklug sie handelten, die Interessen der katholischen Religion, *wenn* sie diese Interessen vertreten wollten, mit allen reichsfeindlichen Bestrebungen in Verbindung zu bringen. Aber die Warnung ist völlig unbeachtet geblieben. Die Interessen der Religion waren eben den Führern der Partei Nebensache. Der *politische* Haß war das leitende Prinzip ihrer Handlungen, und je weiter die Aktion sich entwickelte, desto weniger ließ es sich verhüllen. Heute sind die letzten Schleier gefallen. Überblickt man die ganze Schlachtreihe, so findet man die aufgebotenen Truppen überall in offener und erklärter Frontstellung gegen das deutsche Reich, gegen seine innere Ordnung, gegen seine äußere Sicherheit. Der Vorkämpfer der partikularistischenReaktion, der politische Todfeind Preußens steht nach wie vor an der Spitze des parlamentarischen Armeekorps; die Journalisten der Partei predigen offen den Landesverrat, die Verbündung mit den feindlichen Invasionsheeren, welche man mit lauter Stimme herbeisehnt, daß sie die Fluren des Vaterlandes verwüsten; in ganz Europa gibt es keine wider uns erbitterte Partei, welcher nicht von seiten unserer Ultramontanen Zuruf, Aufmunterung und Sympathie zuteil wird. Und um auch den letzten Zweifel an der

wahren Tendenz dieser Agitationen zu beseitigen, hat man zum Schlusse jenes heillose päpstliche Aktenstück in die Massen geschleudert, welches die Auflehnung gegen die Gesetze Preußens als ein heiliges Gebot christlicher Pflicht, den Gehorsam gegen dieselben als verdammlichen Abfall von Gott zu bezeichnen wagt. Um diese letzte, ärgste Herausforderung des römischen Hofes gruppiert sich fortan die Bewegung der schwarzen Heerhaufen. Keine Wahl bleibt mehr: wenn es seine Richtigkeit hat mit der unfehlbaren päpstlichen Autorität, wie man ja unermüdlich versichert, so verwandelt sich nunmehr die katholische Kirche Deutschlands in eine bewußtermaßen staatsfeindliche Organisation, und der ganze weitschichtige wirkungsvolle Apparat dieser mächtigen Körperschaft wird ein Instrument der Rebellion wider die preußische Krone, geleitet und gehandhabt von einer kleinen Koterie unverantwortlicher ausländischer Priester, deren Feindseligkeit gegen alles, was deutsch heißt, weltkundig ist.

Dies ist die Situation, dies ist der Angriff, zu dessen Abwehr Fürst Bismarck den Landtag Preußens aufruft. Was hat diese Situation mit der katholischen Religion zu schaffen? Bildet sich jemand im Ernste ein, die französischen Rosse, wenn sie — was Gott verhüte — jemals wieder über den Rhein kämen, würden nur den ketzerischen Weizen zerstampfen? Wähnt man, die zusammenstürzenden Trümmer unserer nationalen Ordnung würden nur protestantische Schädel einschlagen? Fürchtet irgend ein Katholik, daß der Staat ihn oder seine Kinder nötigen werde, dem Glauben untreu zu werden, in welchem er sein Heil sucht? Daß die preußische Regierung den wahnwitzigen Gedanken einer Massenbekehrung hege oder daß, wenn sie ihn hegte, ein solcher Gedanke auch nur die ersten acht Tage des Versuchs überleben könne? Gibt es wirklich einen denkenden Menschen in unseren Grenzen, welcher das für wahr hält, was die preußischen Bischöfe dem Kaiser ins Gesicht zu sagen sich nicht entblöden, daß die von Sr. Majestät sanktionierten Gesetze, von denen kein einziges die Ausübung und die Lehre der Religion berührt, unvereinbar seien mit dem Christentum? Wer kann glauben, daß die Bischöfe selbst das, was sie behaupten, für wahr halten? Wer muß nicht annehmen, daß sie auch diesmal wieder, wie seit 1870 schon so oft, willenlose Werkzeuge des Des-

poten sind, dem sie nicht bloß ihren Intellekt, sondern auch ihr Gewissen geopfert haben? Der Protest, den die preußischen Bischöfe dem Kaiser eingereicht haben, ist lediglich ein Beweis mehr, ein überflüssiger Beweis leider, daß die berufenen Hirten der Kirche in Deutschland sich als Vortrab der papistischen Invasion mißbrauchen lassen.

Die neuesten folgenschweren Entschließungen der Staatsregierung sind allerdings nicht unmittelbar durch den bischöflichen Protest veranlaßt worden, aber derselbe verleiht jenen Entschließungen eine Stütze mehr. Der Staat steht vor der Frage, ob er eine große Organisation in seinen Grenzen dulden soll, deren Leiter und Diener sich in ihrem Gewissen gebunden erachten, den Befehlen seines unversöhnlichsten Feindes blind zu gehorchen, selbst wenn der Befehl den Untergang des Staates bezweckt? Durch ihren Protest bekennen die Bischöfe sich zu solcher willenlosen Knechtschaft. Sie sagen es natürlich nicht mit dürren Worten, aber sie bestätigen es durch die Tat, indem sie auf römische Order Dinge behaupten, die sie als Privatpersonen für Lügen erklären würden. Sie bestätigen es, indem sie mit keinem Worte gegen die päpstliche Anmaßung, welche die Gesetze Preußens für ungültig erklärt, Einspruch tun. Wenn irgendwo, so war hier der Ort dazu. Die Maßregel, gegen welche sie den Schutz Sr. Majestät anriefen, war ja eben durch jene Enzyklika provoziert. Die Minister begründeten die Entziehung der Staatsgelder durch den Hinweis darauf, daß es erforderlich sei, sich zu vergewissern, ob die Geistlichen den päpstlichen Befehl zum Ungehorsam gegen die Gesetze als für sie verbindlich ansähen oder nicht, ehe man sie mit Gehältern aus Staatsmitteln versehe. Der Anlaß lag also vor, zu erklären: die Minister irren; sie verstehen die Enzyklika falsch; der Papst verlangt keinen Ungehorsam, oder wenn er es tut, so ist doch sein Verlangen nicht bindend für das katholische Gewissen; die Unfehlbarkeit erstreckt sich nicht auf solche in das weltliche Gebiet übergreifende Erlasse. Statt dies oder Ähnliches zu sagen, was ungemein wirksam gewesen sein, was möglicherweise zur Sistierung der Maßregel geführt haben würde, beobachten die Bischöfe über die Enzyklika, d. h. über den Kernpunkt der Sache, tiefes Schweigen, dadurch zu erkennen gebend, daß auch

sie die Auslegung der Minister als richtig einräumen müssen. Übersetzt man dies bedeutungsvolle Schweigen in das, was es bedeutet, so ergibt sich, daß die Bischöfe sagen: wir leugnen deine, des Kaisers, Souveränetät; wir sehen in dem Papste deinen Oberlehnsherrn, aber wir verlangen nichtsdestoweniger unser Geld, als ob wir königlich preußische Staatsbeamte wären. Seitdem sie diesen unbedachtsamen Protest geschrieben haben, ist die Geschichte bereits einen guten Schritt über den Punkt, wo es sich nur noch um Geld handelte, hinausgegangen. Der Protest, welcher die schlimmsten Auffassungen der Regierung hinsichtlich der bischöflichen Willenlosigkeit bestätigen mußte, hat bekanntlich zu dem Entschlusse geführt, die Stellung der vatikanischen Kirche selbst mit dem Maßstabe des staatlichen Selbsterhaltungsrechts zu messen und die Frage zu eröffnen: inwieweit der Staat genötigt sein möchte, zu verhüten, daß öffentliche Kirchenämter mit blinden Sklaven eines ausländischen feindseligen Hofs besetzt werden. Damit hat ein neuer Akt des Dramas seinen Anfang genommen, der vorletzte, wie uns bedünkt.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

23. April 1875.

Herr Windthorst ist freundlich genug uns zu gestatten, nicht an die unfehlbare Autorität des Papstes zu glauben; aber es müsse erlaubt sein, in dem Glauben an diese Autorität zu leben: so erheische es das Prinzip der Gewissensfreiheit. Ach, wenn weiter nichts uns trennte als dieser Punkt, wie bald würden wir das Fest der Versöhnung feiern können! Wir würden sehr leicht den Nachweis liefern, daß die Friedensbedingung bereits erfüllt ist, daß schon in diesem Augenblicke im deutschen Reiche keinem Menschen verwehrt ist, von der Autorität des Papstes zu glauben, was er will, und in diesem Glauben auch zu leben. Leider liegt die Sache nicht so einfach. Was die geistlichen Freunde des Herrn Windthorst verlangen, geht sehr viel weiter als was er fordert. Nicht Gewissensfreiheit, sondern Unabhängigkeit von den Staatsgesetzen ist ihr Ziel, und nicht einmal ihr letztes. Abhängigkeit des Staates

von ihnen, das ist es, was sie in letzter Instanz erstreben. Indes, da sie es leugnen werden, wollen wir davon nicht weiter reden und uns begnügen, das Programm der „kirchlichen Freiheit" als ihr einziges zu behandeln.

Mit dem Worte „Freiheit" wird ein Mißbrauch getrieben wie kaum mit einem andern. Weil manche Freiheit höchst wertvoll und heilsam ist, argumentiert man, als ob jede Freiheit, bloß um ihres schönen Namens willen, ein angeborenes und unveräußerliches Menschenrecht wäre. Und sehr geschickt vermengt man Freiheiten von zweifelhafter Natur mit Freiheiten, deren Vortrefflichkeit alle Welt anerkennt. Man spricht von Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Lehrfreiheit, Kultusfreiheit, Religionsfreiheit und kirchlicher Freiheit, als ob das alles dasselbe wäre. Die Jesuiten, welche lediglich die kirchliche Freiheit im Auge haben, reden mit Vorliebe von der Gewissens- und der Glaubensfreiheit, wohl wissend, daß diese beiden der allgemeinen Sympathie sicher sind. Paradoxe Köpfe unter den Liberalen und den Protestanten folgen dem gegebenen Beispiel, tadeln den preußischen Staat wegen seiner angeblichen Eingriffe in das innere religiöse Leben, mithin in die Glaubensfreiheit, und tragen, so viel an ihnen liegt, zu einer Verwirrung der Begriffe bei, welche klar zu scheiden von höchster Wichtigkeit ist, weil ohne solche Scheidung das Bewußtsein des guten Rechtes, dessen wir uns erfreuen, in Gefahr gerät. Es ist Zeit, an diese Unterschiede wieder einmal ernstlich zu erinnern.

Was heißt denn Glaubensfreiheit? Bedeutet sie, daß jeder Bürger ungestraft tun und lassen könne, was ihm beliebt, wenn er behauptet, sein Glaube gebiete ihm, so zu verfahren? Enthält jedes Gesetz die stillschweigende Klausel, daß es nur für diejenigen gelte, welche an seinem Inhalte keinen Anstoß nehmen? Man sieht leicht, daß bei solcher Auslegung alle bürgerliche Ordnung zugrunde gehen muß. Im eigentlichsten Sinne sagt das Wort Glaubensfreiheit sehr wenig, etwas, was sich von selbst versteht: daß keine Macht der Erde den Menschen zwingen kann, zu glauben, was er nicht glaubt. Nach dem Sprachgebrauche hat es einen etwas reicheren Inhalt. Es bedeutet, daß kein Mensch bloß um seiner theoretischen Meinungen willen verletzt und ver-

folgt werden soll, weder vom Staate noch auch — wir bitten dies zu beachten — von Privatpersonen und Korporationen, welche sich innerhalb der Gerichtsbarkeit des Staates befinden. Dies und nichts weiter bedeutet es, wenn man sagt: „in diesem Staate herrscht Glaubensfreiheit." Allerdings scheint es dann, daß man zu viel Aufhebens von der Sache macht. Eine so einfache Regel sollte sich von selbst verstehen. Wenn man aber in die Geschichte zurückblickt, wird man anders denken. Wie lange ist es denn her, daß diese Regel angefangen hat, sich einige Geltung zu verschaffen? Als Friedrich der Große erklärte, „daß in seinem Reiche jeder auf seine Façon selig werden könne", überraschte er sein Zeitalter durch die Neuheit des Gedankens. In unserer freisinnigen Republik durften vor noch nicht dreißig Jahren Personen semitischer Abstammung, wenn sie nicht an die Gottheit Christi glaubten, nicht einmal wohnen. Ja, noch in diesem Augenblicke versagen die Vereinigten Staaten und England den Genuß gewisser bürgerlicher Rechte denen, welche die Persönlichkeit Gottes und die Unsterblichkeit des Menschen leugnen. Erst das neunzehnte Jahrhundert, erst die allerneueste Zeit hat mit der Glaubensfreiheit Ernst gemacht, und noch immer ist das Werk der Emanzipation nicht vollendet. Selbst in hochzivilisierten Staaten stehen noch einzelne beträchtliche Reste der alten Tyrannei aufrecht, in Deutschland weniger als irgendwo. Wir brauchen kaum darauf aufmerksam zu machen, daß die Situation sich sehr rasch verändern würde, wenn die Freunde des Herrn Windthorst ans Regiment gelangten. Wo sie auch nur Einfluß gewinnen, sieht man sofort die Verletzungen und Verfolgungen um der bloßen Meinung willen wieder auftauchen. Werden doch in Frankreich schon die Leichen derer, welche im Leben dem Kirchenglauben fremd geblieben sind, auf Anordnung der Staatsbehörden durch beschimpfende Formen der Bestattung ausgezeichnet.

Mit der Gewissensfreiheit verhält es sich ganz ähnlich wie mit der Glaubensfreiheit. Die Berufung auf das Gewissen sichert so wenig vor der Strafe des Staates wie die Glaubensfreiheit es tut. Das Gewissen eines Mormonen mag ihm immerhin die Vermählung mit vier Frauen zur Pflicht machen; die amerikanischen Gerichte werden trotz aller Toleranz ihn wegen Bigamie

oder Quadrigamie ins Zuchthaus schicken. Der Mennonit mag noch so aufrichtig von der Sündhaftigkeit des Kriegerhandwerks überzeugt sein, er muß doch, wenn er seiner Wehrpflicht sich entzieht, die Strafe tragen, welche der Staat für diese Pflichtverletzung androht. Wenn wir von Gewissensfreiheit reden, so meinen wir nur dies, daß der Staat von seinen Untertanen nichts ihr Gewissen beschwerendes verlangen und erzwingen soll, wenn es nicht für die Staatszwecke, also für seine Selbsterhaltung und seine Rechtsordnung, erforderlich ist. Die Gewissensfreiheit wird verletzt, wenn der Staat seine Untertanen nötigt, zugunsten ihm fremder Zwecke oder ohne Zweck Dinge zu tun, die ihre Religion oder ihr Sittengesetz ihnen verbietet. Es ist kein Eingriff in die Gewissensfreiheit, wenn der Staat im Interesse der Familie als seiner eigenen Grundlage die Mormonenehen verhindert, im Interesse der öffentlichen Sicherheit den mörderischen Kultus der Thugs ausrottet, im Interesse der humanen Rechtsordnung die Witwenverbrennung der Braminen hindert, im Interesse seiner Selbsterhaltung den Kriegsdienst fordert und denjenigen, welche darin einen Frevel gegen ihre Religion erblicken, auszuwandern rät. Ein ungerechter Eingriff dagegen ist es, wenn man protestantische Soldaten nötigt, vor der Hostie zu knien, wenn man Israeliten in der Armee oder in Gefängnissen Schweinefleisch essen läßt, wenn man Dissidenten zur Zahlung von Stolgebühren an Geistliche, mit denen sie gebrochen haben, anhält. Denn in allen diesen Fällen kommt kein Staatszweck in Betracht. Auf der Grenze des Zweifels steht es, wenn die Prozeßordnungen (was wir übrigens durchaus nicht ohne weiteres für verwerflich erklären wollen), Eidesformeln vorschreiben, welche in einzelnen Fällen den Anschauungen des Schwörenden sich nicht anpassen. Im allgemeinen, glauben wir, kann man, wenigstens in Deutschland, den Staatsgesetzen und den Staatsbehörden die Anerkennung nicht versagen, daß sie bemüht sind, die Gewissen möglichst vor Bedrängnis zu bewahren. Wenn sie z. B. den Beichtiger von der Zeugenpflicht entbinden, so gehen sie schon über die Grenze dessen hinaus, was der strenge Grundsatz erheischen würde. Die Zeugenpflicht gehört zu den unentbehrlichen Fundamenten der Rechtspflege und dürfte deshalb unbedenklich erzwungen werden. Der Staat

tut, indem er das Beichtgeheimnis anerkennt, ein übriges, aus schonender Rücksichtnahme auf die römisch-katholischen Priester, ohne daß er selbst irgendein Interesse an der Erhaltung des Instituts der Beichte hat.

Das Merkmal, welches wir für die Grenzen der Gewissensfreiheit gefunden haben, nämlich die Sicherstellung der Staatszwecke, erweist sich als entscheidend auch für die anderen Arten der religiösen Freiheit, die Freiheit der Lehre, des Kultus, der Kirchenverfassung. Immer werden wir uns damit zufrieden geben müssen, daß der Staat die Freiheit da versagt, wo sie sich gegen sein eigenes Bestehen oder gegen seine Ordnung richtet. Immer dagegen werden wir die Freiheit fordern, soweit nicht ein solches hohes Staatsinteresse in Betracht kommt. Nur in einer Beziehung zeigt sich ein Unterschied zwischen den Grenzen der Gewissensfreiheit und den Grenzen der übrigen hier in Betracht kommenden Freiheiten. Nur auf dem Gebiete des Gewissens kommen Fälle vor, wo der Staat nicht bloß Unterlassungen, sondern auch Leistungen bei Strafe fordert, ohne Rücksicht darauf, ob das Gewissen des einzelnen sich dagegen sträubt oder nicht. Zeugenaussagen, Kriegsdienst usw. sind naheliegende Beispiele. Sobald wir dagegen das Gebiet der Lehre, des Kultus und der kirchlichen Organisation betreten, finden wir nur noch negative Einschränkungen, nur Verbote, keine Forderung mehr, diese oder jene Lehre zu verkünden, bestimmte Zeremonien vorzunehmen, so und nicht anders sich zu organisieren. Nur scheinbar widerspricht dem, wenn in den protestantischen Kirchen der weltliche Souverän positive kirchliche Anordnungen trifft. Denn er trifft sie in seiner geistlichen Eigenschaft, als oberster Bischof der Kirche, nicht als Landesherr. Und auch diese Abnormität wird, wie es scheint, bald verschwinden. Praktisch mögen auch noch andere Abweichungen von der aufgestellten Regel hier und da vorkommen, Fälle, wo ein Kultusminister den Kirchen positive Vorschriften in betreff der Lehre und der Liturgie erteilt, ohne sich auf bischöfliche Machtvollkommenheit dabei zu stützen, aber so viel steht fest, daß derartige Vermischungen des Weltlichen und des Geistlichen nur Nachklänge einer vergangenen Bildungs-

stufe sind, die das Ohr der Gegenwart als disharmonisch empfindet. Im großen und ganzen ist in allen zivilisierten Staaten die Rechtsanschauung durchgedrungen, daß die weltliche Gewalt dem religiösen Leben keine andere Grenzen ziehen darf als die für alle im Staate existierenden Personen gültigen, aus der Natur des Staates selbst sich ergebenden. Und demgemäß handeln auch die modernen Regierungen und Gesetzgebungen, in Preußen so gut wie in den Vereinigten Staaten. Die einzelnen Handlungen mögen in jedem Lande verschieden sein, weil die Verhältnisse verschieden sind; aber die Regel ist überall dieselbe. Nicht leicht wird es heutzutage der Regierung eines zivilisierten Landes einfallen, auf dem Wege der bürgerlichen Gesetzgebung ein Dogma einzuführen, einen Ritus abzuändern, Kirchenordnungen zu erlassen. Und wenn eine Regierung verböte, ein bestimmtes Dogma zu lehren, verböte, gewisse Zeremonien anzuwenden, verböte, Organisationen dieser oder jener Art zu schaffen, so würde sie dabei nicht von der Erwägung ausgehen, daß das Verbotene religionswidrig sei, sondern sie würde ausschließlich den staatsgefährlichen Charakter desselben betonen.

Auch die Regierung in Washington, deren kirchliche Politik für die liberalste gilt, handelt nach diesem Prinzip, wie ihr Verfahren gegen die Mormonen beweist. Es ist vollkommen richtig, daß die amerikanischen Staatsmänner tatsächlich sich so gut wie gar nicht um das Tun und Treiben irgendeiner Kirche kümmern. Aber es ist ein großer Irrtum anzunehmen, daß sie ebenso handeln würden, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika in derselben Lage sich befänden wie die Vereinigten Staaten von Deutschland. Ein noch größerer Irrtum ist es zu glauben, daß nach amerikanischem Staatsrechte es unmöglich sein würde, Maßregeln wie die preußischen Maigesetze ins Leben zu rufen, daß ein amerikanischer Publizist (er müßte denn ein Ultramontaner sein) jemals den Satz unserer Zentrumsfraktion unterschreiben und anerkennen würde, das souveräne Volk der Vereinigten Staaten dürfe nur mit Genehmigung des Papstes Gesetze erlassen, welche römisch-katholischen Geistlichen es unmöglich machen sollten, den Untergang der Union herbeizuführen. Der amerikanische Publizist wird sich keinen Augenblick

bedenken, das theoretische Recht des Volkes zu behaupten; er wird die praktische Notwendigkeit leugnen und sich mit dem Gefühle der Unzerstörbarkeit seiner Union beruhigen.

Die Wirtschaftslehre.

17. Juli 1875.

Wissenschaftliche Gegner als „unmoralisch" zu denunzieren, ist ein altes Hausmittel. Da die athenienſischen Orthodoxen dem Sokrates keine logischen Fehler nachzuweisen vermochten, sagten sie, daß er die Jugend verführe. Den Anhängern der Verkehrsfreiheit wirft man vor, daß sie den nackten Eigennutz predigten und das Streben nach Reichtum zur einzigen oder doch vornehmsten Bürgerpflicht machten. Es wiederholt sich nur, was vor neunzig Jahren bereits Schiller bemerkte:

— — — Wissen sie nichts Vernünftiges mehr zu erwidern,
Schieben sie's einem geschwind in das Gewissen hinein.

Man könnte sich darauf beschränken, zu erwidern, daß eine Wissenschaft, abgesehen von der Ethik, mit der Moral nichts zu schaffen habe. Ihre Sache ist es nicht, zu untersuchen, was löblich oder tadelnswert sei, sondern zu erforschen, was wahr ist. Die Chemie lehrt, wie die Stoffe, wenn man sie zusammenbringt, wirken; ob man aus ihnen Arzneien macht oder Gifte, kümmert sie nicht. Die Kriegswissenschaft stellt die nämlichen Regeln auf für gerechte wie für ungerechte Kriege. Ebenso hat die Wirtschaftslehre zunächst keinen anderen Zweck als Ermittelung der Naturgesetze, nach denen die Erwerbstätigkeit der Menschen vor sich geht. Ob die Erwerbstätigkeit selbst moralisch oder nicht moralisch oder moralisch indifferent sei, geht sie an sich nichts an: die Anwendung der gefundenen Regeln ist Sache der Praxis, welche nicht bloß diese eine, sondern alle Seiten des Lebens zu berücksichtigen hat. Wenn aus strenger wissenschaftlicher Berechnung sich das Resultat ergäbe — was glücklicherweise nicht der Fall ist — daß Sklavenarbeit wirtschaftlich vorteilhafter sei als freie Arbeit, so würde die Theorie

verpflichtet sein, dies Resultat zu verkünden. Sie dürfte nicht um der Schwachen willen die Wahrheit unterdrücken oder gar ihr Gegenteil behaupten. Für sie gilt von den zehn Geboten nur das eine: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden.

Die Wirtschaftslehre ist im wesentlichen Psychologie. Was die menschliche Natur, sich selbst überlassen, zu tun und zu unterlassen pflegt, um ihren materiellen Bedürfnissen zu genügen, und was dabei für den einzelnen Menschen und für den Verband vieler, für die Gesellschaft, herauskommt, — das ist das Gebiet, auf welchem sie ihre Erfahrungen sammelt, aus den Erfahrungen Gesetze abzieht, aus den Gesetzen Regeln für die Praxis herleitet. Nun ist sie bei ihren Beobachtungen zu dem Ergebnisse gelangt, daß das treibende Motiv fast aller Erwerbstätigkeit — es gibt einige Ausnahmen — das Interesse des Menschen für sein und seiner Familie Wohlergehen ist. Diesen Satz spricht sie rückhaltlos aus: Selbstliebe beherrscht tatsächlich das unermeßliche Feld der menschlichen Produktion. Sie sagt nicht: so sollte es sein; sondern: so ist es. Merkwürdigerweise macht man daraus ihr einen Vorwurf. Es ist gerade so, als wenn man den Statistiker dafür verantwortlich machte, daß in seinen Tabellen uneheliche Geburten vorkommen. Es wäre gewiß schöner, wenn man sagen könnte, die Menschen arbeiten in der Regel aus Nächstenliebe oder aus Eifer für die Veredelung des Geschlechts oder aus Begeisterung für die Sache. Aber wie weit würde wohl der kommen, der seinen Geschäftsverkehr mit anderen auf diese Voraussetzung begründete? Ein zweiter Cervantes würde an ihm Stoff zu einem zweiten Don Quixote finden. Komisch ist es, daß man der Theorie einen Satz verübelt, den in der Praxis jeder von uns als völlig selbstverständlich zur Richtschnur nimmt, wenn er kauft oder verkauft, Verträge schließt, Dienste übernimmt oder sich ausbedingt. Jeder von uns fühlt bei einem geschäftlichen Verhältnisse sich am sichersten, wenn er weiß, der andere Teil steht sich gut dabei. Wo man diese Garantie hat, verschmäht man alle anderen; man ist fest überzeugt, daß der andere schon aus eigenem Interesse seinen Verpflichtungen nachkommen wird. Glaubt man dagegen, der andere habe kein Interesse dieser Art, habe wohl gar ein entgegengesetztes, so ist man

ängstlich bemüht, durch anderweite Mittel, Kautionen, Konventionalstrafen usw. dem wackligen Verhältnisse künstliche Stützen zu geben, denen man aber doch nie so viel Vertrauen schenkt wie dem Eigennutze des Mitkontrahenten. Daß die Welt so läuft, wer will es leugnen?

Beiläufig bemerkt, — obwohl es die reine Wirtschaftslehre nichts angeht, — ist die Selbstliebe an sich weder moralisch noch unmoralisch, sondern hält sich auf einem Indifferenzpunkte. Unmoralisch wird sie erst, wenn sie, um sich zu befriedigen, das gleichberechtigte Selbstinteresse dritter verletzt. In solcher Verletzung besteht das, was wir „Unrecht" nennen. Es wäre immerhin denkbar, daß etwas sittlich unrecht und doch wirtschaftlich vorteilhaft wäre, — für den einzelnen ist es nicht bloß denkbar, sondern häufig wahr, — allein daraus würde immer noch nicht folgen, daß die Wirtschaftslehre das Unrecht gut heiße oder gar anrate. Die Wirtschaftslehre maßt sich nicht an, die einzige, nicht einmal die vornehmste Norm des Handelns aufzustellen. Sie sagt: wenn man dies tut, so folgt jenes. Aber sie fügt nicht hinzu: folglich tut dies. Wenn die Gesundheitslehre beweist, daß eine trockne Wohnung besser für den Körper ist als eine feuchte, so erklärt sie damit es noch nicht für erlaubt, den Inhaber einer trocknen Wohnung gewaltsam auszutreiben. Zur Beruhigung der moralischen Gemüter kann übrigens hinzugefügt werden, daß glücklicherweise auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus das Unrecht verwerflich erscheint, weil es die volle Entfaltung der produktiven Kräfte hindert. Wir sagen glücklicherweise, weil ohne das die Gerechtigkeit in dieser Welt einen schlimmen Stand haben würde. Naiv drückt diesen Gedanken die Maxime aus: Ehrlichkeit ist die beste Politik. Die Naivetät nämlich liegt darin, daß man stillschweigend darin anerkennt, wie der Appell an den eigenen Vorteil wirksamer sei als der an die Sittlichkeit.

Der Haupt- und Kernsatz der Wirtschaftslehre ist nun aber dieser: die Wohlfahrt aller wird am besten gefördert, wenn jeder einzelne seine eigene Wohlfahrt zu fördern nicht gehindert wird. Dabei sind die von der Gerechtigkeit gezogenen Grenzen stillschweigend vorausgesetzt. Jeder wird die größte Summe von Gütern

produzieren, wenn er weiß, daß nur sein eigener Fleiß ihm Güter verschaffen kann, und daß, was er schafft, ihm selbst zugute kommt. Jeder wird am besten diejenige Arbeit verrichten, die seinen Fähigkeiten und Neigungen am besten zusagt. Jeder wird am besten selbst beurteilen, was für eine Art des Gütererwerbes seiner persönlichen Wohlfahrt am förderlichsten ist. Keine Behörde, keine Gesetzgebung ist weise genug, um die tausendfach verschlungenen Interessen der Millionen Einzelwirtschaften systematisch regeln zu können; die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, wäre Verwegenheit, die Machtvollkommenheit dafür zu erteilen, ist eine gefahrenschwangere Torheit. Ist die menschliche Natur so unvollkommen, daß schon der einzelne in seinem engen Interessenkreise, obwohl er mit seiner ganzen Existenz für den Fehler haftet, arge Mißgriffe begeht, — Zeuge die Verarmungen im kleinen, die Handelskrisen im großen, — wie kann man erwarten, daß auf Minister und Volksvertreter regelmäßig zu rechnen sein werde, welche ohne den Sporn der Selbsterhaltung in einem unübersehbaren Labyrinthe stets den rechten Weg finden, gar nicht zu reden von den Verlockungen, welche eine so ungeheure Macht der Gewinnsucht entgegenbringen würde? Darum ist es besser und sicherer, daß die Staatsgewalt den Erwerb ganz frei schalten und walten lasse, ihrerseits nur darauf bedacht, daß allen die gleiche Freiheit und das gleiche Recht gesichert bleibe.

Dies sind höchst abgedroschene Dinge. Wir haben aber geglaubt sie einmal wieder vorrücken zu sollen, um daran die Frage zu knüpfen: wo liegt hier das Unmoralische? Uns scheint, man könnte ebenso gut von der Unmoralität der Geometrie reden, wenngleich wir der Wirtschaftslehre durchaus nicht die Unfehlbarkeit dieser zuschreiben wollen. Man kann die Richtigkeit der Prämissen und die Logik der Schlüsse bestreiten; man kann sagen, die menschliche Natur sei wesentlich uneigennützig; der Arbeiter, welcher keinen Nutzen von seinem Fleiße habe, pflege am rührigsten zu sein; die Regierungen wüßten besser als wir, was uns gut sei, und deshalb sei es *unrichtig*, Erwerbsfreiheit zu begehren. Das wäre verständlich. Aber weshalb es unsittlich sein soll, anderer Meinung zu sein, das geht über unseren Horizont. Das Ziel, materielles

Wohlbefinden, könnte allerdings von einem höheren Standpunkte aus als unwert des Schweißes betrachtet werden. Aber im Ziele sind unsere Gegner ja völlig mit uns einverstanden. Sie wollen mit ihrem Zwange ja auch nichts anderes als materielles Wohlbefinden herbeiführen. Sie sagen es wenigstens. Sie stellen sich keineswegs auf den Standpunkt des Christentums, welches verbietet für den morgenden Tag zu sorgen und zeitlichen Gütern nachzujagen, vielmehr Armut und Entsagung als erste Bedingung des Heils fordert. Sondern sie akzeptieren die Anschauung dieser Welt; sie betrachten materiellen Wohlstand als sehr wünschenswert und wichtig. Wenn unchristlich und unmoralisch gleichbedeutend sind, so verfallen sie der nämlichen Verdammnis wie die Männer der Manchesterschule.

Wir wissen wohl, was man darauf erwidern wird. Der Mensch lebe nicht von Brot allein; es gebe noch andere und höhere Aufgaben als Geldverdienen; das Wohl des Ganzen könne das Opfer der Privatexistenzen notwendig machen, und alles das übersehe die Manchesterschule. Wirklich? Wo steht denn das geschrieben? In den Schriften der Freetraders? Vielleicht ist es richtig, daß die Schriften der Freetraders nicht viel von jenen höheren Dingen enthalten. Aber es gibt mehr als eine Erklärung des Schweigens. Man schweigt nicht allein von Dingen, die man übersehen hat, sondern auch von solchen, die nicht zur Sache gehören, und namentlich von solchen, die sich von selbst verstehen. Wenn ein Schriftsteller viel von Moral spricht, während er vom Baumwollenhandel reden sollte, so würden wir für unseren Teil ihm nicht viel Tugend zutrauen.

Heereslast und bürgerliche Freiheit.

6. Oktober 1875.

Die „Times" faßt den Eindruck, welchen die großen Herbstübungen der deutschen Armee zurückgelassen haben, in folgende Worte zusammen: „Wir erkennen an, daß wir in militärischer Hinsicht viel von den Deutschen lernen können; vielleicht wird aber

auch eine Zeit kommen, wo die Deutschen einsehen werden, daß sie in Zivilangelegenheiten auch von uns etwas lernen können. Eine Nation kann nicht für die Dauer in eine Armee umgewandelt werden."

Es ist das Urteil des der Wirklichkeit verstimmt, aber nicht völlig blind gegenüberstehenden alten Liberalismus, das sich in diesen Worten ausspricht. Die nationale Verdrossenheit, mit der die „Times" fremde Überlegenheit einräumt, ist dabei nebensächlich, ebenso wie der selbstgefällige Trost, daß wir dermaleinst zur Einsicht gewisser britischer Vorzüge gelangen werden, was, beiläufig gesagt, längst geschehen ist. Man hat bisher in Deutschland die Überlegenheit Englands in bürgerlichen Dingen eher überschätzt als unterschätzt, ganz gewiß aber nicht unbeachtet gelassen. Hiervon abgesehen, darf der Ausspruch der „Times" als derjenige eines großen Teiles des europäischen und des amerikanischen Publikums gelten, selbst das deutsche nicht ausgeschlossen. Die glänzenden und die tüchtigen Seiten der deutschen Wehrkraft werden zwar anerkannt — man kann nicht wohl anders — und man hat auch einsehen gelernt, daß diese großartige Schöpfung keineswegs auf bloßer roher Stärke und mechanischer Abrichtung beruht, sondern daß unablässig, um sie zu erhalten, ein hoher Aufwand sittlicher und geistiger Kraft stattfindet. Aber man seufzt bei dem Anblicke und fühlt sich unbehaglich. Wie viel nützlicher könnten diese Hunderttausende junger Krieger ihre Zeit verwenden! Wie bedenklich für die bürgerliche Freiheit ist diese bewaffnete Macht, welche für sich den ersten Platz im öffentlichen Leben fordert und einnimmt! Wie weit entfernt ist dieser Zustand von dem Muster, das England uns bietet, wo die Armee nur als Dienerin der bürgerlichen Behörde erscheint!

Von diesem Standpunkte aus blickt man auf unsere Zustände mitleidig, wenn man ein Ausländer, mißvergnügt, wenn man ein Deutscher ist. Das Bestehende gilt vielleicht als ein zurzeit notwendiges Übel, aber als Übel jedenfalls. Wer uns wohlgesinnt ist, wünscht uns, daß wir recht bald dahin gelangen mögen, den schweren Panzer ablegen und aus den Schwertern Pflugscharen schmieden zu können. Er kann nicht verstehen, daß man die Sache von einer

andern Seite auffaßt, daß man die kriegerische Last — denn freilich, eine Last ist sie — als eine einmal gegebene geschichtliche Notwendigkeit ohne Murren und als ein Mittel der Entwicklung sogar mit Befriedigung erträgt. Wäre es irgend wahrscheinlich, daß in einigen Jahren oder Jahrzehnten die Heere überflüssig würden, so bliebe es bis dahin ziemlich gleichgültig, ob man mehr der einen oder der anderen Anschauung huldigt. Da aber die Jetztlebenden schwerlich mit Pflugscharen aus Schwerteisen pflügen werden, so ist es nicht ohne Wichtigkeit, ob man murrend und schwermütig oder im Gefühle einer aufsteigenden, verheißungsvollen Wanderschaft das Unvermeidliche trägt.

Unsere Heereslasten haben darin Ähnlichkeit mit der Arbeit, daß sie zunächst und unmittelbar dem natürlichen Gefühl als ein Übel erscheinen. Und beide gleichen einander auch im Punkte der Notwendigkeit. Wenn man nicht arbeitet, kann man nicht leben; wenn man wehrlos ist, wird man die Beute des Stärkeren. Dies leuchtet ein. Minder deutlich, aber unseres Erachtens nicht minder wahr ist es, daß mit diesen beiden notwendigen Übeln ein Segen verknüpft ist, in verschiedenem Grade allerdings, aber doch in ähnlicher Art. Beide sind Erziehungsmittel, welche durch kein anderes ersetzt werden könnten. Die Arbeit wird wahrscheinlich diese ihre heilsame Eigenschaft behalten, so lange das Leben unseren Planeten nicht verläßt, und sie hat ihre erziehende Bedeutung für die ganze Menschheit. Auf einen so allgemeinen und, menschlich gesprochen, ewigen Wert kann auch die vollkommenste Heeresverfassung keinen Anspruch machen. Aber auf gewissen Stufen der Entwicklung und gewissen politischen Aufgaben gegenüber kann für eine bestimmte Nation ihre kriegerische Verfassung einen Wert gewinnen, der unmittelbar auf den der Arbeit folgt. Auf einer solchen Stufe, solchen Aufgaben gegenüber steht in der Neige des neunzehnten Jahrhunderts unser Volk, wird es wahrscheinlich im zwanzigsten Jahrhundert stehen. Ohne Arbeit könnte es menschlich nicht leben, ohne Kriegsrüstung nicht als Nation. Und letzteres im doppelten Sinne. Ohne Kriegsrüstung würden wir nicht bloß in die Knechtschaft stärkerer Nachbarn geraten, sondern wir würden auch im Innern ohne den eisernen Ring der Waffengemeinschaft niemals zu natio-

naler Einheit heranreifen. Wir sind nämlich noch im Reifen begriffen; mit der Reichsverfassung allein ist es nicht getan.

Wir brauchen wohl kaum bemerklich zu machen, daß der Satz des englischen Blattes, man könne eine Nation nicht dauernd in eine Armee umwandeln, nur eine rhetorische Floskel ist. Natürlich kann man das nicht. Aber davon ist auch in Deutschland nicht die Rede. Höchstens kann man sagen, daß bei uns die Nation eine Reserve für die Armee bildet. Von acht Millionen arbeitsfähigen Männern bilden in Friedenszeiten vierhunderttausend die Armee. Aber sie bilden noch lange nicht die Nation. Daß nun ein solches System sehr wohl für die Dauer bestehen kann, lehrt Preußen, welches über zwei Menschenalter unter demselben gelebt hat und dabei nicht zurückgekommen ist. Richtig ist, daß es nicht bestehen kann und nicht bestehen wird, sobald es aufhört notwendig zu sein. In England und in Amerika ist das System im Frieden, d. h. überhaupt unmöglich. England und Amerika haben andere Bedingungen des Daseins als wir. Das europäische Festland folgt seinen besonderen Geschicken und muß andere Wege einschlagen, um zu seinen Zielen zu gelangen.

Wenn wir, um nur eins zu nennen, von der bürgerlichen Freiheit reden, werden wir zwar immer nach England blicken müssen, um zu lernen. Aber je mehr wir lernen, desto mehr werden wir uns überzeugen, daß wir das Gelernte nicht ohne weiteres anwenden können, sondern es umbilden müssen nach unseren völlig verschiedenen Verhältnissen. Man hat gesagt, und mit Recht, das große Problem des europäischen Liberalismus ist es, bürgerliche Freiheit und stehende Heere nebeneinander bestehen zu lassen. Dies große Problem, gegen dessen Schwierigkeit alle anderen politischen Probleme leicht erscheinen, existiert für die Engländer gar nicht. Ihr stehendes Heer befindet sich bis auf wenige Regimenter außer Landes; ihre eigentliche Hauptmacht, die Flotte, ist ohnmächtig gegen die Bürger des Landes. Es ist ein wohlfeiler Stolz, wenn die „Times" uns vorhält, daß in England die Armee der bürgerlichen Kontrolle unterstellt sei. Wenn wir auf einer Insel wohnten, würden wir es vielleicht ebenso halten. Wir sehen uns genötigt, die Lösung des Problems auf einem anderen Wege zu versuchen, auf welchem die Engländer

uns leider keine Lehren geben können. Wir müssen alles selbst tun, und es scheint uns, daß wir den Anfang bereits gemacht haben. Wenn das Problem überhaupt gelöst werden kann, was wir glauben, so kann es nur auf dem Wege der allgemeinen Wehrpflicht gelöst werden. Freilich nicht in einem Tage. Die Armee aber und die Nation, davon sind wir überzeugt, werden einander gegenseitig erziehen, jene diese in Zucht und Einheitsgefühl, diese jene in bürgerlicher Gesinnung.

Der Rücktritt Delbrücks.

26. April 1876.

„Verlassen wirst du uns; es ist natürlich;
Doch wie wir's tragen sollen, weiß ich nicht."

Etwas von dieser resignierten Abschiedswehmut wird sich in allen denen geregt haben, welche einigermaßen zu beurteilen wissen, welche Lücke der Minister Delbrück bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramte zurückläßt. Vielleicht paßt von den Worten Tassos nur das eine nicht zur Stimmung: „es ist natürlich." Das Reichskanzleramt ohne seinen Präsidenten, der Platz am Bundesratstische im Reichstage von einer neuen — wer weiß von welcher neuen — Gestalt besetzt, die Interpellationen wißbegieriger Volksvertreter von einer anderen als dieser gewohnten Stimme beantwortet, die immer genau wußte, was sie sagen wollte, und was sie zu sagen hatte, immer genau wußte, — natürlich scheint es nicht. Die Person und die Institution, der Mann und das Amt waren in der allgemeinen Vorstellung so sehr eins und dasselbe geworden, daß es contra rerum naturam zu sein scheint, Mann und Amt plötzlich getrennt zu sehen, den Mann ohne die Arbeit, die Arbeit ohne ihn, der allein von allen imstande schien sie zu bewältigen. Man hat das Gefühl, als habe man ein Zusammentreffen von glücklichen Umständen hinter sich, das niemals wiederkehren werde. In gewissem Sinne kann man sagen, daß in diesem Falle der Posten eine Schöpfung dessen war, der ihn bekleidete, und daß mit einem andern der Posten selbst notwendig ein anderer werden muß. Und niemand kann wissen, wie die Änderung ausfallen wird.

Vor neun Jahren war der Geheimrat Delbrück, Direktor der Abteilung für Gewerbe im preußischen Handelsministerium, ein in kundigen Kreisen hoch angesehener, im großen Publikum wenig bekannter Mann, ein ausgezeichneter preußischer Beamter im rühmlichsten Sinne des Wortes, um die gewerbliche und die handelspolitische Entwicklung des Landes vielfach verdient, wie wenig andere, aber anscheinend bestimmt, nach zurückgelegter Laufbahn derjenigen Vergessenheit anheimzufallen, welche nur von Zeit zu Zeit ein Aktendurchforscher oder ein Spezialhistoriker in „ehrenvolle Erwähnung" verwandelt. Daß er einen geschichtlichen Namen hinterlassen werde, konnte damals weder er noch sonst jemand voraussehen. Es war einer der glücklichsten Griffe, die der Reichskanzler je getan hat, als er den Direktor der Abteilung für Gewerbe zum Präsidenten des Bundeskanzleramts ausersah. Als der Posten geschaffen ward, wußte man nicht recht, was man sich darunter vorstellen solle. Die meisten dachten ihn sich als eine Art höherer Kanzleivorstandschaft. Daß er der Sitz und Mittelpunkt der Regierung und Gesetzgebung Deutschlands — wenigstens für die inneren Angelegenheiten — geworden ist, weiß heute jedermann; damals sahen nur wenige es voraus. Denn voraussehen konnten es nur diejenigen, die mit dem Ernannten und mit seinen seltenen Eigenschaften genau bekannt waren. Was das Bundes- und das Reichskanzleramt geworden ist, das ist es vor allem, wenn nicht ausschließlich, durch die außerordentliche Persönlichkeit geworden, in deren Hände der neue Apparat gelegt wurde. Heute kann man sich nur schwer vorstellen, wie die komplizierte Maschine der Reichsverfassung neben dem Räderwerke so vieler Einzelstaaten hätte mit Erfolg arbeiten sollen, wenn nicht gerade ein solcher Meister wie Delbrück die Leitung und Aufsicht besorgt hätte. Seine ganze Natur und die Art seiner Bildung schienen eigens dazu geschaffen, um die Natur des Kanzlers zu ergänzen und mit ihm gemeinschaftlich das große Experiment durchzuführen, welches zu gleicher Zeit und täglich Energie und Mäßigung, Festigkeit und Nachgiebigkeit, Großheit im Entwerfen und sorgfältige Präzision im Ausführen, Kühnheit im Neuern und Ordnung in der Geschäftsführung, gutes Einvernehmen mit den Regierungen und Vertrauen von seiten des

Volks und seiner Vertreter erheischte. Dem Ruhme des Reichskanzlers tritt man nicht zu nahe, wenn man ausspricht, daß er allein das Werk nicht hätte durchführen können. So unentbehrlich ihm der Degen Moltkes war, so unentbehrlich war ihm die Feder Delbrücks. Diese beiden Namen werden stets neben dem seinigen genannt werden, so lange die Geschichte von Deutschlands Wiederaufrichtung nicht vergessen wird. Es würde sehr irrig sein, wenn man sich die Mitwirkung Delbrücks als die eines bloßen geschickten Ausführers fremder Gedanken vorstellen wollte: die innere Einigung der Nation auf der Grundlage tiefgreifender wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Reformen ist im wesentlichen unter seiner selbständigen Leitung zustande gekommen, und wenn es richtig ist, daß diese Taten die vorgängigen Bismarcks zur Voraussetzung und Bismarcks deutsche Politik zur Stütze hatten, so ist doch andererseits nicht minder wahr, daß ohne eine *solche* Ausnutzung des Sieges der Sieg selbst niemals die rechte Frucht hätte tragen können.

Die unermeßliche Arbeit, welche der Präsident des Reichskanzleramts im Laufe dieser neun Jahre für Deutschland geleistet hat, auch nur in einigen Linien hier skizzieren zu wollen, hieße das Unmögliche versuchen. Man wird sich vielleicht am besten eine Vorstellung davon machen, wenn man sich sagt, daß die parlamentarische Tätigkeit Delbrücks im Reichstage und in dessen Kommissionen und seine Teilnahme an den Sitzungen des Bundesrats und der Bundesratsausschüsse nur einen geringen Teil seiner Geschäfte ausmachte. Bedenkt man dann die Neuheit der Verhältnisse, die Wichtigkeit der auf dem Spiele stehenden Interessen, die unausbleiblichen Reibungen bei noch schwankender Grenze zwischen den vielfachen Kompetenzen, die täglich neu lastende Bürde einer großen Verantwortlichkeit und zahlloser kleiner Sorgen, so ist es nicht zu verwundern, daß schließlich selbst diese ungewöhnliche Arbeitskraft zu ermüden anfängt und sich nach einer Ruhe sehnt, die besser wohl nie ein Sterblicher sich verdient hat.

Unsere Leser sehen, daß wir das Ruhebedürfnis für mehr als einen bloßen Vorwand halten. Wir glauben nicht an geheime politische Motive des Rücktritts, am allerwenigsten an einen Zusammenhang zwischen ihm und dem Eisenbahnprojekte. Hätte

letzteres etwas mit der Sache zu schaffen, so würden wir eher etwas davon erfahren haben. Wenn ein Minister durch seinen Rücktritt einen politischen Gedanken konstatieren will, so nimmt er seine Entlassung in dem Augenblicke, wo die Maßregel, die er mißbilligt, beschlossen wird. Das preußische Staatsministerium, dessen Mitglied Delbrück ist, hat die Eisenbahnvorlage bereits vor fast zwei Monaten gutgeheißen, und man hat nicht vernommen, daß bei jener Gelegenheit der Präsident des Reichskanzleramts, was er doch mußte, wenn es sich deshalb um seinen Rücktritt gehandelt hätte, die Kabinettsfrage gestellt habe. Die Phantasie der Politiker wird indes sich nicht abhalten lassen, bei dieser Gelegenheit die mannigfaltigsten und tiefsinnigsten Erklärungen zu kombinieren; der Gedanke, daß ein sechzigjähriger Minister nach einer beispiellosen neunjährigen Frohnarbeit Anwandlungen von Ermüdung haben könnte, ist zu einfach, um dem Sensationsbedürfnisse zu genügen.

Dürfen wir der Neigung zu Kombinationen, nachdem wir eben erst sie gerügt haben, für einen Augenblick nachgeben, so möchten wir die Vermutung aussprechen, daß der Rücktritt Delbrücks, der ja augenscheinlich schon seit längerer Zeit vorbereitet war, deshalb so lange geheim gehalten wurde, weil er selbst bei der Wahl seines Nachfolgers mitwirken sollte. Wir halten es für wahrscheinlich, daß der Nachfolger bereits ersehen, und daß er von Delbrück selbst vorgeschlagen oder doch genehm gehalten worden ist. Daraus würde folgen, daß es sich lediglich um eine Personenfrage handelt, daß die politische Richtung des Reichskanzleramts nach wie vor die nämliche bleiben wird, welche sich bis jetzt des Beifalls der Mehrheit der Nation erfreut hat. Indes, das sind vorerst nur Mutmaßungen. Gewiß ist aber, daß dem scheidenden Staatsmanne von allen guten Deutschen, von allen, die es mit Kaiser und Reich halten, einstimmig und herzlich der Dank des Landes votiert werden wird.

Sozialisten und Jesuiten.

17. Januar 1877.

Durch den Wahlkampf ist die sozialistische Partei in den Vordergrund gekommen; die allgemeine Aufmerksamkeit wendet sich ihr

mehr als je zu, und bei dieser Gelegenheit entdeckt man allerlei sonderbare Ansichten über das Wesen und die Zielpunkte der Partei. Unser Mainzer Berichterstatter meldet von demokratischen und liberalen Tagesblättern, welche, wenn auch vielleicht nur als captatio benevolentiae, den Sozialisten die Anerkennung aussprechen, sie bildeten die „ideale Partei der Zukunft", oder „die eigentliche Arbeiterpartei", und sie seien von der Demokratie nicht durch Prinzipien geschieden, sondern nur darin, daß sie ihre Prinzipien rascher, als den Demokraten nützlich erscheine, verwirklichen wollten. Die Sozialisten wären danach nur ihrem Jahrhundert etwas zu weit vorausgeeilt, im übrigen aber auf dem richtigen Wege. Ähnlichen Äußerungen sind wir hin und wieder auch in anderen Blättern der bezeichneten Farben, wenn auch nicht in den bedeutenderen, begegnet. Es ist schwer zu sagen, ob die Verfasser selbst glaubten, was sie schrieben, oder ob sie durch solche Anerkennung die Sozialisten freundlich zu stimmen hofften. Das eine wäre eben so töricht wie das andere. Es ist aber nicht allein töricht, sondern es ist auch schädlich. Um den Sozialismus wirksam zu bekämpfen, ist es vor allem notwendig, die Unklarheit zu beseitigen, die in vielen Köpfen hinsichtlich dieser kultur- und freiheitsfeindlichen Lehre besteht, und es ist geradezu eine der ersten Aufgaben der liberalen Presse, in diesem Sinne zu wirken. Die Begriffsverwirrung und der Irrtum, welche hinsichtlich der Natur des Sozialismus in gewissen Schichten der Bevölkerung bestehen, kommen immer nur den Sozialisten zugute, niemals denjenigen, die mit ihnen liebäugeln. Die Begriffsverwirrung treibt wohl Leute, die im Grunde demokratisch fühlen, in das sozialistische Lager, sie bringt niemals Sozialisten in das demokratische Lager. Es gibt Wähler genug, welche eine dunkle Vorstellung haben, als ob der Sozialismus nichts anderes als eine fortgeschrittene Demokratie sei, was man so „weiter links" zu nennen pflegt, und daß, wer sich ihnen anschließe, für die äußersten Konsequenzen der bürgerlichen Freiheit kämpfe. Aber diesem ohnehin vorhandenen Mißverständnisse sollte doch die Presse am allerwenigsten Vorschub leisten. Sie sollte wissen, daß den Führern der Sozialisten nichts mehr am Herzen liegt, als gerade diesen Wahn zu nähren, gerade diesen Schein der Freiheitsliebe aufrecht zu erhalten und ihre grund-

sätzliche Freiheitsfeindschaft den Augen der Menge zu entziehen. Warum nennen sie sich „Sozialdemokraten" und nicht schlechtweg Sozialisten? Warum nehmen sie in ihre für den großen Haufen berechneten Programme Forderungen der gemäßigten Demokratie auf? Lediglich, damit ihre Untergebenen glauben sollen, die Partei bilde nur einen Flügel der großen Armee, die für den Fortschritt kämpft.

Daß in Wirklichkeit der Sozialismus der Gegensatz jedes Fortschritts und jeder bürgerlichen Freiheit ist, daß seine Tendenz die großartigste Reaktion, von der wir Kunde haben, darstellt, eine Reaktion nämlich weit über das Mittelalter hinaus bis zu den Zuständen vorgeschichtlicher Zeiten, daß er die unbedingteste Verleugnung des liberalen Prinzips, Selbstverantwortlichkeit des einzelnen, in sich schließt, daß er also nicht unser linker Flügel, sondern der uns gegenüberstehende Feind ist, — diese Tatsache zu verschleiern und abzuschwächen, sind die Oberhäupter der sozialistischen Partei mit größtem Eifer und nicht ohne Erfolg bemüht, und sie zeigen uns dadurch, daß es für uns das beste und klügste ist, gerade auf diesen Punkt das Hauptgewicht zu legen und ihn dem öffentlichen Bewußtsein recht nahe zu rücken. Es ist eine alte Kriegsregel, daß man das tun soll, was der Feind am wenigsten wünscht. Welche Torheit also, den Sozialisten in ihrem Bestreben, sich zu maskieren, hilfreiche Hand zu leisten, ihnen zu sagen: ihr seid unsere Vorläufer und Pioniere; ihr lauft uns nur ein wenig zu schnell; wohin ihr wollt, dahin wollen wir auch.

Wenn ein Mitglied des Protestantenvereins so oder ähnlich zu den Jesuiten spräche, so wäre es genau ebenso richtig und dem Sachverhalte gemäß, aber es wäre nicht so töricht und so schädlich, wie jenes gedankenlose Kokettieren mit dem Sozialismus. Denn über die wahren Zwecke des Jesuitenordens läßt sich in protestantischen Kreisen so leicht niemand mehr täuschen. Die Jesuiten sind bereits an der Arbeit gewesen; man hat Gelegenheit gehabt, den Baum an seinen Früchten zu erkennen. Man weiß, wie verschieden ihre Praxis, da wo sie die Macht haben, von ihren Programmen, da wo sie in der Opposition sich befinden, ist. Die Sozialisten haben den unschätzbaren Vorzug, daß sie keine Geschichte haben. Hätten sie, wie die Jesuiten, schon einmal und

wiederholt Länder und Völker ins Verderben gebracht, so würde auch der unverständige Haufe ihren Phrasen nicht mehr Glauben schenken, als den Versicherungen der Ultramontanen, wenn diese für Gewissens-, Lehr- und Preßfreiheit zu schwärmen vorgeben. Es kömmt ihnen zugute, daß sie nur mit der Zukunft operieren, aber wir sollten wahrlich die letzten sein, ihnen dies bequeme Schlachtfeld noch bequemer zu machen, indem wir uns den Anschein geben, als glaubten wir an die Freiheitsköder, mit denen unsere Feinde ihre Falle ausstatten. Im Gegenteil sollten wir auf das nachdrücklichste betonen, daß unser Gegensatz zu den Sozialisten mindestens ebenso groß ist wie der zu den Jesuiten, die mit den Liberalen und den Demokraten unter einer Fahne zu konfundieren noch niemandem eingefallen ist, es sei denn den Jesuiten selbst.

Der Gegensatz ist nicht allein ebenso groß, er ist auch ganz ähnlicher Natur. Wenn man von Äußerlichkeiten absieht, findet man ja, daß die Sozialisten ungefähr das nämliche Ziel erstreben wie der Orden Jesu. Der Hauptunterschied ist ein rein persönlicher. Im Jesuitenstaate würde der Priester, im Sozialistenstaate würde der Demagoge regieren, aber in dem einen wie in dem anderen Staate würde das Regiment ein absolutes sein, Leib und Seele in den Dienst einer großen Maschine spannend, — nach Analogie der Postverwaltung, wie Herr Liebknecht neulich im Reichstage etwas unvorsichtig, aber sehr treffend gesagt hat — jede freie Regung individueller Kräfte ertötend, im glücklichsten Falle die notdürftige tägliche Sättigung der Regierten sicherstellend (obgleich das noch äußerst problematisch ist) und die Menschheit zu einem ewigen Stillstande verdammend, welcher den Unterschied zwischen ihr und der Tierwelt auf das denkbar geringste Maß zurückführen würde. Ob diese Zukunft schwarz oder ob sie rot angestrichen wird, darauf kann wirklich nicht viel ankommen.

Der Getreidezoll.

25. Oktober 1879.

Zwei Monate trennen uns noch von dem Augenblicke, wo die deutschen Grenzen gegen die Einfuhr ausländischen Gottessegens

sich schließen sollen. Vom 1. Januar an wird fremdes Getreide und Mehl, wenn es sich nicht durch Zollerlegung den Eingang erkauft, zurückgewiesen werden. Mittlerweile hat der Himmel es gefügt, daß Verhältnisse eingetreten sind, welche auch dem stumpferen Blicke klar demonstrieren, wie sehr recht der Abgeordnete Beseler hatte, als er im Reichstage die Besteuerung des täglichen Brotes zugunsten einheimischer Kornproduzenten „unvernünftig, ungerecht und unchristlich" nannte. Regen und Kälte haben in einem großen Teile Europas Mißwachs herbeigeführt, und ohne die kolossale Entwicklung des Handels und der modernen Transportmittel würden unfehlbar im nächsten Jahre Millionen Menschen Hungers sterben. Der einige Retter in der Not ist jetzt derjenige Verkehr, welcher in der ersten Hälfte dieses Jahres von hochansehnlichen Stimmen als eine öffentliche Pest, als Frevel am Vaterlande, als verruchte Ausbeutung des Elends verdammt wurde. Der zum Tode verurteilte freie Kornhandel wird noch einmal zu guterletzt eine große Wohltat erweisen und dann sterben. Daß er unschuldig hingerichtet wird, müssen jetzt seine Ankläger selbst einsehen. Die Natur ist wie der Krieg ein unerbittlicher Zerstörer aller Fiktionen, Illusionen und Sophismen; sie stellt den Menschen den nackten Tatsachen gegenüber, und er mag wollen oder nicht, mit ihnen, so wie sie sind, muß er sich abfinden oder untergehen. „Es ist zu wenig Korn gewachsen!" gegen dies Faktum hilft kein Argumentieren, Disputieren und Kolorieren. Kein Scharfsinn des Scharfsinnigsten und keine Beredsamkeit des Beredtesten vermag die Ernte dieses Jahres auch nur um ein einziges Körnchen zu vermehren. Was uns mangelt, muß herangefahren werden aus den vollen Speichern besser situierter Länder, und wir müssen den fehlenden Bedarf für Geld kaufen. Ein Glück ist es, daß die Prüfung hereinbricht, ehe wir die Apparate des Getreidehandels verloren haben, die wir dank der liberalen Ära noch besitzen. Träfe uns das Unglück in einem Augenblicke, wo die neue Zollpolitik bereits ihr Werk vollendet, die Verkehrsfäden schon abgeschnitten, den internationalen Getreidehandel schon von unseren Häfen und Eisenbahnen abgeleitet und den Verfall seiner Werkzeuge herbeigeführt hätte, so würden wir mit ungleich größeren Opfern und mit viel schmerzlicheren Er-

fahrungen zu tun haben. Denn die Anstalten, welche erforderlich sind, um für zweiundvierzig Millionen Menschen einen plötzlichen Mehrbedarf an Brotfrüchten herbeizuschaffen, lassen sich nicht improvisieren. Wird die Not erst erkannt, so ist es schon die höchste Zeit, zur Abhilfe zu schreiten, und jede Woche, die dann noch mit Vorbereitungen verloren ginge, würde eine empfindliche Erschwerung der Leiden bedeuten.

Für die wunderbaren Theorien, welche im vorigen Frühjahr aufgestellt wurden, um die Harmlosigkeit der Getreidezölle zu beweisen, ist die eingetretene Teuerung verhängnisvoll geworden. In Zeiten, wie die jetzigen, treten die Erscheinungen des Marktes deutlicher als in flauen Perioden auf, und auch minder geübte Augen vermögen dann den großen Zusammenhang der Dinge zu durchschauen, den Menschenwitz nicht abzuändern vermag. Die verwegene Behauptung, daß der Kornpreis nicht den Brotpreis bestimme, ist natürlich verstummt, seitdem die Brotverteuerung sich nicht mehr zentnerweise, sondern pfundweise bemerklich macht, in raschem Anschlusse an die Notierungen der Kornbörsen. Dasselbe schutzzöllnerische Blatt, die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz", welches vor wenigen Monaten in die agrarischen Argumente fröhlich einstimmte, empfiehlt, wie wir sehen, heute bereits polizeiliche Maßregeln „zur Abwendung der Verteuerung des Brotes". Ob dies Blatt etwa jetzt behaupten wird, das Brot würde auch ohne die hohen Kornpreise teurer geworden sein?

Die Vertröstung, daß der ausländische Produzent oder Exporteur den Zoll bezahlen werde, daß das Ausland uns kommen müsse, wird angesichts dessen, was in New York, in Petersburg, in Odessa jetzt täglich in aller Öffentlichkeit vor sich geht, wohl kaum wiederholt werden. Die Amerikaner und die Russen zeigen nicht die mindeste Neigung, beim Verkaufe ihres Getreides die verschiedenen Nationen differenziell und die Deutschen günstiger als andere zu behandeln. Vielmehr herrscht bei ihnen die Tendenz, so viel zu nehmen, wie sie bekommen können; wer ihnen am meisten bietet, der erhält die Ware, und es ist ihnen höchst gleichgültig, ob der Käufer die Ware nach Liverpool oder nach Stettin bringt, ob er Zoll bezahlen muß oder nicht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß

am 1. Januar 1880 die Herzen dieser Verkäufer anders schlagen werden als jetzt und von je. Spaßhaft ist nur, daß die Herren, welche auf die Liebenswürdigkeit der Russen und der Yankees vertrösten, die nämlichen sind, die den Freihändlern vorwerfen, niemals die „realen Verhältnisse" zu berücksichtigen.

Kein Satz der Freihändler hat mehr Zorn erregt als dieser, daß der Zoll nicht allein das eingeführte Getreide, sondern auch das inländische annähernd um seinen Betrag verteuern werde, daß also jeder Konsument künftig in dem Preise dem inländischen Produzenten eine dem Zoll entsprechende Abgabe zu entrichten habe, daß die Nation mit anderen Worten dem Reiche den Grenzzoll und außerdem den Gutsbesitzern eine ungleich größere Summe an verschleierter Brotsteuer zahlen müsse. Kein Satz hat größeren Zorn erregt, weil er den wundesten Punkt des Systems, die Besteuerung zugunsten von Privatpersonen, bloßlegt. Wie hat man sich nicht abgemartert, um das womöglich zu widerlegen! Geleugnet wenigstens hat man es mit größter Entschiedenheit. Jetzt macht die rauhe Wirklichkeit auch diesen Ableugnungen ein Ende. Der Zoll ist zwar noch nicht eingeführt, aber man kann seine Wirkungen bereits ziffermäßig nachweisen, und das verdanken wir den — bekanntlich gerade im Getreidehandel eine große Rolle spielenden — Termin- und Lieferungsgeschäften. Man verkauft und kauft beispielsweise in Berlin Roggen heute zu 157,50; man schließt daselbst Lieferungsverträge für April zu 167,25 ab. In dem letzteren Preise steckt natürlich der Zoll von zehn Mark, sofern der betreffende Roggen ausländische Ware ist und nach dem 1. Januar ins Land kömmt. Der nämliche Preis von 167,25 gilt aber auch für inländische Ware (bei gleicher Qualität). Der Verkäufer sagt nicht etwa, für deutschen Roggen nehme ich weniger, weil derselbe keinen Zoll zu tragen hat. Sondern er bietet alles, was er hat, ohne Unterschied des Ursprungs, zu gleichem Preise an. Dies sind nicht „doktrinäre Theorien", sondern Dinge, die täglich vor aller Augen an jedem Getreideplatze geschehen. Noch mehr. Man kann die Terminverkäufe eines deutschen, dem Zoll unterworfenen Platzes, mit einem ausländischen Platze vergleichen und daraus schon jetzt Tag für Tag erkennen, wie der Preis durch den Zoll affiziert

wird. Nach der freihändlerischen Theorie, die nichts als eitel Dunst sein soll, muß ceteris paribus der Preis in Deutschland ungefähr um den Betrag des Zolles höher sein. Und in der Tat trifft dies zu. Vergleicht man z. B. Berlin und Paris, so findet man, daß heute die Preise ziemlich gleich stehen, daß aber Lieferungen zu April in Berlin ziemlich zehn Mark höher notiert sind als Lieferungen zu April in Paris. Der Unterschied zwischen beiden Plätzen ist beinahe genau gleich dem Zolle, welchen Berlin im April daraufschlagen muß. Auch wird wohl nicht leicht jemand bezweifeln, daß, wenn morgen die Getreidezölle suspendiert würden, etwa bis 1881, dann unmittelbar alle Lieferungsverkäufe zu April um ungefähr zehn Mark niedriger abzuschließen sein müßten, ein fernerer Beweis, wenn es dessen bedürfte, daß der Zoll alles, nicht bloß das eingeführte ausländische Getreide verteuert, und daß schließlich der Konsument ihn zahlen muß.

Daß nicht daran gedacht wird, die Getreidezölle zu suspendieren, glauben wir auch ohne Versicherung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". Ob die Reichsregierung wirklich, wie dies Blatt wissen will, im Besitze von Erhebungen ist, wonach „ein Mangel an Getreide gar nicht vorhanden ist", lassen wir dahingestellt sein. Recht glauben können wir es nicht; denn warum sollte die Regierung Erhebungen so wichtiger und so erfreulicher Natur dem Publikum vorenthalten? Aber jedenfalls hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in der Hauptsache recht: die Getreidezölle werden nicht suspendiert werden. Sie werden es nicht, weil natürlich die Regierung, als sie diese Zölle einführte, gerade diejenige Wirkung, welche sie äußern werden, höhere als die natürlichen Kornpreise, beabsichtigt hat und inkonsequent handeln würde, wollte sie die Zölle deshalb aufheben, weil sie tun, was man von ihnen erwartet und verlangt. Die Regierung ist nicht so töricht wie viele ihrer Anwälte. Sie bildet sich nicht ein, daß Kornzölle ohne Einfluß auf den Preis seien. Eben weil sie — mit Recht — das Gegenteil annimmt, hat sie die Kornzölle vorgeschlagen. Sie glaubt, teueres Brot sei eine Wohltat für das Land, sie hat das richtige Mittel gewählt, um diese vermeintliche Wohltat herbeizuführen, sie wird also sicherlich das Mittel nicht in dem Augen-

blicke verwerfen, wo es zu operieren beginnt. Weiterer Ausführungen bedarf es nicht, und es ist ein possierliches Mißverständnis, wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer Weisheit meint, man könne die Getreidezölle schon deshalb nicht suspendieren, weil man dadurch viele Interessenten, welche Lieferungsverträge auf Grund der neuen Zollsätze abgeschlossen hätten, schädigen könnte. Kein Lieferant wird es übel nehmen, wenn er den Roggen, den er im künftigen Jahre zu 167 Mk. zu beschaffen übernommen hat, infolge einer Zollsuspension zu 157 Mk. kaufen könnte. Oder denkt man vielleicht gar an die Haussiers des Differenzgeschäfts?

Politik und Religion.

8. November 1879.

Wir haben neulich vielleicht etwas zu viel gesagt, als wir bemerkten, daß von allen Bibelworten der Spruch vom Weizen und dem Unkraut am wenigsten von den kirchlichen Eiferern beachtet werde. Das Gebot „du sollst den Namen des Herrn deines Gottes nicht mißbrauchen" wird wohl noch häufiger vergessen. Wir meinen nicht beim gemeinen Fluchen und Schwören, sondern wir denken an die unfromme Sitte, die eben jetzt wieder in Schwung zu kommen scheint, den lieben Gott in den politischen Hader, ja geradezu in die vulgären Parteihetzereien hineinzuziehen. Vor einigen Tagen haben wir es erlebt, daß ein fromm-konservatives Blatt in Berlin eine Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, die eigene natürlich, als das auserwählte Rüstzeug Gottes bezeichnete, die politisch Andersdenkenden dagegen, vorab die Liberalen, mit dem Brandmal der Gottlosigkeit abstempelte. Die Stelle ist klassisch in ihrer Art, ein typischer Ausdruck jenes geistlichen Hochmuts, welcher, nicht zufrieden, seine weltlichen Interessen durchzusetzen, ihnen auch noch das Privilegium himmlischer Abkunft andichtet. Der Passus lautete wörtlich:

„Der tiefere Grund der politischen Parteistellung liegt in der Stellung, die ein jeder zu Gott einnimmt. Wer den lebendigen Gott erkennt und sein Wort ehrt als die unverbrüchliche Norm

für alles Tun und Verhalten der einzelnen sowohl als der Gesamtheit, der kann nicht anders als konservativ sein, und nur ein Konservativismus, welcher auf diesem ewigen Grunde ruht, hat einen Wert. Wer den persönlichen, lebendigen Gott leugnet oder doch beiseite schiebt, ihn aus dem Zentrum des Lebens rückt, der kann nicht anders als liberal sein. Das ist ja das eigentliche Wesen des modernen Liberalismus, daß er eine höhere Autorität über den Menschen und ihren Meinungen nicht anerkennt, sondern das menschliche Belieben als die einzige Norm ansieht."

Geschichtlich kann nichts schiefer und unrichtiger sein als diese Zurückführung weltlicher Parteigegensätze auf ein einziges und auf ein religiöses Moment, zumal wenn man sich dies Moment, wie doch angezeigt ist, aus der hier gewählten allgemein gehaltenen Ausdrucksweise in die Sprache der einseitigen konfessionellen Richtung der „Kreuzzeitung" übersetzt. Es ist ja allbekannt, daß es konservative Staatsmänner und Parteien unter Heiden und Christen, unter Mohammedanern und Juden gegeben hat und gibt; es ist nicht minder weltkundig, daß die trotzigen Republikaner, welche in England Karl I. köpften und in Amerika Georg III. entthronten, felsenfest an den persönlichen, lebendigen Gott glaubten und sein Wort, die Bibel, nach bestem Wissen als unverbrüchliche Norm für alles Tun des einzelnen und des Staats anerkannten. Wir brauchen auch nicht erst auszuführen, daß die Definition des Liberalismus, wie sie hier gegeben wird, nicht bloß schief ist, sondern völlig auf dem Kopfe steht. Es würde dem Ketzerrichter doch schwer fallen, seine — bei Lichte besehen doch entsetzliche — Anklage irgendwie zu begründen, daß der Liberalismus eine höhere Autorität über dem Belieben des einzelnen Menschen, also zum Beispiel das Sittengesetz, die Gebote der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit, die Pflichten der Wahrhaftigkeit und Treue, nicht anerkenne. Es würde ihm schwer fallen, einen einzigen liberalen Schriftsteller zu zitieren, der die über dem menschlichen Belieben stehende Autorität des Gebotes „du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten", auch nur durch den leisesten Zweifel erschüttert hätte.

Die geschichtliche Wahrheit, die auch noch für unsere Gegenwart gilt, redet aus einem ganz anderen Tone. Sie lehrt, daß

auch die religiösen und die moralischen Dogmen nur einen sehr indirekten, durch Irrtum und Selbsttäuschung des Egoismus selbst in guten Naturen fortwährend gedämpften Einfluß ausüben, und daß von dieser Regel keine Partei eine Ausnahme bildet. Recht und Unrecht, Sünde und Lauterkeit, Vernunft und Beschränktheit sind in dieser Welt mannigfach verschlungen, und wer nach Gerechtigkeit dürstet, hat hier auf Erden nur die Wahl, zu verschmachten oder sich mit trübem Tranke zu begnügen. Wer aber, bei so beschaffener Unvollkommenheit der menschlichen Natur, sich allein und seine Gesinnungsgenossen als die ausschließlich Gottgefälligen und Gottgetreuen verherrlicht, der hat die Vermutung gegen sich, daß es ihm viel weniger um Gerechtigkeit als um Selbsterhöhung zu tun ist. Diese scheinheilige Anrufung des göttlichen Namens gewinnt einen besonders üblen Beigeschmack, wenn man sich erinnert, um welche Dinge denn vornehmlich die konservative Partei streitet. Neun Zehntel ihres Programms beziehen sich auf Interessen des Geldbeutels und auf Klassenvorteile. Die Grundsteuer und die Brennsteuer, die Korn- und Viehzölle, das Stimmverhältnis in Kreis- und Provinzialtagen, diese und ähnliche Gegenstände bilden den wesentlichen Inhalt der Parteipolitik. Wir bestreiten den Herren ganz und gar nicht das Recht, in allen diesen Dingen ihren Vorteil mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu verfechten; wenn sie uns aber sagen, daß ihre persönliche Stellung zum allmächtigen Gott sie nötige, so zu stimmen wie es für sie selbst am profitabelsten sei, so antworten wir mit Valentin: Laßt unsern Herrgott aus dem Spiel.

Der Religion sind solche Vermengungen des Heiligen und des Profanen sicherlich nicht von Nutzen. Sie wecken den Spott, dessen Pfeile dann oft über das eigentliche Ziel, über den Mißbrauch, hinausfliegen und das Ehrwürdige treffen. Erst die rohe Hofsitte, für jeden Krieg ohne Unterschied, auch für den ungerechtesten, den Beistand „des Herrn der Heerscharen" anzurufen, hat das freche, aber witzige Wort provoziert, daß Gott es immer mit den stärksten Bataillonen halte. Und selbst diese rohe Hofsitte scheint uns noch verzeihlich im Vergleiche mit der parlamentarischen Fraktionsfrömmigkeit. Jene stützt sich wenigstens auf altüberliefertes Zeremoniell,

wobei man es mit dem Sinne nicht so genau zu nehmen pflegt, und sie knüpft sich an Kämpfe, bei denen es um Tod und Leben geht, nicht bloß um einige Groschen oder Paragraphen. Über Chamissos alten englischen Prediger, der gegen die Holländer betet und treuherzig dem lieben Gott auseinandersetzt, für wen er anständigerweise Partei zu nehmen habe,

Du wirst Dich noch erinnern, Herr, es war
Am letzten Sonntag, die Holländer brachten,
Wie heute wir, Dir einen Bußtag dar.
Wie Jakob einst den Bruder Esau, dachten
Sie uns um Deinen Segen zu betrügen,
Wenn sie die ersten an Dein Ohr sich machten.

Glaub' ihnen nicht! trau' nicht den Winkelzügen
Der falschen Otternbrut; ihr gutes Recht
Und frommes Tun sind eitel, eitel Lügen!
Glaub' uns und mir! ich bin Dein treuer Knecht,
Ich habe mit der Lüge nichts zu schaffen:
Wir Engelländer sind ein fromm Geschlecht;
Sei Du mit uns und segne unsere Waffen!

über diesen alten Herrn, sagen wir, wird man sich nicht entrüsten; das Törichte und Unwürdige seiner Anschauung von göttlichem Walten nötigt uns nur zu einem heitern Lächeln, weil hinter der Beschränktheit die kindliche Überzeugung und der ehrenfeste Eifer für das Vaterland hervorblickt. Hätte er gegen seine eigenen Landsleute und für seine eigenen Parteizwecke gebetet, so hätte Chamisso ihn nicht verewigt oder in ganz anderer Weise, in Dantischen Terzinen.

Agrarier und Kaufmann.

17. September 1881.

Wenn man die immer wiederkehrenden Brandreden des Agrariers gegen den Handel vernimmt, sollte man fast glauben, es liege dieser unmotivierten Wut eine unbewußte Nachwirkung mittelalterlicher Animositäten zugrunde, die durch Erbgang sich bis auf die heutigen Junker fortgepflanzt hätten, obwohl die Ursache der

ehemaligen Feindschaft, das Wegelagern an der Landstraße einerseits und das gelegentliche Brechen der Raubburgen andererseits, längst erloschen ist. Wenn Hunde auf eine Kuhweide geraten, sieht man die Rinderherde plötzlich in heftiger Aufregung, und es währt nicht lange, so rücken die erzürnten Kühe in geschlossener Schlachtreihe mit drohend gesenkten Hörnern gegen den unglücklichen Eindringling vor, der augenscheinlich höchst betroffen ist über diese feindselige Demonstration und gar nicht begreift, wodurch er sie verdient hat. Er weiß nicht (weil den Hunden geschichtliche Erinnerung abgeht), daß seine Vorfahren einmal wilde Tiere, in der Tat wenig besser als Wölfe, waren und von dem Fleische und Blute der Wiederkäuer sich nährten, daher die letzteren grimmigen Haß gegen das ganze Hundegeschlecht faßten und auf ihre Nachkommen vererbten bis in Zeiten, wo die Hunde zivilisiert geworden waren und der bösen alten Gewohnheit gänzlich entsagt hatten. Ganz ähnlich scheint es sich mit dem Hasse des Junkers gegen den Kaufmann zu verhalten, nur daß in diesem Falle das Gefühl des Räubers sich länger erhalten hat als das seines Opfers. Im Punkte der Vernünftigkeit steht der eine Haß dem andern ziemlich gleich. Wir haben früher wohl des behaglichen Glaubens gelebt, unser Zeitalter sei ganz vorzugsweise das Zeitalter der Vernunft. Wenn man von etwas besonders Absurdem hörte, pflegte man zu sagen: wie ist so etwas im neunzehnten Jahrhundert möglich! Seit einigen Jahren sind wir von diesem Irrtum zurückgekommen. Wir haben an einer ganzen Reihe demütigender Erfahrungen gelernt, daß die Vererbungskraft alter wilder Leidenschaften und alter roher Wahnvorstellungen weit größer ist, als wir in optimistischer Fortschrittsfreude angenommen hatten. Wir haben es erlebt, mitten im neunzehnten Jahrhundert, daß Millionen sogenannter zivilisierter Menschen ohne anscheinende Schwierigkeiten Dogmen akzeptierten, die in früheren Jahrhunderten nur schüchtern und versuchsweise auftreten konnten, weil sie gar zu unvernünftig erschienen; daß grober Fetischdienst Einöden und stille Dörflein in Sammelplätze rauschenden Meßverkehrs verwandelte; daß die Judenverfolgungen des Mittelalters in der Stadt Friedrichs des Großen wieder ins Leben gerufen wurden; daß gepriesene Staatsmänner wirtschaftliche Illu-

sionen, deren ihre Väter und Großväter sich bereits geschämt hatten, zum Leitstern ihrer Politik machten und glänzenden Erfolg damit erzielten; daß die Lehre von dem beschränkten Untertanenverstande und von der Pflicht des Bürgers, blindlings an die Weisheit jeder Regierungsmaßregel, auch der noch gar nicht bekannten, zu glauben, alles Ernstes wieder aus dem Staube der Vorzeit hervorgesucht und im Mittelpunkte einer europäischen Großmacht — nicht etwa Rußlands — feierlich verkündet wurde. Es ist, unter so bewandten Umständen, nicht zu verwundern, daß auch die altehrwürdige und ritterliche Anschauung vom Handel, als welcher im Grunde nur dazu da sei, um von edlen Herren „niedergeworfen" zu werden, wieder ans Licht des Tages tritt und sich in modernen Phrasen ungeahnter Abgeschmacktheit ergeht.

Das Wort ist wohl nicht zu stark. Denn abgesehen von dem obenerwähnten überlieferten und instinktartigen Nachklange raubritterlicher Stimmungen ist ein Motiv für diese Feindschaft gegen den Handel durchaus nicht zu erkennen. Die Handeltreibenden als solche tun den Junkern nichts mehr zuleide, sind vielmehr froh, wenn man nur sie selbst ungeschoren läßt. Und der Handel, als Tätigkeit betrachtet, ist heutzutage, wo auch der Adel seinen Warenbedarf nicht mehr auf der Landstraße findet, für die Junker gerade so wohltätig und unentbehrlich wie für die ganze übrige Menschheit, vielleicht in noch höherem Grade. Wahrscheinlich würde die adlige Bevölkerung eine viel größere Erschwerung des gewohnten Lebens empfinden als die Mehrzahl der Bürgerlichen, wenn der Handel stille stände. Es ist daher nicht abzusehen, weshalb er gerade diese Art bürgerlicher Tätigkeit vorzugsweise mit seinem Hasse verfolgen sollte.

Man kann es wohl verstehen, daß diejenigen Junker, welche selbst ein Gewerbe treiben, sei es eine Brennerei oder sonst etwas, die Freihändler hassen, weil diese ihnen den gewünschten Zollschutz bestreiten oder ihnen die Abwälzung der Grundsteuer vermittelst indirekter Belastung der ärmeren Mitbürger nicht gönnen wollen. Allein dieses Motiv hat doch mit dem Hasse gegen den Handel nichts zu tun. In dem Worte Freihandel kommt zwar das Wort Handel vor, aber davon abgesehen haben die beiden Begriffe nichts miteinander gemein. Man kann Händler sein, ohne Freihandel

zu wollen, und man kann Freihändler sein, ohne Handel zu treiben. Der Reichskanzler selbst ist ja ein erlauchtes Beispiel des letzten Falles: er war früher entschiedener Freihändler, aber er ist unseres Wissens nie Händler gewesen im Sinne des Handelsgesetzbuches. Vielleicht macht er jetzt, wo er nicht mehr Freihändler ist, eher als damals, wo er es war, einmal ein Handelsgeschäft.

Vielleicht schwebt den junkerlichen Schutzzöllnern, Grundsteuerhassern und Handelsgegnern der Gedanke vor, daß die Kaufleute vorzugsweise freihändlerisch gesinnt seien. Angenommen, dies wäre richtig, so würde doch Wert und Unwert der Handelstätigkeit dadurch nicht im mindesten berührt. Wie die Wohltat guter Schuhe die nämliche bleibt, mag der Schuster konservativ oder liberal sein, so bleibt die Wohltat des Handelsverkehrs unwandelbar dieselbe, mögen die Kaufleute über Schutzzölle denken wie sie wollen. Denn wie auch der Kaufmann in dieser Beziehung denkt, sein eigenes Geschäft betreibt er stets und unter allen Umständen auf Grund einer einzigen Theorie, welche einfach so lautet: man hole eine Ware von dem Orte, wo man ihrer am wenigsten bedarf, und bringe sie nach dem Orte, wo man ihrer am meisten bedarf; oder noch kürzer: kaufe möglichst wohlfeil und verkaufe möglichst teuer. Und gerade dadurch, daß er nach diesem Grundsatze verfährt, nützt der Handelsverkehr dem Ganzen. Denn es ist offenbar ein nützlicher Dienst, wenn man jemand Dinge abkauft, die er selbst nicht braucht, und ihm Dinge zuführt, deren er bedarf.

Wenn übrigens Kaufleute wirklich sich mehr dem Freihandel zuneigen als dem Schutzsystem, so ist dies kein schlechter Charakterzug. Wenn ein großer Baumwollenimporteur gegen Schutzzölle auf Garn stimmt, so beweist er, daß sein Privatinteresse ihn nicht verführt, gegen bessere Überzeugung zu stimmen. Wenn ein großer Rheder Flaggenprivilegien verwirft, so handelt er wenigstens nicht eigennützig. Und wenn ein Kaufmann für freie Einfuhr der Waren stimmt, mit denen er selbst handelt, und zugleich für freie Einfuhr der Waren, mit denen er nicht handelt, so sucht er mindestens keinen Vorteil für sich allein, sondern gönnt denselben zugleich allen anderen. Uns dünkt, es wäre nicht übel, wenn diese Gesinnung sich ausbreitete.

Fürst Alexander von Bulgarien.

11. September 1886.

Es sollte uns nicht wundern, wenn nächstens ein großes Spektakelstück (oder auch mehr als eins) über die Bühnen ginge, ein Spektakelstück mit Truppen, Pferden, Verschwörern, Dolchen, Triumphzügen und Abdankungsszenen, in welchem Alexander von Battenberg die Haupt- und Titelrolle spielte. Der Stoff wenigstens liegt fertig zur Hand in den sensationellen Berichten der Zeitungskorrespondenten und den Abbildungen, welche mehr oder minder frei nach der Natur die illustrierten Wochenblätter bringen. Einer betriebsamen Regie würde es nicht schwer fallen, die Kulissen nach photographisch aufgenommenen echten bulgarischen Ansichten malen zu lassen und die Statisten in echte bulgarische Uniformen und Volkstrachten zu stecken. Den verbindenden Text gibt die Geschichte seit dem Aufstande Ostrumeliens an die Hand, wie die Geschichte es nicht oft tut.

Aber nicht bloß zu einem Spektakelstücke, auch zu einer großen dramatischen Dichtung würde das letzte Regierungsjahr des Battenbergers wohl Stoff darbieten, wenn der rechte Meister sich fände, ein Meister wie der zum Beispiel, dessen erlöschende Kraft uns den herrlichen Torso des „falschen Demetrius" hinterließ. Nachdem die politische Beurteilung der bulgarischen Katastrophe während der letzten Wochen reichlich zu Worte gekommen ist, darf man vielleicht auch in einem politischen Blatte auf die rein menschliche Seite dieser Staatsaktion hinweisen. Nur durch eine solche werden Staatsaktionen verwendbar für den Dichter, den Bühnendichter zumal, oder, was dasselbe sagt, nur dann haben Staatsaktionen ein höheres und allgemeineres Interesse, wenn in ihnen sich zugleich ein bedeutsames menschliches Drama entfaltet hat. Und das ist hier der Fall. Unabhängig von den Fragen des gemeinen Vorteils und Nachteils, die sich ja zunächst und am eindringlichsten an die eingetretene Verwicklung und Lösung knüpfen, unabhängig davon erwecken diese Vorgänge eine Teilnahme, wie wir sie im Schauspiel empfinden, wenn vor unseren Augen Hamlet untergeht und Brutus den Triumvirn erliegt.

Dem Schicksal des hessischen Prinzen fehlt zwar der blutige Schluß, der am sinnfälligsten das tragische Ende veranschaulicht. Aber ein großer Dichter würde diesen Mangel zu ersetzen wissen. Daß ein tragischer Untergang auch ohne den körperlichen Tod dargestellt werden kann, ist gewiß: verläßt doch König Oedipus in dem alten Stücke lebend die Bühne. Nur darauf kommt es an, daß der Untergang, auch wenn das Leben gewahrt bleibt, eine Existenz vernichte, und daß diese Existenz die eines heldenhaften Menschen sei. Und noch eins muß hinzukommen, um die tragische Wirkung zu sichern: der Held selbst muß durch seine innerste Natur, durch seine Größe und Unbeugsamkeit, den Blitzstrahl auf sein Haupt herabziehen.

Uns dünkt, diese Bedingungen treffen zu. Die Geschichtsphilosophen haben uns ja bereits darüber belehrt, daß Fürst Alexander untergehen mußte, und weshalb er untergehen mußte. Er war für die ihm gestellte Aufgabe, so sagen sie, nicht lasterhaft genug, nicht roh und gemein genug, zu gerade, zu kühn, zu aufrichtig dem ergeben, was er für das Richtige und Gute hielt. Er würde weiter gekommen sein, wenn er Ränke gesponnen, sich unterwürfig gezeigt, den russischen Agenten die Hand gedrückt, Kränkungen verschluckt und mannhafte Anwandlungen unterdrückt hätte, wenn er namentlich dem ostrumelischen Aufstande fremd geblieben wäre, einem Aufstande, der lediglich den Wallungen eines volkstümlichen Gefühls und keineswegs höherer Erlaubnis seinen Erfolg verdankte.

Das eben ist es, was dem Helden unserer politischen Tragödie die Herzen gewonnen hat. Wie sagt Wilhelm Meister, wo er von Hamlets Lage spricht? „Eine große Tat, auf eine Seele gelegt, die der Tat nicht gewachsen ist . . . Das Unmögliche wird von ihm gefordert, nicht das Unmögliche an sich, sondern was ihm unmöglich ist.“ Fürst von Bulgarien zu sein, wie die Welt einmal geht, das war auf die Dauer eine unmögliche Aufgabe für diesen Mann, nicht weil die Aufgabe, sondern weil der Mann zu groß war. Nur in dem einen Punkte, daß die Natur des Menschen und die ihm aufgedrungene Rolle unvereinbar waren, sehen wir die Ähnlichkeit zwischen Alexander und dem Dänenprinzen; im Naturell selbst sind sie Antipoden.

Von Brutus haben wir vorhin gesprochen. Nimmt nicht auch Brutus unser Herz gefangen, weil seine reine und redliche Seele ihn unfähig machte, die übernommene Aufgabe zu lösen, eine verderbte Welt nach den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit umzuformen? Stoßen wir uns sehr daran, daß er sich mit Verschwörern einließ, als Verschwörer nach seinem Gefühl die gute Sache vertraten? Im Ringen mit der Welt geht er zugrunde; Antonius und Oktavian zeigen sich als bessere Staatsmänner, aber nicht ihnen, sondern dem Besiegten reicht Shakespeare den Kranz, „im Namen der Menschheit", kann man diesmal wohl mit Recht sagen.

Bei vielen Leuten hat das Telegramm an den Zaren dem Fürsten Alexander geschadet, als ob er bei der Gelegenheit aus der Rolle gefallen wäre. Nach ihrem Geschmacke hätte das Telegramm stolzer klingen sollen. Über Geschmackssachen läßt sich nicht streiten, und wir wollen deshalb nur zu bedenken geben, daß der dramatische Held nicht frei von Schwächen und Mißgriffen zu sein braucht. Das Entscheidende sind die Motive und die Taten, und die letzteren beweisen, daß der Fürst, als er des Zaren Übermacht anerkannte, nur an sein Land, nicht an seine Person dachte. Leute wie Börne haben es übrigens auch Schiller nicht verziehen, daß er Wilhelm Tell zu Geßler anfänglich so bescheiden hat reden lassen. Und Schiller hat doch von Manneswürde wahrscheinlich eine ebenso deutliche Vorstellung gehabt wie Börne.

Durch solche Kritteleien sollten wir uns die Freude, oder sagen wir lieber den tragischen Genuß, nicht verderben lassen. Es ist selten, daß eine geschichtliche Person zu einer solchen, aus Lust und Schmerz gemischten, immer aber erhebenden Bewegung der Gemüter Anlaß gibt. Und immer ist das, wenn es geschieht, ein Gewinn. Denn die Berufung an die besseren Elemente unserer Natur weckt zugleich und kräftigt diese Elemente. Wir erinnern uns, daß es auf Erden noch etwas Höheres gibt als Klugheit und Erfolg. Wer uns das einprägt durch sein Leben, hat genug gelebt, und stürbe er morgen, dürften wir Byrons Vers für General Marceau auf sein Grab schreiben:

Brief, brave and glorious was thy young career.

Der Deutsche fürchtet Gott, sonst nichts in der Welt.

8. Februar 1888.

Fürst Bismarck hat einmal in einem Tischgespräche, als die Rede auf die ihm von den Franzosen, Welfen und Ultramontanen zuerkannte diabolische Natur kam, gesagt: „Wenn ich einen Teufel im Leibe habe, so ist es ein teutonischer." Humoristisch, aber treffend hat er damit einen Grundzug seines Wesens bezeichnet und zugleich die Stelle angegeben, wo die Quellen seines ungeheuren Einflusses auf die Zeitgenossen und zumal auf seine Landsleute liegen. Das Wort teutonisch gehört zu seinen Lieblingsworten; auch am Montag hat er es in einem großartigen Passus verwandt, wo er von dem furor teutonicus spricht, den heraufzubeschwören er die Gegner warnt. Selbstverständlich würde ohne außerordentliche Gaben des Geistes und ohne eine hohe Willenskraft die dämonische Macht des nationalen Gefühls allein nicht ausgereicht haben, dem Reichskanzler die weltgeschichtliche Stellung zu verschaffen, die er einnimmt und seit einem Vierteljahrhundert ohne Spur einer Abnahme behauptet. Aber noch weniger würden die glänzendsten Eigenschaften des Geistes und die mächtigste Energie allein diese Erfolge herbeigeführt haben, wenn sie nicht auf dem tiefen Grunde der elementaren Volkskraft ruhten, die in diesem Staatsmanne ihre geniale und leidenschaftliche Verkörperung, ihren unermüdlichsten, tapfersten, klügsten und beredtesten Vertreter gefunden hat. In großen Augenblicken wie in demjenigen, der am vorigen Montag, einzig in seiner Art, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt unter seinem Banne hielt, tritt die natürliche, alle Dissonanzen immer wieder gewaltig übertönende Harmonie zutage, in welcher die Stimme des Helden und der Chor seines Volkes zusammenklingen. Das Geheimnis der Macht, mit welcher der eine Mann die Nation beherrscht, mit welcher er auch in der inneren Politik dem Zeitalter das Gepräge seines Willens aufdrückt, enthüllt sich am deutlichsten unserem Blicke, wenn wir ihn, wie bei dieser Gelegenheit, unmittelbar als den Anwalt Deutschlands, gleichsam vor dem Richterstuhle der Geschichte, gegen eine Welt von Feinden auftreten sehen und

die Worte vernehmen, mit denen er die Gedanken und Empfindungen aller siegreich verteidigt. Dann fühlt jeder Deutsche: Dieser ist unser, Fleisch von unserem Fleisch, Bein von unserem Bein, und wenn einer hinzusetzt, „er hat den Teufel im Leibe", so meint er sicherlich nichts Arges dabei, sondern nur dasselbe, was der Fürst seinen diabolus teutonicus nannte.

Die Zahl der großen Staatenlenker und Volksführer, deren geschichtliche Bedeutung in solcher Naturtiefe wurzelt, ist an sich nur klein. Es hat Politiker und Herrscher ersten Ranges gegeben, denen diese innige Gemütsverbindung mit der beherrschten Nation mangelte. Richelieu war sicherlich ein hervorragender Staatsmann, aber man hätte ihn und Heinrich IV. zusammenschmelzen müssen, um aus ihm einen Franzosen zu machen in dem Sinne, wie Bismarck ein Deutscher ist. Pitt wurde von den Engländern der „himmelgeborene Minister" genannt, aber es hätte zu seiner Person noch die Nelsons hinzugefügt werden müssen, damit man ihn in diesem Sinne mit unserem Pitt vergleichen könnte. Napoleon hatte ohne Zweifel in seinen besten Zeiten in Frankreich eine Popularität der Art, von welcher hier die Rede ist, aber sie war nicht so sehr der Widerhall seines eigenen Herzens als ein Produkt der Meisterschaft, mit welcher er „die nationale Fiber" der Franzosen zu behandeln verstand. Von allen Gestalten unserer eigenen neueren Geschichte ist es vielleicht der einzige Blücher, dessen urdeutsche Kraft sich dem Vergleiche darbietet, nur daß bei ihm die geistige Begabung, so wenig sie geringzuschätzen ist, allzuweit hinter dem Maßstabe zurückbleibt, an den Bismarck uns gewöhnt hat.

Die Rede des Reichskanzlers hat nicht am wenigsten darin ihre Bedeutung, daß sie diese vollständige Einheit des Fühlens und Denkens, die zwischen der deutschen Nation und dem Leiter ihrer auswärtigen Politik besteht, und die ein Element realer Stärke ist, der ganzen Welt und auch den Deutschen selbst so anschaulich gemacht hat. Und vielleicht ist die Wirkung, die sie in unserer eigenen Mitte hinterlassen wird, die wertvollste für uns. Noch nie ist der Nation von einem großen Manne ihr eigenes Bild in so stolzen Linien, so leuchtenden Farben gezeigt worden, und es müßte seltsam zugehen, wenn an diesen Worten nicht der Entschluß,

dem Bilde ähnlich zu bleiben, sich in den Herzen der Hörer entzündete. Nicht als Schmuck eines patriotischen Festes, nicht mit den gefälligen Schmeicheltönen eines Gelegenheitsredners, sondern als der Ausdruck einer ernsten Stimmung in gefahrvoller Zeit, ganz auf praktische Zwecke, auf schwierige, verantwortungsvolle Aufgaben der Tagespolitik gerichtet, entfaltete sich die Rede, in welcher der erste Rat des Kaisers, der erste Staatsmann des Zeitalters der Welt darlegte, was er — für den Fall der schwersten Prüfung — von den Deutschen erwarte und wessen er sich mit der vollsten Zuversicht von ihnen versehe, was die Deutschen in einem solchen Falle zu leisten vermöchten und unfehlbar auch leisten würden. In wenigen, aber imposanten Strichen wurde die ungeheure Macht geschildert, die im Falle eines Angriffs aufspringen werde, wie eine Pulvermine, um die Grenzen des Vaterlandes zu schützen, — eine Million guter Soldaten im Osten, eine Million im Westen und noch eine halbe Million, oder auch eine ganze, zwischen beiden zum Nachschub. Aber fast mehr noch als diese Macht hob der Fürst diejenigen Charaktereigenschaften des Volks hervor, die in der Stunde der Gefahr sich entwickeln und den Sieg verbürgen, vor allem die uns zur Ehre gereichende Verbindung der größten Friedensliebe mit kriegerischer Entschlossenheit. Den Abscheu des Deutschen vor einem ungerechten Kriege hat Fürst Bismarck geradezu zum Haupt- und Kardinalpunkte seines eigenen Programms gemacht; kein Quäker hätte sich energischer als er gegen die Sündlichkeit militärischer Ehrsucht ausdrücken können. Und es ist sicher, daß er damit die tiefste Herzensmeinung unseres Volkes getroffen hat. Lebhafte Zustimmung darf er selbst da erwarten, wo er auch solche kriegerische Unternehmungen verdammt, welche angriffsweise verfahren, lediglich um dem vorausgesehenen feindlichen Angriffe den günstigen Augenblick vorweg zu nehmen. Echt deutsch ist es, wenn der Meister der Realpolitik idealistisch genug bleibt, um den hohen Wert der moralischen Faktoren, die man nicht wägen und messen kann, den Berechnungen der Taktik und Strategie entgegenzuhalten.

Freilich, quäkerhaft nimmt sich trotzdem diese Friedensliebe nicht aus. Die Gottesfurcht erscheint mit dem Schwerte umgürtet.

„Deutschland fürchtet Gott, sonst fürchtet es in der ganzen Welt nichts." Ein solches Wort, in solcher Stunde, von diesem Munde gesprochen, wirkt wie ein seelenbegeisternder Trompetenstoß. Man hat das Gefühl, als müsse ein mächtiges Wehen neuen Mutes durch alle deutschen Lande rauschen, als sähe man, wie von dem Tage an die Liebe zum Vaterlande und der Stolz auf das Vaterland — der echte und gerechte deutsche Stolz — das Haupt höher tragen. Und auch das gehört zu den Faktoren unserer Wehrkraft, zu jenen Imponderabilien, die unsichtbar in der Schlacht mitkämpfen, nicht als poetische Figuren, sondern (Fürst Bismarck bezeugt es) als lebendige Mächte.

Der Kampf der Ultramontanen um die Schule.

27. Februar 1888.

Im Abendblatte veröffentlichten wir heute die folgende Depesche:

Das Zentrum beantragte im Abgeordnetenhause, daß zu Volksschullehrern nur Personen berufen werden dürfen, gegen welche die kirchlichen Behörden in kirchlicher Hinsicht keine Einwendung gemacht haben; daß die kirchlichen Oberen Organe bestimmen, welche den Religionsunterricht zu leiten befugt sind; daß diese Organe den Religionsunterricht selbst erteilen oder dem Unterricht des Lehrers beiwohnen können. Die kirchlichen Behörden bestimmen das Lehrbuch und den Lehrstoff für den Religionsunterricht. Ein weiterer Antrag will für die wieder zugelassenen Orden die Korporationsrechte wieder in Kraft setzen.

Das ist die Eröffnung des neuen Kapitels im Kulturkampfe, der von Windthorst angekündigte Kampf um die Schule. Nachdem der Ultramontanismus in der Defensive fast auf jedem Punkte gesiegt, nachdem er auf ein zweites Kanossa achthundert Jahre nach dem ersten pochen kann, geht er zur Aggressive über. Das Ziel, das er sich hier gesteckt hat, ist hoch, von gewaltiger Bedeutung für die Kulturgeschichte, für die geistige und materielle Bildung unseres Volkes. Seit Luther ist die Tendenz der geistigen Entwicklung stets die Befreiung der Menschen aus den Fesseln

des Klerus, aus den Banden der Tradition gewesen; seit Lessing, Kant und den Enzyklopädisten ist die Richtung immer gewaltiger geworden, sie wird durch den hellsten Glanz erleuchtet in der klassischen Epoche unserer Literatur. Der Schreck über die französische Revolution erzeugte zwar im Anfange unseres Jahrhunderts in allen Ländern, auch in Deutschland, eine teils frömmelnde protestantische, teils romantisch-ultramontane Gegenströmung, aber dieselbe blieb matt und verblich bald vor dem riesenhaften Fortschritt, den die Naturwissenschaften, die Philosophie, die philologisch-historische Kritik machten. Namentlich die Naturwissenschaft, mit dem großen Erbe der Copernicus, Galilei, Kepler und Newton wuchernd, hat die ganze Weltanschauung der Menschheit umgestaltet. Die Astronomie hat uns Räume und Zeiten und einen Weltenbau kennen gelehrt, von dem sich selbst vor hundert Jahren wenige träumen ließen. Die Geologie hat uns einen Blick rückwärts in die Erdgeschichte tun lassen, welcher aufs überraschendste den durch Äonen vor sich gehenden langsamen, den bekannten Naturgesetzen niemals widersprechenden Gang der Bildung unserer Erde klar macht. Anatomie, Zoologie und Paläontologie konnten den ersten flüchtigen Riß von dem großen, gewaltigen Bau der natürlichen Schöpfung der Lebewesen zeichnen, und die Physiologie führt uns fast das Wunderbarste, die Gesetzmäßigkeit der Funktion unseres eigenen Bewußtseins-Apparats, des Nervensystems mit dem Gehirn, vor Augen. Vieles ist freilich noch dunkel, vieles wird vielleicht niemals aufgehellt und Dubois-Reymonds berühmtes ignorabimus wird wahrscheinlich für immer gelten; wahrscheinlich wird niemals der letzte Schleier von unserm Bewußtsein gelüpft oder der Ursprung der bewegten Materie erklärt. Aber trotz dieser auch unserer zukünftigen Erkenntnis gezogenen Grenzen müssen wir sagen, daß die Tradition des Wunders gegen die Erkenntnis der Naturgesetzlichkeit nicht mehr wiegt als ein Schatten auf einer Wagschale.

An alledem hat die Kirche keinen Anteil gehabt; namentlich die katholische Kirche hat alles bekämpft, und zwar stets von ihrem alten, unverändert gleichen Standpunkt aus. Stets sollte jenes herrliche, von edler Weisheit, von höchster Sittlichkeit erfüllte, die erhabensten Daseinsziele aufstellende Buch, die Bibel, für alles maß-

gebend sein, auch für die Kunde von der Welt und Natur, in der sie doch wie ein Kind dastand. In der katholischen Welt sollten sogar viel weniger würdige Bücher, Heiligengeschichten und Lehren der Scholastiker, die Norm für die heutige Weltanschauung geben. Die Kirche hatte Augen und sie sah nicht, sie hatte Ohren und sie hörte nicht. Schließlich ist doch die mächtige Welle der Wissenschaft über den ohnmächtigen Widerstand der Kirche dahingerollt. Namentlich haben auch einige katholische Länder, Frankreich, Italien, sich gänzlich aus den Armen der Kirche losgemacht; sie lassen sich die Kirche in einer bescheidenen Stellung, als einen unschädlichen Luxus, als ein ehrwürdiges Gebilde der Vergangenheit gefallen, und in der praktischen Kleinpolitik arbeitet man in leidlichem Einvernehmen mit ihr, aber so wenig wie Einfluß auf die Politik läßt man ihr die Macht, den Forschungstrieb der Jugend im Keim zu vergiften.

In Deutschland hat sich im zweitletzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts manches geändert. Hier haben die Ultramontanen Grund zu dem Glauben, daß sie einen neuen Vorstoß wagen dürfen. Kürzlich hat Herr Stöcker einen Triumph gefeiert, flugs sind sie dahinter her, auch für sich etwas einzuheimsen. Allerdings soll das, was sie der katholischen Kirche erobern wollen, auch der protestantischen eingeräumt werden. Aber damit wird die Sache für uns wenig gebessert. Sie wollen der Kirche die Macht geben, die sämtlichen Volksschullehrer auszuwählen. Nicht allein berauben sie dadurch die Hunderttausende von Volksschullehrern ihres Rechtes auf freie Forschung und freie religiöse Überzeugung, sie setzen auch von vornherein die Kirche in den Stand, der gesamten Jugend ihre Nahrung zuzumessen. Daß sich das nur auf die religiöse beziehen soll, ist Nebensache; denn wer der Kirche nicht gefällt, der kommt überhaupt nicht als Lehrer ins Amt, und so kann sie sich zur Herrin über den ganzen Lehrstoff machen.

Die ultramontane Partei ist klug; sie rechnet darauf, daß ihre Zeit kommt, wo sie wieder um den Preis des Zugeständnisses zu andern Dingen diese kirchlichen Forderungen durchsetzen kann. Sage niemand, daß das nicht möglich sei. Nach dem, was wir in diesen Dingen erlebt haben, ist alles möglich. Diese ultramontane

Forderung ist vielmehr geradezu typisch für die Richtung, die heute in Deutschland herrscht; nur in Deutschland, denn in Italien, Frankreich, England, Nordamerika wäre solch ein Rücksprung in vergangene Jahrhunderte, solch eine Sünde gegen den Geist unserer Zeit undenkbar.

Bei Kaiser Friedrichs Tode.

15. Juni 1888.

Seit länger als einem Jahre lag der Gedanke, daß wir den Kronprinzen, „unseren Fritz", wie die Liebe des Volkes ihn getauft hatte, verlieren würden, ehe es ihm vergönnt sein werde, das Szepter zu führen, — dieser Gedanke, sagen wir, lag uns allen nahe genug, nachdem es bekannt geworden war, ein unheimliches, vielleicht ein unheilbares Übel untergrabe die Kraft des Thronerben. Schon unter dem Eindrucke dieser ersten, zwar noch nicht hoffnungslosen, aber doch sorgenschweren Nachrichten wird mancher Deutsche sich mit der wehmütigen Frage beschäftigt haben: wenn der Tod den Sohn vor dem Vater dahinrafft, wie wird die Geschichte des Mannes gedenken, der einen Platz unter den erlauchtesten Helden seines Hauses einzunehmen berufen schien, und der nun durch tückische Leibeskrankheit gehindert wird, den Kranz zu erwerben, der ihm bestimmt war? Auch dann, wenn Kaiser Friedrich nicht zur Regierung gelangt wäre, hätte, davon darf man fest überzeugt sein, die Geschichte ihm ein glänzendes Blatt gewidmet. Wie in der Reihe der alten Könige Englands ein Ruhmgekrönter einherschreitet, der selbst nicht König war und doch den Königen gleich geachtet wird, der „schwarze Prinz", der durch zwei unvergeßliche Siege dem Gedächtnisse seines Volkes sich unauslöschlich eingeprägt hat, so würden in Deutschland die kommenden Geschlechter dem Kronprinzen Friedrich, wenn er als Kronprinz gestorben wäre, seinen Platz in der Reihe der gekrönten Hohenzollern allezeit offengehalten haben. Seine Lichtgestalt, die liebenswerten Eigenschaften des Menschen, die heitre Freiheit seines Geistes hatten ihn den Herzen teuer gemacht, allen den Herzen wenigstens, denen Licht und Menschlichkeit und Freiheit nicht von Natur zuwider

sind. Und dazu hatte dann noch das Schicksal jene weltgeschichtlichen Ruhmestitel gefügt, die in dieser Welt am weitesten leuchten, die Lorbeerkränze der beiden großen Kriege, die für die Aufrichtung des deutschen Reichs geführt werden mußten. Es hätte wohl genügt, um das Andenken des Kronprinzen lebendig zu erhalten, selbst in dem Strahlenkreise, der den Namen Kaiser Wilhelms umgibt.

Nun hat der Himmel es gefügt, daß zu jenen Kränzen und Zierden auch noch der Schmuck des Diadems gekommen ist. Fast könnte man es beklagen. Denn gerade hinreichende Zeit ward dem Verewigten zugemessen, um der Welt zu zeigen, daß die Hoffnungen, die der Kronprinz erweckt hatte, wohl begründet gewesen seien, nicht genug Zeit, um die Hoffnungen zu erfüllen. Nicht hundert Tage sind verstrichen zwischen dem Throne und dem Sterbebette, aber jeder dieser Tage lieferte dem deutschen Volke den Beweis, daß es sich in seinem Lieblinge nicht geirrt hatte. Wohl war im Kampfe mit der zehrenden furchtbaren Krankheit die Kraft des Armes erlahmt und nicht mehr ausreichend, große Werke zu vollenden, ja nur zu beginnen, aber der Wille, der Geist, das Streben nach dem Guten und dem Gerechten waren ungeschwächt geblieben unter dem Drucke des schwersten körperlichen Leidens. Die Lippen waren versiegelt, aber ein Hauch des edlen Geistes wehte aus den Erlassen, in denen der kranke Kaiser zu seinem Volke sprach, wehte aus den wenigen Regentenhandlungen uns entgegen, für welche die Zeit und die Kraft ausreichten. Fast, sagen wir, könnte man es beklagen, daß es so gekommen ist. Denn nun ermessen wir erst recht klar und deutlich den ungeheuren Verlust, den das Vaterland erlitten hat. Der Schmerz wird verdoppelt, und der Verlust bleibt doch derselbe. Wir haben einen kurzen Blick werfen können in eine lichte Möglichkeit dessen, was sein könnte, und dann ist der Vorhang zugezogen worden, auf dem geschrieben steht:

„Es hat nicht sein sollen."

Noch eine Krone mehr schmückt dieses Sterbelager, die Märtyrerkrone. Getreu bis in den Tod hat Kaiser Friedrich unter Foltern seine Herrscherpflicht geübt. Es ist der einzige tröstende Gedanke, der die Last des Kummers zu lindern vermag, der Gedanke, daß

der Dulder erlöst ist, daß er eingegangen ist zur Ruhe, wohin kein Schmerz und kein Kampf, keine Verleumdung und keine Ränke ihm folgen können. Dies und die Betrachtung des erhebenden Schauspiels, welches standhafte Seelengröße gewährt. Siegreicher als auf dem Schlachtfelde bewährte der Kaiser sich in dem Ringen mit der tückischen Krankheit, der er erliegen mußte, nie verzweifelnd, obschon unrettbar. Ein fremdes Blatt hat diesen Todeskampf genannt: „ein Märtyrertum, das mit ungebeugtem Heldenmut von einem der besten Herrscher und der edelsten Menschen ertragen wurde." Dem wüßten wir kein Wort hinzuzusetzen. Nur dem Glauben dürfen wir noch Ausdruck verleihen, daß ein so edles Leben und Sterben nicht ohne Wirkung auf die Überlebenden bleiben kann. Es sträubt sich der Gedanke gegen die Annahme, daß so reiche Aussaat ohne Frucht verwesen sollte. Ein Hauch des Geistes, denken wir, wird über das Grab hinaus lebendig bleiben und manches Gute, was bisher erstarrt war und schlief, zu neuer Regsamkeit erwecken. Noch in der letzten Woche seines irdischen Daseins hat Kaiser Friedrich in unzweideutiger Weise zu erkennen gegeben, daß der Träger der Krone Wert darauf legen müsse, die Stimme des Volkes unverfälscht und ungehemmt zu vernehmen. Wird dies wahrhaft königliche Vermächtnis vom Volke unbeachtet beiseite gelegt werden? Man kann es nicht glauben. Das Volk kann solche Worte, gesprochen am Saume der Ewigkeit, nicht so leicht vergessen. Und wenn für das öffentliche Leben der Nation nichts anderes übrig bleibt als der Nachhall dieser Worte, so darf man sagen: Friedrich III. hat nicht vergebens regiert.

Schulreform.

9. März 1889.

Vätern, welche Knaben in der Kinderstube haben, muß beklommen zumute werden, wenn sie von dem in Deutschland tobenden Kampfe um die sogenannte Schulreform lesen oder hören. Den Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses, die in der verflossenen Woche auch auf dies böse Thema sich erstreckten, haben solche Väter

nicht folgen können, ohne ein gelindes Grauen zu empfinden. Welcher traurigen Zukunft gehen die Jungen entgegen, wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was die Redner über die Mängel des öffentlichen Unterrichts höherer Ordnung vorbringen! Man wird den Kleinen auf eine Anstalt bringen, wo er zwölf kostbare Jahre opfern wird, um entweder nichts zu lernen oder um Dinge zu lernen, die vollkommen überflüssig, wenn nicht gar schädlich sind. Gleichzeitig wird durch die sogenannte „Überbürdung" und allerlei sonstige sanitätswidrige Verkehrtheiten seine Jugendfrische geknickt, sein Gesicht stumpf gemacht, sein Blutumlauf gehemmt, sein Rückgrat gekrümmt, mit einem Worte seine körperliche Gesundheit untergraben. Um diese Resultate zu erzielen, zahlt der Vater ein jährliches anständiges Schulgeld und kauft dem Söhnchen einen stattlichen Haufen von Schulbüchern und Heften. Nach Ablauf der zwölf Jahre wird der junge Mann, ohne brauchbare Kenntnisse „fürs Leben", mit kümmerlichem Körper, angefüllt von Ekel gegen die geisttötende Dressur, der er nun entrinnt, auf die Universität entlassen, und dort, wie der Abgeordnete und Gymnasialdirektor Herr Schmelzer aus Hamm uns versichert, „dort fängt er an gründlich zu bummeln." Oder wenn er das Glück hat, als Sekundaner abgehen zu dürfen, „so nimmt er eine in jeder Beziehung unfertige Bildung ins Leben mit." Man würde es unbegreiflich, vielmehr ruchlos finden, daß Tausende von Vätern alljährlich ihre Söhne derartigen Anstalten zuführten, wenn man nicht wüßte, daß bei der Wahl der Unterrichtsanstalten das Zauberwort „Berechtigungsschein" das entscheidende wäre. Die Berechtigung zum einjährigen Militärdienste, die Berechtigung zum Universitätsstudium, die Berechtigung zum Eintritt in bestimmte Zweige des Staatsdienstes, — das sind die drei Wegweiser, die ihren Schatten über den ganzen Weg werfen, über den Weg, der angeblich und eigentlich nur zur „Bildung" führen sollte.

Auch noch ein anderer Grund läßt sich vielleicht anführen, weshalb die Gymnasien noch immer sich mit neuen Jahrgängen rundbäckiger Jugend füllen, weshalb sie nicht von den Eltern gemieden werden wie Moloch-Tempel. Das Unheil wird wohl nicht ganz so schlimm sein, wie die Ankläger es darstellen, weder was die Früchte des Unterrichts, noch was die sogenannte Überbürdung

angeht. Ohne diese wohlwollende Vermutung wäre es völlig rätselhaft, daß die oberen Klassen unseres Volkes nicht vorwiegend aus Krüppeln und Halbidioten bestehen, daß noch immer von Jahr zu Jahr eine stattliche Anzahl von Jünglingen als „Einjährige" ins Heer eintritt, immer noch der öffentliche Dienst in Staat, Kirche, Schule, Gesundheitspflege sich mit leidlich brauchbaren Kräften rekrutiert. Diese Erfahrung wird den Eltern Mut machen: sie werden denken, was so vielen andern, die doch nicht lauter Herkulesse und Aristotelesse sind, gelungen ist, das wird am Ende unserm Jungen auch gelingen. Man kann diese Rechnung nicht ganz unvernünftig nennen. Sie kommt ungefähr auf dasselbe hinaus, was auch leitende Schulmänner gesagt haben: vorläufig scheint es sicherer, am Alten festzuhalten, das doch immerhin unsere Nation auf eine achtungswerte Höhe gebracht hat, als radikale Reformen, deren Begründung noch sehr unreif, noch sehr anfechtbar ist, einzuführen.

Auf diesen abwartenden Standpunkt hat sich auch der preußische Unterrichtsminister gestellt, und er hat ihn vor dem Abgeordnetenhause mit dem Hinweise auf den chaotischen Zustand der Schulreformkontroverse, wie uns scheint, ausreichend verteidigt. Der Kampf um eine zeitgemäße Gestaltung des höheren Unterrichts wogt noch unentschieden hin und her, und das nicht allein zwischen zwei Heerlagern, Klassizisten und Modernen, sondern auch zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der beiden Hauptrichtungen. Die Reformvorschläge zählen, wie Herr von Goßler sagte, nach Hunderten. Glücklicherweise geht Herr von Goßler nicht so weit, der Sicherheit wegen völligen Stillstand zu wollen. Er ist vielmehr darauf bedacht, im einzelnen fortwährend zu bessern, Zöpfe zu beseitigen, frische Luft in dumpf gewordene Abteilungen einzulassen, den Gedächtniskram einzuschränken, die Pflege des Körpers zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Mit solchen Verbesserungen im einzelnen kann viel geleistet werden, und allem Anschein nach wird man fürs erste sich damit begnügen müssen. Das kann man um so leichter, je deutlicher man sich die Schwierigkeit des Problems, die Einrichtung einer Musterschule für den höheren Unterricht, einer Anstalt für die Einführung der Jugend in die wahre Bildung, vergegenwärtigt.

Die eigentliche Schwierigkeit nämlich liegt nicht im Lehrplane, der ja durch Dekret festgestellt werden kann, sondern in dem Lehrerpersonal, das kein Minister besser machen kann als es ist, das er nehmen muß, wie es sich darbietet, das er wohl in gewisse Normen und Prinzipien einengen kann, dem er aber nicht den lebendigen Geist, den es nicht selbst mitbringt, einzublasen vermag. Der Lehrstoff, die Lehrmethode sind ja nicht gleichgültig, aber sie sind in der Tat gleichgültig neben der Frage: wer und was und wie ist der Lehrer. In keinem Berufe kommt es so sehr auf die Persönlichkeit an wie in diesem; die bestorganisierte Schule wird mit mittelmäßigen Lehrern wenig Bildung produzieren; ein ausgezeichneter, ein geborener Lehrer wird trotz aller Mängel der Organisation reiche Früchte erzielen. Die Jugend wird ihn vergöttern, und noch der Greis, der einst zu seinen Füßen gesessen hat, wird sein Gedächtnis segnen. Wo ein solcher Lehrer waltet, da gibt es weder Gedächtniskram noch Überbürdung noch unverdauliche Lektüre noch grammatikalischen Ballast; da verwandelt sich alles, was getrieben wird, in gesunde Übung der geistigen Organe und in lebendige Nahrungssäfte.

Die Schulverwaltung vermag natürlich nicht solche Lehrer zu schaffen. Sie sind ein Produkt der Natur, und leider ein seltenes. Uns scheint, daß man in anderen Berufen viel mehr Männer trifft, die sich dem Ideal des Berufs nähern, als im Lehrerstande, was kein Vorwurf für diesen, sondern nur eine Folge seiner schwierigeren Aufgabe ist. Die Aufgabe, den geistigen Funken in der trägen, zerstreuten, nach Vergnügen dürstenden Jugend zur dauernden Flamme anzufachen, ist vielleicht die höchste, die auf dem praktischen Gebiete gestellt werden kann. Sie fordert neben den Fachkenntnissen (das ist das wenigste) eine angeborene Begabung anregender Mitteilung, eine angeborene Sympathie mit der Jugend, und jene nichtzuerlernende Überlegenheit des Charakters, vor welcher die Flegelhaftigkeit des natürlichen Menschen sich gebändigt fühlt. Wollte man freilich die seufzenden Väter mit dem Hinweise auf eine Vervollkommnung des Lehrerpersonals in diesem Sinne abspeisen, so wäre das ein armer Trost; denn in absehbarer Zeit ist auf eine solche Gunst des Himmels nicht zu hoffen. Aber es ist schon etwas, wenn man sich klar macht, daß und weshalb notwendig jeder

Unterricht in der Regel mangelhaft sein muß, weshalb man Ursache hat, schon mit leidlichem zufrieden zu sein. Dazu kann man noch den Trost fügen, daß es im wesentlichen auch früher immer so gewesen ist wie heute, „Klagen, nichts als Klagen", wie wir Erwachsenen aus eigener Erinnerung, nicht ohne Heiterkeit, bezeugen können.

Unfallversicherung und Arbeiterschutz.

25. April 1889.

Man mag über die heutige Sozialpolitik denken, wie man will, über einen Punkt herrscht allgemeines Einverständnis, nämlich daß die Unfallversicherung außerordentlich viel im Sinne der Unfallverhütung bewirkt hat. Und Unfallverhütung ist besser als die idealste Rentenzahlung nach eingetretenem Unglück. Jedem Menschen sind seine heilen Glieder lieber als eine Geldentschädigung für den Verlust derselben. Besser mit gesunden Knochen arbeiten als gelähmt Renten verzehren. Die Unfallverhütung stand gar nicht eigentlich auf dem Programm der sogenannten sozialen Reform. Sie erschien nur als Nebenprodukt der Unfallversicherung und erweist sich nun als wertvoller denn die eigentlich bezweckten Leistungen. Wir sehen hier wieder einen gemeinnützigen Erfolg der so sehr verpönten wirtschaftlichen Selbstsucht, d. h. des erlaubten und berechtigten Strebens, für sich und die Seinigen zu sorgen, auf welchem doch nun einmal die Welt beruht und beruhen wird, trotzdem ihre Symbole in Gemeinschaft mit denen der wirtschaftlichen Freiheit täglich zur Erbauung eines leicht zu betörenden Publikums auf öffentlichem Markte verbrannt werden. Seitdem in den Berufsgenossenschaften die Arbeitgeber bis zu einem gewissen Grade haftbar wurden für die in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle, geschah und geschieht noch fortwährend viel, um die Last der Rentenzahlung zu vermindern, was am wirksamsten durch die Unfallverhütung erreicht wird. Während es früher dem Arbeiter allein überlassen blieb, sich vor den Kraftwirkungen der Maschinen mit ihren Zahn- und Schwungrädern, vor den Expansivkräften und chemischen Schädlichkeiten, auf schwankenden Gerüsten und dunklen Treppen

in acht zu nehmen, wird jetzt der Arbeitgeber stark gedrängt, gegen alle solche Fährlichkeiten mit wirksamen Schutzvorrichtungen aufzutreten. Da wird das Schwungrad sorgfältig mit einem Drahtnetz umgeben, damit es nicht mehr die Kleider der Arbeiter oder Arbeiterinnen erfassen kann, da wird für eiserne Treppen und Notausgänge für den Brandfall gesorgt, kräftige Ventilation muß Stauberplosionen verhindern und schädliche Dämpfe abführen, gegen schlagende Wetter und Grubeneinstürze wird mit allen Mitteln der Wissenschaft zu Felde gezogen, Gerüste und Treppen werden mit größerer Sorgfalt hergestellt als ehedem, und selbst auf die ausreichende Beleuchtung dunkler Höfe wird geachtet. Das Organ, welches solche Beobachtung vornimmt und die Durchführung der Schutzmaßregeln bewirkt, ist die Berufsgenossenschaft, die wenigstens auf diesem Felde große Verdienste hat. Sie läßt regelmäßig die ihr angehörigen Betriebe inspizieren und bewirkt dadurch einen gleichmäßig günstigen Stand der Schutzvorrichtungen; sie versteht es namentlich, den einzelnen säumigen Unternehmer zu gleichen Leistungen wie die andern zu bewegen. Das Prinzip des Arbeiterschutzes begann schon mit dem Haftpflichtgesetz der siebziger Jahre zu wirken, aber dieses letztere war ein erster, unvollkommener Versuch; schon die dem Verletzten obliegende Beweislast für die Schuld des Arbeitgebers war ein großer Mangel, der sich jedoch hätte beseitigen lassen, wie denn die ganze Haftpflicht hätte vervollkommnet werden können. Indes ist der Streit darüber nun müßig, das Haftpflichtgesetz ist abgetan und die Unfallversicherung an seine Stelle gesetzt; auch ihr soll das Verdienst um die Unfallverhütung nicht geschmälert werden. Die Hauptsache ist, daß die Abneigung gegen die Unterhaltung der Verunglückten oder ihrer Hinterbliebenen die Arbeitgeber zu einem so ausgedehnten Schutzsystem gebracht hat, wie sie weder der Staat mit Polizeigesetzen noch die Religion mit ihren Sittengesetzen erzwungen hat und erzwungen haben würde.

Nunmehr aber ist auch das öffentliche Gewissen wach geworden. Es ist ins Allgemeinbewußtsein gedrungen, daß die Gesellschaft ihren Gliedern, wie so vieles, Landesverteidigung, Rechtspflege, Volkserziehung usw. auch den möglichsten Schutz gegen die Betriebsgefahren schuldig ist. Und dies kann man nur mit großer Genug-

tuung begrüßen. Das Gefühl von der großen, die Menschheit umschlingenden Gemeinsamkeit ist an dieser Stelle kräftig verstärkt worden. Auch handelt es sich hier nicht um aufgezwungene Wohltaten und eben so wenig um Geschenke, die, wie sich bei genauem Zusehen herausstellt, aus dem Geldbeutel der Beschenkten bestritten werden. Die Unfallverhütung ist reiner Gewinn für die Wohlfahrt der Menschen.

Eine andere Tat zum Schutze der Arbeiter geht von der Schweiz aus. Die Eidgenossenschaft ladet zu einer internationalen Konferenz zur Beratung von Arbeiterschutzmaßregeln ein, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Staaten sie beschicken werden. Hier handelt es sich nicht um die technischen Vorkehrungen, sondern um gesetzliche Maßnahmen und zwar solcher Art, wie sie leicht unterbleiben, wenn der einzelne Staat nicht die Gewißheit hat, daß die anderen konkurrierenden Länder sie ebenfalls durchführen. Schon der einzelne Arbeitgeber ist oft machtlos gegen die Ausdehnung der Arbeitszeit und gegen die Verwendung von Frauen und Kindern in den Fabriken. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, muß er meistens die wohlfeilsten Arbeitskräfte nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch Schäden herbeigeführt werden. Wenn solche Arbeitskräfte nicht benutzt werden dürfen, so verteuert sich sein Betrieb, aber das macht oft wenig oder gar nichts aus, wenn auch die Konkurrenten ein Gleiches tun, und gar wenn alle Länder auf ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen halten. So will denn nun die Schweiz versuchen, eine internationale Verständigung über die Kinderarbeit und Frauenarbeit in Fabriken, über die eine natürliche Leistungsfähigkeit nicht überschreitende Beschäftigung jugendlicher Personen in Fabriken, über Sonntagsfeier und die Dauer des Arbeitstages herbeizuführen. Unsere besten Sympathien begleiten auch diese Bestrebungen, doch verkennen wir nicht, daß hier meist abstrakte Begriffe von unbestimmter Begrenzung vorliegen. Die Arbeit in Fabriken, sei es, daß sie von Kindern, Frauen oder an Sonntagen geleistet wird, ist eine Sache von geradezu unendlicher Mannigfaltigkeit. Es kommt alles auf das Wie an. Unter demselben Namen kann hier eine menschenverzehrende Schinderei, dort eine ganz leichte, für den Körper wohltätige, die gute Sitte sogar besser als manche

Lustbarkeiten fördernde Tätigkeit verstanden werden. Internationale Abmachungen können sich stets nur auf wenige Hauptverpflichtungen erstrecken. Wie weit diese die Mannigfaltigkeit des industriellen Lebens nützlich beeinflussen können, ist eine bisher noch nicht gelöste Aufgabe.

Schwerlich dürften die Verhandlungen nutzlos sein, auch wenn sie ohne irgendein Abkommen abgebrochen werden. Aufrichtige Bemühungen um das Wohl der Arbeiter sind nie ganz verloren.

Giordano Bruno.

7. Juni 1889.

In diesen Tagen wird zu Rom ein Denkmal Giordano Brunos enthüllt. Mit überwältigender Mehrheit beteiligen sich die Italiener an dieser großartigen Kundgebung zugunsten der modernen naturwissenschaftlich-philosophischen Weltanschauung, deren Märtyrer der berühmte Gelehrte war. Am eifrigsten beim Winden des immergrünen Lorbeerkranzes sind die Römer selbst, die unter den Augen des Papstes leben: ein Zeichen, daß das Papsttum da, wo man es nahe vor sich hat, nicht die Achtung genießt, wie in der Ferne, wo sein Bild von einer Strahlenkrone verklärt erscheint, wie z. B. im deutschen Reichstage, von dem ein volles Viertel zugunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes gegen den Gast und Verbündeten unseres Kaisers demonstrierte. Wenn der Papst weltlicher Herrscher in Rom wäre, so könnte allerdings einem Giordano Bruno kein Denkmal in der ewigen Stadt gesetzt werden. Leo XIII. hat bereits das Unternehmen verflucht und als die größte Herausforderung der Kirche gebrandmarkt. Das mag denen ein Zeichen sein, welche eben diese päpstlich-jesuitische Kirche, trotz des ungünstigen Urteils, das ein Döllinger über sie fällt, modernen Anschauungen für zugänglich halten. Sie geht vorsichtiger als früher den Zusammenstößen mit der Naturwissenschaft aus dem Wege, sie duldete sogar Secchis astronomische Forschungen. Aber das Bewußtsein, mit ihren Dogmen aller Naturwissenschaft überlegen zu sein, und diese Überlegenheit, wenn es nur irgend angängig wäre, auch mittelst der

Strafrechtspflege über die Denkfreiheit zur Geltung bringen zu müssen, hat sie noch wie im Jahre 1600, als sie Giordano Bruno dem Flammentode übergab.

Die unfehlbare Kirche hat eben damals einen Mann verbrannt, dessen Anschauungen heute durchweg Gemeingut der gebildeten Welt sind, wenigstens derjenigen gebildeten Welt, die sich die Denkfreiheit durch keine Kirche beschränken läßt. Die Enthüllung des Denkmals in Rom durch ein großes, gerade über diesen Punkt einiges Volk beweist, daß eben dieses Volk von den Übergriffen der Kirche auf Naturwissenschaft und Philosophie, von ihren Ansprüchen auf weltliche Strafgewalt nichts mehr wissen will. Der Protest des Papstes gegen die Feier zeigt dagegen, daß die Kirche auch heute nicht etwa zugeben kann, nach dem mangelhaften Stande ihrer damaligen Kenntnisse geirrt zu haben, sondern daß sie auch heute noch die volle Verantwortung für ihre damalige Tat tragen muß und tragen will. Denn daß die Kirche irren könne, kann der Papst nicht eingestehen; er muß die Theorie aufrecht halten, daß seine Vorgänger trotz ihrer unzähligen Widersprüche unfehlbar gewesen, und daß die Kirche stets vom heiligen Geiste inspiriert sei. In solchen Konflikt mit der Vernunft braucht der Protestantismus nicht zu geraten, er *braucht* wenigstens nicht an den Lehren seiner Kirche festzuhalten, die mit der fortgeschrittenen Welterkenntnis nicht mehr vereinbar sind. Der liberale Protestantismus beteiligt sich sogar eifrig an der Feier in Rom.

Auch uns Deutschen als Deutschen geziemt es, des Märtyrers von Rom zu gedenken. Der Sohn Campaniens kam nach Frankreich und England, er lernte und lehrte zu Toulouse, Paris und Oxford, aber ungleich wichtiger war ihm und der Welt sein Aufenthalt in Helmstedt, Braunschweig, Prag und Zürich. Und vor allem war es die neue Lehre des Deutschen Copernicus, welche ihn inspirierte und in ihm zum ersten Male zur Grundlage einer einheitlichen, von geistvoller Philosophie erfüllten Weltanschauung wurde. Giordano Bruno hat die Entdeckung des Frauenburger Astronomen zu dem erhoben, was sie ist. Nicht eine naturwissenschaftliche Kuriosität, mit welcher sich — wie tatsächlich zuerst geschehen — auch der Papst in guter Laune abfinden konnte, sollte

sie sein, sondern sie mußte eine völlige Umgestaltung der ganzen Weltanschauung der Menschen bewirken. Der ganze geozentrische Standpunkt der alten Weltanschauung mußte schwinden; die Menschheit mußte lernen, daß unsere Erde nur ein kreisendes Stäubchen im unendlichen Weltall vorstellt. Der Gottesbegriff des italienischen Philosophen wuchs damit so ins Riesenhafte, daß die kleinen Geister der Scholastik voll Empörung eine Ketzerei darin erkennen mußten. Von ihrem Standpunkt aus handelten sie freilich ganz folgerichtig, wenn sie ihrem Angeklagten vorwarfen, daß durch seine Lehre aus ihrem dem Menschen so menschlich nahestehenden Gott ein nebelhaftes, persönlich schwer faßbares Urwesen werde. Wenn er lehrte, daß den Erfahrungswissenschaften keineswegs die von jenen ihnen zugewiesene untergeordnete Stellung gebühre, und wenn er andererseits die in den Erfahrungswissenschaften allmächtige Autorität des Aristoteles stürzte und alles auf die neue, eigene Ergründung der Natur hinwies, so fühlten sie mit Recht ihr System in seinen Grundvesten erzittern.

Ursach und Grund und du das Ewigeine,
Dem Leben, Sein, Bewegung rings entfließt,
Das sich in Tiefe, Breit' und Höh' ergießt,
Daß Himmel, Erd' und Unterwelt erscheine!

Mit Sinn, Vernunft und Geist erfaß ich deine
Unendlichkeit, die keine Zahl ermißt,
Kein Mittelpunkt und Umfang allwärts ist;
In deinem Wesen lebet auch das meine.

So spricht — wir folgen der Übersetzung M. Carrières — Giordano Bruno seine Überzeugung von der Einheit alles Seienden, der Welt und Gottes, aus; und wir fühlen aus der Harmonie der Verse, daß wir nicht etwa bloß einen trockenen Empiristen vor uns haben, sondern einen Mann, der auch in der ästhetischen Durchbildung wert ist, der Zeitgenosse Shakespeares zu sein, der seine Weltanschauung mit tiefer Empfindung und Phantasie beseelen kann, so daß sie die Mitmenschen ergreift und beglückt. Sein unglückliches Vaterland konnte sich zwar auf der Höhe geistiger Freiheit, die es in der Renaissance geschaffen, nicht halten; sein politisches Dasein ging in der staatlichen Misere und unter dem ermattenden Alp der

Kirche wieder unter. Aber der Same von Giordano Brunos Philosophie ging an anderen Orten auf. Baruch Spinoza nahm die Lehre von der Einheit Gottes und der Welt auf und entwickelte sie zum Pantheismus, der auf jene großen Geister von entscheidendstem Einfluß gewesen, denen Deutschland seine Morgenröte, die Wiedergeburt seiner geistigen Freiheit verdankt: Lessing, Kant, Schiller, Goethe, die Brüder Humboldt. Der Empirismus aber erobert die ganze Welt, trotz aller Schwankungen, welchen die Geister der Massen manchmal unterliegen, und trotz allen Widerspruchs rückwärts gewendeter Mächte. Die Einsicht in den Bau des Weltalls, von welcher die Kirche die schwersten sittlichen Nachteile erwartete, ist Allgemeingut geworden, aber sicherlich nicht zum Schaden der Menschheit; denn sie ist klüger und besser geworden und ihre bösen Leidenschaften werden mehr im Zaum gehalten als zu irgendeiner Zeit, während deren die Kirche jene Allgewalt besaß, deren Verlust sie noch heute nicht verschmerzen kann.

Moltke.

Zum 26. Oktober 1890.

Das achtzehnte Jahrhundert hatte nur noch sechsundsechzig Tage zu leben, da beeilte es sich noch zu guter Letzt der langen Reihe seiner erlauchten Geburten eine hinzuzufügen, deren Glanz es mit den hellsten unter den vorangegangenen sollte aufnehmen können. Am 26. Oktober des Jahres 1800 ward einem wackeren norddeutschen Edelmann und Offizier in einer kleinen Stadt Mecklenburgs ein Knäblein geboren, dem es bestimmt war, den Namen Moltke zu einem unvergeßlichen zu machen, zu einem der größten in der Kriegsgeschichte, zu einem der geehrtesten unter den Gebildeten, zu einem der geliebtesten im Volke. Ihm war in die Wiege eine seltene und kostbare Gabe gelegt worden, in der höchsten Schlichtheit die höchste Vollendung zu erreichen, einfach dadurch, daß er seiner angeborenen Natur folgte. Und ihm wurde das Glück beschieden, obwohl er nie etwas tat, um die Gelegenheit zu machen, daß sich die Aufgabe darbot, durch deren siegreiche

Lösung er den Reichtum seines Könnens vor seinem Vaterlande, im Dienste seines Vaterlandes, und im Angesichte der Welt zu betätigen vermochte. Wenig Aussicht, die innere Kraft jemals an einem großen Werke verwerten zu können, geschweige ein dauerndes weltgeschichtliches Gedächtnis der Nachwelt zu überliefern, schien das Leben ihm zu bieten. Hätte er nicht neben anderen großen Talenten auch das Talent zu leben in virtuosem Maße besessen und weise gepflegt, so würde er ins Grab gesunken sein, ohne daß die Nation eine Ahnung gehabt hätte von dem, was sie an ihm besaß und verlor. Er hatte bereits die Jahre erreicht, die den allermeisten Sterblichen den Gedanken, sich zur Ruhe zu setzen, nahe legen, ehe er die große Weltbühne betreten durfte. Allerdings war ja seine außergewöhnliche militärische Tüchtigkeit seinem Könige, den leitenden Kreisen der Armee und vielleicht einigen anderen Eingeweihten nicht verborgen geblieben, aber dem Publikum blieb der Chef des preußischen Generalstabs, obwohl er sein sechsundsechzigstes Lebensjahr angetreten hatte, eigentlich ein unbekannter Mann. Das heißt, er war nicht eben bekannter als irgendein anderer General, weit weniger als der alte Wrangel. Hätte vor dem Beginn des böhmischen Feldzuges eine Krankheit ihn dahingerafft, so wäre er heute vergessen und höchstens einer oder der andere Fachschriftsteller hätte seiner ehrenvolle Erwähnung getan. Selbst der Krieg des Jahres 1864 hätte kaum daran etwas geändert; der Anteil, den Moltke an den Dispositionen des Feldzugs nahm, war gewissermaßen anonyme Arbeit und zog die öffentliche Aufmerksamkeit wenig auf sich. Ungeheurer, erschütternder Ereignisse bedurfte es, um das stille, prunklose Verdienst des großen Feldherrn allen sichtbar zu machen. Das vermochte auch der Laie, auch der gemeine Mann zu begreifen, daß die Aufgaben, die das Jahr 1866 und gar der deutsch-französische Krieg der obersten Heeresleitung stellte, außerordentlicher, höchst schwieriger Natur waren, und daß, ihnen nur einigermaßen, nicht ohne allzugroße Mißerfolge zu genügen, schon ausgereicht hätte, den Ruhm eines Feldherrn zu begründen. Und auch das vermochte der Stumpfste zu begreifen, daß weit mehr als dies geleistet wurde, daß die Kriegsführung niemals mit größerer Sicherheit, Besonnenheit, Ruhe und

Energie den Sieg an ihre Fahnen gefesselt hatte. Erregte schon dies Bewunderung und Freude, so kamen noch zwei Momente hinzu, diesen Leistungen einen besonderen Nimbus, eine höhere Weihe zu verleihen, ein menschliches und ein patriotisches. Es war ein Greis, fast an der schriftgemäßen Grenze der Lebensdauer angelangt, der die unermeßlichen Verantwortlichkeiten einer solchen Oberleitung mit einer auch im kräftigen Mannesalter seltenen Rüstigkeit des Geistes und des Körpers, fast ohne Anstrengung, wie es schien, gleichsam wie ein erhabenes Spiel, auf sich nahm, trug und nach unerhörtem Erfolge niederlegte. Und es war eine Sache von der höchsten vaterländischen Bedeutung, um die unter der strategischen Führung Moltkes gekämpft wurde. Eine außerordentliche persönliche Kraft im ausschließlichen Dienste der würdigsten Sache, — das ist die einfache Formel, die dem Verstande erklären mag, was die Gemüter des Volks bei dem Anblick ihres größten Kriegsmanns bewegt.

Die persönliche Kraft, dazu rechnen wir nicht allein die Eigenschaften, die den ausgezeichneten General machen; auch der Charakter gehört dazu, die vollständige, allem irdischen Tande, allen Eitelkeiten abgewandte reine Hingebung an die Sache, die Unerschütterlichkeit eines Pflichtgefühls, das eine zweite Natur geworden zu sein, das keine Kämpfe zu bestehen, sondern wie ein unfehlbarer Instinkt zu wirken scheint. Auch der hohe Sinn, der nur auf das Große gerichtet ist, und die feine Bildung, die in allem Tumult der Erscheinungen sicher die Hauptsachen erkennt, gehören zu der persönlichen Kraft, die erforderlich war, um den ausgezeichneten General unter die Heroen deutscher Nation zu versetzen. Es hat große Feldherren gegeben, die gemeine und schlechte Menschen waren, wie Marlborough, oder die nur nach Macht und Selbstverherrlichung trachteten, wie Napoleon, oder die mit ihrem Degen sich die Mittel zu einem üppigen Leben erfochten, wie der Marschall von Sachsen, oder die roh, beschränkten Geistes, barbarisch waren, wie Suwaroff. Es ist nützlich, sich diese Kontraste zu vergegenwärtigen, um sich klar zu machen, was wir an Moltke haben, verehren und lieben. Denn es ist schwierig, mit direkten und positiven Worten seine Physiognomie zu reproduzieren; man kann leichter sagen, was er

nicht ist, welche Fehler und Schwächen ihm fremd sind, als man die einzelnen Züge seines Charakters nachzeichnen kann. Eine gewisse Feinheit ist ihnen eigen, die jeder fühlt, die sich aber der Sprache entzieht. Wie ja auch sein leibliches Antlitz, aus einem analogen Grunde, dem Pinsel und dem Meißel einen überaus schwierigen Vorwurf bietet. Die Franzosen haben gefunden, Moltke sehe aus wie ein Professor, wahrscheinlich weil er keinen Schnauz- und Knebelbart trägt. Nichts kann unzutreffender sein. Wenn je eine Physiognomie mit einem kühnen Adlerblick und mit entschlossenen Lippen ins Weltgetümmel geschaut hat, so ist es die Moltkes. Nur daß über den kühnen Augen eine Stirn sich wölbt, deren Gedanke den Raubvogel bändigt und der Entschlossenheit die Weisheit zugesellt. In einem sonst sehr konfusen Buche (Rembrandt als Erzieher) steht zu lesen, daß Moltke an gewisse venetianische Dogen erinnere, und das ist richtig. In Venedig sieht man zwei oder drei Bildnisse magerer, bartloser Greise mit stillem, in die Ferne gerichtetem Blick und feinem, festem Munde, die den Ausspruch rechtfertigen. Und doch ist es wieder etwas ganz anderes!

Es wäre vergebliches Bemühen, in Worte fassen zu wollen, was für die einzige Bedeutung eines solchen Mannes das eigentlich Ausschlaggebende ist und ihm die Herzen des Volks zuwendet. Jedenfalls liegt es wesentlich auf dem sittlichen Gebiete. Dieser Held hat nie das Eigene gesucht; dieser Edelmann hat nicht die leiseste Spur vom Junker an sich; nie hat jemand seine Arbeit herrlicher und bescheidener zugleich getan. Das versteht auch der Geringste, der den Wert einer hohen Intelligenz nicht zu taxieren vermag. Darum erscheint es allen, Hohen und Geringen, natürlich, daß der Geburtstag Moltkes, der sein neuntes Jahrzehnt beschließt, mit Ehren gefeiert wird, wie sie wohl noch nie einem deutschen Manne so glänzend, so neidlos, in solchem Verein von Fürsten und Volksstämmen, von Kriegern und Bürgern, und ohne Unterschied von allen Parteien und Glaubensbekenntnissen dargebracht wurden. Der Wunsch, daß es der Nation noch manches Jahr vergönnt sein möge, den verehrten Greis unter den Lebenden wandeln zu sehen, wird vielleicht, so allgemein er auch in den Herzen lebt, doch in manchen die wehmütige Frage wachrufen, ob bei so patriarcha-

lischem Lebensalter des Wunsches Erfüllung wahrscheinlich sei. Wir wollen dagegen uns der Erfahrung getrösten, daß es von jeher Moltkes Art gewesen ist, Unwahrscheinlichstes zu vollbringen *).

Zu Bismarcks Rücktritt.

28. März 1891.

Seit zum letzten Mal die Osterglocken erklangen, sind große Veränderungen in Europa eingetreten. Das Jahr, das zwischen dem letzten und dem heurigen Auferstehungsfeste liegt, hat in Ungarn und in Italien die beiden leitenden Staatsmänner von dem Sitze

*) Wir fügen dieser Huldigung für Moltke noch zwei Auszüge bei aus einem von Gildemeister am Tage nach Moltkes Tode, unter dem 25. April 1891, in der Weserzeitung veröffentlichten Artikel: „Wir verlieren in ihm einen Schatz, der von den anderen Völkern nie voll, nie unmittelbar gewürdigt werden kann. Aber uns scheint, daß in diesem Gedanken auch ein Trost und eine Erhebung liegt. Der Schmerz um den Verlust wird gelindert, wenn wir uns vergegenwärtigen, welch ein köstlicher Gewinn es für unser Volk gewesen ist, Moltke den Seinigen nennen zu dürfen, in ihm einen Sohn der deutschen Erde, zwar von seltener, aber doch von heimischer Art, sein eigen Fleisch und Blut, Geist von seinem Geiste zu erblicken, frei von den Lastern und Schwächen, die der Menge anhaften, aber die vornehmsten Tugenden, die den deutschen Namen zieren, in seiner Person verkörpernd. An seinen hervorragenden Männern erkennt ein Volk, was es selbst wert ist, und in diesem Sinne, der von aller Prahlerei fern bleibt, dürfen wir selbst am Tage der Trauer das Wort der Freude sprechen: er war unser. Er war es, und er bleibt es: in der stolzen und dankbaren Erinnerung seines Volkes wird Moltke fortleben, und dies Gedächtnis wird noch ferne Generationen zu echter vaterländischer Gesinnung erziehen helfen. Das ist das Vorrecht der Gerechten, der makellosen Helden, daß ihr persönliches Wesen noch über das Grab hinaus als ein leuchtendes Vorbild, als ein inkarniertes Ideal auf die Nachgeborenen wirkt."

Und am Schlusse: „Einen großen Mann zu verehren, gehört zu den edelsten Freuden, die uns auf Erden vergönnt sind; fast immer wird sie uns — mehr oder weniger — getrübt, weil mit der großen Natur auch die Schwächen und Fehler zu wachsen pflegen. Uns dünkt, in Moltke haben wir eins der seltenen Beispiele, wo „die Größe gut und die Güte groß" ist; in ihm ist uns jene edle Freude unverkümmert zuteil geworden. Danken wir Gott, daß er dies schöne Menschenleben sich so fleckenlos hat vollenden lassen; danken wir ihm, daß er den entschlafenen Helden unserm Zeitalter und unserm Vaterlande gegönnt hat!"

der Macht scheiden gesehen, und es ist das erste Jahr, während dessen Deutschland ohne den Fürsten Bismarck regiert worden ist. Hauptsächlich wegen dieses letzteren Umstandes ist es uns denkwürdig. So hoch man die politische Stellung und Befähigung der Herren Tisza und Crispi anschlagen mag, — jeder der beiden war in seinem Lande der Erste, — so kann man sie doch mit dem deutschen Reichskanzler nicht in eine Linie stellen, weder ihrer persönlichen Begabung noch ihrem Einflusse nach. Fürst Bismarck war nicht allein in seinem Lande, sondern in der ganzen Welt der Erste. In einem uns benachbarten Wahlkreise ist neulich ein Wahlaufruf erschienen, der ihn „den größten Staatsmann unserer und aller Zeiten" nennt. Da ist nun wohl der Mund reichlich voll genommen, und, wenn es der Mühe wert wäre, würde über diesen Ausspruch vielleicht heftiger Streit entbrennen; aber wenige werden widersprechen, wenn man sagt, daß der Mann, dem damals die Macht aus den Händen genommen wurde, in die Reihe der hervorragendsten unter den Helden der Geschichte gehört. Der Namen, die man neben dem seinigen nennen könnte, ist nur eine geringe Zahl. Alexander, Julius Cäsar, Mohammed, Cromwell, Friedrich, Washington, Napoleon, Cavour, — es werden nicht sehr viele sein, die man der kurzen Liste, abgesehen natürlich von den Lehrern der Menschheit, den Denkern, Dichtern und Künstlern, hinzufügen könnte, ohne auf die zweite Stufe zu geraten. Und bei dieser Anerkennung können sich auch die eifrigsten Bewunderer des Gestürzten allenfalls beruhigen.

Als Napoleon auf der Höhe seiner Macht stand, fragte er einmal seine Umgebung, Minister und Generale, was sie wohl glaubten, daß die Welt sagen werde, wenn er sterbe. (Daß es mit seiner Herrschaft vorher ein Ende nehmen könnte, war ihm noch nicht in den Sinn gekommen.) Die Generale und Minister meinten natürlich, daß der Erdball von Tränen überschwemmt und der Himmel von Unsterblichkeitshymnen widerhallen werde. Ihr alle irrt euch, erwiderte der Kaiser: on dira „ouf"! Ouf! Das heißt verdolmetscht (im Deutschen fehlt uns diese Interjektion) „Gott sei gelobt, den sind wir los." Es ist ganz und gar nicht ehrenrührig, wenn man das Napoleonische Wort auf andere Ge-

waltige anwendet. Wahrscheinlich ist noch nie ein großer Herrscher zu seiner Ruhe gegangen, ohne daß nicht die Überlebenden etwas Erleichterung empfunden hätten. Wir wissen, daß man in Preußen ouf gesagt hat, als Friedrich in Sanssouci seine königliche Seele aushauchte, und es ist nicht unglaubwürdig, was von Victor Emanuel erzählt wird, daß er sehr heiter gestimmt war, nachdem man ihm den Tod Cavours gemeldet hatte. Je größer der Mann ist (wir sprechen immer nur von dem Gebiete der Politik), desto schwerer lastet der Druck der mächtigen Persönlichkeit auf denen, die mit ihm zu tun haben, und diesen Druck zu empfinden, ist dem natürlichen Menschen nicht angenehm. Von Neid, Eifersucht, Gegnerschaft wollen wir gar nicht einmal reden; auch diese sind selbstverständlich in Hülle und Fülle überall vorhanden, wo einer außerordentliche Dinge vollbringt; auch der Wohlgesinnte, auch der Verständige, der sich sagt: ohne den Druck, ohne den despotischen Willen gelänge das heilsame Werk nicht, auch dieser fühlt den Druck.

Man hat sich anfangs, das heißt während der ersten Monate nach dem Abgange Bismarcks, vielfach darüber gewundert, daß alles und alle anscheinend so leicht in die neue Situation, die doch eine ungeheure Veränderung in sich schloß, sich gefunden haben. Die Tatsache ist richtig; das öffentliche Leben Deutschlands und Preußens zeigte keinen hochgehenden Wellenschlag, kein stürmisches Aufbranden, wie man es nach einem so starken Ruck wohl hätte erwarten können. Die Menschen und die Dinge bewegten sich in den gewohnten Gleisen weiter; es kamen wohl Maßregeln auf die Tagesordnung, die unter dem alten Regiment keine Aussicht auf Regierungsgunst gehabt hätten, aber das kömmt auch bei den gewöhnlichsten Ministerwechseln vor. Eine Erschütterung, die der Bedeutung des Gestürzten entsprochen hätte, ließ sich nirgend verspüren. Ganz ohne äußere Erregungen konnte natürlich das Ereignis nicht vorübergehen, aber selbst diese würden sich wenig bemerklich gemacht haben, wenn nicht der Exilierte selbst das Bedürfnis gefühlt hätte, die Welt immer von neuem an seine Fortexistenz zu erinnern. Hätte er sich in Schweigen gehüllt, so würde der Übergang von dem Alten zum Neuen sich in der merkwürdigsten Stille vollzogen haben.

Da man unmöglich annehmen kann, daß die Nation so stumpfsinnig sei, daß sie auch die außerordentlichsten Veränderungen gleichgültig über sich ergehen lasse, so muß man sich die allgemeine Gelassenheit, mit der man sich in den Umschwung gefunden hat, aus einer anderen Ursache zu erklären suchen. Und wir glauben, die Ursache liegt in dem Bedürfnisse freier Lebensregung, das in der Nation nicht erstickt war, aber vergebens nach Befriedigung rang, so lange es unter der Herrschaft des einen übermächtigen Diktators stand. Auf jedem Gebiete fast, auf dem weitesten wie auf dem engsten, drehte sich die Erfüllung der Wünsche immer um die Frage: was sagt Bismarck? Fand man bei ihm keine Unterstützung, so versuchte man nicht einmal, auf eigene Hand etwas zu unternehmen; fand man bei ihm gar Widerstand, so gab man von vornherein die Sache verloren; und wenn man des Kanzlers Forderungen gern abgelehnt hätte, so wagte man es nicht, weil man sich sagte: es hilft doch nichts! Dieser auf die Dauer für alle peinliche Zustand hörte mit einem Schlage auf, als der Kaiser die Entlassung des Kanzlers annahm und nun auf den heroischen der gewöhnliche menschliche Zuschnitt folgte. Ein Gefühl der Erleichterung folgte dem Rücktritte des Alleinschaltenden; die kleineren Menschen hatten die Empfindung, als ob sie um einen Zoll gewachsen wären; die Ernsthaften, die Ehrgeizigen, die Bedenklichen sahen sich von dem Banne erlöst; sie konnten wieder zu Worte kommen. Höchst charakteristisch antwortete neulich ein Hauptblatt der Nationalliberalen auf die Frage, weshalb es erst jetzt auf Beseitigung des Welfenfonds dringe, dessen bedenkliche Verwendung doch seit zwanzig Jahren öffentliches Geheimnis gewesen sei. So lange Fürst Bismarck regierte, lautete die Antwort, wäre es vergeblich gewesen, konstitutionelle oder moralische Argumente gegen eine Einrichtung ins Feld zu führen, die ihm politische Macht gewährte. Die Überzeugung war allmählich, zumal während der letzten dreizehn Jahre des Bismarckschen Regiments, ein Gemeingut der Nation geworden, daß man dem „eisernen Kanzler" gegenüber mit Argumenten auf keinen Erfolg zu rechnen habe, daß die Parole der Politik und sogar der Gesetzgebung sei „do,

ut des", und daß man mit der Regierung wohl handeln könne, aber nicht diskutieren.

Nun bedarf es wohl keiner Beweisführung, daß ein von solcher Überzeugung beherrschter Zustand ungesund und auf die Dauer verderblich ist, um so verderblicher offenbar, je größer das Übergewicht der leitenden Persönlichkeit und je mächtiger ihre Ansprüche auf die nationale Dankbarkeit sind. Darum sind es nicht gerade die Schlechtesten des Volks, die es als Erleichterung begrüßt haben, als sich die Möglichkeit eröffnete, die Dankbarkeit von der Unterwerfung zu trennen.

Das Weingesetz.

26. März 1892.

Wie ein Idyll den epischen Pomp und Schall großer Heroentaten anmutig unterbricht, so hat in der verflossenen Woche, während der Kaiser und der Kanzler und der Chorus der Parteien den Untergang des Volksschulgesetzentwurfs feierlich agierten, ein heiteres und harmloses Satyrspiel, efeubekränzt, den Reichstag beschäftigt, — efeubekränzt, denn es handelte sich um den lustigen Gott des Weines, um seine tragikomischen Kämpfe mit allerlei bösen Hexenmeistern und Sudelköchen und um seine endliche Erlösung aus den Krallen dieser finsteren Mächte. Seit einer Reihe von Jahren tobte der Kampf um die Frage, wer als der rechtmäßige König Bacchus anzusehen sei, was als echter Wein zu gelten habe; endlich, in derselben Woche, in der Karl Braun aus Wiesbaden seinen siebzigsten Geburtstag feierte, hat die peinliche Unsicherheit ihr Ende gefunden; die Welt, wenigstens die deutsche Welt, weiß jetzt, dank der Weisheit unserer Gesetzgeber, was in den Kellern und Trinkstuben und in den kühlen Lauben am Rhein und am Neckar Rechtens ist. Wie schade, daß Scheffel den Tag nicht mehr erlebt, daß Karl Braun ihn wenigstens nicht im Reichstage erlebt hat. Er wäre der Mann gewesen, nicht allein als sachverständiger Kenner, sondern auch als begeisterter Redner die Debatte zu der Höhe ihres Gegenstandes zu erheben, eines Gegenstandes, der wie kein anderer alle Vorzüge der Poesie und der Prosa in sich vereinigt,

der sinnlichen Genuß und seelische Freude miteinander verschmilzt, der seit uralten Zeiten dem deutschen Herzen ein nie versiegender Quell der Erhebung und des Trostes gewesen ist.

Wir können es nicht verschweigen, daß der Reichstag der Größe des Augenblicks sich nicht gewachsen gezeigt hat. War es die Ermüdung der Geister, die am Schlusse einer langwierigen Session sich einzustellen pflegt, oder war es die Kanzler- und Zedlitz-Krisis, die ihren Schatten, zerstreuend und dämpfend, bis in das Haus an der Leipziger Straße warf? Jedenfalls ist es Tatsache, daß die Verhandlung über den edelsten aller Artikel des Warenverzeichnisses, über das interessanteste aller Gesetze — „Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken" — keine Spur zeigte von der gehobenen Stimmung, von der heiteren Laune, von dem funkelnden Geiste, wie man sie bei so fröhlichem Anlasse hätte erwarten dürfen. Wer zuhörte, ohne die Tagesordnung zu kennen, hätte glauben können, die ernsthaften Männer in dem Saale berieten ein Maischgesetz oder eine Apothekerordnung. Der Abgeordnete Bamberger war der einzige, der einen Anflug von Humor verriet, aber es war der ihm angeborene, es war nicht der Humor der Stunde. Dieser feine und geistreiche Redner hat keine bacchantische Ader; er kann seinen Freund Braun-Wiesbaden nicht ersetzen.

Wie schon gesagt, ist das Thema vom Wein zugleich poetischer und prosaischer Natur, der Reichstag hat sich ausschließlich an die Prosa gehalten. Aber wir wollen ihn deshalb nicht schelten; wenn sein Gesetzgebungswerk uns nur guten Wein verschafft, wird es an Poeten im deutschen Volke auch nicht fehlen. Leider reicht die Macht der Gesetzgeber, guten Wein zu schaffen, nicht sehr weit; eigentlich vermögen sie nicht viel mehr, als zu bestimmen, was als Wein gelten, was als schändliches Fabrikat verdammt werden soll, mit andern Worten: als den Winzer und den redlichen Zapfer gegen die Konkurrenz des Fälschers und Mantschers zu schützen. Man sollte denken, das werde der Trinker schon besorgen, der doch sicherlich keine niederträchtige Mixtur bezahlen werde. Indessen es gibt Nuancen der Niederträchtigkeit, und die Leute, die Wein trinken, sind nicht immer ganz zurechnungsfähig. Der Un-

mündigen sich ein wenig anzunehmen, wäre des Staates nicht unwürdig. Aber der Staat denkt viel weniger an die Käufer als an die Verkäufer des Weins; die redlichen unter ihnen will er einer Lage entreißen, die äußerst unangenehm war.

Die Weinfälschung war schon durch das sogenannte Nahrungsmittelgesetz mit schwerer Strafe bedroht, ebenso das Feilbieten des gefälschten Stoffes, höchst gerechter Weise. Aber was war Fälschung, was war legitime Behandlung des Weins? Aller Wein bedarf gewisser Manipulationen mit fremden Stoffen, wenn er sich zu einem erfreulichen und haltbaren Getränk entwickeln soll. Daß unter diesem Vorwande fürchterlich gesündigt wurde, ist gewiß, aber auch hier gibt es Nuancen, von der ruchlosesten Sudelei bis zu der tadellosesten Bearbeitung, und der Richter ist in Verlegenheit die Grenze zu ziehen. Er fragt Sachverständige, und die Sachverständigen sind oft verschiedener Meinung. Auch sind die Bräuche an verschiedenen Orten verschieden: hier gilt für erlaubt, was dort sündlich genannt wird. Daraus entstand eine Rechtsunsicherheit, die für den Verkehr mit Wein unerträglich wurde; das nämliche Verfahren wurde von dem einen Richter verdammt, von dem andern freigesprochen, der eine Konkurrent durfte tun, was der andere unterlassen mußte. Diesem Übelstande abzuhelfen, ist unser neues Gesetz bestimmt. Es zählt die Stoffe auf, — man kann sie nicht ohne Gänsehaut lesen, — deren Beimischung zum Wein unbedingt verboten sein soll, Aluminiumsalze, Barynmverbindungen, amylalkoholhaltiger Sprit, Salizylsäure, usw. Wichtiger aber als dieses Verbot ist die zweite Vorschrift des Gesetzes, die feststellt, was *nicht* als straffälliger Zusatz anzusehen ist. Ausdrücklich werden die üblichen Klärungs- und Konservierungsmittel der „anerkannten Kellerbehandlung", das Verschneiden und — was bisher ein Zankapfel war — die Entsäuerung durch kohlensauren Kalk und die Zuckerung des Weins legitimiert. Namentlich die letztgenannte Methode ist von großer praktischer Bedeutung, und sie ist deshalb seit Jahren der Gegenstand ebenso grimmiger Angriffe gewesen wie seiner Zeit die Kunstbutter.

Leider bringt das Vaterland in seiner Fülle neben den wundervollsten auch eine sehr große Menge saurer Weine, die zwar nicht

ungesund, aber ungenießbar sind, wenn man sie nicht künstlich süßt. Die Weinbauern der günstiger gelegenen Striche möchten nun gern den sauren Weinen das Leben noch saurer machen, sie zur Essigfabrik verdammen, sie vom Markte ausschließen durch das Verbot des Zuckerzusatzes, in der Hoffnung, daß dann ihre eigene, von Natur bessere Ware höhere Preise erzielen werde. Ob die Hoffnung sich erfüllt hätte, ist zweifelhaft, unzweifelhaft ist, daß alsdann eine Menge Leute, die sich an dem gezuckerten Wein harm- und arglos erquickt, überhaupt gar keinen Wein mehr trinken, vielleicht dem Schnaps sich zuwenden würde. Diese eigensüchtige Agitation gegen den völlig unschädlichen Zucker ist nun glücklich abgeschlagen, zum Heile für die ärmere Klasse der Weinbauern und der Weintrinker. In unseren Tagen muß jeder Erfolg dieser Art um so freudiger begrüßt werden, je seltener er ist. Ganz vollständig ist freilich der Sieg der guten Sache doch nicht. Die Weinaristokratie hat es durchgesetzt, daß mit hohen Strafen bedroht wird, wer Wein unter einer Bezeichnung feilhält, „welche die Annahme hervorzurufen geeignet ist, daß ein Zuckerzusatz nicht gemacht ist." Das klingt sehr bedenklich; man kann herauslesen, daß der Händler den gezuckerten Wein ausdrücklich als solchen kenntlich machen und also diskreditieren müsse. Der Regierungskommissar hat zwar erläutert, daß das nicht die Meinung sei, daß man nur den Betrug bestrafen wolle. Aber warum sagt man nicht deutlich, was man meint: bestraft wird, wer gezuckerten Wein für ungezuckerten ausgibt? Vorläufig darf man sich wohl mit der Hoffnung trösten, daß eine verständige Rechtsprechung vor schikanöser Anwendung dieser Strafandrohung schützen wird.

Moltkes Trostgedanken.

6. April 1892.

Moltkes Glaubensbekenntnis wird allem Anschein nach Wirkungen ausüben, an die er selbst, als er es niederschrieb, nicht gedacht und die er noch weniger beabsichtigt hat. Wir reden nicht von dem biographischen Werte dieses Aktenstücks, eines wahrhaften

„document humain", nicht von der Bedeutung der ausgesprochenen Gedanken an sich, auch nicht von dem erbaulichen Eindruck, den diese Schrift bei unzähligen Lesern hinterlassen wird; sondern wir meinen die politische Wirkung, die Art und Weise, wie die kämpfenden Parteien von den letzten Worten des verewigten Feldmarschalls sich affiziert fühlen werden. Nie vielleicht ist eine Veröffentlichung so im richtigen Augenblicke geschehen; ganze Stellen dieses religiösen Testaments hätten in der Debatte über das Volksschulgesetz gesprochen werden können; im Oktober des vorletzten Jahres niedergeschrieben, scheinen sie in prophetischem Geiste gegen diejenige Partei gerichtet, die im Frühjahr 1892 im preußischen Landtag die Religion zu einem Werkzeuge weltlicher Interessen machen und eben deshalb unter den Zwang äußerlicher Formeln stellen wollte. Die Gegner des Volksschulgesetzentwurfes brauchen glücklicherweise nicht zu bedauern, daß während des Kampfes ihnen die mächtige Bundesgenossenschaft Moltkes fehlte; sie haben mit eigenen Kräften die drohende Gefahr abgewendet; aber daß unmittelbar nach dem errungenen Erfolge dieser Erfolg die hohe Weihe einer solchen Zustimmung empfängt, kann alle, die mit redlichem Herzen am Kampfe teilgenommen haben, nur mit hoher Genugtuung erfüllen. Und für die Gegner, für die starren Anhänger des Staatschristentums, für die hochmütigen Verächter der Duldung, der geistigen Freiheit und der menschlichen Vernunft, bedeutet das Zeugnis, das sich aus dem Grabe wider sie erhebt, eine schwere Demütigung und Niederlage.

Aufrichtige und fromme Christen trifft diese Niederlage nicht; denn ihnen ist die Herrschsucht, gegen die der Kampf sich richtete, und die Unduldsamkeit gegen Andersdenkende ebenso fremd wie dem Verfasser des Glaubensbekenntnisses selbst. Sie werden vielleicht betrübt sein, daß Moltke in wichtigen Punkten ihre Überzeugungen nicht geteilt, daß er über Dogma und Wunder, über das Verhältnis zwischen Religion und Moral Anschauungen hatte, die ihnen irrig erscheinen; aber sie werden sich von seinen Worten weder im Besitzstande geschädigt noch in ihren Empfindungen verletzt fühlen. Ganz anders zur Sache stehen die orthodoxen Parteimänner, die bisher den Feldmarschall für ihren Gesinnungsgenossen aus-

gegeben und mit ihm auf derselben Seite des Reichstags gesessen haben. Diese haben die Anschauungen, zu denen der Graf Moltke sich im Angesichte der Ewigkeit bekannt hat, mit äußerster Erbitterung und Geringschätzung nicht bloß als unorthodox, sondern auch als verderblich für den Staat, als unvereinbar mit der bürgerlichen Ordnung verdammt und sie mit den Mitteln des Zwanges auszurotten unternommen, vorgebend, daß solches nicht allein Christenpflicht, sondern auch Bürgerpflicht sei.

Nach der Theorie dieser für den Augenblick besiegten Partei ist alle Moral wertlos, wenn sie unabhängig von einem bestimmten Dogmenkomplex auftritt, und man kann ohne Unterordnung unter eine konfessionelle Autorität kein guter Bürger sein. Woraus denn folgt, daß der Staat seine Machtmittel zur Verfügung stellen muß, um die Leute, die sich nicht gutwillig fügen, zwangsweise der betreffenden konfessionellen Autorität zu unterwerfen. Das, so wurde behauptet, sei die alte preußische Tradition, das Fundament, auf dem die Monarchie groß und blühend sich entwickelt habe, ohne das sie dem Untergange geweiht sein würde. Welchen Strich durchs Konzept macht diesen Theoretikern der Mann, der uns seine „Trostgedanken über das irdische und Zuversicht auf das ewige Leben" hinterlassen hat! Mit der Klarheit, die alle seine Schriften und Reden auszeichnete, hat er in dieser Urkunde religiöse Ansichten ausgesprochen, die, was immer sie sonst sein mögen, ganz gewiß unvereinbar sind mit den Symbolen der Landeskirchen und mit den Lehren der orthodoxen Theologie; religiöse Ansichten, die, wenn man der Wahrheit die Ehre geben will, von dem Glauben Nathans des Weisen sich nur wenig unterscheiden. Ob die Ansichten richtig oder unrichtig sind, darauf kömmt es uns nicht an; so viel ist gewiß, daß Moltke siegreich den Beweis geführt hat: man könne mit einer solchen unorthodoxen Weltanschauung ein treuer Untertan, ein guter Bürger und ein ums Gemeinwohl verdienter Mann sein. Niemand wird leugnen, daß er alle drei Prädikate in Anspruch nehmen kann, und die meisten werden auch denken, daß der Staat glücklich zu preisen wäre, dessen Bürger annähernd so pflichttreu wären, wie dieser es gewesen ist.

Darauf allein kömmt es an, nicht auf die größere oder ge-

ringere Haltbarkeit der Sätze, in die Moltke seinen Glauben zusammenzufassen versucht hat. Der Staat hat kein Interesse an dem wissenschaftlichen Inhalt der Systeme; er ist auch gänzlich außerstande, darüber zu entscheiden; ihm kann und soll nur daran liegen, daß die Menschen in dieser irdischen Welt verständig und sittlich handeln. Daß es dazu nicht nötig ist, an eine bestimmte Kirchenlehre von den überirdischen Dingen zu glauben, davon hat er, der Staat, der preußische Staat, ein leuchtendes Beispiel an dem Grafen Moltke, — nicht das erste Beispiel, nur eins unter vielen, aber eins, das besonders hell in die Augen scheint, weil auch die Widerwilligsten sich der Anerkennung seiner Taten und seiner Tugenden nicht zu entziehen vermögen.

Den Inhalt der „Trostgedanken" selbst zum Gegenstande der Erörterung zu machen, müssen wir an dieser, der Politik gewidmeten Stelle uns versagen; es würde nicht möglich sein, ohne auf ein Gebiet überzutreten, das von dem der Politik scharf abzugrenzen wir immer für eine der wichtigsten Regeln irdischer Weisheit gehalten haben. Unsere Enthaltsamkeit in diesem Punkte beruht nicht auf Gleichgültigkeit gegen diesen Inhalt, nicht auf der Meinung, daß er sich nur negativ, als Widerlegung hochkirchlicher Behauptungen, verwerten lasse. Wir finden vielmehr, daß, auch ganz abgesehen von aller Bezugnahme auf die kirchlich-politischen Händel des Tages, die kleine Schrift das höchste Interesse in Anspruch nimmt als ein Beitrag zu der Seelengeschichte, nicht allein des einen ausgezeichneten Menschen, sondern einer ganzen, wahrscheinlich zahlreichen, jedenfalls sehr achtungswerten Klasse unserer Zeitgenossen, in denen hohe geistige Bildung, sittliche Lauterkeit und religiöse Innigkeit nach einer reinen harmonischen Lösung streben. Wie verschieden stellt sich dies Schauspiel in den verschiedenen Personen und den verschiedenen Zeitaltern dar! Wie ganz anders gemischt sehen wir die drei Elemente zum Beispiel in Friedrich dem Großen, als in Moltke! Wie frei namentlich von aller Frivolität in diesem letztgenannten! Am meisten erinnert uns, wie wir schon angedeutet haben, der Geist, der in den „Trostgedanken" weht, an Lessing, an Lessings größte Schöpfung, in der wörtlich das stehen könnte, was Moltke schreibt: „Sollte nicht jedes fromme Gebet, möge es

nun an Buddha, an Allah oder Jehovah gerichtet sein, an denselben Gott gelangen, außer dem es ja keinen gibt?" Und das Motto, das Lessing vor seinen Nathan setzte, hätte auch Moltke wählen können: Introite, et hic dei sunt.

Einweihung der Schloßkirche in Wittenberg.

2. November 1892.

Ob Fürst Bismarck, wenn er noch Ministerpräsident wäre, dem König von Preußen abgeraten haben würde, der Einweihung der neugeschmückten Schloßkirche in Wittenberg so nachdrücklich und mit solchem Glanze den Charakter eines protestantischen Festes zu geben, wie es am vorigen Montag geschehen ist? Zur Zeit des Kulturkampfes würde er vielleicht den Gedanken willkommen geheißen haben, ob aber auch dann noch, als er die Hilfe des Zentrums für seine innere Politik zu erlangen bemüht war und Wert darauf legte, mit Leo XIII. gute Beziehungen zu unterhalten? Natürlich hätte auch er nichts dagegen einwenden können, daß ein Monarch aus hohenzollerschem Stamme seine Teilnahme an der Erneuerung eines so berühmten Gotteshauses, wie jene wittenbergische Kirche es ist, auch durch persönliche Anwesenheit betätige, wohl aber konnte er Bedenken tragen, die Feier zu einem Ehren- und Gedenktage der Reformation selbst zu gestalten und dadurch möglicherweise, gerade in einem kritischen Augenblicke, diejenige parlamentarische Fraktion zu verstimmen, deren Mitwirkung bei den geplanten Heeresgesetzen unentbehrlich erscheint. Kaiser Wilhelm, so scheint es, ist solchen Berechnungen fremd geblieben: er hat den Wunsch gehegt, der Wiege der Reformation eine Huldigung darzubringen, die das gewöhnliche Maß überschreite, die der gesamten protestantischen Welt einen hohen Eindruck hinterlasse, die Stellung des preußischen Königs als des Schirmherrn der evangelischen Lehre glänzend bezeuge und der Würde des weltgeschichtlichen Ereignisses, an das sie anknüpfte, entspreche. Politische Nebengedanken, parlamentarische Taktik und dergleichen haben ihm ferngelegen; die katholischen Landsleute zu verletzen, ist ihm noch weniger

in den Sinn gekommen, aber er wird ihnen überhaupt die Möglichkeit und gar das Recht, sich verletzt zu fühlen, nicht zuerkannt haben. Das ist, wie uns dünkt, sehr richtig, durchaus natürlich, und sollte sich von selbst verstehen. Aber es versteht sich doch nicht so ganz von selbst; die Furcht vor einer zu weit gehenden Rücksichtnahme auf unberechtigte ultramontane Ansprüche hat in der letzten Zeit zuviel Nahrung gefunden, als daß die Wittenberger Kundgebung nicht eine gewisse Überraschung hätte hervorrufen sollen.

Käme es bloß auf weltgeschichtliche Maßstäbe an, so müßte man die wittenbergische Festlichkeit noch sehr bescheiden nennen. Man denke an den ungeheuren Aufwand, der zu Ehren der Entdeckung Amerikas gemacht worden ist und werden wird. Und doch wird niemand leugnen, daß die Anschlagung der Lutherschen Thesen ein Ereignis höheren Ranges war, als die Landung des Columbus auf der Insel Guanahani. Jene leitete eine neue geistige Entwicklung der Menschheit ein, diese gab ihr ein neues Gebiet für wirtschaftliche Tätigkeit. Aber in der Natur der Dinge liegt es, daß die geistige Größe sich nicht, wie der materielle Gewinn, durch Pomp und Geräusch großartiger Festivitäten darstellen läßt: je tiefer, feiner und intimer die geistige Tat ist, desto mehr muß sie auf Verherrlichung mit äußeren Mitteln verzichten. Auf diesem Gebiete vermag der Protestantismus nimmermehr mit der römischen Kirche zu wetteifern, und es wäre töricht, wenn er dadurch sich beschämt fühlen wollte, wie einige Protestanten es noch immer tun. Wie man sagt, daß jeder die Fehler seiner Tugenden habe, so ist es auch richtig, daß überall mit den starken Seiten einer Sache irgendeine Schwäche verbunden ist, die man in den Kauf nehmen muß, wenn man die Stärke behalten will.

Zu den angeblichen Mängeln des Protestantismus gehört auch die Mannigfaltigkeit der Lehrmeinungen und die Wandelbarkeit seiner Theologie. Die römischen Schriftsteller werden nicht müde, über diese Anarchie zu spotten und als ihre notwendige Folge den Untergang zu prophezeien; protestantische Eiferer gibt es, die am liebsten der römischen Einheit und Unveränderlichkeit auch innerhalb der evangelischen Kirchen Geltung verschaffen möchten. Diese letzteren sehen nicht, daß gerade in der Möglichkeit mannigfaltiger

und neuer Auffassungen der Vorzug und die Stärke des Protestantismus beruht, daß sein Lebensodem die Freiheit ist, und daß man die Freiheit nicht haben kann ohne ihre Folgen, ohne den Kampf der Meinungen und die Verschiedenheit der Lehrsysteme. Wer diese Folgen fürchtet und verabscheut, wer auf Erden eine in sich abgeschlossene, jegliche selbständige Regung ausscheidende Religionsgenossenschaft will, der muß folgerichtigerweise sich nach Rom wenden. Der Protestantismus kann, ohne seinem Wesen untreu zu werden, mit dem angeblich so imposanten Schauspiel der vollständigen Einheit und Wandellosigkeit nicht aufwarten. Daß er es nicht kann, ist gerade sein Ruhm und sein Stolz. Bischof Korum von Trier hat neulich in dem Prozeß wegen des heiligen Rockes erklärt, daß das Verhalten seiner Kirche zu der Reliquienverehrung heute noch genau dasselbe sei wie im zwölften Jahrhundert, und er hat gewiß damit etwas sehr Imposantes zu sagen geglaubt. In der Tat aber liegt in dieser Formulierung nur das Geständnis, daß die römische Theologie jeder Entwicklungsfähigkeit bar und ledig ist. Die protestantische Theologie steht dagegen auf dem Grunde, daß die Erforschung der Wahrheit unabhängig ist von den Meinungen früherer Geschlechter und nur in sich selbst Norm und Regel trägt. Und dieses Grundes sollten wir uns schämen, bloß deshalb, weil auf ihm imposante kirchliche Schauspiele sich nicht so leicht, vielleicht überhaupt nicht, in Szene setzen lassen?

Denn das ist ziemlich gewiß: hätte der König von Preußen am Montag, anstatt der evangelischen Fürsten, Vertreter der gesamten evangelischen Welt, auch nur ihrer vornehmsten Kirchen und Richtungen, um sich versammeln und mit ihnen gemeinsam eine Stiftungsurkunde vollziehen wollen, so würden sich große und unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben haben. Das Dokument, unter das die deutschen Fürsten ohne Präjudiz ihre Namen setzen konnten, hätte vielfachen Widerspruch gefunden, wenn es hätte dienen sollen, alle protestantischen Überzeugungen auf einen gemeinsamen Ausdruck zurückzuführen. Um eine festliche Kundgebung zu inszenieren, mußte der Veranstalter die Träger des landesherrlichen Kirchenregiments mit ihrem äußerlich wirksamen Glanze in den Vordergrund bringen; das eigentliche Leben des Protestantismus

ließ sich nicht in sinnenfällige Formen ordnen. Es ist Wehen des Geistes, und nur in der Bewegung existiert es. Nicht die Urkunde der Fürsten, sondern ein freies Wort des Kaisers hat dem Weiheakte den Stempel aufgedrückt, und dies Wort stimmt, wie das allgemeine Echo lehrt, mit dem lebendigen Gefühle des evangelischen Volks überein: „Es gibt in Glaubenssachen keinen Zwang; hier entscheidet die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation." Wohl der Kirche und wohl dem Volke, wenn das weltliche Kirchenregiment, das ja auch zu den Früchten der Reformation gehört, immer in dem Sinne dieses königlichen Ausspruchs geübt wird! Gern werden dann diejenigen, denen es mehr um die Sache als um die Form zu tun ist, die Anomalie dulden, die allerdings darin liegt, daß die irdischen Obrigkeiten das oberbischöfliche Amt bekleiden. Dem Streite der Meinungen soll nicht gewehrt werden, wohl aber dem Zwange, den ein Teil der Streitenden gegen den andern ausüben möchte. Im Streite entsteht und befestigt sich, unter dem Zwange erstirbt jene „freie Überzeugung des Herzens, die allein entscheidet".

Die Enthüllung des Kaiserdenkmals in Bremen.

18. Oktober 1893.

Am 18. Oktober feiert Bremen heuer wieder, wie in früheren Zeiten, eine große Erinnerung der deutschen Geschichte. Dem Andenken an die Völkerschlacht, die unsere Nation von dem Joche der Fremdherrschaft erlöste, war jenes alte bremische Fest gewidmet, das allein in allen deutschen Städten und Landschaften alljährlich von neuem jenes Tedeum erneuerte, das im Jahre 1813 vom Monarchenhügel bei Leipzig erklungen war. Aber auch dieser fromme Brauch hatte sich gegen die Umwandlungen der Zeit nicht behaupten können; neue Sorgen, neue Arbeiten drängten allmählich das Andenken an die Freiheitskriege in den Hintergrund; vor allem aber machte der Mißmut über so viele unerfüllte Hoffnungen, über die Verfahrenheit und Unfruchtbarkeit der deutschen Zustände die Lebenden ungeneigt, Dankeslieder anzustimmen für einen Sieg, dem —

so schien es — keine wirkliche Siegesernte gefolgt war. Vor jetzt gerade dreißig Jahren wurde auf unserem Marktplatze zum letzten Male der „18. Oktober" feierlich begangen; alle Welt war darin einverstanden, daß hinfort die Feier nicht mehr zeitgemäß sei, und ohne Widerspruch strich man sie aus dem bremischen Kalender. Das geschah in einem Zeitpunkte, wo schon eine neue Ära an die Tür klopfte, wo neue Völkerschlachten sich im Stillen vorbereiteten, neue gewaltige Siegestaten, denen es diesmal am Erntesegen nicht fehlen sollte. Der halbverblichene Glanz der Leipziger Schlacht wurde bald völlig in Schatten gestellt von Königgrätz und von Sedan, von zwei Tagen, deren jeder neben seinem kriegerischen Ruhme die Weihe einer großen weltgeschichtlichen Wendung auf der Stirne trägt.

Kein sichtbares Denkmal ist von unseren Vätern aufgerichtet worden, als sie die Ketten des fremden Eroberers abgestreift hatten, und auch im übrigen Deutschland ist die Zahl der Standbilder, die an jene große Zeit erinnern, nur gering. Sie gelten mehr dem persönlichen Ruhm einiger ausgezeichneter Feldherren als der nationalen Erhebung als solcher. Zu schnell folgte damals der Erhebung die Erschlaffung, der Einigung die Zersplitterung, dem Triumphe die Enttäuschung. Auch war die allgemeine Verarmung nach den Jahren unsäglichen Elendes ein Hindernis künstlerischen Schaffens. Und was die Hauptsache ist, es fehlte an der einen, hervorragenden Gestalt, die man, ohne Widerspruch hervorzurufen, als Vertreter nicht bloß des eignen, sondern auch des nationalen Ruhms, nicht nur des Waffenerfolgs, sondern auch des vaterländischen Gedankens auf das Piedestal hätte erheben können. Diese Gestalt war unserer Gegenwart gegeben; kein Zweifel und Zaudern war möglich; unter der Zustimmung aller wählte das Volk den alten Heldenkaiser als das Symbol und Sinnbild der Verjüngung Preußens, der Wiedergeburt Deutschlands, und kaum war der Tote hinausgetragen in die Gruft zu Charlottenburg, so regte sich auch schon an allen Ecken und Enden des Landes, in hundert Städten zugleich, der Entschluß, dem Dahingeschiedenen in Stein und Erz ragende Zeichen zu errichten, nicht bloß der Verehrung und Liebe, sondern auch der bewußten Dankbarkeit, der Erkenntnis, daß er

in seiner schlichten Hoheit, Weisheit und Pflichttreue das neue Reich begründet, uns Deutschen ein Vaterland in Wahrheit und Wirklichkeit wiedergegeben hat, — ein Vater des Vaterlandes in ganz neuer Bedeutung des Wortes!

Niemand, glauben wir, erhebt den Einwand, daß an dem Werke doch auch andere mitgewirkt haben, ohne deren Hilfe der gewaltige Erfolg nicht möglich gewesen wäre. Das versteht sich von selbst. Aber um ein Abmessen der persönlichen Verdienste einzelner handelt es sich nicht, wenn man fragt: wer verkörpert am besten das Werk selbst, an dem schließlich ein ganzes Volk mitgearbeitet hat? Keiner verkörpert es so gut wie der königliche Greis, unter dessen Führung es begonnen und vollbracht worden, der von Anfang bis zu Ende der feste Mittelpunkt der ungeheuren Bewegung und die Spitze des vollendeten Gebäudes gewesen ist, — kein Roi fainéant, der seine Paladine für sich kämpfen läßt, sondern ein wirklicher Herrscher und Heerführer, zu dessen Ruhme nichts Beweiskräftigeres gesagt werden kann, als daß er durch die Nähe solcher Paladine wie Bismarck und Moltke nicht an seiner Größe einbüßte. Man braucht nicht zu bestreiten, daß die großen Herrscher, neben denen Kaiser Wilhelm I. seinen Platz in der Geschichte einnehmen wird, Cäsar, Karl, Friedrich, Napoleon, sich selbst, dem eignen Ingenium mehr verdankten als er; alle diese ragten einsam über die Zeitgenossen empor. Aber keiner von ihnen war vor die Probe gestellt, die unser alter Kaiser ohne Anstrengung bestanden hat, bloß durch die stille Kraft seiner Natur, neben den Größten der Erste zu bleiben. Nicht die Lockungen, die der Ehrgeiz vor der genialen Kraft ausbreitet, haben Kaiser Wilhelm zu solcher Höhe emporgeführt; ohne daß er sie suchte, wurde ihm von der Geschichte selbst eine Aufgabe gestellt, so schwer, so großartig, wie sie nur je die Phantasie des mächtigsten Geistes sich ausgesonnen hat, und diese Aufgabe hat er ohne Pomp exaltierter Gefühle gelöst, einfach wie die einfache Erfüllung einer Dienstpflicht, tadellos wie die Leistung eines Meisters. Alle Eigenschaften, die dazu erforderlich waren, vereinigten sich in diesem so wenig blendenden und doch so lichten Haupte, die Eigenschaften gerade, denen unser Volk von je den höchsten Wert beigelegt,

die höchste Ehre zuerkannt hat, weil sie das beste Teil seines eigenen Wesens und Charakters darstellen.

In diesem Sinne, in der Erhebung der Herzen zu einem Wirklichkeit gewordenen nationalen Ideal ist unser Erzbild errichtet worden, das an diesem Tage den Blicken der Lebenden und der Nachwelt enthüllt werden soll. Eine Feier, deren Glanz noch dadurch erhöht und verklärt werden wird, daß der erlauchte Erbe, der Hort und Hüter des glorreichen Vermächtnisses seines Ahnherrn, in unserer Mitte weilen wird, um den Weiheakt der Enthüllung zu vollziehen. Mit welchem freudigen Stolze und Danke Bremens Bevölkerung diesen kaiserlichen Besuch begrüßt, das brauchen wir nicht zu sagen: von den Lippen des Volkes selbst wird der Kaiser es vernehmen. Wir wollen, des verewigten Herrschers eingedenk, diesem Blatte eine Schillersche Strophe mit auf den Weg geben, die mit leiser Anpassung wie ein Festgruß an das Kaiserdenkmal klingt:

Wenn eines Volkes Haupt,
Sich selbst genug, nicht fremden Guts begehrt,
Den Zwang abwirft, den es unwürdig leidet,
Doch selbst im Zorn die Menschlichkeit noch ehrt,
Im Glücke selbst, im Siege sich bescheidet,
Das ist unsterblich und des Liedes wert.
Und solch ein Bild darf ich dir freudig zeigen!

Zentrum und Atheismus.

27. Februar 1895.

Der famose Antrag der Zentrumsfraktion, der bei sechshundert Mark Strafe verbieten will, Atheist zu sein, ist ein vielleicht etwas zu früh an die Öffentlichkeit gelangter Beleg zu der Ansicht, daß die Umsturzvorlage, namentlich der vielbesprochene Paragraph 130, wenn einmal erst vom Gesetzgeber in das Erdreich der Praxis eingepflanzt, sich sehr leicht zu einer Ausrottungsmaschine entwickeln könne, deren Wirksamkeit nicht mehr bloß gegen Handlungen, sondern auch gegen Meinungen gerichtet sein würde. Hierin, daß er, zum ersten Male seit dem Beginne der Reichsgesetzgebung, bloße Mei-

nungen als Straftaten behandelt wissen will, liegt das Charakteristische des ultramontanen Antrags, im Vergleich mit dem der Konservativen und mit dem ursprünglichen Texte der Regierung. Nach der Absicht der Regierung und der Konservativen sollen zwar auch gewisse Heiligtümer aufgerichtet und mit Schutzwehren umgeben werden, aber straffällig sollen doch nur diejenigen sein, die sich „beschimpfende Äußerungen" gegen jene Heiligtümer, Religion, Monarchie, Ehe usw. erlauben, und auch dann nur, wenn sie sich der beschimpfenden Äußerungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise bedienen. Nach dem Zentrumsantrage bedarf es weder der beschimpfenden Ausdrücke noch der Gefährdung des öffentlichen Friedens, um das neue Vergehen zu begründen: mit Geldstrafe oder mit Gefängnis wird bedroht, „wer öffentlich oder durch Druckschrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der Seele oder den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder leugnet". Hiernach wird also die bloße Darlegung oder Aussprache einer Meinung, auch wenn sie in dem ernstesten, ja ehrfürchtigsten Tone erfolgt, auch wenn sie keinerlei Gefahr für den öffentlichen Frieden herbeiführt, mit Strafe belegt, und es wird damit ein echt römisches Prinzip in die deutsche Kultur eingeführt. Die deutsche Kultur beruht ganz und gar auf Gedankenfreiheit; sie protestiert gegen jeden Eingriff der Zwangsgewalt des Staats in den Kampf zwischen Wahrheit und Irrtum, und gestattet diesen Eingriff erst dann, wenn aus dem Kampfe sich gemeingefährliche Handlungen zu entwickeln drohen. Rom dagegen ruft die Hilfe des weltlichen Arms gegen jede Lehre an, die von der seinigen abweicht, wennschon es wegen Ungunst der Zeiten gegenwärtig darauf verzichtet, den Anspruch auf staatsseitige Unterdrückung der Ketzerei praktisch geltend zu machen. Der Zentrumsantrag ist ein leiser, aber unzweideutiger Versuch, in die alte Bahn der Verfolgung der Meinungen wieder einzulenken, der römischen Anschauung in der deutschen Gesetzgebung eine prinzipielle Anerkennung zu verschaffen, vorläufig nur noch in beschränkten Grenzen, die sich aber später, wenn nur erst ein Vorgang geschaffen ist, ausdehnen lassen.

Den Angriffspunkt hat der Ultramontanismus mit leidlicher

Klugheit gewählt, nämlich da, wo er auf eine Sympathie guter, gemütvoller Menschen am ersten rechnen konnte. Der Glaube an Gott, die Unsterblichkeit der Seele, Ehe, Familie, — das sind Losungsworte, die auch in unseren Tagen noch ein lautes Echo in unzähligen Herzen, in allen Konfessionen und selbst in weiten, den Kirchen fremden Kreisen finden. Männer, die sich als Beschützer so teurer Güter einführen, dürfen sich wohl eines vertrauensvollen Empfanges getrösten; wer wird ihnen finstere Pläne zugunsten geistlicher Tyrannei zutrauen. Sind sie nicht so freidenkend, daß sie hochherzig Monarchie und Privateigentum, die der Regierungsentwurf geschützt sehen wollte, aus dem Texte des Entwurfs beseitigt und sie der schonungslosen Kritik preisgegeben haben? Auch noch einen anderen Vorteil bot die Auswahl der vier Schlagworte dar: mit ihrer Hilfe wird man die Gegner, die in geistigen Kämpfen nichts von polizeilichem Schutze wissen wollen, leicht und wirkungsvoll dem großen Haufen verdächtigen können. Wenn sie sagen, der Gottesglaube, die Unsterblichkeit der Seele, die Ehe, die Familie seien nicht mit Strafverboten, sondern mit Gründen der Vernunft oder des Herzens zu verteidigen, so wird es alsbald heißen: Sehet da! diese Leute fordern, daß Atheisten eure Kinder verführen, daß der Materialismus auf den Thron gehoben, daß die christliche Ehe vom Konkubinat verdrängt und die Familie aus der Welt geschafft werde! So entsetzlichen Wurfgeschossen gegenüber wird die Sache der Gedankenfreiheit, die sich immer nur feiner und ätherischer Waffen bedienen kann, manchmal einen schweren Stand haben.

Wer etwas näher zusieht, erkennt leicht, daß die Forderung des Zentrums, vom römischen Standpunkte aus betrachtet, lange nicht weit genug geht. Sie umfaßt nicht den hundertsten Teil derjenigen Ketzereien, die ausgerottet werden müßten, und sie ist in der Normierung ihrer Strafen viel zu gelinde. Mit den vier Punkten des Amendements würde sich, was den Lehrinhalt betrifft, eine stattliche Schar von Christen, Juden und Freidenkern einverstanden erklären, die im übrigen nach kanonischem Rechte diesseitiger und jenseitiger Verdammnis verfallen würde. Es sind in früheren Zeiten recht viele Personen, die an Gott und Unsterblichkeit glaubten, Ehe und Familie hochhielten, von den kirchlichen Gerichten dem

weltlichen Arm zur Bestrafung überwiesen worden, und dasselbe müßte heute wieder geschehen, wenn den unwandelbaren Grundsätzen der Kirche gemäß verfahren werden sollte. Eine weitere Ausbildung des Paragraphen muß stillschweigend vorbehalten bleiben, sonst hat er für den ultramontanen Gesetzgeber keinen rechten Sinn. Er sättigt nicht, er schärft nur den Appetit. Robespierre, um nur einen anzuführen, würde straflos ausgehen, wenn man nicht etwa aus der Zivilehe ihm einen Strick drehen kann. Aber die Zivilehe ist ja bei uns anerkanntes Rechtsinstitut, und man kann doch unmöglich jemand dafür strafen, daß er den „religiösen Charakter" dieser vom Gesetze selbst vorgeschriebenen Ehe leugnet.

Die geforderten Strafen, sagen wir, sind zu gelind. Wenn man den Geist mit handgreiflichen Mitteln bekämpfen will, muß man so vorgehen, wie die Dominikaner in Spanien, das Haus Habsburg in Böhmen und den österreichischen Erblanden, Ludwig XIV. gegen die Hugenotten. Auf die Art läßt sich, wie die Geschichte lehrt, in der Tat etwas erreichen. Mit Geld- und Gefängnisstrafen gegen religiöse oder irreligiöse Meinungen fechten, das ist so, als ob man mit Gartenspritzen eine brennende Stadt löschen wollte. Die Flamme lodert nur heller auf, wenn das bißchen Wasser sie berührt. Das Bild trifft in der Tat auch in dieser Beziehung vollkommen zu: die kümmerlichen Strafandrohungen könnten die Propaganda des Atheismus und Materialismus nur fördern. Denn nichts erschüttert mehr die alte Lehre als der Hinweis darauf, daß sie nach Polizeihilfe rufe. Freilich könnte man ja allmählich die Strafen wirksam verschärfen? Man könnte es, aber man kann es nicht.

Zu Bismarcks achtzigstem Geburtstage.

30. März 1895.

Wie ein Sturmwind werde am 1. April der Jubel des Volkes durch Deutschland brausen, hat Herr von Levetzow neulich dem Fürsten Bismarck angekündigt. Was sonst eine übertreibende Phrase

zu sein pflegt, bleibt diesmal weit hinter der Wirklichkeit zurück. Man hat den Eindruck von Lawinenstürzen, von Erdbeben, so über alle Erfahrung hinausgehend ist die Gewalt der Kundgebung, mit der die Nation ihren Helden an seinem Ehrentage zu feiern sich anschickt. Einem so unermeßlichen, so ganz beispiellosen Zusammenklange von Millionen Stimmen gegenüber ist es für den einzelnen, auch wenn er auf erhöhter Rednerbühne steht, unmöglich etwas zu sagen, was auch nur einigermaßen dem Augenblicke genugtun könnte. Wie dürfte ein Festredner auf Gehör rechnen, der einer von Begeisterung überströmenden Menge die Gründe ihrer festlichen Erregung, die Berechtigung ihrer Jubelrufe in wohlgeordneten Sätzen darlegen und ihr in historischer Breite das, was sie ohnehin mit höchster Energie empfindet, auseinanderfalten wollte? Höchst seltsam, so dünkt uns, würde es sich ausnehmen, die staatsmännische Größe des Gefeierten, die nationale Bedeutung seiner Taten, die Elemente seiner staunenswerten Erfolge in akademischer Draperie vorzuführen, während jeder Tag lautschallendes Zeugnis davon ablegt, daß alles dies längst der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung zum festen Glaubenssatze geworden, ihr in Saft und Blut übergegangen und über alles Bedürfnis der Beweisführung oder der Anregung hinausgewachsen ist.

Das Schauspiel dieser Geburtstagsfeier ist an sich ein Ereignis, dessen Gleichen wir kaum im ganzen Umfange der Geschichte und sicher in den Annalen unseres Volkes nicht wieder finden. Dem Eindrucke dieser gewaltigen Äußerung tiefster nationaler Gefühle würde jeder Kommentar nur Abbruch tun können. Es genügt, daß man sich sage: so lautet, abgelöst von allen Nebentönen der Tagespolitik, das Urteil des Vaterlandes über das Werk und den Mann, dem es seine Wiedergeburt und Einigung verdankt. Dem gegenüber ist die Kritik und Polemik übel angebracht: für sie wird ja auch die Zeit wiederkommen.

Das Beste, was man aus Eigenem etwa hinzutun kann, ist die Betrachtung, wie groß der Gegenstand einer solchen Feier im tiefsten Grunde sein muß, um das Gefühl des Übertriebenen und Überschwenglichen nicht zur Herrschaft gelangen zu lassen. Bei einem Anlasse wie diesem machen sich ja immer eine Menge un-

willkommener Elemente breit, vordringliche Eitelkeit, Wichtigtuerei, Geschmacklosigkeiten aller Art, geschäftliche Spekulation, die alle für ihre kleinlichen und albernen Zwecke von dem allgemeinen Aufschwunge der Gemüter ihren Vorteil zu ziehen suchen; wäre der Anlaß nicht so groß, wie er in der Tat ist, so würden diese unberufenen Einmischungen wohl imstande sein, den Glanz der Feier zu trüben; aber sie verschwinden diesmal vollständig in den Strahlen, die von der mächtigen Erinnerung an die welterschütternden Taten des letzten Menschenalters ausgehen. Und nicht zu vergessen ist dabei, daß auch die Gestalt des Mannes, auf dessen Haupt sich alle Strahlen des Festes vereinigen, nichts von ihrer hervorragenden Stattlichkeit einbüßt, während sie von der Fülle so beispielloser Huldigungen, die jeden anderen wohl erdrücken möchten, umgeben wird.

Noch merkwürdiger vielleicht ist es, daß der politische Hader, der sich in die Vorbereitungen zu dem Feste gemischt hat, nicht imstande gewesen ist, — das ist wenigstens unser Gefühl — den nationalen Charakter der Feier erheblich zu beeinträchtigen. Die fehlende Gratulation des Reichstags hat unseres Erachtens eigentlich nur bewiesen, daß — was ohnehin vielen nicht zweifelhaft gewesen sein wird — der Reichstag zwar staatsrechtlich, auf dem Gebiete der Gesetzgebung, als Vertretung der Nation gilt, daß er aber keineswegs als Organ der gesamten deutschen Kultur und Gefühlsweise zu fungieren berufen ist. Die Nation hat es in unserem Falle vorgezogen, ihren Empfindungen unmittelbar, in ihrer eigenen Weise, Ausdruck zu verleihen, und der Ton, den sie angestimmt hat, ist so stark ausgefallen, daß man keine Lücke heraushört. Wahrscheinlich würde man sie überhaupt nicht bemerkt haben, wenn man von Anfang an diejenige Versammlung, in der sich die politischen Tagesleidenschaften naturgemäß am heftigsten tummeln, richtig taxiert und ganz aus dem Spiele gelassen hätte. Wir glauben, jedermann würde das verständlich gefunden haben, da es doch im voraus allen bekannt war, daß der Reichstag, in dem alle Gehässigkeiten der vergangenen Entwicklung und alle Umsturztendenzen der modernen Zeit in fest kristallisierten Formen sich geltend machen, das ungeeignetste Forum sei, um ein unbefangenes

Urteil des Herzens, ein nur von historischem und vaterländischem Gefühl diktiertes Votum abzugeben. Man mag es beklagen, daß wir gezwungen sind, so viele spröde Elemente in unserer Tagespolitik mitzuschleppen, aber wir können doch die Geschichte nicht ändern, die es mit sich gebracht hat, daß dem deutschen Reichstage eine Menge unharmonischer Bestandteile, ultramontane, sozialdemokratische, polnische, partikularistische, beigemischt sind, die ihn hindern, einen vollen deutschen Klang herzugeben. Das ist unser Unglück, aber man sollte mit dem Worte „Schande" ein wenig sparsamer umgehen.

Es ist wahr, daß auch manche Deutsche, die nicht von solchen Ketten der Tradition und der Doktrin belastet sind, sich nicht von den Fraktionsleidenschaften losmachen können und grollend beiseite stehen. Sie bilden das Gegenstück zu den blinden Bismarckschwärmern, nur daß sie in einer Woche wie dieser unangenehmer auffallen. „Seit fünfundzwanzig Jahren", so lasen wir neulich in der Wochenschrift Nation, „sieht sich Fürst Bismarck fast ausschließlich zwei Kategorien von Personen gegenüber, solchen, die, weil ihm große Dinge gelungen, nicht glauben wollen, daß er schwere Fehler gemacht, und solchen, die, weil er schwere Fehler begangen habe, nicht glauben wollen, daß er ein Mann von einer das gewöhnliche Menschenmaß überragenden Größe sei. Klein ist die Anzahl derjenigen, die den Willen und die Fähigkeit haben, seine Verdienste und seine Fehler gerecht gegeneinander abzuwägen, und diesen wenigen kann es nicht entgehen, daß seine Verdienste und seine Fehler in der Naturanlage des Mannes ihre gemeinsame Quelle haben." So wahr und so gut gesagt dies ist, so erschöpft es doch nicht die ganze Wahrheit. Außer diesen drei Kategorien gibt es noch eine vierte, die Mehrzahl vielleicht, die weder die Verdienste, noch die Fehler leugnet, sie auch nicht gegen einander abwägt, sondern sich einfach an die große Leistung hält und dem, der sie geleistet hat, dankbar ist, unbekümmert um das, was auf anderen Gebieten geschehen sein mag. Das ist die naive Auffassung der Dinge, die am Ende auch die richtige ist. Sie läßt sich nicht ein auf feine psychologische Analysen und geschichtsphilosophische Erwägungen, sondern faßt eine alles überwiegende große Tatsache

in eine alles beiseite drängende große Formel. Wie vor achtzehnhundert Jahren der große römische Schriftsteller dem ersten Helden unseres Volkes den Titel geprägt hat: „Ohne Zweifel Germaniens Befreier", so, ohne weiteren Kommentar, begrüßt die allgemeine Stimme den letzten in dieser Heldenreihe: „Ohne Zweifel des deutschen Reiches Schöpfer!"

Der Tod des Fürsten Bismarck.

1. August 1898.

Jeder Tod sei ein Versöhnungstod, hat ein Weiser gesagt, als ihm ein Feind gestorben war. Man darf die allgemeine Wahrheit dieses schönen Wortes bezweifeln. Am Sarge des Fürsten Bismarck wird schwerlich der Haß, die Feindseligkeit, der Neid verstummen oder gar sich ins Gegenteil verwandeln. Allzu tief gehen die Erschütterungen, die seinem gewaltigen Schritte folgten, zu zahlreich sind die Trümmer, die seinen Weg über die politische Bühne bezeichnen, als daß diejenigen, die unter den Erschütterungen und Trümmern erlegen sind, mit versöhntem Gemüte sich dem Gefolge der Leidtragenden anschließen könnten. Die Unversöhnlichkeit der Besiegten ist ein Zeugnis mehr für die Größe des Siegers. Man muß zugeben, daß die Erben der Metternichschen Politik, daß die dänischen Gesamtstaatsmänner, daß die deutschen Partikularisten und die französischen Chauvinisten Ursache haben, grollend auf den Mann zu blicken, der, als er lebte, durch ihre Rechnungen so dicke Striche gezogen hat. Anstandsgefühl wird sie vielleicht hindern, in den Tagen der Trauer ihren Gefühlen Luft zu machen, aber was jetzt unterbleibt, wird ihre Geschichtschreibung nachholen; wir können uns darauf gefaßt machen, daß noch vielen Geschlechtern die Verdammungsurteile werden vorgetragen werden, die von den unterlegenen Parteien über den eisernen Kanzler gefällt worden sind. Auch das ist ein Zeugnis der Größe des Entschlafenen; uns, die wir uns seines Werkes freuen, wird es nicht irre machen.

Uns stört nichts in dem erhebenden Gefühle, daß es uns vergönnt gewesen ist, Zeitgenossen und Zeugen eines weltgeschicht-

lichen Menschen gewesen zu sein, einer von jenen heroischen Gestalten, die man ohne Überschwenglichkeit den ganz wenigen Ersten an die Seite stellen darf, einen Mann, dessen Name denselben vollen Klang hat, wie die Namen Alexander, Cäsar, Karl der Große, Luther, Friedrich der Große, Napoleon, und ebenso, wie jeder von diesen, einen ganz eigenartigen, ganz persönlichen Klang, den die Geschichte bewahren wird, den aber niemand in Zukunft so deutlich, so unmittelbar wieder empfinden wird wie wir, die mit ihm dieselbe Luft geatmet haben.

Auch das hat Bismarck mit jenen Großen gemein, daß die Nachwelt den Streit fortsetzt, den sie in ihrem Leben entzündet haben. Luther, Friedrich, Napoleon haben noch heute neben ihren Verehrern leidenschaftliche Ankläger und Verkleinerer; selbst über Cäsars Wert und Unwert ist die Welt noch nicht einig. Es ist wahrscheinlich, es ist fast gewiß, daß noch im zweiten Jahrtausend unserer Zeitrechnung die Historiker für und gegen Bismarck Partei ergreifen werden, die einen, um seine Höhen zu verherrlichen, die andern, um seinen Ruhm auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen. Aber auch den Verkleinerern wird es nicht gelingen, diesen Ruhm auszulöschen, so wenig es den ultramontanen Eiferern gelingt, den ihnen verhaßten Luther zu einer Zwergengestalt herabzudrücken. Sie mögen hassen und verdammen, mögen es als Unheil und Verderben betrachten, was der Riese getan hat, mögen ihm tadelnswerte Motive und verwerfliche Mittel nachweisen oder andichten: daß er Riese ist, können sie nicht ändern. Der Mann ist ihnen zu gewaltig. Der Haß, den er erregt, streift immer an Bewunderung, knirschende Bewunderung könnte man sagen.

Das richtige ist einer solchen außerordentlichen Erscheinung gegenüber, den Mann, wie es bei Shakespeare heißt, „alles in allem zu nehmen", seine ganze mächtige Persönlichkeit als etwas Unteilbares, von der Natur Gegebenes, ins Auge zu fassen, mit ihren Höhen und Tiefen, ihrem Licht und ihrem Schatten, ihren starken und ihren schwachen Seiten. Die blinden Vergötterer sehen nur Höhen, nur Licht, nur starke Seiten; solche Verschleierungen sind ebenso töricht, — sie reizen zum Widerspruche, — wie sie überflüssig sind; denn der Gegenstand ihrer Verehrung bedarf,

um verehrungswürdig zu bleiben, keiner solchen Verhüllungen. Es fällt nicht schwer, dem Fürsten Bismarck, auch ganz vom Parteistandpunkte abgesehen, Mißgriffe, fehlerhafte Berechnungen, gescheiterte Pläne nachzuweisen; sein Auftreten in der sogenannten Konfliktszeit, seine Wirtschaftspolitik, die Art wie er den Kulturkampf abbrach, wie er die Sozialdemokratie zu bändigen versuchte, dies und manches andere ist gerechten Anfechtungen ausgesetzt, aber es schadet dem Eindrucke des Gesamtbildes kaum. Denn alle dem steht die eine leuchtende Tatsache gegenüber, daß derselbe Mann, gegen den man jene Einwendungen erhebt, Deutschland von der habsburgischen Fremdherrschaft befreit, Preußen zu einer wirklichen Großmacht erhoben, und unsere Nation im Reiche geeinigt hat.

Mit dem Menschen verhält es sich umgekehrt wie mit der Ankerkette. Die Kette ist so stark, wie ihre schwächste Stelle; der Mensch ist so groß, wie seine größte Leistung. Der Dichter des „Faust" wird nicht geringer, weil er den „Großkophta" und den „Bürgergeneral" geschrieben hat; Napoleon bleibt das größte Feldherrngenie, obwohl er Armeen in Ägypten und Rußland verlor und die Niederlagen von Leipzig und Waterloo erlitt; so tritt für uns Bismarck in die deutsche Walhalla ein als der Schöpfer unseres verjüngten Vaterlandes, und es ist uns gleichgültig, daß ihm andere Unternehmungen minder glorreich gelungen sind, sogar dies, daß unter seinen gelungenen Taten einige sich befinden, die wir lieber ungeschehen wünschten.

Nun hören wir die Geschichtsphilosophen, die nichts vom Heros, nichts vom Schöpfer des Reiches wissen wollen, die in allem nur Produkte unpersönlicher Kräfte, der Verhältnisse, der Volksseele usw. sehen. Wir wollen darüber nicht streiten; wir glauben, daß beides zusammenkommen muß: der Heros und die Macht der Volksströmungen, wenn Großes zustande kommen soll. Mit dieser Einschränkung geben wir denen recht, die auf Bismarcks Haupt den Kranz des Vollenders setzen. Ohne ihn, wenn auch nicht allein durch ihn, wäre das große Werk, das seinen Namen unsterblich macht, nicht geworden. Sein unter allen Lebenden allein war die Herrscher-

seele, die das Chaos der ringenden Kräfte zu einer Welt zu ordnen vermochte, und nie sollen wir es vergessen.

Geworden war ihm eine Herrscherseele
Und war gestellt auf einen Herrscherplatz.
Wohl uns, daß es so ist!
. . . . Wohl dem Ganzen, findet
Sich einmal Einer, der ein Mittelpunkt
Für viele Tausend wird, ein Halt; — sich hinstellt
Wie eine feste Säul', an die man sich
Mit Lust mag schließen und mit Zuversicht!

Die Trauerfeier für den Fürsten Bismarck.

7. August 1898.

Die Trauerwoche, die mit ihren großartigen, wenn auch natürlicher und notwendiger Weise etwas monotonen Kundgebungen hinter uns liegt, kömmt uns selbst wie ein geschichtliches Ereignis vor, obwohl sie am Lauf der Dinge nichts oder wenig ändern wird. Man konnte ja mit einiger Einbildungskraft sich wohl vorstellen, daß dermaleinst das Ausscheiden eines so gewaltigen Mannes aus der Zahl der Zeitgenossen einen mächtigen Eindruck auf diese letzteren machen und für den Augenblick den lärmenden Gang der Tagesgeschäfte und der politischen Streitigkeiten unterbrechen, zu ernster und feierlicher Sammlung Inland und Ausland, Freund und Feind nötigen werde. Aber so wie die Wirkung in der Tat gewesen ist, so weltumfassend, so tiefgehend und so nachhaltig, hat man sie sich doch kaum ausmalen können, und wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß sie einzig in ihrer Art dasteht. Um so denkwürdiger ist dieser grandiose Abschluß eines grandiosen Lebens, als ihm ein sinnfälliger Mittelpunkt, eine pomphafte Bestattungsfeier als Anknüpfungspunkt fehlte, als es dem Klange des Namens, der Erinnerung an die Persönlichkeit allein überlassen blieb, die Gedanken der Millionen von den Welthändeln abzuziehen und an das Sterbelager im Sachsenwalde zu bannen. Formlos und ohne künstlerische Zurichtung ist die sterbliche Hülle eingesargt worden, — worin man auch einen deutschen Zug

erblicken kann, — und doch hatte man während der Trauerwoche nicht das Gefühl, als ob etwas Wesentliches fehlte, als ob die Totenfeier, an der die ganze gebildete Welt teilnahm, des Toten nicht ganz würdig gewesen wäre. Gerade das völlig Spontane, das Unvorbereitete dieser Teilnahme gab ihr den Charakter eines elementaren Ausbruchs, der einzig in seiner Art war und dem auch die lautgewordenen Stimmen des Hasses keinen Abbruch zu tun vermochten.

Ganz und gar modern ist diese Erscheinung: nur im Zeitalter der Elektrizität war die gleichzeitige Erschütterung möglich, die bei der Trauerbotschaft alle Fürsten und Völker durchschauerte und sie alle, im Geiste, um das Sterbehaus in Friedrichsruh versammelte. Zum ersten Male zeigte sich die ganze Kraft des neuen zauberhaften Verkehrsmittels, die Gefühle und Gedanken der Menschheit mit Blitzesschnelle in einem Punkte zu vereinigen, zum ersten Male wenigstens bei einer solchen feierlichen, allem irdischen Interesse entrückten Gelegenheit. Der Eindruck einer solchen weltweiten, zwar nicht mit dem Auge zu überschauenden, aber gleichwohl allen wahrnehmbaren Trauergemeinde ist ein Unikum, das uns zuteil geworden ist, und das von den jetzt Lebenden schwerlich einer zum zweiten Male sehen wird. Kein noch so prächtiges Begräbnis mit allem Aufwande malerischer und musikalischer Masseneffekte hätte diesen lautlosen Eindruck ersetzen, geschweige überbieten können. „Eine Beerdigung erster Klasse" hatte er einst in grimmigem Humor seine Entfernung aus der Reichshauptstadt genannt; eine Beerdigung erster Klasse in ganz anderem und höherem Sinne hat ihm der Tod zuwege gebracht. Es wird einem recht deutlich, wenn man sich des stolzen Zuges erinnert, der jüngst in England die Leiche Gladstones in die Westminster-Abtei geleitete: wer könnte einen Augenblick zweifeln, welche von den beiden Bestattungen, in Friedrichsruh und in London, an Hoheit und weltgeschichtlicher Würde die andere überragt.

Diese Äußerlichkeiten sind, wie es nicht anders geschehen konnte, in den letzten Tagen vielfach zur Sprache gekommen und in verschiedenem Sinne erörtert worden. Manchem ist es ein Bedürfnis, für das Große, das er in seinem Innern verehrt, auch ein großes

sichtbares Merkzeichen zu besitzen, das ihm gleichsam eine Bürgschaft dafür bietet, daß er richtig empfinde, und daß andere ebenso empfinden wie er. Daher hören wir namentlich den Wunsch laut werden, daß die sterblichen Überreste Bismarcks in einem ragenden Mausoleum, im Mittelpunkte des nationalen Lebens, anstatt in der entlegenen Waldesecke, wo er selbst zu ruhen gewünscht hat, möchten aufbewahrt werden. Der Kaiser ist offenbar von diesem Gefühl beseelt gewesen, als er den Hinterbliebenen anbot, dem Vater eine Ruhestätte in dem Dom zu Berlin neben seinen Ahnen oder in dem Charlottenburger Mausoleum neben Wilhelm I. zu bereiten. Aber mit Recht, wie uns scheint, hat der Kaiser auf seinen Vorschlag verzichtet, als er erfuhr, daß Fürst Bismarck selbst seine Bestattung im Schloßpark an der Seite seiner Gemahlin angeordnet habe. Die Pietät gebot es ihm, und er wird sich auch gesagt haben, daß bei diesem Grabe die Asche, die darin ruht, und nicht der Schmuck die Hauptsache sein wird. Und auch diejenigen, die den Toten gern nach Berlin bringen möchten, werden nicht leugnen können, daß die Ruhestätte im Schatten der alten Waldbäume nicht allein für das deutsche Gemüt etwas Ansprechendes hat, sondern auch zu dem Wesen des Mannes, der im tiefsten Kern ein Land- und Waldmann war, wohl stimmt. Gerade die Einsamkeit, die Weltentrücktheit, die Ferne von allem Glanz des Hofes und von allem Getümmel der Hauptstadt wird einen schönen Gegensatz bilden zu dem sturmbewegten, mächtigen Leben, das dahinter liegt. War nicht auch das Grab auf Sankt Helena in der erhabenen Einöde des Ozeans schöner und poetischer als der Sarkophag unter der Kuppel des Invalidendoms?

Aber das wird jeder mit sich und seinem persönlichen Gefühl ausmachen. Die Hauptsache ist, daß wir einig darin bleiben — daß wir es, mit Ausnahme der unbelehrbaren Fanatiker, sind, hat uns auch die Trauerwoche bestätigt — einig darin, in dem Gedächtnis des Reichsbegründers und in seinem Grabe, möge es stehen wo es wolle, einen Schatz, ein Heiligtum für unser Volk zu erblicken und zu verehren.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 1
1. Dies ist unser! so laßt uns sagen und so es behaupten. 16. August 1866 9
2. Der Vorwurf der „Machtschwärmerei". 5. September 1866 12
3. Süddeutschlands nationale Aufgabe. 30. August 1867 16
4. Einweihung Wilhelmshavens. Bremen, 15. Juni 1869 18
5. Das sozialistische Programm. 11. August 1869 21
6. Napoleon I. 13. August 1869 25
7. Das einige Deutschland gegen Frankreich. 25. Juli 1870 29
8. Nur keinen voreiligen Frieden. 23. August 1870 31
9. Der Augustmonat. 1. September 1870 35
10. Das französische Volk ist der Schuldige. 14. September 1870 37
11. Der September. 1. Oktober 1870 42
12. Depeschen Jules Favres und Bismarcks. 4. Oktober 1870 45
13. Unser Recht auf Elsaß-Lothringen. 12. Oktober 1870 49
14. Erinnerung an Leipzig. 18. Oktober 1870 53
15. Der Reichstag und die Einigung Deutschlands. 7. Dezember 1870 . . 57
16. Der deutsche Kaisertitel. 8. Dezember 1870 61
17. Bismarck, das deutsche Reich und Österreich. 28. Dezember 1870 . . 64
18. Die Kapitulation von Paris. 29. Januar 1871 67
19. Fünf Milliarden. 7. Februar 1871 71
20. Von der Brutalität der deutschen Soldaten. 25. Februar 1871 . . . 75
21. Der Friede gesichert. 27. Februar 1871 80
22. Die Friedensbedingungen. 3. März 1871 83
23. Die Hohenzollern. 18. März 1871 87
24. Die erste Kaiser-Geburtstagsfeier in Bremen. 22. März 1871 91
25. Die Ultramontanen und die Grundrechte. 4. April 1871 94
26. Der Frankfurter Friede. 13. Mai 1871 99
27. Die Staatssouveränität und die Bischöfe. 11. August 1871 103
28. Das preußische Schulaufsichtsgesetz. 13. Februar 1872 107
29. Religion und Sittengesetz. 19. Oktober 1872 111
30. Der Tod Napoleons III. 10. Januar 1873 115
31. Adolf Thiers. 28. Mai 1873 119
32. Der Brief des Papstes an den Kaiser. 16. Oktober 1873 125

33. Das Militärgesetz. 18. April 1874 128
34. Die römische Kirche und der Staat. 8. April 1875 133
35. Bismarck und die katholische Kirche. 15. April 1875 138
36. Glaubens- und Gewissensfreiheit. 25. April 1875 142
37. Die Wirtschaftslehre. 17. Juli 1875 148
38. Heereslast und bürgerliche Freiheit. 6. Oktober 1875 152
39. Der Rücktritt Delbrücks. 26. April 1876 156
40. Sozialisten und Jesuiten. 17. Januar 1877 159
41. Der Getreidezoll. 25. Oktober 1879 162
42. Politik und Religion. 8. November 1879 167
43. Agrarier und Kaufmann. 17. September 1881 170
44. Fürst Alexander von Bulgarien. 11. September 1886 174
45. Der Deutsche fürchtet Gott, sonst nichts in der Welt. 8. Februar 1888 177
46. Der Kampf der Ultramontanen um die Schule. 27. Februar 1888 . . 180
47. Bei Kaiser Friedrichs Tode. 15. Juni 1888 183
48. Schulreform. 9. März 1889 185
49. Unfallversicherung und Arbeiterschutz. 25. April 1889 189
50. Giordano Bruno. 7. Juni 1889 192
51. Moltke. Zum 26. Oktober 1890 195
52. Zu Bismarcks Rücktritt. 28. März 1891 199
53. Das Weingesetz. 26. März 1892 203
54. Moltkes Trostgedanken. 6. April 1892 206
55. Einweihung der Schloßkirche in Wittenberg. 2. November 1892 . . . 210
56. Die Enthüllung des Kaiserdenkmals in Bremen. 18. Oktober 1893 . 213
57. Zentrum und Atheismus. 27. Februar 1895 216
58. Zu Bismarcks achtzigstem Geburtstage. 30. März 1895 219
59. Der Tod des Fürsten Bismarck. 1. August 1898 223
60. Die Trauerfeier für den Fürsten Bismarck. 7. August 1898 226

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 649 289 6